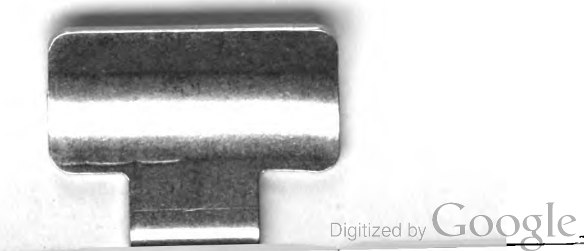


Das zeitalter der reformation und gegenreform...

Kurt Kaser



Weltgeschichte
in gemeinverständlicher Darstellung

In Verbindung mit

G. Bourgin, E. Ciccotti, E. Hanslik, S. Hellmann
K. Kaser, E. G. Klauber, E. Kohn, J. Kromayer und
A. Rosthorn

herausgegeben von

Ludo Moritz Hartmann

Sechster Band
Erste Hälfte



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Gotha
1 9 2 2

Das Zeitalter der Reformation und Gegenreformation

von 1517—1660

Von

Kurt Kaser



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Stuttgart-Gotha
1 9 2 2

Inhalt

Erster Abschnitt

Das Zeitalter der Reformation

(1517—1555)

Literatur

Auch in diesem Bande wird auf die Angabe der Quellen verzichtet, aus der Literatur nur das Wichtigste angegeben. Im allgemeinen sei verwiesen auf Paul Herre, Quellenkunde zur Weltgeschichte (1910) und Dahlmann-Waitz, Quellenkunde der deutschen Geschichte (neueste Aufl. 1912); ferner auf die ausführlichen Literaturangaben in Georg Mentz' Deutscher Geschichte im Zeitalter der Reformation und Gegenreformation (1913). Wenn im folgenden die Literatur zum ersten Abschnitt nach „Reformationsgeschichte" und „Politische Geschichte" gegliedert wird, so sei bemerkt, daß bei dem engen Zusammenhang der kirchlichen und der politischen Bewegung im allgemeinen die Werke der ersten Gruppe ebenso zum Studium der politischen Geschichte herangezogen werden müssen, wie die Werke der zweiten zum Studium der Reformation.

1. Reformationsgeschichte. Georg v. Below, Die Ursachen der Reformation (Sonderabdruck aus der Histor. Zeitschrift, herausgeg. von Fr. Meinecke und Fr. Vigener, 1916).

Deutschland: Das grundlegende Werk für die deutsche Reformationsgeschichte ist Leopold Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, 6 Bde., 6. Aufl., 1881 u. 1882 (lehrt in unvergleichlicher Weise die Verknüpfung der kirchlichen Bewegung mit den politischen Gegensätzen kennen). Nächst Ranke sei besonders empfohlen Friedrich v. Bezold, Geschichte der deutschen Reformation, 1890 (in W. Oncken, Allgem. Gesch. in Einzeldarstellungen). Zu beachten ist auch neuerer archivalischer Forschungen wegen Gottlob Egelhaaf, Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert bis zum Augsburger Religionsfrieden, 2 Bde., 1888—1892 (in Hans v. Zwiedineck-Südenhorsts „Bibliothek deutscher Geschichte"). Joh. Janssen, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters (bis jetzt Bd. 1—8, 1877—1894), von katholischem Standpunkt aus geschrieben, ist nur mit Vorsicht zu benutzen.

Aus der umfangreichen Lutherliteratur seien nur erwähnt: Jul. Köstlin, Martin Luther. Sein Leben und seine Schriften, 5. Aufl., 1903, 2 Bde.; Max. Lenz, M. Luther, Festschrift 1883 und ganz besonders Adolf Hausrath, 2. Aufl., 2 Bde., 1905. Die wichtigste Biographie Zwinglis schrieb K. Stähelin, Huldreich Zwingli, 2 Bde., 1895—1898.

Für die Geschichte des Papsttums und der katholischen Kirche überhaupt kommt in erster Linie in Betracht L. Rankes klassisches Werk: Die römischen Päpste, ihre Kirche und ihr Staat im 16. und 17. Jahrhundert. 3 Bde., 3. Aufl.,

1844—1845. Dazu Ludwig Pastor, Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalters (seit 1886); für diesen Abschnitt besonders Bd. 4—8 (vom katholischen Standpunkt aus, aber ausführlicher als Ranke und reich an neuem Material).

2. Politische Geschichte. Die neueste, an originellen Gesichtspunkten reiche Zusammenfassung bei Eduard Fueter, Geschichte des europäischen Staatensystems von 1492—1559 (im Handbuch der Mittelalterlichen und Neueren Geschichte, herausgeg. von G. v. Below und F. Meinecke, 1919), mit ausführlichen Literaturvermerken. Hermann Baumgarten, Geschichte Karls V., 3 Bde., 1885—1892 (unvollendet). R. Ehrenberg, Zeitalter der Fugger, I. II, 1896 (Bedeutung des Großkapitals für die Politik).

Deutschland: Vgl. die oben zitierten Werke von Ranke, Bezold, Egelhaaf und Mentz.

Österreich (einschließlich Böhmen und Ungarn): Alfons Huber, Geschichte Österreichs, Bd. IIIf., 1888 ff. (Staatengeschichte, herausgeg. von Heeren-Ukert).

Spanien: Konrad Häbler: Geschichte Spaniens unter den Habsburgern. I: Geschichte Spaniens unter der Regierung Karls I. (V.), 1907 (Heeren-Ukert). R. Altamira und Crevea, Histoire de España, Bd. IV, 1911 (mir nicht zugänglich).

Niederlande: Henri Pirenne, Geschichte Belgiens, 1899 ff., besonders Bd. III und IV. P. Blok, Geschichte der Niederlande, 1902 ff., besonders Bd. 2—4 (beide bei Heeren-Ukert).

Frankreich: Henry Lemonnier in der von E. Lavisse herausgegebenen Histoire de Françe V, 1911.

Türkei: N. Jorga, Geschichte des Osmanischen Reiches II und III, 1909 ff. (bei Heeren-Ukert).

Italienische Staaten: Die oben angeführten Papstgeschichten von Ranke und Pastor. Vgl. dazu die Literaturangaben bei Fueter, S. VI.

Schweiz: Johannes Dierauer, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bd. II und III (1907).

England: Moritz Brosch: Geschichte Englands, Bd. 6 (1890); dazu die bei Fueter S. VI vermerkte Literatur.

Skandinavien: E. G. Geijer, Geschichte Schwedens, Bd. 2. 3 (1832 bis 1836). Dietrich Schäfer, Geschichte von Dänemark, Bd. 4 (beide bei Heeren-Ukert).

Erstes Kapitel

Die Ursachen der Reformation (Deutschland)

Auf den folgenden Blättern sollen die kirchliche Umwälzung Europas und die mit ihr vielfach verknüpften Gegensätze in der europäischen Staatenwelt von 1517—1660 zur Darstellung gelangen. Die staatlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Weltpolitik, die Konsolidierung der westlichen Staaten, die politische Dezentralisation Deutschlands und Italiens, der Verfall der monarchischen Gewalt und die Bildung einer ungesunden Adelsherrschaft in Osteuropa, der Zusammenhang des Frühkapitalismus mit

einer vornehmlich auf dynastische Interessen abgestimmten Expansionspolitik — all dies ist dem Leser bereits zur Anschauung gebracht worden (vgl. Bd. V, besonders 2.—5. Abschnitt). Der politische und wirtschaftliche Aufbau Europas, der bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts im wesentlichen unverändert bleibt, darf somit als bekannt vorausgesetzt werden.

Mit der Reformation beginnt eine neue Epoche europäischer Entwicklung. Vor allem ihr von Anfang an mit elementarer Wucht erfolgendes Auftreten gibt uns das Recht, die „neuere Zeit“ vom Beginn des 16. Jahrhunderts an zu datieren. Die Reformation zerstört ein Hauptmerkmal des Mittelalters, die Kircheneinheit, durch sie kommt in die christliche Welt ein langer und verheerender Glaubenszwiespalt, aus ihr und über sie hinaus entwickelt sich unser modernes Geistesleben. Durch die Reformation scheidet sich die neue Zeit vom Mittelalter.

War die Kirche vor der Reformation hoffnungslos verrottet oder überwogen in ihrem Leben neben manchen Mißbräuchen doch noch die Lichtseiten? Wäre ihr die Möglichkeit verblieben zu einer friedlichen konservativen Reform? Wer immer den Ursachen der Reformation nachgegangen ist, der hat sich diese Fragen gestellt. Auch katholische Forscher suchen heute die kirchlichen Mißstände jener Zeit nicht mehr zu verschleiern. Katholische und protestantische Historiker sind jetzt eigentlich nur noch durch Gegensätze der Weltanschauung voneinander getrennt. Freilich ist man sich immer mehr der Schwierigkeit bewußt geworden, den sittlichen Zustand des Klerus im Ausgang des Mittelalters richtig abzuschätzen, die Wirklichkeit von den Übertreibungen zu scheiden, sich vor unrichtigen Verallgemeinerungen zu hüten.

Aber eines bleibt doch bestehen: wo so viele Klagen angestimmt werden, der Ruf nach Reform so laut und anhaltend ertönt, da müssen die Verhältnisse wirklich reformbedürftig gewesen sein. Man mag zugeben, daß die Kirche noch zu manchem Guten fähig war, daß es an achtunggebietenden Gestalten im Klerus nicht fehlte. Wo wären denn sonst auch die Rufer nach Reform hergekommen? Aber das Gesamturteil wird doch ungünstig lauten müssen. Selbst die vorsichtigsten Beurteiler können sich der Ansicht nicht verschließen, „daß das kirchliche Institut durch seine Verweltlichung die unmittelbare Beziehung der Menschen zu Gott fast ganz verloren hatte“ (Ranke).

Vielleicht aber kommt es auf das sittliche Niveau des Klerus gar nicht so sehr an, vielleicht liegt das Entscheidende an einem anderen Punkt, an dem damaligen Verhältnis der europäischen Völker, besonders der Deutschen zur Religion.

Ehe wir die Ursachen dieser geistigen Revolution zu ergründen versuchen, sei noch kurz die Frage gestreift, warum die Neugestaltung des

religiösen Lebens nicht von der Renaissance ausgegangen ist. Die Renaissance erscheint zunächst als das schroffe Gegenbild der — theoretisch! — weltfeindlichen Kirche (V, S. 276). Wir dürfen nicht schlechthin vom Heidentum der Renaissance sprechen, dürfen nicht übersehen, daß in ihr gewisse religiöse Elemente enthalten sind. Manche ihrer größten Vertreter sind vom christlichen Geiste des Mittelalters nicht losgekommen. In den großen Meistern der italienischen Kunst lebt ein starkes religiöses Empfinden. Kolumbus hält sich für einen Abgesandten Gottes, berufen, alte Prophezeiungen zu erfüllen. Er ist der Lehre des heiligen Franziskus sehr ergeben und kleidet sich fast wie ein Mönch. Er bezeichnet sich selbst als den Christusbringer, der göttlichem Auftrag gemäß das Christentum über den Ozean tragen soll. Für den religiösen Gehalt der Renaissance läßt sich jedoch keine einheitliche Formel finden. Bei den deutschen wie den italienischen Humanisten sind alle Nuancen vertreten von der aufrichtigen Anhänglichkeit an den alten Glauben, vom bequemen Sichabfinden mit der Kirche bis zu paganistischen (heidnischen) und pantheistischen Vorstellungen. Dieser Mangel an Einheitlichkeit des religiösen Denkens, oft auch an sittlichem Ernst macht die Renissance untauglich zur kirchlichen Reformation. Auch haftete sie zu sehr an der sozialen Oberschicht. Um die Massen zum Abfall von der Kirche zu treiben, bedurfte es anderer, mehr in die Breite und Tiefe wirkender Kräfte.

Hat aber die Renaissance auch den Bruch mit der Kirche nicht herbeigeführt, so hat sie ihn doch vorbereitet, indem sie dem mittelalterlichen Lebensideal ihr eigenes gegenüberstellt, hie und da auch eine Verjüngung der Kirche anstrebt, vor allem aber am Kampf gegen kirchliche Mißstände sich beteiligt.

Dieser Kampf ist zum Teil viel älter als die Renaissance. Die Kirche war von ihren Idealen weit abgeirrt, bot der Kritik die breitesten Angriffsflächen dar. Die Demoralisation, an der vor der Reformation mindestens ein großer Teil des hohen und niederen Klerus krankte, ergab sich aus dem innersten Wesen der Kirche. Zur Weltverneinung, der sie zustrebte, führte der Weg über die Weltbeherrschung. Die staatlichen Gewalten, die wirtschaftlichen Ordnungen, Forschung und Kunst sollten der Kirche untertan sein, den Stempel ihres Geistes tragen, um die Menschheit dem Ziel entgegenzuführen, das nicht von dieser Erde ist. Was aber nur Mittel hätte bleiben sollen, wurde allmählich Zweck. Anstatt die Menschen emporzureißen aus dem Staub der Welt, versank die Kirche selbst immer tiefer in Weltlichkeit. Auch sie erlag dem Trieb nach Macht, Besitz und Genuß. Hatte auch die Begründung einer geistlichen Weltmonarchie aufgegeben werden müssen, so blieb die Kirche doch die größte Grundbesitzerin wie die gewaltigste Kapitalsmacht ihrer Zeit. Die Welt- und Lebensfreude der Renaissance — wo

blühte sie üppiger als am Hofe des Papstes und der hohen Kirchenfürsten, während ein großer Teil des niederen Klerus derberen Genüssen fröhnte. Die dynastischen Tendenzen der Zeit verkörperten sich mit grausamer Schärfe in den Borgias. Die Kirche hatte die Welt überwinden wollen und war selbst von ihr überwunden worden.

Während die Kirche ihren eigenen Zielen untreu geworden war, ihre geistlichen Pflichten vielfach verabsäumte, bedrängte sie die Laien mit harten Forderungen, fügte sie ihnen schweren materiellen Schaden zu. Durch die Ansprüche der Kurie an den Klerus, welcher die an die päpstliche Kasse zu leistenden Zahlungen, die Taxen und Sporteln für die Verleihung eines geistlichen Amtes großenteils auf das Volk überwälzte, durch Stolgebühren, Zehnten, Mönchsbettel und Ablaßgelder waren die Laien der Kirche tributpflichtig geworden. Die Gerichts- und Steuerprivilegien der Kleriker, der klösterliche Gewerbebetrieb, das Anwachsen des kirchlichen Grundeigentums griffen besonders in Deutschland störend in das Rechts- und Wirtschaftsleben ein. Mit Polypenarmen suchte die geistliche Macht das ganze weltliche Dasein zu umspannen.

Die unwürdige Haltung vieler Kleriker, der harte Druck der Kirche auf die politischen und sozialen Verhältnisse fordert zum Widerstand heraus. Schon lange vor Luther geht durch die Laienwelt eine vielgestaltige antiklerikale Opposition, die aber, wohlbemerkt, das rein religiöse Moment noch so gut wie ganz beiseite läßt. Schon das Hochmittelalter zeigt uns eine Seite dieses Kampfes in dem Ringen zwischen Kaiser und Papst. Seit Ausgang des 13. Jahrhunderts überträgt sich der Kampf zwischen Kirche und Staat auch auf Westeuropa, verquickt sich mit der Abwehr des kirchlichen Absolutismus der Kurie und wird, dank der kräftigen Anteilnahme der verschiedenen ständischen Körperschaften, jetzt ungleich mehr als früher eine gemeinsame Angelegenheit der Fürsten und Völker.

Neben diesem Ansturm gegen die geistliche Zentrale sah sich im Ausgang des Mittelalters der Klerus der einzelnen Länder heftigsten Anfeindungen ausgesetzt, seine Privilegien angefochten, sein Leben und Eigentum in Gefahr. (Vgl. darüber im allgemeinen Bd. V.) In Westeuropa und in den deutschen Territorien mußte die Kirche sich dem harten Zwang der Staatsgewalt beugen, Steuerlasten tragen, sich selbst in geistlichen Sachen von der weltlichen Macht bevormunden lassen, ihre Unterstützung anrufen. Aber was wollte die staatliche Tyrannei besagen gegen die Priesterfeindschaft in Stadt und Land, gegen alle täglichen Gefährdungen und Belästigungen geistlicher Personen und Güter, gegen jene revolutionären Bewegungen, deren Träger dem Klerus den Untergang geschworen hatten. Für den französischen Adel war die Verfolgung der Geistlichkeit eine traditionelle Beschäftigung, an der sogar die Räte und Beamten des Krone teilnahmen. Unter Ludwig IX. (1226—1270) entstanden

Bündnisse der Barone, welche von Bürgern und Bauern unterstützt, den Klerus der weltlichen Justiz unterwerfen, der Überweisung von Gütern und Renten an Kirchen und Klöster Einhalt tun wollten. In dem von wiclifitischen Ideen befruchteten englischen Bauernaufstand von 1381 traten gleichfalls antiklerikale Tendenzen zutage. Später entfachte der Husitismus in Böhmen gegen die Kirche einen Vernichtungssturm, der auch in Deutschland nachzitterte, die Macht der Kirche in Böhmen schwer erschütterte. Aus den zahlreichen ländlichen und städtischen Vorspielen des deutschen Bauernkriegs von 1525 spricht neben der Feindschaft gegen die weltlichen Obrigkeiten und die bürgerliche Oberschicht ein grimmiger Pfaffenhaß. Man will die geistlichen Güter einziehen, die geistlichen Gerichte abstellen, am liebsten die Pfaffen alle totschlagen. Der antiklerikalen Propaganda der Tat geht namentlich in Deutschland, England und Italien eine heftige literarische Polemik zur Seite, die, besonders von Vertretern der Renaissance geübt, teils mit zürnendem Pathos, teils mit beißender Satire die geistliche Verderbnis an den Pranger stellt. Dieser Federkrieg beginnt im Grunde schon mit Walter von der Vogelweide, der darüber klagt, daß deutsches Geld in den welschen Schrein hinfahre, und setzt sich dann bis zur Reformation hin fort, bei Dante, den italienischen Novellisten, dem englischen Dichter Chaucer und den deutschen Humanisten.

Die verschiedensten politischen und sozialen Gruppen waren also in einen scharfen Gegensatz zur Kirche geraten. Wie weit aber wurde dadurch das innere religiöse Leben berührt? Die Abwehr der päpstlichen Weltpolitik, die Vorstöße gegen Besitz und Rechte der Kirche, die Entrüstung über das Sündenleben des Klerus — kann dies alles als Beweis dafür gelten, daß die Autorität der Kirche auch auf ihrem eigensten Gebiet erschüttert war? Was galten noch die Dogmen und Institutionen der Kirche? Welchen Wert maß man den kirchlichen Gnadenmitteln bei? Wie standen mit einem Wort die Menschen vor der Reformation zur Religion? Es ist notwendig, über diese Frage Klarheit zu schaffen, weil in neuerer Zeit von verschiedenen Seiten her versucht wurde, die Reformation ihres religiösen Charakters zu entkleiden, die Motive ihrer Führer herabzusetzen, die kirchliche Revolution als ein Spiel rein weltlicher Kräfte erscheinen zu lassen. Auch kann man manchmal in Kreisen der Gebildeten die Ansicht hören, daß durch die Reformation die Entwicklung der modernen Kultur aufgehalten worden sei, weil sie die Menschheit, besonders die Deutschen, in ein Wirrsal unfruchtbarer theologischer Streitigkeiten und verheerender Religionskriege gestürzt habe. So meinte schon Goethe bei einem Vergleich der Reformation mit der französischen Revolution:

„Franztum drängt in diesen verworrenen Tagen,
Wie einst Luthertum es getan,
Ruhige Bildung zurück.“

Es wäre — so wird wohl gesagt — besser gewesen, den bröckelnden Bau der Kirche in sich selbst zerfallen zu lassen. Die so urteilen, gehen, vielleicht unbewußt, von der Voraussetzung aus, daß für die Menschen zu Beginn des 16. Jahrhunderts die religiöse Frage überhaupt nicht existiert habe, ihnen von außen her aufgedrängt worden sei. Es gilt also zu untersuchen, welchen Raum das religiöse Problem in der abendländischen Kultur zu Beginn der Neuzeit eingenommen hat. Beherrschte es das allgemeine Denken und Fühlen, hatte sich ein Widerspruch ergeben zwischen dem herrschenden kirchlichen System und den Empfindungen der Christenheit, dann war die Auseinandersetzung mit der Kirche unvermeidlich, dann mußte der Dornenweg des Religionsstreites beschritten werden.

Wir beschränken unsere Betrachtung auf Deutschland, von wo die Reformation ausgegangen ist, wo sie ihre größten Erfolge errungen, das Geschick der Nation aufs tiefste beeinflußt hat. Unzweifelhaft war das deutsche Volk zu Beginn des 16. Jahrhunderts von starkem religiösen Leben erfüllt. So tief die deutsche Renaissancekultur auch in der Erde verwurzelt war, sie ragte doch bis zum Himmel empor. Als treuester Seelenspiegel dient uns die deutsche Kunst, welche damals in herrlichster Blüte sich entfaltete, und, wenn auch das weltliche Leben ihr ein weites Feld eröffnete, doch noch mit der Kirche im engsten Bunde stand. Die großen Meister des Kirchenbaus, der Malerei und Skulptur, des Holzschnitts und Kupferstichs, sie finden in der Darstellung heiliger Stoffe und Gestalten ihre höchsten Aufgaben, und in der Art, wie sie diese lösen, verraten sie uns ihr innerstes Empfinden. Welche inbrünstige Frömmigkeit spricht zu uns aus den Werken Dürers, Grünwalds, Michael Pachers. Sie findet ihren Widerhall in der Volkspoesie, strömt aus in manch wundersam innigem Marienlied. Selbst die Meistersinger, die unbeholfenen Vertreter bürgerlicher Dichtkunst, quälen sich in ihren holperigen Reimereien gern mit scholastischen Problemen, mit dem Verhältnis der drei göttlichen Personen, der göttlichen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, der Frage nach der unbefleckten Empfängnis und der Existenz der Jungfrau Maria vor der Schöpfung und ähnlichen Subtilitäten. Ja auch diejenigen Kreise, die am stärksten von dem Arbeitstrieb der Zeit ergriffen sind, denen die Jagd nach irdischem Gewinn ein unabweisliches Bedürfnis ist, bleiben von der religiösen Strömung nicht unberührt. Inmitten seiner weltumspannenden Tätigkeit vergißt auch der deutsche Kaufmann nicht seiner Seelen Seligkeit, wie wir aus dem Tagebuch Lucas Rems, des Faktors der Welser, entnehmen. Das starke Bedürfnis der Laien nach religiöser Erbauung, nach gründlicherer Kenntnis der christlichen Heilslehren wird durch nichts besser be-

zeugt, als durch das eifrig betriebene Bibellesen. Vor Luther schon gab es siebzehn oberdeutsche und drei niederdeutsche Drucke der ganzen Bibel und eine große Zahl von deutschen Ausgaben der Evangelien und Episteln, sogenannten Plenarien. Die Kirche sah die heiligen Schriften nicht gern in den Händen der Laien. Wenn auch die Lektüre der Bibel von manchen Geistlichen empfohlen wurde, so knüpfte man doch daran die Warnung, schwierige Stellen dem Urteil der Kirche zu überlassen. Das Zensuredikt des Erzbischofs Berthold von Mainz (1486) richtete sich ohne Zweifel gegen jene Verdeutschung von Bibeltexten. Fromme Prediger äußerten schwere Bedenken gegen die Popularisierung der heiligen Schrift. Aber doch war die Bewegung nicht aufzuhalten.

Das religiöse Empfinden sucht Ausdruck und Befriedigung noch ganz überwiegend in den hergebrachten Formen. An der Schwelle des 16. Jahrhunderts steht die Herrschaft der Kirche äußerlich noch ungebrochen da. Kein Nachlassen des religiösen Eifers ist zu bemerken, eher oft eine gewaltsame Überspannung. In imponierender Fülle breitet sich das kirchliche Leben vor uns aus. Es betätigt sich in der Erbauung und oft überreichen künstlerischen Ausschmückung zahlreicher Kirchen. Prunkvolle Prozessionen, Aufführungen geistlicher Spiele dienen den frommen Herzen zur Erhebung und bieten zugleich eine köstliche Augenweide. Charakteristisch aber ist die Meinung, durch Verrichtung massenhafter Gebete der Gnaden des Himmels teilhaftig werden zu können. Der praktische Sinn des deutschen Bürgertums wußte diese geistliche Tätigkeit geschickt zu organisieren. Man arbeitete wie im Wirtschaftsleben, teils mit vereinten Kräften, teils mit Stellvertretungen. In zahlreichen frommen Brüderschaften wurden ungeheure Gebetsmengen aufgespeichert und geradezu kaufmännisch registriert. Die Brüderschaft zu den elftausend Jungfrauen in Köln „S. Ursulas Schifflein" verfügte über 6455 Messen, 3550 ganze Psalter, 200000 Rosenkränze, ebensoviele Te deum laudamus, 63000 mal je 60000 Vaterunser nebst Avemaria. Ein Laie konnte die Bruderschaft erwerben, wenn er das Vaterunser und Avemaria 11000 mal oder auch ein Jahr lang jeden Tag 32 mal betete. Auch die im Ausgang des Mittelalters eifrig betriebene Fürsorge für Arme, Alte und Kranke verknüpfte sich mit dem Gedanken an eigenes oder fremdes Seelenheil. Für die Werke christlicher Nächstenliebe, die sie auf Erden taten, hofften sich die Vollbringer himmlischen Lohn, den ihnen die Empfänger ihrer Liebesgaben durch eifriges Gebet verschaffen sollten. Den Armen wurden Wohltaten erwiesen gegen die Verpflichtung, für die Spender zu beten. Auf den Armen und Elenden ruhte ja nach der Anschauung des Mittelalters die besondere Gnade Gottes, weil sie von der Last irdischer Güter befreit waren, und ihr Gebet hatte besondere Kraft.

Diese Fülle von Gebeten stieg nicht nur zu Gottvater und Christus empor, sie galt in reichem Maße auch den lieben Heiligen, von denen das Volk Fürbitte und Hilfe erwartete. Die Vorstellung, daß der Mensch in seinem Verkehr mit dem Höchsten eines Mittlers bedürfe, haftete tief in den Gemütern, zeitigte in Deutschland einen überschwenglichen Kultus Marias und ihrer Mutter, der heiligen Anna. Nach dem Zeugnis Luthers, der selbst an der Verehrung der beiden heiligen Frauen den feurigsten Anteil nahm, suchten die Verzweifelnden bei der milden, hochgebenedeiten Gottesmutter Trost und Zuflucht vor dem Zorn des strengen Weltenrichters Christus. Aus dem Heiligenkultus erwuchs die Leidenschaft für Reliquien. Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen, Kardinal Albrecht von Mainz, die Stadt Halle häuften zu Tausenden die Überreste von Heiligen auf, deren Verehrung den Gläubigen die reichsten Gnadenschätze der Kirche erschloß. An ölschwitzenden heiligen Gebeinen, wundertätigen Marienbildern, blutenden Hostien nährte sich der vom Klerus teils bekämpfte, teils aber künstlich gesteigerte Wunderglaube der Massen. Die Bedeutung, welche man der Mittlerrolle der Heiligen zuwies, trat besonders im Ablaßwesen deutlich zutage. Der überfließende Schatz von Verdiensten, welche Christus und die Heiligen gesammelt hatten, verbürgte ja dem Empfänger eines Ablasses Erlösung von allen zeitlichen Sündenstrafen hienieden und im Fegefeuer. Begierig schöpfte man auch in Deutschland in der Zeit vor Luther aus dieser Gnadenquelle. Die Verkündiger päpstlicher Ablässe fanden, wenn auch mancher Widerspruch sich regte, immer noch eine zahlreiche und gläubige Hörerschaft. Der Ablaß in seiner damaligen Gestalt war es, der Luther zu seinem ersten Vorstoß gegen die Kirche trieb. Immer mehr machte sich jene grob sinnliche Auffassung der Ablaßlehre breit, welche die religiösen Voraussetzungen vernachlässigte, die mit der Gewinnung des Ablasses verbundene Geldzahlung und andere Äußerlichkeiten als vollauf genügende Leistung erscheinen ließ.

In majestätischer Breite floß also der Strom des offiziellen Kirchenlebens dahin. Entsprach aber dem äußeren Glanz auch die innere Kraft? Besaß die Kirche wirklich noch die Herrschaft über die Gemüter? An den geschilderten Erscheinungen haben Gewohnheit, Mode, Prunkliebe, ästhetisches Bedürfnis und äußerer Zwang gewiß einen starken Anteil. Aber es offenbart sich darin gewiß doch auch viel echte Religiosität, eine heiße Sehnsucht nach dem Heil. War nun die Kirche noch stark genug, die Gemüter zu beruhigen, das Heilsverlangen zu stillen? Die öde Mechanisierung des kirchlichen Betriebes stößt edlere Gemüter ab, führt schon früh zu Versuchen, das religiöse Leben zu läutern, zu verinnerlichen. Schon durch das 13. und 14. Jahrhundert fluten starke Wellen religiöser Erregung. Wir brauchen nur an die lange fortwuchernde Waldenserbewegung, die Begründung

der Bettelorden, die namentlich während der Seuche des schwarzen Todes (1348) auftretenden Geißlerzüge, die wiklifitisch-husitiche Bewegung zu denken. In diesen und ähnlichen Erscheinungen tritt uns eine vom Herkömmlichen abweichende Auffassung der Religion, ein starkes Gefühl der Unbefriedigung, der Gewissenspein entgegen. Neben ausgesprochenen Sektierern, wie den Katharern, Waldensern und Husiten bilden sich Gemeinden von Frommen, die, ohne sich in prinzipiellen Gegensatz zur Kirche zu stellen, doch das Heil auf ihren eigenen Wegen suchen. So mannigfache Richtungen sich aber auch bei diesen neuen Gottesfreunden unterscheiden lassen, in einem Punkte treffen sie alle zusammen, im Ringen nach sittlicher Vollendung, nach engster Gemeinschaft mit Gott. Die Heilmittel der Kirche erscheinen dabei überflüssig oder hinderlich. Diese Gedanken werden vor allem von dem Dominikaner Meister Eckhart und den Mystikern entwickelt und klingen in verschiedener Tönung bei den Brüdern vom freien Geiste, in den Kreisen schwärmerischer Nonnen und in der Literatur des 13. und 14. Jahrhunderts wider. Die neue Frömmigkeit zeigt ein stark subjektives Element. Der Gegensatz zur Kirche wird nicht immer offen ausgesprochen, schimmert aber überall hindurch. Eckhart meint, Fasten, Wachen, Horengebet hätten nur soweit Wert, als sie der Selbstzucht dienten, aber wertlos seien sie, wenn sie um des Lohnes willen geschähen. Die Kirche hat Eckhart verurteilt.

Je mehr wir uns der Reformationszeit nähern, desto häufiger werden die Symptome krankhafter Überreizung, die von harter Gewissensnot Zeugnis ablegen. Das unbezähmbare Verlangen, den Allmächtigen zu versöhnen, weckt schon in der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts einen Wallfahrtsfanatismus, der seltsamerweise zuerst die Kinder ergreift. Chroniken und Holzschnitte schildern das ekstatische Gebahren der Pilger. Wen der heilige Drang gepackt hat, der eilt, wie er geht und steht, fort von Haus und Feld dem Gnadenorte zu. Beim Anblick der heiligen Stätte stürzen viele zusammen wie vom Donner gerührt, andere werfen sich in Kreuzgestalt auf die Erde oder greifen in ihrer Raserei mit den Händen nach dem hilfebringenden Bild. Namentlich in schweren Zeiten, wenn Mißwachs, Hunger und Krankheit das Volk quälten, schufen sich die erregten Sinne die seltsamsten Wahngebilde. In den Jahren 1501—1503 sah man erst in den Niederlanden, dann auch in Deutschland einen Regen gelber Kreuze niedergehen, die an Leibern und Gewändern haften blieben. Selbst Albrecht Dürer glaubte an dieses Wunder. Die Kreuze wurden gedeutet als Wahrzeichen des göttlichen Zornes, als Vorboten eines furchtbaren Strafgerichts. Die Vorspiegelungen einer kranken Phantasie, das krampfhafte Ringen um Gottes Gnade und Erbarmen — was sind sie anderes als Zeugnisse einer schweren Seelennot, die sich auch durch peinlichste Befolgung der kirchlichen Vorschriften nicht beschwichtigen ließ? In dieser Unbefriedigung,

diesem Versagen der kirchlichen Gnadenmittel liegen ohne Zweifel starke Wurzeln des späteren Abfalls. Mancher fromme Deutsche mag damals ähnliche Seelenkämpfe durchgemacht haben, wie Luther in seiner Klosterszelle.

So stark ist die Anziehungskraft des religiösen Problems, daß selbst der deutsche Humanismus sich mit ihm auseinandersetzen muß. Während in Italien die Kirche von den meisten Humanisten teils begeifert, teils umbuhlt wird, die Verehrung der großen Heiden vielfach zur Skepsis und zur Verhöhnung positiver Religion führt, hält der deutsche Humanismus auf seinem Höhepunkt eine Wiedergeburt des Christentums aus der Antike für möglich. Allerdings war auch in Deutschland im Gegensatz zu den älteren, konservativen, auch in ihrer Kritik maßvollen Humanisten die jüngere Generation etwa seit 1500 lauter und heftiger geworden. Ihre Polemik richtete sich nicht nur gegen geistliche Sittenlosigkeit und Ignoranz, sondern auch gegen kirchliche Bräuche und Lehren. Aber gerade das allverehrte Haupt des deutschen Humanismus, Erasmus von Rotterdam, strebt nach Versöhnung von Antike und Christentum. In echt humanistischem Geist drängt er zu den Quellen zurück, wünscht er die Übersetzung der Bibel in die Landessprache, ihre allseitige Verbreitung. Die Weisheitslehren des Altertums stehen für ihn in vollem Einklang mit dem Evangelium. Die Hauptsache aber bleibt stets das praktische Christentum. Diese „Philosophie Christi" konnte aber nur eine Speise für wenige Auserwählte werden, nie das religiöse Volksleben neugestalten. Erasmus selbst war nicht zum Kämpfer geboren.

Neben der Abwehr kirchlicher Eingriffe ins weltliche Leben, neben der Kritik der äußeren Mißstände ist also seit dem 13. und 14. Jahrhundert innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches eine innere Loslösung von der Kirche zu bemerken, mochten nun diese Unbefriedigten nur innerlich mit ihr zerfallen sein, ohne förmlichen Bruch sich abseits von der Hierarchie ihre Tempel bauen oder sich, wie namentlich die Husiten, auch schon äußerlich von der kirchlichen Gemeinschaft scheiden. Dazu kam die Menge derer, die ohne Mut und Klarheit des Denkens doch dunkel fühlten, daß ihnen die Kirche nicht geben konnte, was sie brauchten. Namentlich in Deutschland waren, soweit wir überhaupt dem Volk ins Herz sehen können, die Elemente einer neuen Kirche vorhanden. Materielle Kräfte, Empörung über den finanziellen Druck der Kurie, über die Privilegien des Klerus, fürstliches Machtstreben haben gewiß die Reformation vorbereitet, ihre Ausbreitung vielfach gefördert. Jedoch der erste und mächtigste Antrieb kam aus dem religiösen Gefühl. Gewiß blühte auch im Rahmen der alten Kirche noch vielfach eine eifrige Frömmigkeit, aber es war die spezifisch-mittelalterliche Frömmigkeit, und das Volk verlangte mehr.

Die aus der Kirche herausdrängenden Geister brauchten aber einen Führer. Der Husitismus mit seinen abstoßenden chauvinistischen und anti-

sozialen Tendenzen hatte diese Führung nicht übernehmen können. Die Humanistenreligion des Erasmus blieb für das Volk ebenso unergiebig, wie die Arbeit einiger freigeistiger Theologen im Ausgang des 15. Jahrhunderts Gochs, Wessels, Ruchraths, die einzelne Ideen Luthers und Zwinglis vorwegnahmen, aber doch nicht die wahre Apostelkraft besaßen. Wer das deutsche Volk entflammen wollte zum Kampf gegen Roms Allgewalt, der mußte aus deutscher Erde stammen, mit religiöser Tiefe und kritischem Sinn Löwenmut vereinigen, durch den vollen Einsatz seiner Persönlichkeit die Nation in seine Bahnen reißen. Die Zeit war erfüllet. Schon lebte der Mann, der das erlösende Wort sprechen sollte.

Zweites Kapitel

Habsburgische Weltpolitik und Reformation

Im Jahre 1516 prophezeite der Legat Aleander dem Papste eine Erhebung der Deutschen. Alles warte nur auf einen Namen, um aufzustehen. In Martin Luther fand die Zeit den Mann, den sie brauchte. Er hat die Seelennot seiner Deutschen an sich selbst durchlitten und schließlich den Weg zum Heil gefunden, auf den er mit unerschütterlichem Mut alle führen wollte, die guten Willens waren.

Wenn wir Luther recht verstehen wollen, müssen wir ausgehen von der unendlichen Zartheit seines Gewissens, seiner inbrünstigen Sehnsucht, mit seinem Gott eins zu sein. Die Sorge um seiner Seele Heil trieb den jungen Mann ins Kloster. Aber die Gewissenspein verfolgte ihn bis an die geweihte Stätte, war auch durch die treueste Erfüllung mönchischer Pflichten, durch oftmaliges Beichten nicht zu bannen. Immer höher stieg Luthers Seelenqual. Er hielt sich für ein Kind des göttlichen Zornes. Christus erschien ihm als strenger Weltenrichter, nicht als milder Erlöser. „Je mehr ich lief, desto mehr entfernte er sich von mir." So eifrig Luther auch die kirchlichen Gnadenmittel anwendete, die Gewißheit des Heils erlangte er nicht. In diesen Seelenkämpfen wurde ihm Trost und Erleichterung durch den Zuspruch seines Gewissensrates, des weichen und milden Generalvikars Johann von Staupitz. Er lehrte ihn glauben an die Liebe Gottes, der um der sündigen Menschheit willen seinen einzigen Sohn dahingegeben habe. Frohen Herzens vernahm Luther die Botschaft. „Das Gesetz ist bereits erfüllt durch Christus, der es für uns erfüllt hat, so daß Gott uns verzeihen kann, daß wir es nicht erfüllen." Durch die Versenkung in den Römerbrief des Apostels Paulus wurde ihm die Gewißheit dessen, was er an sich selbst erfahren, was ihn Staupitz gelehrt hatte, daß der Mensch nicht selig werden

könne durch gute Werke, sondern allein durch gläubiges Vertrauen auf Gott. „Ich lernte und sah, daß Gottes Gerechtigkeit ist seine Barmherzigkeit, durch welche er uns gerecht achtet und hält.“ Der Mensch wird gerechtfertigt „sola fide“ (durch den Glauben allein). Die Rechtfertigungslehre steht im Mittelpunkt der Gedankenwelt Luthers, ist an ihm das eigentlich Revolutionäre. Durch sie machte er den Gnadenapparat der Kirche überflüssig, schob er den Wust scholastischer Überlieferung beiseite, hob er die Macht des Priestertums aus den Angeln. Die Reformation ist hervorgegangen aus den seelischen Erfahrungen Luthers, ist ein Produkt persönlichsten Erlebens.

Luther, dem die Religion etwas so ganz und gar Innerliches, ein unmittelbares Verhältnis des Menschen zu Gott geworden war, mußte zusammenstoßen mit der kirchlichen Praxis, die ihm im Ablaßwesen am häßlichsten und rohesten vor Augen trat. Nach der Lehre der Kirche ist der Ablaß nicht die Vergebung der Sünden selbst, die im Bußsakrament erfolgt, sondern die Nachlassung der zeitlichen Sündenstrafen, die teils schon auf Erden, teils im Fegefeuer zu erdulden sind. Sie wird gewährt auf Grund des überfließenden Schatzes von Verdiensten, welche Christus, Maria und die Heiligen erworben haben, und die der Papst nach Belieben den Gläubigen zuwenden kann. Der Ablaß kann auch auf die schon im Fegefeuer leidenden Seelen ausgedehnt werden. Die Voraussetzung aber ist, daß derjenige, der Befreiung von den Sündenstrafen erstrebt, sich vorher durch Beichte und Reue von seinen Sünden reinige. Die Gewinnung des Ablasses aber ist dann noch an besondere Leistungen für die Kirche, wie Kreuzzüge, Wallfahrten oder auch Geldspenden geknüpft. Die Ablaßpraxis zur Zeit Luthers stand zu dieser Lehre in grobem Widerspruch. „Diese Geldspende für gute Zwecke“, sagt der katholische Historiker Pastor, „die nur akzessorisch war, gestaltete sich vielfach zur Hauptsache. Dadurch wurde der Ablaß von seiner idealen Höhe herabgezogen und zu einer Finanzoperation erniedrigt. Nicht mehr die Erlangung geistlicher Gnaden war jetzt der eigentliche Grund, weshalb Ablässe erteilt und erbeten wurden, sondern das Geldbedürfnis.“ Ohne Zweifel verwischte sich nun beim Volk durch die Schuld der Ablaßprediger vielfach der Unterschied zwischen der Vergebung der Sünden, zu der eine wahrhafte Reue, eine innere Umwandlung der Menschen notwendig war, und der Tilgung der Sündenstrafen, die allein Gegenstand des Ablasses sein konnte. Viele mochten glauben, durch bloße Hingabe einer Summe Geldes ihrer Sündenschuld ledig werden zu können.

Der Ablaß nun in dieser verzerrten, entwürdigten Gestalt wurde der nächste Anlaß zum welthistorischen Ereignis der Reformation. Als ein päpstlicher Ablaßprediger, der Dominikaner Johann Tetzel in der Umgebung

Wittenbergs sein Unwesen trieb, schlug Luther am 31. Oktober 1517 an der Tür der Schloßkirche zu Wittenberg 95 Thesen über den Ablaß an. Dieser Schritt, obwohl den damaligen Gepflogenheiten der Gelehrtenwelt entsprechend, mußte doch das stärkste Aufsehen erregen in einer Zeit, wo die öffentliche Meinung Deutschlands durch die beständigen Geldforderungen der Kurie aufs heftigste gereizt war. Freunde und Gegner nahmen Stellung. Die Kurie eröffnete gegen den kühnen Deutschen den Prozeß. Die Verwendung seines Landesherrn, des Kurfürsten Friedrich des Weisen von Sachsen, ersparte Luther den Weg nach Rom, der für ihn sicher ein Todesweg gewesen wäre. Dem Kardinallegaten Thomas de Vio, vor dem er sich in Augsburg zu stellen hatte, verweigerte er den geforderten Widerruf.

Auf der Leipziger Disputation (1519), wo Luther einem der gewandtesten Kämpen der alten Theologie, dem Dr. Johannes Eck gegenüber Christus, nicht den Papst als das wahre Haupt der Kirche bezeichnete, die Unfehlbarkeit der allgemeinen Konzilien bezweifelte, vollendete sich sein Bruch mit Rom, stellte sich der Gegensatz vor aller Welt zur Schau. Rom blieb die Antwort nicht schuldig. Im Juni 1520 erschien die päpstliche Bulle, die Luther, falls er nicht binnen 60 Tagen widerrufe, aus der Gemeinschaft der Christen ausstieß. Im Dezember verbrannte Luther die Bulle öffentlich zu Wittenberg.

Aber schon hatte er in den drei großen Schriften dieses Jahres seine Absage an Rom gerichtet, vor der Nation die Summe seiner Geistesarbeit gezogen. Die erste dieser Schriften („An den christlichen Adel deutscher Nation") greift das Fundament der Hierarchie an: der character indelebilis (der unzerstörbare Charakter) der Priesterweihe wird geleugnet. Das Priestertum ist kein besonders bevorrechteter Stand, sondern nur ein Amt, dessen Inhaber der Obrigkeit unterworfen sind. Alle Christen sind Priester, d. h. der Idee nach fähig zur Ausübung des geistlichen Amtes. Der Papst solle seine weltliche Gewalt verlieren, seine geistliche solle beschränkt, die deutsche Kirche einem Primas unterstellt werden. Diese Grundgedanken der Schrift heben sich heraus aus einer Flut donnernder Anklagen gegen den römischen Sündenpfuhl, aus einer Fülle von Geistliches und Weltliches umfassenden Reformgedanken. In der Schrift „Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche" verwirft Luther auf Grund der Bibel die Siebenzahl der Sakramente, die Lehre von der Tanssubstantiation, läßt nur Taufe, Buße und Abendmahl bestehen. Die Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen" schließt den Kern der Rechtfertigungslehre ein in dem Satz: „Nicht fromme, gute Werke machen einen frommen Mann, sondern ein frommer Mann macht fromme, gute Werke."

Vieles von dem was Luther lehrt, ist nicht neu, war schon vor ihm, besonders durch Wiclif und Huß verkündigt worden. Und doch war da-

mals die weltgeschichtliche Wirkung ausgeblieben. Daß sie jetzt eintrat, das lag an dem gesteigerten Bedürfnis der Zeit nach einer Reformation, an jenem Heilsverlangen, von dem besonders in Deutschland zu Beginn des 16. Jahrhunderts so viele Seelen erfüllt waren, das lag aber nicht weniger an der Eigenart Martin Luthers. Wie viel mehr als der gelehrte, dem Kampf abgeneigte Oxforder Professor war der deutsche Mönch zum Reformator geboren! Für die Wahrheit, die er sich unter heißen Seelenkämpfen errungen hatte, trat er ein mit seiner vollen Persönlichkeit, restlos, ohne Menschenfurcht. Hoch erhebt er sich auch über den böhmischen Märtyrer und seine Anhänger, weil er ganz frei ist von nationalem Haß, seine heilige Sache nicht mit weltlichen Händeln vermischt sehen will. Die Nation versteht ihn, weil er deutsch zu den Deutschen redet, sie liebt und bewundert ihn, sie folgt ihm freudig, weil er kühn sein Haupt den Stürmen darbietet. Durch seine Lehre bringt er unzähligen verzagten Seelen Halt und Trost, seine Anklagen gegen die kirchlichen Mißbräuche sind auch bedachtsamen Reformfreunden aus dem Herzen gesprochen. Durch die Tiefe seines Gemütes, seinen unbeugsamen Bekennermut, durch die volkstümliche Kraft seines Wesens schlägt dieser Bauernsohn alle in seinen Bann, Gelehrte und Ungelehrte, Fürsten und den schlichten Mann aus dem Volk. Seit 1519 treten die Besten der Nation zu ihm, die geistvollen Humanisten in Nürnberg und Erfurt, der junge hochgelehrte Melanchthon, bald des Reformators treuester und wertvollster Weggenosse, die beiden Vertreter des ritterlichen Adels, Ulrich von Hutten, der begabteste und kampflustigste der jüngeren Humanisten und sein Freund Franz von Sickingen, die sich beide mit den kühnsten Umsturzgedanken tragen.

Wer aber schien berufener, den Deutschen im Kampf gegen Rom ein Führer zu sein, als der junge Kaiser Karolus V., der eben die Krone empfangen hatte. Mit den kühnsten Erwartungen wurde er begrüßt. Er soll den Graumönch, seinen Beichtvater, entlassen, der sich rühme, daß er ihn und das Reich beherrsche, Hutten und Erasmus in seinen Rat ziehen und den Mißbräuchen des römischen Hofes sowie der Bettelmönche in Deutschland ein Ende machen. „Dann werden die starken Deutschen aufsein mit Leib und Gut, und mit Dir ziehen gen Rom und ganz Italien Dir untertänig machen; dann wirst Du ein gewaltiger König sein. Wirst Du erst Gottes Handel ausrichten, so wird Gott Deinen Handel ausrichten.“

Wer war nun dieser Kaiser, von dem man so Großes erwartete? Auf wessen Seite würde er sich neigen?

Eine erstaunliche Machtstellung war dem kaum 20jährigen Fürsten durch Erbrecht und Politik zugefallen. Seinem Vater Philipp dem Schönen,

dem Sohn der burgundischen Maria, war er 1506 in den Niederlanden gefolgt. Als Enkel Ferdinands des Katholischen erbte er 1516 die spanischen Reiche mit Neapel, Sizilien und den durch Kolumbus erschlossenen überseeischen Besitzungen. Nun wurde er auch deutscher König und römischer Kaiser (1519) nach hitzigem Wahlkampf mit Franz I. von Frankreich, der Deutschland und das Kaisertum dem Nebenbuhler nicht gönnen wollte — ein neues Aufflammen des in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erwachten habsburgisch-französischen Gegensatzes (Bd. V, S. 161. 162). Der Wahlkampf wirft ein erschreckendes Licht auf die politische Demoralisation der deutschen Fürsten, welche die Krone als Handelsobjekt betrachteten, die Konkurrenz der beiden Herrscher zu wachsenden Forderungen benützten. Mit dem Gelde der Fugger, Welser und italienischer Handelshäuser, die ihm große Kredite gewährten, und durch andere Zugeständnisse mußte Karl die Stimmen der fürstlichen Wähler kaufen. Was die Geldmacht für die damalige Politik bedeutete, lehren diese Vorgänge am besten. Den Ausschlag für den jungen Karl gaben zuletzt freilich die Besorgnis der Kurfürsten, durch die Wahl des an höchste monarchische Machtfülle gewöhnten Franzosenkönigs ihrer eigenen Freiheit das Grab zu schaufeln, und die Stimme des Volkes, das stürmisch nach einem nationalen Herrscher verlangte. In Wirklichkeit freilich erhielt Deutschland durch diese Wahl einen Herrn, der mit deutscher Art kaum etwas gemein hatte, nicht gesonnen war, eine nationale Politik zu betreiben.

Karl V. war der Enkel Maximilians I., des letzten unverfälscht deutschen Habsburgers, aber auch der Enkel des katholischen Königspaares, das den Kampf gegen die Mauren in Spanien zu Ende geführt, die Inquisition geschaffen hatte. In Karls Wesen überwog das nichtdeutsche Element. In den Niederlanden aufgewachsen, in französischer Bildung erzogen, kam er erst in seinem zwanzigsten Jahre nach Deutschland. Nie hat er sich dort wohlgefühlt. Das Klima bekam ihm nicht. Die oberdeutsche Sprache hat er nie recht erlernt. Er blieb in Deutschland stets ein Fremder. Wie hätte sich ihm das religiöse Gefühlsleben der Nation erschließen, wie hätte er Luthers Wesen in seiner Tiefe erfassen können.

Karl V. war ein frommer, eifriger Katholik. In einer Instruktion vom 5. März 1519 erklärte er es für seine vornehmste Aufgabe, „unseren heiligen katholischen Glauben zu erhöhen und zu mehren". „Wären diese Worte", so bemerkt mit Recht sein Biograph, „an den Papst oder an einen fremden Fürsten gerichtet, so würden sie freilich nicht viel bedeuten; da wir sie aber in einer höchst vertraulichen Weisung an seine Tante lesen, so dürfen wir nicht zweifeln, darin die wahre Gesinnung des jungen Herrschers ausgesprochen zu sehen." Die Erhaltung und Förderung des katholischen Glaubens war Karl V. Herzenssache und politische Notwendigkeit zugleich.

Der spanischen Regierung legte er es ans Herz, die heilige Inquisition als hauptsächlichste Stütze „unseres heiligen katholischen Glaubens in jeder Weise zu ehren und zu begünstigen". Er war überzeugt, daß zum Lohn dafür „Gott unser Herr Erhaltung und Vermehrung meiner Person und meines Reiches sich besonders werde angelegen sein lassen. Die Regenten sollen unter keinen Umständen dulden, daß irgendeine Person direkt oder indirekt etwas zu tun wage, was genanntem heiligem Offizium zum Nachteil gereiche, den, welcher es doch tue, streng bestrafen".

Mit der Preisgabe der Glaubenseinheit hätte Karl V. an einem der Fundamente seines vielgestaltigen Reiches gerüttelt. Unter Habsburgs Zepter wohnten damals in Europa Deutsche, Vlamen, Wallonen, Spanier, Italiener, bald auch Tschechen und Magyaren. Die Gemeinsamkeit der Religion mochte dem Kaiser als festester Kitt dieses bunten, sonst nur durch die Person des Herrschers zusammengehaltenen Völkergemisches erscheinen. Hätte er die Ketzerei begünstigt, so wären die Spanier unzweifelhaft von ihm abgefallen. Die reichen Hilfsquellen, die ihm namentlich die spanische Kirche bot, hätten sich ihm für immer verschlossen. Die deutsche Reformation war dem Herrscher unheimlich, weil sie ihm als Volksbewegung entgegentrat, böse Erinnerungen weckte an eine Revolution, mit der ihn die spanischen Städte kurz nach seinem Erscheinen im Land begrüßt hatten.

Es war ein Verhängnis der Deutschen, daß sie an einem großen Wendepunkt ihres Schicksals einen Herrscher hatten, der ihnen innerlich ferne stand, der seine Aufgaben und Ziele großenteils außerhalb Deutschlands suchte. Wäre Karl V. nur deutscher König gewesen, es hätte ihn vielleicht gelockt, aus der durch Luther entfesselten Bewegung für sein Königtum Vorteil zu ziehen, eine deutsche Nationalkirche zu gründen. Nun aber war er der Beherrscher eines Weltreiches, trieb Weltpolitik, die ihn mit den Wünschen der Deutschen oft genug in Widerspruch brachte. Aber diese Weltpolitik lenkte auch manchmal wieder für längere Zeit die Aufmerksamkeit und die Kräfte des Kaisers von Deutschland ab, nötigte ihn, der religiösen Bewegung dort freien Lauf zu lassen, ihr Zugeständnisse zu machen. Gerade die universelle Stellung Karls V., die ihn hinderte, sich zur Reformation zu bekennen, hat dieser auch zu den Erfolgen verholfen, die sie unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt erringen konnte.

Gleich in die erste grundlegende Entscheidung, die Karl V. in Sachen Luthers traf, spielt die Politik stark hinein. Der Kaiser stand 1521 vor seinem ersten Kriege mit Franz I., dem er das 1516 verlorene Herzogtum Mailand wieder entreißen wollte. Dazu brauchte er den Beistand des Papstes, dessen er noch keineswegs sicher war. Leo X. war in der Wahlfrage gegen den Habsburger aufgetreten und zeigte sich auch jetzt noch französischen

Einflüsterungen zugänglich. Dem in seiner Umgebung auftauchenden Gedanken, die Sache Luthers als Waffe gegen den Papst zu benutzen, gab der fromme Kaiser keinen Raum. Wohl hielt auch er eine Reformation der Kirche für notwendig. Aber sie sollte nicht ausarten in Revolution. Karl hatte noch einen besonderen Grund, die Kurie nicht zu verstimmen. In Spanien diente die Inquisition dem König als wirksames politisches Machtmittel. Nun hatten die Stände Aragons päpstliche Breven erlangt, welche die Gewalt der Inquisition beschränkten. Es mußte Karl viel daran liegen, die Zurücknahme dieser Breven zu erwirken, die ihm auch zuteil wurde. So verquickten sich für den Kaiser von Anfang an mit der religiösen Bewegung drängende Fragen der inneren und äußeren Politik. Und dieser Zusammenhang wird uns im Verlauf der Reformationsgeschichte immer wieder begegnen.

Am liebsten hätte der Kaiser dem päpstlichen Bann sofort die Verhängung der Reichsacht über Luther folgen lassen. Aber die Verhältnisse in Deutschland nötigten ihn zu einem gelinderen Verfahren. Zu hoch ging schon die Erregung des gemeinen Mannes in diesem Lande, wo nach dem Worte des päpstlichen Legaten Aleander „Steine und Bäume nach Luther schrieen“. Die in Worms zum Reichstag versammelten Stände gingen bei aller konservativen Gesinnung doch in der Verurteilung der kirchlichen Mißbräuche mit dem Gebannten zusammen. Karl, der für seine Kriegspolitik die finanzielle Beihilfe der Stände brauchte, durfte über diese Stimmungen nicht leicht hinweggehen, den Ketzer nicht ungehört verdammen. So wurde Luther vor den Reichstag geladen, um die in seinen Büchern enthaltenen Irrtümer zu widerrufen (April 1521). Zu Worms traten sich der glaubensstarke Kaiser und der abtrünnige Mönch zum ersten und letzten Male von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Luther verweigerte den geforderten Widerruf, wenn man ihn nicht auf Grund der heiligen Schrift widerlegen könne. Als er vor Kaiser und Reich, vor den Häuptern der Kirche, der er so grimmige Fehde angesagt, sein „Gott helfe mir! Amen“ sprach, richtete sich der schlichte Mann zu voller Heldengröße auf. Unverlöschlich hat sich dieses Bild bei Mit- und Nachwelt Freunden und Gegnern eingeprägt.

Das kaiserliche Edikt vom 8. Mai sprach über Luther, „diesen Teufel in Menschengestalt, diesen Todfeind der Kirche und des Staates“ die Acht aus und weihte seine Schriften dem Feuertod. Am gleichen Tage wurde zwischen Karl V. und Leo X. das Bündnis gegen Frankreich geschlossen. Wie aber war die politische Lage entstanden, unter deren Eindruck der Kaiser seine Absage an die deutsche Reformation gerichtet hatte?

Nach der Kaiserwahl herrschte Karl V. über Spanien mit den überseeischen Gebieten, über Neapel, die Niederlande und das Reich mit den habsburgischen Hauslanden. „Die Sonne ging in seinem Staat nicht unter.“ Gewiß lag, wie sich im Verlauf der Dinge zeigen wird, in dieser riesigen Ausdehnung des Habsburger Reiches auch seine Schwäche. Wir dürfen Karls Macht nicht überschätzen, aber auch ja nicht unterschätzen. Allerdings lagen seine Länder zum Teil räumlich weit auseinander, ermangelten einer gemeinsamen staatlichen Organisation, hingen nur durch Personalunion zusammen. Karl herrschte in jedem von ihnen auf Grund eines anderen Rechtstitels, hier als Kaiser, dort als König, Herzog oder Graf und keineswegs mit unbegrenzter, überall gleicher Macht. In allen seinen Reichen war die Herrschergewalt durch ständische Einrichtungen beschränkt, in Deutschland durch den Reichstag, in den Niederlanden durch die Generalstände, in Kastilien und Aragon durch die Kortes, in Neapel und Sizilien durch die Parlamente. Diese ständischen Verfassungen wirkten nicht in jedem Lande mit gleicher Kraft. In Kastilien, das die Hauptmasse der Soldaten und der Abgaben lieferte, war Karl V. durch die Stände in seiner auswärtigen Politik nur wenig beschränkt. Aragon dagegen war fast eine Republik mit dem König an der Spitze. Im ganzen aber hat diese ständische Ordnung unter Karl dem Einfluß des Fürsten doch nicht widerstehen können. Karl muß zwar, wenn er Geld und Soldaten braucht, mit den Ständen der einzelnen Länder unterhandeln, erhält aber doch in der Regel das Geforderte, wenn auch manchmal um hohen Preis. Die lockere, unorganisierte Ländermasse gehorcht doch, wenn auch unter Reibungen, die sich am stärksten in Deutschland geltend machen, dem Druck des kaiserlichen Willens, gibt die Mittel her für die rastlos nach neuen Erwerbungen greifende habsburgische Politik. In dem erwachenden Nationalgefühl der Völker, ihrem Widerwillen gegen fremde Herrscher, ihrem Widerstand gegen die Forderungen einer ihren Interessen fremden Politik lag die Gefahr für den dauernden Bestand des habsburgischen Riesenreiches. Von einzelnen Empörungen abgesehen, hat sich jedoch seine innere Brüchigkeit in vollem Maße erst gegen Ende der Regierung des Kaisers geoffenbart. Alles in allem verfügte Karl V. über eine Machtstellung wie keiner seiner kaiserlichen Vorgänger seit Karl dem Großen. Die Vereinigung einer so gewaltigen Ländermasse gab den Habsburgern die Übermacht gegen Frankreich.

Der Wahlspruch des Kaisers war: „Plus, ultra. Mehr, weiter!“ Er hatte ein großes Reich überkommen und wollte es noch größer machen. Man wird die Weltpolitik Karls V. doch wohl mehr seinem persönlichen Eroberungsdrang als — wie es geschehen ist — der Natur des ihm zugefallenen „Staatsungetüms“ zuschreiben müssen. Wenigstens die französischen und italienischen Eroberungen, die ihm doch in erster Linie vor-

schwebten, und um derenwillen er die größten Anstrengungen machte, sind kaum aus dem Bedürfnis besseren Grenzschutzes und notwendiger territorialer Abrundung zu erklären. In Karl V. vereinigt sich der eigentümliche habsburgische Machttrieb mit der Idee des mittelalterlichen Kaisertums, dem Gedanken des Universalstaates und der Universalkirche. Man hat ihn mit Recht den letzten mittelalterlichen Kaiser genannt. Auf seinem ersten Reichstag sprach er die Hoffnung aus, das zum Schatten gewordene römische Reich „mit Hilfe der Königreiche, großmächtigen Lande und Verbindungen, die ihm Gott verliehen", wieder zu der alten Glorie zu erheben. Freilich ist schließlich bei ihm die Reichspolitik von der dynastischen Politik überwuchert worden.

Als natürlichstes Feld bot sich der Eroberungslust des jungen Herrschers Italien dar. Dort standen Neapel und Sizilien bereits unter spanischer Herrschaft. Im Norden der Halbinsel aber war alter Reichsbesitz wieder herzustellen, waren Genua und Mailand, deren sich 1506 und 1516 die Franzosen bemächtigt hatten, zurückzuerobern. Durch den Besitz von Nord- und Süditalien mußte die kaiserlich-spanische Macht auch Herrin des Papsttums werden. Ein anderer Herzenswunsch Karls war die Gewinnung Burgunds, des alten Stammlandes seiner Dynastie. Noch schwerer als durch den Verlust Mailands wäre Frankreich durch die Lostrennung dieses wertvollen Grenzgebietes getroffen worden. Das mit dem Tode Karls des Kühnen untergegangene Großburgund wäre neu erstanden und diesmal als Glied eines Weltreiches. Wie nach Süden und Westen, so wiesen Habsburgs Wege auch nach dem Osten. Hier galt es, Maximilians Werk zu vollenden, die von ihm vorbereitete Angliederung Böhmens und Ungarns bei günstiger Gelegenheit durchzuführen und damit auch die Voraussetzung zu schaffen für einen erfolgreichen Kampf gegen die Türken, den Karl, gleich seinem deutschen Großvater, als seine Lebensaufgabe betrachtete. Auch nach dieser Richtung ist er der Testamentsvollstrecker Maximilians. Wie hätte der Kreuzzug gegen den Halbmond im Programm des letzten mittelalterlichen Imperators fehlen dürfen? In Nordeuropa suchte der Kaiser Boden zu gewinnen durch die Vermählung seiner Schwester mit Christian II., dem Beherrscher der drei skandinavischen Reiche — eine freilich bald zerstörte Kombination. Jenseits des Ozeans endlich wurde unter Karl V. Spaniens Besitz gewaltig vergrößert durch die Eroberung Mexikos und Perus. Die aus beiden Ländern zufließenden Edelmetallschätze sollten — in größerem Maße allerdings erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts — den ewig leeren Staatssäckel Spaniens füllen.

Die Politik Karl V. ist das echte Kind des dynastischen Imperialismus (vgl. Bd. V, S. 153), über den Interessen der einzelnen Länder stehend oder gar mit ihnen im Widerspruch. Nur der Kampf um Ungarn, der Versuch

einer Zurückdrängung der Osmanen entspricht einem europäischen Bedürfnis. Die kaiserliche Politik umspannt die alte und die neue Welt, vereinigt in sich die Tendenzen Ferdinands des Katholischen und Maximilians, übernimmt von beiden den Kampf mit Frankreich. Das Ausgreifen dieses Staates nach Italien seit 1494 hatte ihm Spanien und das Haus Habsburg zu Feinden gemacht, zur Vereinigung dieser beiden Mächte geführt, Frankreich in einen Kampf verwickelt, der seine Kräfte von wertvolleren Zielen ablenkte und in dem es schließlich doch nicht Sieger blieb. An Stelle der alten Feindschaft mit England dominiert nun in Frankreichs auswärtigen Beziehungen der Gegensatz zur spanisch-habsburgischen Macht. Er bildet für eine lange Zeit das Hauptagens der europäischen Politik.

Welcher Art waren nun die Hilfsquellen und Machtmittel, über welche die beiden Rivalen in ihrem langwierigen Kampf zu verfügen hatten?

Von den Ländern Karls V. hat jedes nach seiner besonderen Art die Politik des Kaisers unterstützt. Spanien versorgte ihn mit reichlichem, ausgezeichnetem Soldatenmaterial. Tapfer, genügsam, auch den härtesten Entbehrungen und Strapazen gewachsen, enger als andere Söldnerscharen mit dem Land und seiner Regierung verknüpft, in schweizerischer Taktik (Bd V, S. 154) geübt, bildete das spanische Fußvolk eine Kerntruppe des kaiserlichen Heeres. Neben Spanien diente das Deutsche Reich, besonders der Südwesten als vornehmstes Rekrutierungsgebiet. Aus der Masse der Bevölkerung hervorgegangen, gleichfalls nach schweizerischer Art geschult, standen die deutschen Landsknechte hinter den spanischen Infanteristen nur wenig zurück. Die Adeligen, die vom Ertrag ihrer Güter nur kärglich leben konnten, fanden im Reiterdienst Verwendung und stellten zugleich das Offizierkorps. Seinen deutschen Hauslanden, wo besonders die Innsbrucker Stückgießereien treffliche Arbeit leisteten, entnahm der Kaiser einen Teil seiner Artillerie. Aber nicht nur durch seine militärische Kraft, auch durch seine Kapitalsmacht war Deutschland für ihn wertvoll. Wir haben schon auf die Dienste hingewiesen, welche die großen Augsburger und Nürnberger Handelsherren dem Kaiser als Kreditoren und Zahlungsvermittler zu leisten pflegten (Bd. V, S. 159). Über die militärischen Hilfsmittel des Reiches freilich konnte er nicht uneingeschränkt verfügen, mußte sie mit seinen Gegnern teilen. Deutsche Landsknechte und deutsche Adelige nahmen unbeschwert durch nationale Bedenken und ungehindert durch eine schwache Regierung beim König von Frankreich Dienst. Die territorialen Obrigkeiten waren in der Lage, kaiserliche Werbungen in ihren Gebieten zu verhindern. Wie sehr die Reformation die ständische Opposition gegen die habsburgische Machtpolitik verstärkt, der Kaiser im freien Gebrauch der Kräfte des Reiches gehemmt,

schließlich einen Teil der Stände in die Arme Frankreichs getrieben hat, wird die spätere Darstellung erweisen. Schöpfte der Kaiser aus Spanien und dem Reiche einen großen Teil seiner Militärmacht, so kamen die Niederlande dank ihrer kräftigen Entwicklung in Handel und Industrie und dank der Dienstwilligkeit ihrer Stände für den Habsburger vor allem als Geldquellen in Betracht. Die „aides" (außerordentliche Beihilfen) wurden von den Ständen so regelmäßig bewilligt, daß der Kaiser mit ihnen wie mit einer ständigen Einnahme rechnen konnte. „Der Kapitalreichtum des Landes erlaubte, der Regierung bedeutende Mittel zur Verfügung zu stellen, ohne daß die Bevölkerung in einer für ihre wirtschaftliche Tätigkeit schädlichen Weise belastet worden wäre." Die industriell hochentwickelte Provinz Flandern brachte um die Mitte des 16. Jahrhunderts ein Drittel der gesammten Steuersumme auf, ohne durch diese Belastung in ihrer Konkurrenzfähigkeit gehemmt zu werden. Das mächtige Handelszentrum Antwerpen wurde die Stelle, an der die kaiserliche Regierung am bequemsten ihre Anleihen unterzubringen vermochte. Die von den Niederlanden gebrachten Opfer sind um so höher zu veranschlagen, als die Lebensnotwendigkeiten des Landes mit den Zielen der kaiserlichen Politik keineswegs zusammenstimmten. Der Gegensatz zu Frankreich gefährdete den Absatz der niederländischen Industrie nach diesem Lande. Mit niederländischem Gelde führte Karl V. seine italienischen Kriege, an denen die Niederlande wahrlich kein Interesse hatten. Ein Konflikt des Kaisers mit Dänemark konnte zur Sperrung des Sundes führen, die Getreidezufuhr aus den Ostseeländern hemmen. Dennoch blieben die Niederlande eine fast nie versagende Stütze der kaiserlichen Politik. Aus seinen süditalienischen Provinzen vermochte der Kaiser militärische Kräfte nicht zu ziehen. Neapel war überhaupt ein armes Land, das eher kostete, als etwas einbrachte. Dagegen war Sizilien die Kornkammer für Spanien. Der Exportzoll auf sizilisches Getreide, der unabhängig von der Einwilligung der dortigen Stände festgesetzt werden konnte, bildete eine regelmäßige, wenn auch nach dem Ertrag der Ernte schwankende Einnahme der spanischen Regierung. So bot jedes Land je nach seiner eigentümlichen Beschaffenheit dem Kaiser politische Hilfsmittel dar.

Karls Hauptgegner Frankreich stand zwar an Gebietsumfang und Bevölkerungszahl hinter der habsburgischen Weltmacht weit zurück, übertraf sie jedoch an Konzentration der staatlichen Machtmittel. In keinem anderen Staate war die königliche Gewalt so wenig begrenzt (vgl. Bd. V, S. 22): Das Bürgertum lebte mit der Krone auf dem besten Fuß. Der Adel war seiner Armut wegen unfähig zu politischer Opposition, brauchte zu seiner Versorgung geistliche oder militärische Ämter, deren Verleihung vom König abhing. Die Stände hatten nichts mehr zu bedeuten, das Steuerbewilligungsrecht hatte so gut wie aufgehört, zu existieren. Nach dem Urteil eines

Venezianers konnten sich die Könige von Frankreich „reges servorum“ (Könige von Sklaven) nennen. Die finanziellen Kräfte der Nation standen ihnen unbedingt zu Gebote: „Bricht ein Krieg aus, so liefert die französische Bevölkerung unbedenklich (volontieri) so viel Geld, als die Krone wünscht“, meint der Venezianer Cappello im Jahre 1554. Trotz seinen reichen Mitteln mußte aber auch der König von Frankreich die Hilfe des ausländischen und zwar des oberdeutschen und italienischen Kapitals in Anspruch nehmen. Wie Antwerpen vom Kaiser, so wurde besonders seit 1542/43 der gleichfalls hochbedeutende Meß- und Börsenplatz Lyon von Franz I. und seinem Nachfolger Heinrich II. für ihre Anleihen benützt. So waren denn die Mittel zur Anwerbung von Söldnern und zur Beschaffung von sonstigem Kriegsmaterial reichlich vorhanden. Am französischen Heerwesen jener Zeit fällt uns der Mangel eines einheimischen Fußvolkes auf. Da der Boden Frankreichs — im Gegensatz zu dem armen Spanien — seine Bewohner auskömmlich ernährte, so hatte es der gemeine Mann nicht nötig, sich um Sold zu verdingen. Die französische Regierung mußte daher ihre Infanterieregimenter zum größten Teil aus fremden Söldnern (Schweizern, später deutschen Landsknechten) bilden. Dagegen rekrutierte sich die schwere Kavallerie (die Reisigen, „gens d'armes“) aus dem heimischen Adel, der so wenig wie in Deutschland vom Ertrag der Landwirtschaft leben konnte. In Artillerie und Befestigungswesen behaupteten die Franzosen eine unbestreitbare Überlegenheit. Alles in allem war also Frankreich auch für den weltgebietenden Kaiser kein unverächtlicher Gegner.

Beide Teile, besonders Frankreich, suchten die eigene Macht durch Bündnisse zu verstärken. Gleich beim Wiederaufleben des habsburgisch-französischen Gegensatzes traten die west- und südeuropäischen Mächte in zwei feindliche Gruppen auseinander. Nach langem Schwanken zwischen Frankreich und Spanien stellte sich Papst Leo X. auf die Seite Karls. Die Erwägung, daß er des Kaisers zur Unterdrückung Luthers bedürfe, hat wohl mitgespielt. Den Ausschlag aber gab der Wunsch nach dem Besitze Parmas, Piacenzas und Ferraras, dessen Herzog Frankreichs Alliierter wurde. Die päpstliche Politik ist doch vornehmlich von italienischen, territorialen Gesichtspunkten beherrscht. Um eine Vergrößerung des Kirchenstaates zu erreichen, verband sich Leo X. mit dem Kaiser, dessen Wahl er lang genug bekämpft hatte, gab er ihm Gelegenheit, sein Übergewicht in Italien zu begründen.

Auch England ergriff, obwohl zögernd, die Partei des Kaisers. Die Ansichten Heinrichs VIII. und seines allmächtigen Ministers, des Kardinals Wolsey über die auswärtige Politik stimmten nicht gänzlich überein. Wolsey hätte gern eine Stellung über den Parteien behauptet, die Rolle des Ver-

mittlers oder gar des Schiedsrichters gespielt. Heinrich VIII., in dem der Ehrgeiz seiner Vorfahren weiterlebte, sah sich schon als König von Frankreich. Das Ungestüm des Herrschers, die Kriegslust des englischen Adels, die alte Nationalfeindschaft der Engländer und Franzosen rissen die englische Politik über die von Wolsey vorgezeichnete Linie hinaus. In Brügge (25. Aug. 1521) verabredeten Kaiser und Kardinal die Teilung Frankreichs. Doch erst 1522 bestimmten die großen italienischen Erfolge Karls V. den englischen König wirklich in den Krieg einzutreten. Übrigens fiel Englands Eingreifen bei seiner militärischen Rückständigkeit kaum ins Gewicht.

Auch Frankreich blieb im Kampfe gegen Habsburg nicht ohne Verbündete. Mit ihm vereinigte sich die Republik Venedig, die alte Gegnerin Maximilians. Ihr mußte viel daran gelegen sein, das Gleichgewicht der Mächte in Italien zu erhalten, die begehrlichen Habsburger nicht in Mailand und Genua zu Nachbarn zu haben. Zwiespältig war die Haltung der Schweiz. Zuerst gelang es Franz I. durch reichliche Bestechungsgelder sämtliche Kantone außer Zürich zu einem Bündnis zu bewegen, das ihm ein stattliches Kontingent eidgenössischer Knechte zur Verfügung stellte. Dieses mächtige Reservoir militärischer Kräfte, die auch nach Marignano (vgl. Bd. V, S. 175) an Wertschätzung bei den kriegführenden Mächten noch nichts eingebüßt hatten, stand also dem Könige offen. Scharenweise strömten schweizerische Söldner zu den französischen Fahnen. Bald nach Ausbruch der Feindseligkeiten aber bewilligte Zürich dem Papste 2000 Mann zum Schutz seines Territoriums. So drohte die Gefahr, daß Schweizer gegen Schweizer kämpfen würden. Die auf Seite Franz' I. fechtenden eidgenössischen Söldner teilten sein Mißgeschick. Der unselige Hang der Schweizer zum „Reislaufen“, zur Verdingung an fremde Mächte, gegen den die besten Männer des Landes vergeblich eiferten, kostete schwere Blutopfer.

In seinem ersten Kriege mit Franz I. (1521—1526) fiel dem Kaiser eine Reihe von bedeutenden militärischen und politischen Erfolgen zu. Mit der Eroberung Mailands durch ein kaiserlich-päpstliches Heer, der Niederlage der Franzosen bei Bicocca, dem Fall Genuas (1521, 1522) war die französische Herrschaft in Oberitalien gebrochen. Leos X. Nachfolger Adrian VI., Karls ehemaliger Lehrer, schloß trotz seinen friedfertigen Gesinnungen ein Verteidigungsbündnis mit dem Kaiser, weil ihn der gewalttätige Franzosenherrscher mit dem Schicksal Bonifaz VIII. bedrohte (vgl. Bd. V, S. 15). Ein gleichzeitiger Vorstoß der Kaiserlichen und der Engländer nach Frankreich blieb zwar wirkungslos. Ebenso scheiterte der Abfall des mächtigen französischen Kronvasallen, des Connetable (Kronfeldherrn) Karl von Bourbon an der inneren Festigkeit der französischen Monarchie. Dafür entschied die gewaltige Schlacht bei Pavia (24. Feb.

1525), wo Franz I. nach der Vernichtung seines Heeres in spanische Gefangenschaft geriet, den völligen Sieg des Kaisers.

Karl V. mißbrauchte das Recht der Siegers. Dem gefangenen König wurden die schwersten Bedingungen auferlegt. Im Frieden von Madrid (14. Januar 1526) mußte er seinen Ansprüchen auf Italien, Flandern und Artois entsagen, die Abtretung Burgunds und die Wiedereinsetzung Bourbons versprechen, dem Kaiser für seinen Romzug oder gegen die Türken sein Landheer und seine Flotte zur Verfügung stellen. Zur Bekräftigung des Friedens verlobte sich Franz I. mit Karls Schwester Eleonore.

Nie waren Karls Aussichten glänzender gestanden. Italien und das Papsttum waren in seiner Hand. Frankreich sollte verstümmelt werden, den mächtigen Vasallen, der soeben die Treue gebrochen hatte, wieder zu Gnaden aufnehmen, sich zum Trabanten der kaiserlichen Politik erniedrigen. Seit den Tagen Karls des Kühnen war einem französischen Monarchen solche Demütigung nicht widerfahren. Mittel- und Westeuropa schienen dem Sieger von Pavia zu Füßen zu liegen.

Fast zur selben Zeit drang der Einfluß Habsburgs auch nach Osten vor. Das Ideal eines österreichischen Großstaates, dem Rudolf der Stifter, Sigmund, Friedrich III. und Maximilian nachgestrebt hatten, ging seiner Verwirklichung entgegen. Im Jahre 1521 hatte Karl seinen jüngeren Bruder, den Erzherzog Ferdinand mit den fünf Ländern Nieder- und Oberösterreich, Steiermark, Kärnthen und Krain belehnt und damit die deutsche Linie des Hauses Habsburg begründet. Ferdinand, dem Inhaber der Hauptmasse des deutschen Hausbesitzes fiel nun die Aufgabe zu, sich auch in den Besitz der böhmischen und der ungarischen Krone zu setzen, auf die ihm sein Großvater und Urgroßvater Rechte erworben hatten (Bd. V, S. 192 und 209).

In Böhmen und Ungarn hatte sich nach dem Hingang der kräftigen nationalen Herrscher Georg Podiebrad und Mathias Corvinus eine Adelsherrschaft breit gemacht, welche die Autorität der beiden jagellonischen Schattenkönige Wladislaw II. und seines Sohnes Ludwig gänzlich beiseite drängte, die öffentliche Wohlfahrt schmählich vernachlässigte. In Böhmen war die Landesverwaltung in den Händen des hohen Adels, der mit den Staatseinnahmen seine Taschen füllte, nur schlecht für Ruhe und Ordnung sorgte. Wie bezeichnend ist die Äußerung, welche die Großen wiederholt zu Ludwig und seinem Vater getan haben sollen: „Du bist unser König, wir sind deine Herren."

In dem gleichfalls unter jagellonischem Zepter stehenden Ungarn war der starke Staat des Mathias Corvinus durch eine herrschsüchtige, habgierige und pflichtvergessene Aristokratie gänzlich zugrunde gerichtet

worden. Während die in Parteien gespaltenen Magnaten einander die leitenden Stellen abzujagen suchten, ihrem Deutschenhaß Luft machten, sich schamlos bereicherten, mußten König und Staat darben, gerieten Finanz- und Heerwesen in den traurigsten Verfall. Der Einfluß des Königs auf die auswärtige Politik war durch die Barone zurückgedrängt, die vielfach selbständig mit fremden Mächten verhandelten, sich in ihrer Haltung durch die Höhe der finanziellen Angebote bestimmen ließen. Unter dem Anprall der Osmanen mußte das zermürbte Reich zusammenbrechen. Hatten die Türken unter Selim I. sich auf Eroberungen in Asien und Afrika beschränkt (Bd. V, S. 182), so wandten sie sich unter Soliman II. (1520—1566) wieder nach Westen. Wenn auch dieser gewaltige Kriegsfürst Asien nicht ganz außer Augen ließ, den Perserschah bekriegte, durch die Einnahme der alten Kalifenresidenz Bagdad die osmanische Herrschaft weit nach Osten vorschob, so hat er doch den Schwerpunkt seiner Politik im Abendland gesucht. Fast ein halbes Jahrhundert lang beunruhigt er durch seine immer weiter greifenden Heeresfahrten die christliche Welt. Während der abendländische Kaiser den Völkern Westeuropas das Gesetz seines Willens aufzuzwingen sucht, bricht der Osmanensultan in den habsburgischen Machtbereich ein, wird er der Verbündete Frankreichs. Sollte Europa spanisch oder türkisch werden?

1521 fielen die damals ungarischen Festungen Schabatz und Belgrad in die Hände der Türken, 1522 ging dem Johanniterorden Rhodus verloren. Und nun empfing das dahinsiechende Ungarn den Todesstreich. Bei Mohács erlag am 29. August 1526 das kleine ungarische Heer der türkischen Übermacht. Der junge König Ludwig endete im Sumpf. Soliman hielt seinen Einzug in Ofen.

Ludwigs Tod hatte die Throne Böhmens und Ungarns erledigt. Die Zeit war gekommen, wo die Habsburger ihre auf Verträge und Heiraten gegründeten Ansprüche geltend machen konnten. Als Gemahl Annas, der Schwester des verstorbenen Königs, als Bruder der verwitweten Königin Maria betrachtete sich Ferdinand als den nächsten Erben beider Reiche. Würde er aber sein Recht behaupten können gegen ständisches Selbstbewußtsein und nationalen Haß? Die böhmischen Stände waren nicht geneigt, das Erbrecht des Erzherzogs anzuerkennen, sie beharrten auf dem Recht, sich ihren Herrscher frei zu wählen. Auch traten dem Habsburger in den Bayernherzogen Ludwig und Wilhelm nicht zu unterschätzende Konkurrenten in den Weg. Durch reichliche Zusicherungen an einzelne Große, durch weitgehende Zugeständnisse an den Landtag erlangte aber Ferdinand doch schließlich die böhmische Krone, nicht kraft Erbrechts, sondern durch die Wahl der Stände (1526). Hätten die Wittelsbacher gesiegt, so wäre die Rolle Habsburgs in Deutschland wohl ausgespielt gewesen,

Ferdinand vielleicht auch nicht auf den ungarischen Thron gekommen, eine österreichisch-ungarische Monarchie wäre nie entstanden. Ferdinands Wahlsieg in Böhmen hat eine über die Grenzen dieses Königreichs weit hinausreichende Bedeutung.

Härtere Kämpfe warteten Ferdinands in Ungarn. An seiner Schwester Maria, dem Mittelpunkt der habsburgischen Partei, hatte er eine starke Stütze. Für ihn sprach, daß er als Inhaber der deutschen Erblande und nun auch der böhmischen Krone, gestützt auf seine Verbindung mit Kaiser und Reich Ungarn gegen die Türken Schutz bieten konnte. Der gefährlichste Gegner Habsburgs aber war schon von früher her Johann Zápolya, der reichste und mächtigste unter den Magnaten, der mit allen Kräften seines Willens nach der Krone strebte. Um ihn scharten sich die kleinen Edelleute und alle jene nationalen Heißsporne, die nach den Erfahrungen der jagellonischen Zeit in einem fremden Herrscher das ärgste aller Übel erblickten. Vielleicht waren diese patriotischen Äußerungen nur der Deckmantel für den Wunsch der herrschsüchtigen Adeligen, sich einen König fernzuhalten, der durch seine starke Hausmacht ihrer „Libertät“ gefährlich werden konnte. Im November 1526 wurde zu Preßburg Zápolya von seinen Anhängern, kurz darauf zu Stuhlweißenburg Ferdinand von den seinigen zum König gewählt. Die Waffen aber entschieden für den Habsburger. Nach seinem Siege bei Tokay (1527) durfte sich Ferdinand die Krone des heiligen Stefan aufs Haupt setzen.

Nur in beschränktem Sinn möchten wir das Jahr 1526 als das Geburtsjahr der österreichisch-ungarischen Monarchie bezeichnen. In Ungarn mußte die habsburgische Herrschaft erst noch in heißen Kämpfen gegen die nationale Partei und die Osmanen begründet werden. Hier gab es noch Arbeit für Generationen. Der Anspruch auf Ungarn stellte die Habsburger vor ihre historische Mission, den Kampf gegen die Türken.

An dem erwachenden Nationalbewußtsein der Völker fand der spanisch-habsburgische Imperialismus ein starkes Gegengewicht. Dies bekam der Kaiser selbst ebenso zu spüren, wie sein Bruder in Ungarn. Freunde und Feinde Karls V. schlossen sich nach Pavia gegen die drohende Weltherrschaft Habsburgs zusammen. In Frankreich, noch mehr in Italien trug der Widerstand eine nationale Färbung. Franz I. war entschlossen, den feierlich beschworenen Vertrag von Madrid, der ihn fast „zum Untergebenen des Kaisers machte“, nicht zu halten. Unmittelbar vor dem Abschluß hatte er eine Protestation unterzeichnet, in der er den Vertrag als erzwungen, daher als null und nichtig erklärte. Der Papst löste ihn von seinem Eid. Eine Versammlung französischer Notabeln erhob Einspruch gegen die Ab-

tretung Burgunds. In noch höherem Maße hatte sich in Italien der nationale Gedanke der Gemüter bemächtigt. Man zitterte dort nach dem Zusammenbruch Frankreichs vor dem kaiserlichen Joch. Das Volk war empört über die Ausschreitungen der spanischen Söldner, die Dichter beklagten das Los des Vaterlandes. Die Staatsmänner sahen mit Schrecken die Ausdehnung der kaiserlichen Macht. Das Papsttum war durch die verfehlte Politik Leos X., der den Kaiser nach Mailand hatte führen helfen, in eine ähnlich drangvolle Lage geraten wie zur Stauferzeit, im Norden und Süden von der spanischen Macht umfaßt. Im Besitze Mailands war der Kaiser der Herr aller Dinge. Klemens VII. (1523—1534), ein Medici, der Nachfolger des Friedens- und Reformpapstes Adrians VI., unternahm es, die Kurie aus dieser Zwangslage wieder herauszuführen. Es lag in der Natur dieses Mannes, seine Politik stets den Zeitverhältnissen anzupassen, sich stets auf die Seite des jeweils Stärkeren zu stellen. Als Franz I. Ende 1524 siegreich in Norditalien erschienen war, hatte Klemens sich von der Partei des Kaisers abgewendet, war er mit dem Franzosenkönig in Verbindung getreten. Nach Pavia hatte er sich beeilt, mit Karl V. einen Vertrag zu schließen. Jetzt sann er auf neuen Abfall, auf Anschluß an die anderen, von gleichen Tendenzen bewegten italienischen Mächte. Wie die Kurie, so hatte auch Venedig die Übermacht des Kaisers zu fürchten. Der in Mailand als Herzog eingesetzte Francesco Sforza litt unter der Tyrannei der spanischen Befehlshaber. Sein Staatsmann Morone versuchte des Kaisers besten Feldherrn Pescara zum Abfall zu verleiten. Pescara aber verriet den Anschlag seinem Herrn, und bald sah sich Sforza von den Kaiserlichen im Kastell von Mailand belagert. Italien sehnte die Stunde der Befreiung herbei, war bereit zu einem Kampfe, in dem es sich, wie der leitende Diplomat des heiligen Stuhles, der Bischof Giberti sagte, um Freiheit oder Knechtschaft handelte. Nach dem Abschluß des Friedens von Madrid schien dazu der rechte Augenblick gekommen zu sein. Am 22. Mai 1526 vereinigten sich der Papst, Florenz, Mailand und Venedig mit Frankreich in der Heiligen Liga von Cognac. Ihr Zweck war die Austreibung der Spanier aus Italien, die Herstellung des Zustandes, wie er bis 1494 gewesen war.

An der Bildung der Heiligen Liga war Heinrich VIII. stark beteiligt. Er hatte es Karl V. nicht verziehen, daß dieser nach Pavia sich nicht dazu bereit gefunden hatte, ihm durch einen neuen gemeinsamen Kriegszug die Krone Frankreichs zu verschaffen. Das starke Wachstum der kaiserlichen Macht schien das für England nützliche europäische Gleichgewicht zu stören, den festländischen Eroberungsplänen des Tudor einen Riegel vorzuschieben. So schloß Heinrich VIII. mit Frankreich einen Friedens- und Bündnisvertrag und übernahm das Protektorat über die Heilige Liga.

Diese aber war ein politisch in sich zwiespältiges, militärisch wenig leistungsfähiges Gebilde. So behielt Karl V. trotz der Vereinigung seiner Gegner auch im neuen Kriege (1526—29) den Sieg. Furchtbar büßte Klemens VII. seinen Abfall mit der Plünderung Roms durch die kaiserlichen Söldnerscharen, den berüchtigten sacco di Roma (Mai 1527), der die Hauptstadt der Christenheit in eine Wüstenei verwandelte. Französische Unternehmungen gegen Neapel und Mailand schlugen fehl. Klemens VII. war der erste, der die Überlegenheit des Kaisers anerkannte, sich dem Kriege entzog. Im Frieden von Barcelona (29. Juni 1529) versprach Karl dem Papste die Wiedereinsetzung der 1527 aus Florenz vertriebenen Medici und die Wiederherstellung des Kirchenstaates, von dem die Venezianer Ravenna und Cervia losgerissen hatten. Dafür erneuerte der Papst die Belehnung mit Neapel gegen Leistung des üblichen Zelters und gestattete den Durchmarsch kaiserlicher Truppen durch den Kirchenstaat. Der Frieden von Barcelona gab den Papst ganz in die Hände des Kaisers, von dessen gutem Willen es nun abhing, ob der Kirchenstaat seine alten Grenzen wiedererhalten, ob die Medici nach Florenz zurückkehren sollten oder nicht.

Nun legte auch das finanziell erschöpfte, militärisch aufs Haupt geschlagene Frankreich die Waffen nieder. Durch den Sieg bei Landriano (21. Juni) war auch in der Lombardei die kaiserliche Herrschaft wiederhergestellt worden. Des Kaisers Tante Margarete, die Statthalterin der Niederlande und des Königs Mutter, Luise von Savoyen brachten, den „Damenfrieden“ von Cambray (5. August 1529) zustande. Franz verzichtete nochmals auf seine italienischen und niederländischen Ansprüche, der Kaiser auf die Abtretung Burgunds. Durch die Preisgabe seiner italienischen Verbündeten hatte Frankreich sein eigenes Staatsgebiet unversehrt erhalten.

Noch vor den Friedensschlüssen von Barcelona und Cambray war eine neue Gefahr vom Osten heraufgezogen, welche die kaum befestigte Stellung der Habsburger in Ungarn zu vernichten drohte. Soliman II. rüstete zu einem neuen Zug gegen das Abendland. Er bezeichnete sich als „den Schatten Gottes, den einzigen Herrn auf Erden“. Dem Weltherrschaftsgedanken Habsburgs trat die Idee eines osmanischen Imperiums entgegen. Auch Ungarn betrachtete Soliman als sein Eigentum nach dem Recht des Eroberers. Dort hatte Zápolya, der auch nach der Niederlage von Tokay den Kampf noch nicht aufgeben wollte, schon 1528 bei Soliman um Hilfe gefleht und war unter das Kleid und den Schatten des Sultans genommen worden. Auch Franz I. verhieß ihm Hilfe. In Ost und West kreuzte Frankreich feindlich die Wege Habsburgs.

Im Jahre 1529 brach Soliman mit einem gewaltigen Heere in Ungarn ein, zu dessen Verteidigung dem Österreicher Geld und Truppen fehlten.

Auf den Gefilden von Mohács leistete Zápolya dem Großherrn den Handkuß. Im eroberten Ofen wurde er auf den ungarischen Thron gesetzt. Weiter wälzte sich die osmanische Woge, zum erstenmal deutschen Boden überflutend, bis vor Wien. Es war, wie ein neuerer Historiker mit Recht sagt, ein Moment von weltgeschichtlicher Bedeutung. Mit dem Falle Wiens wäre der Türke dauernd Herr von Ungarn geblieben, würde seine Macht sich auch über das politisch geschwächte, vom Glaubenskampf zerrissene Deutschland ergossen haben. Die tapfere Besatzung Wiens trotzte jedoch allen Stürmen und zwang den Sultan zum Abzug. Ungarn aber blieb als türkischer Vasallenstaat in den Händen Zápolyas.

Beruhigt konnte Karl jetzt zur Ordnung der italienischen Verhältnisse schreiten. Am 23. Dezember 1529 wurde zu Bologna ein Friedensbund geschlossen zwischen dem Kaiser, seinem Bruder, dem Papst, Florenz, Mailand und einigen kleineren Staaten. Dieser Vertrag bedeutet das ruhmlose Ende der italienischen Freiheitsbewegung. Die Vertreibung der Fremden, an der einst Julius II. gescheitert (vgl. Bd. V, S. 174), war auch diesmal ein Versuch mit unzulänglichen Mitteln geblieben.

Nicht alle hochstrebenden Entwürfe des Kaisers waren Wirklichkeit geworden. Von Burgund hatte er abstehen müssen. Aber Italiens war er sicher. In Neapel war die spanische Herrschaft befestigt, in Mailand und Florenz wurden kaiserliche Kreaturen als Schattenherrscher eingesetzt. Der Papst war im Schach gehalten, Venedig durch die Herausgabe von Ravenna und Cervia geschwächt und gänzlich isoliert. Seit den Staufern hatte kein Kaiser in Italien mehr solche Macht besessen, wie Karl V. Die Kaiserkrönung zu Bologna (24. Februar 1530) gab seiner Machtstellung einen pomphaften Abschluß.

Während die romanischen Völker durch die Weltpolitik Karls V. in Atem gehalten werden, nimmt in den germanischen Ländern die von Martin Luther entfesselte Strömung siegreich ihren Lauf. Gleich nach dem Wormser Tag hatte Friedrich der Weise den geächteten und gebannten Luther, um ihn seinen Verfolgern zu entziehen, auf die Wartburg entführt. Dort schuf Luther seine Bibelübersetzung, diese wahrhafte Urkunde des evangelischen Glaubens, ein herrliches Denkmal deutscher Sprache. Die Gedanken aber, die er in die Welt geworfen hatte, wirkten auch ohne sein unmittelbares Zutun weiter, erst in Deutschland, und rasch auch über die Reichsgrenzen hinaus. „Es war keine Anstalt zu treffen, kein Plan zu verabreden; einer Mission bedurfte es nicht; wie über das beackerte Gefilde hin bei der ersten Gunst der Frühlingssonne die Saat allenthalben emporschießt, so drangen die neuen Überzeugungen, durch alles, was man erlebt und gehört, vorbereitet, in dem gesamten Gebiete, wo man deutsch redete, jetzt ganz

von selbst oder auf den leisesten Anlaß zutage." (Ranke.) Die Klosterpforten taten sich auf. Unter den ausgelaufenen Mönchen fand Luther, besonders unter seinen ehemaligen Ordensgenossen, den Augustinern, manchen feurigen Apostel und wertvollen Mitarbeiter. Auch Weltgeistliche aller Grade traten zum Luthertum über, wenngleich freilich die Bischöfe mit verschwindenden Ausnahmen die natürlichen Widersacher der Neuerung blieben. War einmal der Seelsorger abgefallen, so folgte leicht die Gemeinde nach. Das weltliche Fürstentum hielt sich noch zurück. Nur Kursachsen gewährte dem Verfolgten eine Freistatt. Um so freudiger begrüßte der niedere Adel, die Reichsritterschaft Luthers Auftreten, wenn auch ihre Wege und die des Reformators bald auseinandergingen. Nicht umsonst hatte er sich in seiner Schrift „An den christlichen Adel" an diese Kreise gewendet. Ulrich von Hutten, der die lutherische Sache zuerst als Mönchsgezänk verachtet hatte, diente ihr bald mit seiner scharfen Feder. Sein Freund Franz von Sickingen bot 1520 dem bedrängten Luther ein Asyl an. Freilich an dem revolutionären Gehaben der beiden ritterlichen Häupter, die, wenigstens ihren Reden nach, sich im Blute der Pfaffen baden, einen neuen Husitensturm heraufbeschwören wollten, konnte Luther kein Gefallen finden. Nicht durch das Schwert, sondern durch die Gewalt des Wortes wollte er siegen.

Von ganzem Herzen aber hat sich das deutsche Bürgertum Luther angeschlossen. Zwischen Bürgern und Pfaffen bestanden die alten Gegensätze fort. In den Städten war man des Kampfes gegen die Steuerfreiheit und gewerbliche Konkurrenz des Klerus, gegen die wachsende Macht der toten Hand, die Übergriffe der geistlichen Gerichte gewöhnt. Diese Tendenzen, obwohl sie an sich mit der Religion nichts zu schaffen hatten, erleichterten doch den Abfall. Wie einst der Humanismus seine besten Kräfte aus dem städtischen Boden gezogen hatte, so wurde das Bürgertum nun auch ein wichtiger Träger der Reformation. Es war nichts Geringes, daß gerade die Zentren der nationalen und geistigen Kultur, die süddeutschen Reichsstädte Augsburg, Nürnberg, Ulm für die evangelische Sache gewonnen wurden.

Die Geschichte kennt wenige Bewegungen, die so wie die Reformation das Leben eines ganzen Volkes in seinen Höhen und Tiefen erfaßt und durchdrungen haben. Das geistige Leben Deutschlands steht seit 1520 ganz im Zeichen der kirchlichen Umwälzung. Die großen Meister der Kunst, die Holbein, Cranach, Dürer, lassen sich von den Gestalten und den Ideen der Reformatoren zu neuen Werken begeistern. Der Schuhmacher und Poet Hans Sachs von Nürnberg begrüßt jubelnd die Schläge der „Wittenberger Nachtigall". Eine Flut volkstümlicher Literatur überschwemmt den Büchermarkt, formlos, oft unflätig, auf die Masse berechnet und zugleich ein Spiegel der Stimmung des gemeinen Mannes. Luther wird verherrlicht, seine geist-

lichen Gegner werden mit derbstem Spott und Schimpf übergossen. Auch der Landmann griff jetzt nach der Bibel. Luther selbst hat unter lebhaftem Beifall die Ansicht vertreten, „daß, wie einst Jeremias bei den Obersten weniger Verstand und Recht gefunden habe, als bei den Laien und gemeinem Volk, so auch jetzt arme Bauern und Kinder baß Christum verstehen, denn Papst, Bischöfe und Doktores, und ist alles umkehrt". Bald freilich geben die Bauern dem Evangelium eine für die Sache Luthers bedenkliche, soziale Deutung. Bei allen Ständen, in allen Landschaften Deutschlands sah sich die alte Kirche vom Untergang bedroht. Selbst Bayern und Österreich, die von den glaubenseifrigsten Fürsten regierten Länder, drohten ihr verloren zu gehen. Erzherzog Ferdinand berichtete 1523 seinem Bruder, die Lehre Luthers sei im ganzen Reich so eingewurzelt, daß unter 1000 Personen nicht eine ganz frei von ihr sei.

Es gab im Reiche keine Gewalt, die der elementaren Wucht der Bewegung mit annähernd gleicher Energie hätte begegnen können. Der Kaiser weilte fern in Spanien und Italien, belastet mit den Sorgen des italienischen Krieges. Unter den einzelnen Reichsständen aber, wie unter den berufenen Trägern der Reichsregierung, bei dem 1521 mit der Vertretung des abwesenden Kaisers betrauten Reichsregiment und auf den Reichstagen herrschten Lauheit, Furcht oder unverhüllte Hinneigung zu Luther. Die wiederholte Aufforderung der Kurie, den päpstlichen Bann und das Wormser Edikt endlich zur Durchführung zu bringen, wurde vom Reichsregiment und Reichstag (1523 und 1524) das erstemal offen abgelehnt, das zweitemal mit der gewundenen Erklärung beantwortet, man werde das Edikt ausführen „soweit als möglich". Dem gemeinen Mann die evangelische Wahrheit entreißen zu wollen, hieße Aufruhr und Blutvergießen herbeiführen. Dagegen forderte der Reichstag ein allgemeines Konzil unter Teilnahme der Laien. Einstweilen solle das Evangelium gepredigt werden nach Auslegung der von der Kirche approbierten Schriften. Unter Hinweis auf die drohende Revolution also weigerten sich die Stände, den Willen des Kaisers und des Papstes zu vollziehen. Ja sie erkühnten sich, vom Papst zu verlangen, daß er seine Entscheidung durch ein allgemeines Konzil überprüfen lasse. Für die Zwischenzeit stellten sie eine Norm auf, die sichtlich den Anschauungen Luthers angepaßt war. Deutschland war damals für einen Religionskrieg noch nicht reif. Auf katholischer Seite wurden erst schwache Anzeichen einer Sammlung der Kräfte bemerkbar.

Noch nicht von außen her, sondern von innen heraus drohte in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre der evangelischen Sache Deutschlands die größte Gefahr. Das Schicksal jeder Revolution, daß hinter den gemäßigten radikale Parteien nachdrängen, daß ihre Gedanken verdunkelt und mißdeutet werden, blieb auch dem Luthertum nicht erspart. Unruhige Köpfe

leugneten die Voraussetzungen Luthers, suchten das Tempo der Bewegung zu beschleunigen. Unzufriedene aller Art wollten ihre Umsturztendenzen mit dem Schild des Evangeliums decken. In Wittenberg und Zwickau regte sich ein evangelischer Radikalismus, dem Luther nicht genug tat, ein ungesundes, schon ins Soziale schillerndes Schwärmertum. Die Bibel, die für Luther allein Grund und Quelle der christlichen Lehre war, galt diesen Schwarmgeistern nichts. Unmittelbar trete Gott mit den Auserwählten in Verkehr. Andreas Karlstadt, das Haupt dieser Stürmer und Dränger beeilte sich, in Wittenberg mit den alten kirchlichen Ordnungen aufzuräumen. Da verließ Luther unbekümmert um Acht und Bann sein Asyl auf der Wartburg und beschwor den tollen Spuk durch die Macht seines Wortes.

Gefährlicher noch war die Verquickung des religiösen Moments mit der vom niederen Adel und den Bauern ausgehenden politischen und sozialen Revolution. Im Jahre 1522 begann Franz von Sickingen, inspiriert von seinem Freunde Hutten, an der Spitze eines Teils der Reichsritterschaft mit einer Fehde gegen den Trierer Erzbischof Richard von Greiffenklau den angekündigten Pfaffenkrieg. Dem Evangelium wollte er eine Gasse machen. Die vereinigten Fürsten von Trier, Pfalz und Hessen bereiteten dieser Bewegung ein tragisches Ende. Aber schon bald darauf (1525) erhoben sich die Bauern Süd- und Mitteldeutschlands gegen ihre geistlichen und weltlichen Herren unter dem Schlagwort des „göttlichen Rechts“. Auf Grund der Schrift glaubten sie die Verringerung ihrer Zinsen und Dienste, die Rückgabe entfremdeter alter Gerechtigkeiten fordern zu dürfen. Die unzufriedenen Elemente in den Städten folgten dem Beispiel der Bauern. Die Schuld an dieser ersten sozialen Revolution, welche die deutsche Geschichte kennt, ist von den Gegnern den Reformatoren aufgebürdet worden — nicht ganz mit Unrecht. Freilich hat Luther mit der Ritterbewegung ebenso wenig etwas zu schaffen haben wollen wie mit dem Bauernkrieg. „Den christlichen Namen, sage ich, den laßt stehen und macht den nicht zum Schanddeckel eures ungeduldigen, unfriedlichen, unchristlichen Fürnehmens, den will ich Euch nicht lassen, noch gönnen.“ Schließlich hat er selbst die Fürsten mit den leidenschaftlichsten Worten zur Vertilgung der räuberischen und mörderischen Bauernrotten aufgerufen. Aber wie oft hatte vor dem Bauernkrieg der heißblütige Mann sich zu den ärgsten Beschimpfungen geistlicher und weltlicher Fürsten hinreißen lassen, ihnen ein Gottesgericht angekündigt, als letztes Mittel die Gewalt empfohlen. Solche Worte aus einem Munde, an dem ganz Deutschland hing, schienen jeden Aufruhr zu rechtfertigen. Und mußte dann nicht die Erschütterung der geistlichen Gewalt, der höchsten, die es auf Erden gab, jede Autorität in Frage stellen? Unzweifelhaft entlehnte die soziale Revolution ihre geistigen Waffen der religiösen Bewegung. Auf das Evangelium gründeten die Bauern ihre For-

derungen, zahlreiche abgefallene Kleriker standen ihnen als Agitatoren und Berater zur Seite. Der Bauernkrieg ist, wenn auch nicht von den höchsten Führern der Reformation unmittelbar entzündet, doch die unerwünschte Nebenfrucht der kirchlichen Neuerung.

Nach der Überwältigung des Aufruhrs galt es einer Reihe katholischer Fürsten, besonders dem Herzog Georg von Sachsen, einem grimmigen Gegner Luthers, als ausgemacht, daß das Luthertum als Quelle der sozialen Revolution ausgerottet werden müsse. Der Bauernkrieg hat die Gegensätze verschärft. Stärker als zuvor traten nun die Anfänge der Parteibildung heraus. Katholische Fürsten unter der Leitung des Sachsenherzogs schlossen das Bündnis zu Dessau, evangelische unter dem Landgrafen Philipp von Hessen und dem sächsischen Kurfürsten Friedrich dem Weisen das Bündnis von Torgau. Es bildete sich, wie Ranke sagt, „eine kompakte evangelische Partei".

Dieser Zusammenschluß der evangelischen Kräfte kam zur rechten Zeit, da der Kaiser nach dem Frieden von Madrid zur Bekämpfung der Ketzerei entschlossen schien. Durch seinen Bruder Ferdinand ließ er dem Speirer Reichstag (Sommer 1526) die strenge Bewahrung des christlichen Glaubens und des kirchlichen Herkommens und die Durchführung des Wormser Ediktes einschärfen. Der Reichstag erklärte das auch jetzt wieder für unmöglich und faßte den Beschluß, daß bis zu einem künftigen Konzil jeder Stand des Reiches in Sachen des Wormser Edikts also leben, regieren und sich halten werde, „wie ein jeder solches gegen Gott und kaiserliche Mt. hoffet und vertrauet zu verantworten". Die unbedingte Durchführung des Wormser Ediktes war also abermals abgelehnt worden. Der Beschluß des Reichstages bedeutete, nicht seinem rechtlichen Inhalt nach, aber durch die Auslegung, die ihm die Evangelischen nachher gaben, sogar eine direkte Auflehnung gegen den unzweifelhaften Willen des Kaisers. Wie aber hätte Karl V., der eben mit dem Papst zerfallen war, vor dem Kriege mit der Liga von Cognac stand, oder wie hätte Erzherzog Ferdinand, an den eben die böhmische und ungarische Frage herantrat, gegen diesen Beschluß Einspruch erheben können! Hatte doch der Kaiser selbst schon daran gedacht, wenigstens die Strafbestimmungen des Wormser Ediktes nachzulassen, damit Ferdinand ihm in Italien zu Hilfe kommen könne. Karl durfte nicht auf der Ausführung des Wormser Edikts bestehen, um die Evangelischen nicht zum Anschluß an Frankreich zu treiben, das ihnen schon die verderblichen Folgen eines Sieges des Hauses Habsburg vor Augen hielt. Ferdinand durfte es ebenso wenig, da er auf eine Hilfe des Reichs gegen die Türken hoffte. Daran aber war nicht zu denken, daß jene Vereinigung katholischer Fürsten für sich allein, ohne den Beistand der Habsburger, den Kampf gegen die kompakte evangelische Partei gewagt hätte,

vielleicht auf die Gefahr hin, in Deutschland eine neue Revolution zu entfesseln. Die Gestaltung der europäischen Verhältnisse durchkreuzte die Absichten der katholischen Häupter. Indem Papst Klemens VII. zur Rettung des Kirchenstaates den Kaiser bekriegte, gab er die geistlichen Interessen preis, machte er es den Evangelischen möglich, zur Ordnung ihrer kirchlichen Verhältnisse zu schreiten.

Durch den Speirer Abschied von 1526, der die Regelung der geistlichen Angelegenheiten in die Hände der einzelnen Reichsstände legte, diese nur an ihre Gewissenspflicht band, verzichtete das Reich auf eine einheitliche Lösung der kirchlichen Fragen und überließ diese den territorialen Gewalten. Nicht rechtlich, aber tatsächlich wurde dieser Beschluß die Grundlage des evangelischen Landeskirchentums.

Nicht länger mehr konnte die lutherische Partei einer festen kirchlichen Organisation entbehren. Erscheinungen wie die Wittenberger Unruhen, der Ritter- und der Bauernkrieg, das Hervorbrechen abweichender Meinungen, die gefährliche Mißdeutung der reinen Lehre in sozialem Sinne hatten diese Notwendigkeit unleugbar dargetan. Es lag Luther daran, für Lehre und Leben bestimmte, klare Normen aufzustellen und durch gesetzlich anerkannte Diener des göttlichen Wortes verkünden zu lassen. Die neue Religion bedurfte gegen ihre Widersacher von rechts und links, Papisten und Schwarmgeister des Schutzes der öffentlichen Gewalt. Nicht minder stand in Frage das Schicksal der Kirchengüter, die durch die Aufhebung der bischöflichen Gewalt, durch die Auflösung der Klöster frei wurden. Der Gedanke der Säkularisation war der Zeit wohl vertraut, war erst jüngst wieder von Hutten mit größtem Nachdruck verkündigt worden. Selbst katholische Fürsten, wie die Herzöge von Bayern und der Kurfürst von Mainz, räuberische Adelige streckten nach den geistlichen Gütern ihre Hände aus. Es galt, diesen reichen Besitz für die evangelische Sache zu erhalten und nutzbar zu machen. Auch dazu bedurfte es der weltlichen Hand. So unterzog sich denn Luther, nachdem die ersten Kämpfe vorüber waren, auch dieser organisatorischen Aufgabe, die an sich seiner tiefinnerlichen Natur ferner lag.

Wie aber sollte die neue Kirche beschaffen sein? Ausgehend von seiner Lehre vom Priestertum aller Gläubigen mußte Luther ursprünglich dazu kommen, die Kirchenverfassung auf die Gemeinde zu gründen, diese mit der Wahl der geistlichen Vorsteher zu betrauen. Nach der Revolution von 1525 aber, wo die Bauern das Recht der Predigerwahl für sich beansprucht hatten, kam Luther von diesem demokratischen Prinzip ab und beschloß seine Kirche unter den Schutz und die Leitung der territorialen Obrigkeiten, der Fürsten und reichsstädtischen Räte zu stellen. An wen hätte er sich

sonst auch halten sollen? Der Kaiser war sein Feind und überdies abwesend. Das Reich hatte sich durch den Speirer Beschluß von 1526 selbst des Entscheidungsrechtes in der kirchlichen Frage begeben, alles den einzelnen Ständen überlassen. Die territorialen Gewalten allein also kamen für die kirchliche Neuorganisation in Betracht.

Notgedrungen fiel Luther aus dem demokratischen in das monarchische Prinzip. Er schuf den „Summepiskopat". An Stelle der Bischöfe übernahm die Landesherrschaft nun auch das geistliche Regiment. Das deutsche Fürstentum gewann durch die Reformation einen bedeutenden Zuwachs an Macht. Doch war diese neue Ordnung schon durch die Entwicklung des ausgehenden Mittelalters vorbereitet. Besonders seit der konziliaren Periode hatten ja die Päpste selbst deutsche Landesherren mit einer Fülle geistlicher Machtbefugnisse ausgestattet. Vor allem erlangten jetzt die Regierungen die Verfügung über die eingezogenen Kirchengüter, die teils zum Unterhalt der Pfarrer, teils zu gemeinnützigen Zwecken verwendet wurden. Auch hier reichten sich die alte und die neue Zeit die Hände. Schon im Mittelalter hatten ja die Städte der Kirche das Schulwesen, Armen- und Krankenpflege entrissen.

Neben diesen äußeren Dingen erfolgte die Neugestaltung des Gottesdienstes. Nicht mehr die Messe, sondern Predigt und Gemeindegesang waren die Hauptbestandteile des neuen Kultus, der sich nicht mehr einer der großen Masse der Laien unverständlichen Sprache bediente. Durch den Kirchengesang, zu dem der dichterische Genius Luthers selbst einen Schatz geistlicher Lieder beisteuerte, gewann die Gemeinde einen unmittelbaren, lebendigen Anteil am Gottesdienst. Das lutherische Kirchenlied wurde ein mächtiger Werber für die Reformation.

Nicht minder bedeutend, wenn auch nicht so leicht im einzelnen abzuschätzen sind die sozialen und geistigen Wirkungen der kirchlichen Neuerung. Sie sind gewiß nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern eingetreten, wo nach dem Vorgang Luthers der Bruch mit der alten Kirche erfolgte. Doch mag hier schon auf sie hingewiesen werden. Mit der Auflösung der Klöster strömte dem bürgerlichen Erwerbs- und Familienleben eine Fülle neuer Kräfte zu. Wo die Reformation siegte, wich der Fluch des Zölibates. Die neuen Geistlichen traten nach Luthers eigenem Beispiel in den Ehestand. Eine reiche Quelle der Vermehrung und geistigen Bereicherung des Volkes hatte sich damit aufgetan. Justus Möser hat im Jahre 1750 berechnet, daß 10 bis 15 Millionen Menschen in allen Ländern und Erdteilen dem Einfluß und dem Beispiel Luthers das Leben verdanken. „Durch das Leben im Dorfe", sagt Gustav Freytag, „und eine kleine Landwirtschaft war der Dorfpfarrer eng mit dem Bauernstand verbunden und doch zugleich Bewahrer der besten Bildung jener Jahrhunderte. So be-

deutend ist der Einfluß der protestantischen Geistlichkeit auf die geistige Produktion der Deutschen, daß die meisten der großen Gelehrten, Dichter, Künstler, die Intelligenzen des deutschen Beamtenstandes wenigstens mit einer, oft mit mehreren Generationen ihrer Vorfahren in einem protestantischen Pfarrhause stehen."

In der angegebenen Weise vollzog sich die Bildung der neuen Kirche in Kursachsen und Hessen, in den fränkischen Fürstentümern der Hohenzollern, in Braunschweig-Lüneburg, Schleswig-Holstein, Friesland und Schlesien, in Nürnberg und anderen oberdeutschen Städten. Für eine fernere Zukunft bedeutungsvoll wurde die Glaubensänderung in der nordöstlichen Grenzmark Deutschlands, im preußischen Ordensstaat. Auch dort war die evangelische Strömung eingedrungen und bereitete einer charakteristischen Schöpfung der mittelalterlichen Kirche, dem längst seiner geistlichen Mission entfremdeten Deutschen Orden den Untergang. Der Hochmeister Albrecht von Brandenburg verwandelte 1525 seine halb geistliche Würde in ein weltliches Herzogtum und leistete dem Polenkönig den lange bestrittenen Lehenseid. Durch die Beseitigung der den Polen verhaßten Ordensherrschaft, durch die Anerkennung der polnischen Oberhoheit entging Ostpreußen dem Schicksal gänzlicher Polonisierung, dem Westpreußen seit dem Thorner Frieden (1466) verfallen war (vgl. Bd. V, S. 204). Der Grundstein zum späteren brandenburgisch-preußischen Staate war gelegt. So hatte sich zwischen 1525 und 1529 eine ansehnliche Reihe deutscher Territorien von der römischen Hierarchie getrennt, die bischöfliche Gewalt, die geistliche Gerichtsbarkeit abgestoßen, eine neue Form des Kirchenregiments gebildet, sich vom Zwang der Klosterregeln und des Zölibats befreit, ihr kirchliches Leben in evangelischem Geiste geregelt. Der deutsche Partikularismus aber, der die Reichsverfassung gelockert hat, spiegelt sich auch in der neuen Kirche wieder. Nicht als große Einheit, sondern als eine Vielheit von Landeskirchen ist sie ins Leben getreten.

Während der lutherische Glaube auf dem Boden des Reiches zu festen kirchlichen Formen gelangt, wirkt er auch schon über die engeren deutschen Grenzen hinaus und macht in anderen Teilen der germanischen Welt wichtige Eroberungen.

Außerhalb des engeren Deutschlands werden zunächst die Niederlande, deren Verhältnis zum Reich damals schon mindestens zweifelhaft ist, von der Bewegung erfaßt. Wie hätte auch ein Land, über das dank seiner zentralen Lage der mächtige Strom des Weltverkehrs hinflutete, das in seinen Grenzen eine zahlreiche internationale Kaufmannschaft beherbergte, sich den geistigen Richtungen der Zeit verschließen können. Die Niederlande haben der Renaissance einen ihrer berühmtesten Führer gegeben, Erasmus von

Rotterdam. Auch in der Geschichte der Reformation sollte ihnen eine hochbedeutsame Rolle zufallen. Sie waren zur Aufnahme der neuen Lehre wohl vorbereitet. Auch in den Niederlanden hatte die geistige und sittliche Verwilderung des Klerus das Ansehen der Kirche erschüttert. Auch hier finden wir Anzeichen einer tieferen, über die herkömmlichen Formen hinausstrebenden Religiosität. Aus den Niederlanden stammt der berühmte Theologe Thomas von Kempen, der Verfasser des Büchleins von der „Nachfolge Christi", stammen die „Brüder vom gemeinsamen Leben", die Vertreter einer freieren, werktätigen Frömmigkeit. Beide verkörpern eine eigenartige Richtung der mittelalterlichen Mystik. Wenn auch Erasmus der geistvollste und schärfste Kritiker der römischen Kirche nichts mehr verabscheute als die kirchliche Revolution, so begrüßte doch Luther in dem 1489 zu Groningen verstorbenen Wessel Gansfort nach der Lesung seiner Schriften einen Vorläufer seiner eigenen Lehre.

Von Luther kam auch den Niederlanden der Anstoß zur Revolution. Bezeichnenderweise äußert sich sein Einfluß am ersten in Antwerpen mit seiner starken deutschen Kolonie. Mit Hilfe der Buchdruckerkunst und durch die Gewalt des lebendigen Wortes, besonders durch Prediger aus dem Augustinerorden fanden die lutherischen Neuerungen lebhafte Verbreitung und nötigten die Regierung zur Gegenwehr. Karl V. ist der Neuerung in seinen Niederlanden noch weit schärfer entgegengetreten als im Reich. Im Jahre 1520 beginnt die Reihe der berüchtigten „Plakate" wider die Ketzer. Auch in den Niederlanden wurden Bannbulle und Wormser Edikt veröffentlicht, Luthers Schriften verboten. Nach dem Muster der spanischen Inquisition errichtete der Kaiser ein halb geistliches, halb weltliches Glaubensgericht. In den Niederlanden fielen die ersten Blutzeugen des neuen Glaubens. Am 1. Juli 1523 erlitten zwei Antwerpener Augustinermönche — Heinrich Voes und Johann von Essen — in Brüssel den Feuertod. Aber aus ihrer Asche entstanden, wie Luther in seinem ergreifenden, den beiden Märtyrern gewidmeten Liede sagt, dem Evangelium neue Bekenner.

Karl V. hatte mit der Bekämpfung der Ketzerei in den Niederlanden auf die Dauer so wenig Glück, wie in Deutschland selbst. Obwohl die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung äußerlich wenigstens an der alten Kirche festhielt, wurden doch die Ketzeredikte meist nur lau und lässig ausgeführt. Die Städte wollten die Angeklagten nicht den geistlichen Richtern allein überlassen, erklärten sogar angesichts der Verderbnis des geistlichen Standes die Verfolgung für unberechtigt. So breitete sich das Luthertum dem von obenher geübten Druck zum Trotz immer weiter aus, in den vlämischen wie in den wallonischen Landesteilen, bei Geistlichen und Laien, bei Kaufleuten, Handwerkern und Krämern. Immer höher stieg der Unwille über die kirchlichen Mißstände, das Interesse an theologischen

Fragen, die von kleinen Leuten ohne Furcht öffentlich erörtert wurden. Erst durch die furchtbare Verschärfung der Strafen in den Edikten von 1529 und 1531 gelang es dem Kaiser, das Luthertum zu unterdrücken, den Mund der Prediger zu schließen. Aber doch hatte er nur einen Scheinsieg errungen. Die neuen Meinungen lebten und wirkten, wenn auch ihre Anhänger sich äußerlich der Gewalt beugten, doch im Stillen fort. Mochte Karl V. in seinen Gegenmaßregeln schließlich auch bis an die Grenze des Möglichen gehen, wie hätte die Ketzerei sich ausrotten lassen in einem Lande, das vom Verkehr mit dem Ausland lebte, dessen Grenzen dem Zufluß neuer Ideen offen standen? In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts erhebt sich in den Niederlanden die religiöse Bewegung in neuen Formen und mit neuer Kraft zu einem welthistorischen Kampf.

Entwickelt sich die Reformation in den Niederlanden von unten her unter dem Gegendruck des Herrschers, so wird ihr im germanischen Norden durch die Staatsgewalt selbst der Weg geebnet. Infolge einer politischen Umwälzung, die uns erst in anderem Zusammenhang näher beschäftigen wird, sind auch die drei skandinavischen Reiche dem Luthertum gewonnen worden. Im Jahre 1523 wird mit Hilfe der deutschen Ostseestädte der letzte Unionskönig Christian II. gestürzt, in Dänemark Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, in Schweden Gustav Wasa auf den Thron erhoben. Beide Herrscher fördern mit allen Kräften die Losreißung ihrer Reiche von Rom. Das Eingreifen der weltlichen Gewalt verleiht der dänischen und besonders der schwedischen Reformation ein roh gewaltsames Gepräge, stellt die religiöse Sache in den Dienst monarchischer Politik. In der skandinavischen Reformation sind neben dem religiösen Moment ohne Zweifel starke politische Tendenzen wirksam gewesen. Friedrich I. und Gustav Wasa hatten ihren deutschen Verbündeten Zugeständnisse machen müssen, die der Volkswirtschaft ihrer Länder nachteilig waren. Beide Herrscher sahen sich eingeengt durch einen starken Adel, eine reiche Geistlichkeit, deren Übergewicht schon Christian II. zu vernichten gesucht hatte. Seine beiden Nachfolger schlossen ein Bündnis mit den reformatorischen Ideen, um die materielle Grundlage ihrer Macht zu verbreitern. Der kirchenfeindlichen Politik der Herrscher kam aber die religiöse Richtung des Volksgeistes entgegen.

In Dänemark besonders ist die Reformation aus denselben Stimmungen geboren wie in Deutschland. Auch hier war das Volk der äußerlichen Werkheiligkeit überdrüssig geworden und sehnte sich nach einem kräftigeren, reineren Christentum. Damit verband sich der Groll über die ewigen Geldforderungen der Kurie, den überreichen Besitz der Prälaten, ihr weltliches Gehaben und ihre Einmischung in die Politik, der Unmut über die Eingriffe des niederen Klerus in das bürgerliche und bäuerliche Erwerbsleben.

Mit Recht ist auch darauf hingewiesen worden, daß die christliche Kirche des Nordens nur wenige Jahrhunderte alt war, römischer Geist dort entfernt nicht so tief einzudringen vermocht hatte, wie in die Rom näher gelegenen Sitze des alten Christentums. Gerade zu der Zeit, wo sich schon die Bewegung gegen ihn erhob, „war er noch auf den verschiedensten Gebieten im Kampf begriffen mit der überlieferten germanischen Denk- und Empfindungsweise. Leicht konnte ausgerottet werden, was niemals tiefere Wurzeln getrieben hatte“.

Die Reformation in Dänemark ist gleichfalls ein Ableger des Luthertums. Die nahen Beziehungen des dänischen zum sächsischen Herrscherhause, der rege Handelsverkehr mit Niederdeutschland, der Besuch der Universität Wittenberg durch dänische Studierende verschafften den lutherischen Lehren dort frühzeitig Eingang. Schon Christian II. hatte die Absicht gehegt, Luther und Karlstadt in sein Land zu ziehen. Begünstigung der Ketzer wurde ihm zum Vorwurf gemacht. Doch erst sein Nachfolger öffnete der Bewegung so recht die freie Bahn. Friedrich I. hatte in Schleswig-Holstein die evangelische Lehre freigegeben und ihr dadurch zum Siege verholfen. Nordschleswig wurde ein Stützpunkt der dänischen Reformation.

Ihr erfolgreichster Bahnbrecher ist auch ein Mönch gewesen, der Johanniter Hans Tausen, der in Wittenberg zu Füßen Luthers und Melanchthons gesessen war und nun ihre Lehren in der Heimat mit zündender Beredsamkeit verbreitete. Er blieb nicht allein. Die Klöster leerten sich. Mönche und Weltgeistliche brachen den Zölibat. Überall wurde der Kirche der Gehorsam versagt. Die Bauern Jütlands, das die Neuerung besonders lebhaft aufnahm, verweigerten dem Klerus die herkömmlichen Abgaben.

In diesem Sturm suchte der Klerus vergeblich einen Anhalt bei König und Adel. Im Jahre 1526 trennte sich der König offen von der Kirche. Am 23. Oktober ernannte er Hans Tausen zu seinem Kaplan und beauftragte den Rat von Wiborg, ihn in der Predigt von Gottes Wort zu schützen. Umsonst flehten die Geistlichen beim König und den Adeligen, sie bei ihren alten Rechten zu erhalten, christliche Ordnung zu bewahren. Sie unterwarfen sich den drückendsten Forderungen ihrer vermeintlichen Beschützer, zahlten dem König hohe Steuern, stimmten wahrscheinlich der von ihm verfügten Sperrung der für Rom bestimmten Abgaben zu, verzichteten auf die Erwerbung von Adelsgütern, ließen sich zu gunsten des Adels eine Einschränkung ihrer Gerichtsbarkeit, Kürzung ihrer Zehnten, Schmälerung ihres Besitzes gefallen. Opfer um Opfer wurden gebracht, ohne daß sie durch eine Gegenleistung aufgewogen worden wären. König und Adel benutzten die Not der Geistlichkeit, um sich auf ihre Kosten zu bereichern. Und doch weigerte sich Friedrich, den evangelischen Predigern seinen Schutz zu entziehen. So machte, von obenher in jeder Weise be-

günstigt, die Auflösung des alten Kirchenwesens in allen Teilen des Königreiches stürmische Fortschritte. Zuletzt gewann die neue Lehre durch die Wirksamkeit Tausens, den der König selbst an die vornehmste städtische Kirche St. Nikolai berufen hatte, auch in der Hauptstadt Kopenhagen die Oberhand. Dort konnten auf der Tagung vom Juli 1530 21 lutherische Prediger in 43 Artikeln ihr Glaubensbekenntnis darlegen und, sichtlich zur Freude des Königs, daran die heftigsten Anklagen gegen die Prälaten knüpfen. Der völlige Sieg der dänischen Reformation war um diese Zeit nicht mehr zu bezweifeln.

Noch gewalttätiger verfuhr Gustav Wasa von Schweden gegen die Kirche. Von seiner Erhebung auf den Thron her mit Schulden belastet, von den Ansprüchen seiner Verbündeten bedrängt, von Empörungen bedroht, suchte er sich den Reichtum der Kirche anzueignen, um seiner königlichen Armut abzuhelfen. Zum entscheidenden Schlag wählte er mit richtigem Blick den Zeitpunkt, wo er den mit dem Kaiser in Streit liegenden Papst zur Gegenwehr unfähig wußte. Auch die Kirche Schwedens hat es büßen müssen, daß ihr höchstes Haupt seine geistlichen Pflichten über weltlichen Rücksichten vergaß.

Auf der Reichsratsversammlung zu Westerås (Juni 1527) schritt der König zum Umsturz der kirchlichen Ordnung. Das geschah genau zur selben Zeit, da Klemens VII. nach dem sacco als Gefangener in der Engelsburg saß. Eine geschickt inszenierte Komödie mußte dem König zum Ziel helfen. Mit Tränen in den Augen erklärte er vor versammeltem Reichsrat, wenn ihm nicht die Mittel zu kräftigem Regiment bewilligt würden, wenn insbesondere die Kirche nicht ihren Überfluß dem öffentlichen Wohl opfere, angesichts der zahllosen Schwierigkeiten seine Krone niederlegen und sein undankbares Vaterland verlassen zu wollen. Durch diese Drohung mit dem Rücktritt, der das Reich in unsagbare Verwirrung gestürzt hätte, erreichte Gustav alles, was er wollte. Durch den von den Ständen einmütig gefaßten Rezeß von Westerås wurde dem König das Verfügungsrecht über die Besitzungen der Bischöfe, Domkapitel und Klöster eingeräumt. Der Adel sollte alle seit 1454 an Kirchen und Klöster gefallenen Güter wieder an sich nehmen können, die Prediger das Recht erhalten, das reine Wort Gottes zu verkündigen. In einem Zusatz zum Rezeß wurde bestimmt, ein Register aller Zinsen der Bischöfe und Domkapitel anzulegen und es dem König zu überlassen, wieviel sie davon behalten, wieviel der Krone abgeben sollten. Dem König sollte die Besetzung aller geistlichen Ämter zustehen, die Geistlichen in weltlichen Dingen weltlichem Recht unterworfen sein, der Nachlaß der Priester nicht mehr den Bischöfen, sondern dem König anheimfallen. Mit einem Schlag sah sich die schwedische Kirche dem Machtgebot des Monarchen ausgeliefert, der Verfügung über ihren Besitz

beraubt. Mit dem Zwang der Not, die nicht nur Menschengesetz, sondern auch Gottesgesetz breche, rechtfertigte Gustav diesen Gewaltakt, dem sich die Prälaten ohne Widerstand unterwarfen. Eine Rechtsverwahrung, die sie vor Beginn der Verhandlungen unterzeichnet hatten, wagten sie nicht zu veröffentlichen, sondern versteckten sie unter dem Fußboden der Kirche von Westerås. Schließlich nahmen die Bischöfe den Rezeß an mit der Erklärung, sie seien es zufrieden, „wie reich oder arm seine Gnaden sie haben wolle“.

Diese Furchtsamkeit der Prälaten muß uns um so mehr wundernehmen, als ein Widerstand vielleicht vom Volk unterstützt worden wäre. Es fehlte noch viel an einer vollständigen Durchdringung des Volkes mit den neuen Anschauungen. Die Bauern Dalekarliens, Smålands und Westgotlands ließen sich ihren Glauben nicht so leicht aus dem Herzen reißen. Sie schenkten, wie die Chroniken melden, den Priestern Gehör, die ihnen vorpredigten, daß der König den christlichen Glauben unterdrücken wolle Daher konnten in Schweden die alten kirchlichen Einrichtungen nur langsam, mit schonender Hand abgeändert werden. Der König mußte selbst seine Beamten vor Übereifer warnen.

In Dänemark und Schweden sind Reformation und Politik aufs engste miteinander verwachsen. Die religiösen Ideen müssen herhalten zur Kräftigung der Königsmacht, mit der sich übrigens der Adel in die Beute teilt. Mehr noch als in Dänemark, wo doch die lutherischen Lehren in allen Schichten des Volkes Eingang finden, muß in Schweden, wo die Bauern zäh an der alten Kirche hängen, die Reformation als eine Revolution von oben herab bezeichnet werden. Am Ende aber ist doch nirgend sonst in Europa der lutherische Glaube zu so reiner, unbestrittener Ausprägung gelangt, als im skandinavischen Norden.

Schon im ersten Jahrzehnt seiner Entwicklung erhob sich das Luthertum aus nationaler Begrenztheit, begann es seine Schwingen auszubreiten über die Welt. Wie es bei Vlamen und Nordgermanen Bekenner gefunden hatte, so eröffnete es sich auch den Völkern slawischer Zunge. In Preußen stellte man in den Kirchen neben den Pfarrern die Tolken, d. i. Dolmetscher auf, die jeden Satz der Predigt in altpreußischer Sprache wiederholten. In Breslau ließ Dr. Heß das Evangelium slawisch verkündigen.

Auch die romanischen Nationen verspürten, obgleich weit schwächer, den Wellenschlag der neuen Zeit. Das Land des „allerchristlichsten Königs“, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts der Schauplatz furchtbarster Religionskämpfe, Frankreich, wurde schon in den zwanziger Jahren von der Neuerung berührt. In Meaux bildete sich um Jacques Lefevre d'Etaples und seinen Gönner den Bischof Briçonnet, begünstigt von des Königs geistvoller Schwester Margarete, ein Kreis von Männern, die etwa im Sinne des

Erasmus die Kirche reformieren wollten, ohne ihre Einheit zu zerstören. Aber erst unter der Einwirkung deutschen Geistes schritt die Bewegung weiter. Seit 1520 wurden die Franzosen mit den Schriften Luthers und des gleich näher zu erwähnenden Schweizer Reformators Ulrich Zwingli in lateinischen Übersetzungen bekannt. Die neue Strömung zersprengte den Kreis von Meaux. Seine Anhänger gingen meist zu Luther und Zwingli über. Trotz den Verfolgungen, die Franz I. schließlich unter dem Druck von Parlament (oberster Gerichtshof) und Sorbonne (theologische Fakultät in Paris) über die Irrgläubigen verhängte, bildeten sich seit 1530 in Paris und in der Provinz evangelische Gruppen, die kurzweg Lutheraner genannt wurden. Wie in den Niederlanden blieb indes auch in Frankreich die übergroße Mehrheit der Nation gut katholisch, und noch ein Menschenalter verging, ehe auch hier die Bewegung über Luther hinausschritt und mit den herrschenden Gewalten in Staat und Kirche ernsthaft zusammenstieß.

Ja selbst Italien, wo der Katholizismus so tief im Volksbewußtsein wurzelte, wo Kaiser und Papst ketzerische Bewegungen doch leicht unterdrücken konnten, wurde von einem Hauch des neuen Geistes gestreift. Besonders im Norden, wo die Verbindung mit Deutschland und der Schweiz wirksam war, in Savoyen, der Lombardei, am meisten aber in Venedig wurde die Kurie durch eine heftige lutherische Propaganda abgefallener Mönche und Handwerker erschreckt.

Mit hoher Freude beobachtete Luther die weltumfassende Wirkung seiner Lehren. Aber schon begann die Bewegung seinem Einfluß zu entwachsen, ihre eigenen Wege zu gehen. Einmal vom Zwang der Autorität befreit, suchte der Geist unablässig neue Bahnen. Luther stützte seine Lehre auf die Heilige Schrift, die er streng nach dem Worte ausgelegt wissen wollte. Nichts war ihm unheimlicher als eine willkürliche Deutung dieser einzigen Urkunde des Glaubens. Waren aber nicht auch andere, freiere Auffassungen möglich? War überhaupt die Bibel die einzige und wahre Quelle der göttlichen Offenbarung? Die Zwickauer und Wittenberger Schwarmgeister und verwandte Erscheinungen während des deutschen Bauernkrieges zeigen schon die Auflehnung gegen die von Luther vertretene Herrschaft des Bibelbuchstabens.

Diese vereinzelten Schwärmereien vergingen bald wieder in sich selbst. Etwas Bleibendes aber wurde die aus der auch politisch schon so gut wie selbständigen Schweiz hervorgehende religiöse Sonderentwicklung, die in Lehre, Verfassung und Kultus vom Luthertum stark verschieden, diesem in Deutschland selbst Boden abgewinnen sollte. Zwischen beiden Richtungen ließ sich nur schwer eine Brücke finden, und so wurde in die neu

entstandene evangelische Welt schon früh jene Spaltung hineingetragen, die ihr in viel späterer Zeit zum Unheil werden sollte.

Am 1. Januar 1519 erklärte Ulrich Zwingli, Pfarrer an der Großmünsterkirche in Zürich von der Kanzel herab seinen Zuhörern, daß er sich in seinen Predigten nicht mehr an die kirchlich vorgeschriebenen Perikopen (d. h. an die in den Episteln und Evangelien enthaltenen Ausschnitte der Heiligen Schrift) halten, sondern die biblischen Bücher im Zusammenhange erklären und die Lehre Christi nach den ursprünglichen Quellen verkünden werde. Dieser Tag ist mit Recht als der Anfang der schweizerischen Reformationsgeschichte bezeichnet worden.

Jene Erklärung Zwinglis zeigt uns, daß seine Anschauungen derselben geistigen Wurzel entsprungen sind, wie die Luthers. Auch er strebt zurück zu den reinsten Quellen des Christentums, hat, und zwar mehr noch wie Luther, in der Schrift das Fundament seiner Kirche gesehen. Noch eine andere Grundanschauung hat der Schweizer mit dem deutschen Reformator gemein. Auch er ist, wenn auch nicht in so harten Seelenkämpfen wie der Wittenberger, zur Erkenntnis gelangt, daß die vom Bewußtsein ihrer Sündenschuld bedrückte Seele nur in Christo Trost und Vergebung finden könne. Das eben ist sein Hauptvorwurf gegen die römische Kirche, daß in ihr das Leiden Christi zunichte gemacht und sein Heilswerk verdunkelt werde. „Überall tritt in ihm der Gegensatz gegen die kreatürliche Heilsvermittlung der Kirche und gegen die Verdienstlichkeit des menschlichen Tuns als entscheidendes Motiv hervor.“ Daß Zwingli, trotz solcher Übereinstimmung in entscheidenden Punkten, über andere Fragen, besonders über den Sinn des Abendmahles anders gedacht hat, als Luther, wie schädlich dieser Zwiespalt wirken sollte, werden wir später sehen.

Zwinglis Natur war viel mehr auf das Praktische, Politische gerichtet, als die des ganz und gar unpolitischen Luther. Mit nicht geringerem Eifer als gegen die kirchlichen Mißbräuche kämpfte er gegen die Krebsschäden des öffentlichen Lebens in der Eidgenossenschaft, gegen das Reislaufen, die Kriegsdienste in fremdem Sold, den Bezug von Pensionen aus den Taschen fremder Herrscher, die Verbindungen mit Frankreich und dem Papst. Politische und religiöse Reform waren für Zwingli unzertrennlich miteinander verbunden. Es war ihm klar, daß nur durch eine religiöse und sittliche Wiedergeburt die Quelle jener politischen Krankheiten, der Eigennutz geschlossen werden könne.

Auch bei der äußeren Einrichtung seiner Kirche, der Regelung ihres Verhältnisses zum Staat huldigte der Sohn der freien Schweiz ganz anderen Grundsätzen als der Untertan des Kurfürsten von Sachsen. Während Luther, allerdings mit innerem Widerstreben das Gemeindeprinzip bald wieder fallen ließ, seiner Kirche eine monarchische Verfassung gab, war für den in re-

publikanischer Atmosphäre lebenden Zwingli eine andere als die demokratische Grundlage des Kirchenregiments ausgeschlossen. Für Zwingli stellte die Kirche sich dar in jeder einzelnen Gemeinde, in deren Namen der Rat nach Anweisung der Prediger die geistlichen Angelegenheiten verwaltete. So ergab sich praktisch ein ähnlicher Zustand wie in Deutschland, aber der Grundgedanke war doch ein anderer, demokratischer. Die Idee der Volkssouveränität kann eben auf geistlichem, wie auf weltlichem Gebiete aus Gründen der Zweckmäßigkeit nie ganz zur Erscheinung kommen.

Unter wie viel günstigeren Umständen als Luther konnte doch Zwingli sein Werk vollbringen. Luther wurde getroffen durch des Papstes Bann und des Kaisers Acht. In der Schweiz blieb die kirchliche Neuerung unbehelligt durch Rom, das in seinem damaligen Kampfe gegen Frankreich die eidgenössischen Kriegsknechte nicht entbehren wollte. Während in Deutschland erst nach dem Bauernkriege Fürsten und Städte sich der kirchlichen Ordnung annehmen, steht in Zürich von Anfang an der Rat auf der Seite Zwinglis und nimmt die Leitung der Reformation in die Hand. Rascher und rücksichtsloser als im Reich wird hier mit dem Bestehenden gebrochen. Während Luther bei der Änderung der Zeremonien sehr schonend vorgeht, sehen wir in Zürich binnen einem Jahr (Ostern 1524 bis Ostern 1525) den ganzen römischen Kultus abgeschafft, den Gottesdienst auf Gebet und Predigt beschränkt. Ein Zug herber Nüchternheit, ein Streben nach höchster Vergeistigung geht durch diese Schweizer Reformation, die noch ausschließlicher als die deutsche sich das Bibelwort zur Richtschnur nimmt. Während Luther noch beibehält, was die Schrift nicht ausdrücklich verbietet, wirft Zwingli alles beiseite, was in der Schrift nicht deutlich seine Begründung findet. Auch in Zürich werden die Klöster aufgehoben, ihre Güter vom Staate eingezogen, wird die Priesterehe eingeführt. Durch das Zusammenwirken Zwinglis und des Rates entsteht eine Staatskirche, die gegen Andersdenkende mit größter Intoleranz vorgeht. Die seit 1522 auftretende Sekte der Wiedertäufer, die eine vom Staat freie, rein geistige Kirche gründen, aber auch der Obrigkeit nicht mehr untertan sein wollen, kommunistische Tendenzen laut werden lassen, wird unbarmherzig verfolgt.

Die Züricher Reformation blieb kein lokales Ereignis. In den Jahren 1524—1529 errangen Zwinglis Lehren in St. Gallen, Appenzell, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, Bern, Basel und an anderen Orten einen mehr oder weniger vollständigen Sieg. Zwinglis sehnlichstem Wunsch freilich, um dessen willen er sogar den Bürgerkrieg predigte, dem Wunsche nach Ausbreitung des Evangeliums im ganzen Umkreis der Eidgenossenschaft blieb die Erfüllung versagt. Im Kappeler Vertrag von 1529 mußten zwar die fünf katholisch gebliebenen Orte Uri, Schwiz, Unterwalden, Zug und Luzern die Gleichberechtigung der Bekenntnisse zugestehen. Die Zulassung

evangelischer Prediger in den katholischen Gebieten aber, und damit die Evangelisierung der gesamten Schweiz, war nicht zu erreichen.

Dafür eröffneten sich größere Aussichten nach der deutschen Seite hin. Die zwinglianische Bewegung überschritt die Schweizergrenzen, verdrängte das Luthertum aus einer Reihe von oberdeutschen Städten, wo schon längst eine politische Hinneigung zur Eidgenossenschaft, ein Verlangen nach schweizerischer Freiheit bestand, besonders aus Straßburg, Konstanz, Lindau, Memmingen. Damit erhob sich vor Zwinglis geschultem politischem Auge die große Möglichkeit eines Bündnisses mit jenen oberdeutschen Städterepubliken und sogar mit den fürstlichen Häuptern des Luthertums im Reiche.

Die evangelische Partei in Deutschland war mit dem Kaiser und der katholischen Mehrheit der Stände in scharfen Zwiespalt geraten. Die politischen Bedrängnisse der Habsburger, die Entzweiung mit dem Papst hatten den Kaiser an der Ausführung des Wormser Ediktes verhindert, schließlich zu dem Abschied von 1526 geführt, der den Evangelischen zwar kein formelles Recht einräumte, von ihnen aber tatsächlich zu ihren Gunsten ausgelegt, zur Begründung eines evangelischen Kirchenwesens benutzt wurde (S. 35). Als nun der Kampf mit Frankreich und den Italienern sich seinem Ende zuneigte, die Versöhnung zwischen Kaiser und Papst sich anbahnte, bekamen die Evangelischen sofort diesen Umschwung zu fühlen. Die Katholiken schöpften neuen Mut. Der Kaiser forderte den Speirer Reichstag von 1529 auf, jenen vielberufenen Artikel des Abschieds von 1526, der zu „großem Unrat und Misverstand" Anlaß gegeben habe, aufzuheben. Diejenigen Stände, die bisher den Wormser Edikt nachgelebt hätten, sollten dies auch ferner tun, die Evangelischen jede weitere Neuerung unterlassen. Auch in den evangelischen Gebieten sollten Messe und bischöfliche Gewalt erhalten bleiben. Damit wäre die römische Kirche in ihren alten Besitzstand wieder eingesetzt worden, die Evangelischen hätten alle seit 1526 gewonnenen Erfolge wieder eingebüßt, die Bewegung wäre zum Stillstand verurteilt worden. Die Mehrheit des Reichstags entschied im Sinne des Kaisers. Die Minderheit aber übergab einen Protest (19. April), daß ein feierlich gefaßter Reichsabschied nicht einfach durch den Willen einer neuen Mehrheit wiederaufgehoben werden könne. Sie erklärten bei dem vorigen Abschied verbleiben zu wollen. Von dieser Protestation her ging der Name „Protestanten" auf alle Neugläubigen über. Eine hohe Überzeugungstreue spricht aus ihren Erklärungen: wo es sich um Glauben und Gewissen handle, könnten sie dem Kaiser nicht gehorsam sein.

Mit dem Reichstag von 1529 war die Zeit erzwungener Duldung vorüber, der Kriegszustand zwischen der Reichsgewalt und den Protestanten

eingetreten. Diese hatten, insbesondere seitdem auch die Türkengefahr sich verzogen hatte, einen Vorstoß des Kaisers zu erwarten. Da mußte sich denn der Gedanke eines Zusammenschlusses aller evangelischen Kräfte ohne Unterschied des Bekenntnisses, diesseits und jenseits der Reichsgrenze aufdrängen. Auf Schweizer Seite hat Zwingli, in dem der Staatsmann ebenso stark war wie der Reformator, auf deutscher der Landgraf Philipp von Hessen, der einzige politische Kopf unter seinen fürstlichen Glaubensgenossen, diesen Gedanken lebhaft erfaßt. Die lutherischen Stände in Deutschland, die dem Zwinglianismus zugefallenen oberdeutschen Reichsstädte sollten sich mit den Schweizern zum Schutz des evangelischen Glaubens vereinigen. Zwingli, der Fürsten und Adelige als Schädlinge und Tyrannen brandmarkte, in der Republik die ideale Staatsform verehrte, mußte sich zu einer Verbindung mit den halbfreien städtischen Gemeinwesen Süddeutschlands lebhaft hingezogen fühlen.

Zwinglis und Philipps Gedanken flogen aber noch höher. Auch Zápolya, Frankreich, Venedig, Dänemark, Polen und Geldern sollten zum Anschluß bewogen, eine Europa umspannende antihabsburgische Koalition aufgerichet werden. Es würde dann, wie Zwingli ausruft, „alles Ein Sach, Ein Hilf, Ein Wille vom Meer herauf bis an unsere Lande".

Der politischen Vereinigung aller Evangelischgesinnten in Deutschland und der Schweiz aber mußte — so verlangte es die damalige strenge Auffassung von Glaubensfragen — die Verständigung unter den Theologen vorausgehen. Auf dem von Philipp angeregten Religionsgespräch zu Marburg (September 1529) sollten die zwischen Zwingli und Luther besonders in der Abendmahlslehre bestehenden Differenzen ausgeglichen werden. Der dogmatische Gegensatz beruhte auf der verschiedenen Deutung der Einsetzungsworte. Luther wollte diese nach dem Buchstaben verstanden wissen und hielt daher an der allerdings nur rein geistigen Gegenwart Christi unter den Gestalten von Brot und Wein fest. Er glaubte nicht an eine Transsubstantiation, sondern an eine Konsubstantiation. Zwingli aber behauptete, das „Ist" der Einsetzungsworte heiße nur „Bedeutet". Nach seiner mehr praktisch-rationalistischen Denkweise faßte er das Abendmahl nicht als ein Mysterium, sondern nur als eine Erinnerungsfeier, als ein Liebesmahl auf. Zwei Weltanschauungen standen sich hier unüberbrückbar gegenüber. Luther konnte sich nicht entschließen, den Zürichern die Bruderhand zu reichen: „Ihr habet einen anderen Geist als wir."

Damit fiel auch der Bundesgedanke. Die Stimme des Gewissens übertönte die Gebote der politischen Klugheit. Und nicht nur wegen jener Verschiedenheit des Glaubens war Luther die Verbindung mit den Zwinglianern zuwider. Ihm widerstebte es überhaupt, in Sachen der Religion weltliche Macht zu gebrauchen. Wie so ganz anders als Zwingli dachte

der deutsche Reformator auch über diese Dinge. Zwingli ließ den Kriegsruf wider die Papisten erschallen, berief sich auf Christus, der gegen die Tempelschänder Gewalt angewendet habe. Luther predigte die Pflicht des leidenden Gehorsams. Zwingli huldigte dem republikanischen Staatsideal, dachte daran, Kaiser und Papst zu verjagen. Auch dem geächteten Luther war des Kaisers Majestät noch heilig. Er blieb dabei, daß man nicht auf Menschenkraft bauen, sondern nur Christo vertrauen müsse. „Klug ist das nicht, aber es ist groß." (Ranke.) Erst unter dem Druck noch schärferer Not haben wenigstens die Evangelischen im Reiche sich geeinigt, sich zum Recht des Widerstandes bekannt.

Auch jene umfassenderen Pläne des Landgrafen und Zwinglis wurden durch die Ungunst der allgemeinen Lage vereitelt. Nach den Friedensschlüssen von Barcelona und Cambray, nach dem Abzug Solimans von Wien war bei den außerdeutschen Gegnern Karls für eine antihabsburgische Koalition keine Stimmung mehr vorhanden. Zwinglis Anträge wurden in Frankreich und Venedig höflich aber entschieden abgelehnt. Und es ist fraglich ob sich zwischen diesen katholischen Mächten und den Protestanten Deutschlands und der Schweiz je eine rechte Einigkeit gebildet hätte. Wollten doch jetzt nicht einmal die oberdeutschen Reichsstädte mehr von einer Verbindung mit den Schweizern etwas wissen. Ungeeinigt und ohne Hilfe von außen mußten die Protestanten den Angriff des Kaisers über sich ergehen lassen.

Auf dem Augsburger Reichstag (1530) fiel die Entscheidung. Hier übergaben zuerst die Lutheraner ihre Glaubensartikel in jener Schrift, die als „Augsburger Bekenntnis" (Confessio Augustana) noch heute als die bindende Fassung der lutherischen Lehre gilt. Getrennt von ihnen faßten die vier zwinglianischen Reichsstädte Straßburg, Konstanz, Lindau und Memmingen ihre Lehren in der „Confessio Tetrapolitana" (Vierstädtebekenntnis) zusammen. Die Aufforderung des Kaisers, sich friedlich zu unterwerfen, wiesen die Protestanten, durch Luthers kräftigen Zuspruch gestärkt, mit der Erklärung zurück, sie könnten nichts tun gegen Gott und Gewissen.

Nachdem kein gütliches Mittel hatte verfangen wollen, sprach der Kaiser endlich als strenger Richter. Im Reichsabschied vom 19. November beharrte er auf dem Vollzug des Wormser Edikts, auf der Wiederherstellung der bischöflichen Gerichtsbarkeit, der Rückgabe der Kirchengüter. Das schon 1495 errichtete, nunmehr erneuerte Reichskammergericht wurde auf den Abschied verpflichtet und begann alsbald die Protestanten mit Prozessen zu bedrängen. Ein allgemeines Konzil sollte in einem Jahr zusammentreten zu christlicher Reformation und zur Handhabung des christlichen Glaubens. Der Abschied war eine unzweideutige Kriegserklärung.

Die Sorge vor einem neuen Angriff der Osmanen und das andauernd gespannte Verhältnis zu Frankreich verhinderten den Kaiser jedoch auch diesmal, seinem Entschluß die Tat unmittelbar folgen zu lassen, gewährten den Protestanten Zeit, sich in Verteidigungszustand zu setzen. Angesichts der drohenden Gefahr verschwanden ihre konfessionellen und moralischen Bedenken, ob ihr Widerstand gegen den kaiserlichen Oberherrn berechtigt, ob das Bündnis mit den „Sakramentierern" — dies war der Schimpfname für die Zwinglianer — zulässig sei. Luther selbst ließ sich jetzt zu dem Glauben bekehren, daß die Notwehr gegen die Papisten berechtigt sei. Der alte Kämpfer erwachte in ihm wieder. „So laß fröhlich hergehen und aufs Ärgst geraten, es sei Krieg oder Aufruhr, wie dasselbe Gottes Zorn verhängen will."

In Schmalkalden vereinigten sich protestantische Fürsten und Städte, vor allem Sachsen und Hessen zur Abwehr jedes Angriffs auf den evangelischen Glauben (Dezember 1530). Im Februar des nächsten Jahres gesellte sich ihnen eine stattliche Reihe von zwinglianisch gesinnten, oberdeutschen Reichsstädten zu, besonders Straßburg und Ulm. Das Bündnis verzweigte sich auch nach Niederdeutschland, wo die schon in den zwanziger Jahren der neuen Lehre zugefallenen Städte, wie Magdeburg, Bremen, Lübeck, Braunschweig sich anschlossen.

Außerhalb der Gemeinschaft blieben dagegen die Schweizer, an deren dogmatischem Starrsinn der Anschluß scheiterte. Die Aussicht auf eine Wiedervereinigung der Schweiz mit dem Reiche ging damit verloren. Die Zwinglianische Partei unter den Eidgenossen geriet in eine selbstverschuldete Isolierung, die zur persönlichen Katastrophe Zwinglis und zu einer schweren Schädigung der Schweizer Reformation führen sollte. Der alte, durch den Kappeler Vertrag von 1529 nur notdürftig beigelegte Gegensatz zwischen den evangelischen Städten und den katholischen Urkantonen erwachte von neuem und artete in offenen Krieg aus. Bei Kappel erlagen die Züricher der Übermacht der Gegner (Oktober 1531). Zwingli selbst, der als Feldprediger mitgezogen war, fand in der Schlacht den Tod. Er endigte, wie er gelebt hatte, als Kämpfer. Mit Zwingli wurde der Gedanke einer Evangelisierung der Gesamtschweiz begraben. Die religiöse Sonderung in der Eidgenossenschaft blieb bestehen. In einzelnen Teilen wurde die alte Religion wiederhergestellt.

Für die deutschen Protestanten aber war die Katastrophe Zwinglis ein Vorteil. Des Rückhaltes an den glaubensverwandten Eidgenossen beraubt, schlossen sich die Oberdeutschen um so enger an die Schmalkaldener an. In den hergebrachten föderativen Formen hatten die Protestanten ihren Widerstand organisiert, Fürsten und Städte, Ober- und Niederdeutsche hatten sich zusammengeschlossen, standen jetzt wider den Kaiser als Macht gegen

Macht. Überraschend schnell lebten sich die Protestanten, nachdem einmal die Scheu vor dem Kampf überwunden war, in politische Gedankengänge ein, traten ohne Bedenken mit allen Gegnern Habsburgs inner- und außerhalb Deutschlands in Verbindung. Soeben hatte die habsburgische Politik durch die Wahl Ferdinands zum römischen König einen neuen Erfolg davongetragen. Nirgends war die Verstimmung darüber stärker, als in Bayern, das sich, seit das Herzogtum Württemberg nach der Vertreibung des Herzogs Ulrich an Österreich gefallen war (1519), von der habsburgischen Macht rings umklammert sah. Am 24. Oktober 1531 schlossen die Herzoge von Bayern mit den Schmalkaldenern zu Saalfeld ein förmliches Bündnis. Im Hause Wittelsbach siegte das Prinzip des Kampfes gegen die habsburgische Übermacht über das Streben nach Erhaltung der kirchlichen Einheit. Franz I. aber, der auch nach dem Frieden von Cambray mit dem Kaiser noch nicht versöhnt war, ging mit Bayern, Sachsen und Hessen den Bündnisvertrag von Kloster Scheyern ein (26. Mai 1532). Die Schmalkaldener Vereinigung hatte ihre erste Wirkung getan. Die Feinde Habsburgs begannen mit den deutschen Protestanten zu rechnen.

Diese Umtriebe mußten Karl V. den Gedanken einer Verständigung mit der evangelischen Partei nahelegen. Als vollends der gefürchtete Türkenkrieg wirklich ausbrach, blieb dem Kaiser nichts übrig, als sich mit den Protestanten, die ihren Anteil an der Reichshilfe verweigerten, so gut es ging, abzufinden. Selbst die Kurie war unter dem Druck der Türkennot bereit, den Ketzern einige Zugeständnisse zu gewähren.

Im Frühjahr 1532 sehen wir den Sultan Soliman aufs neue mit gewaltiger Heeresmacht im Anmarsch gegen die deutschen Grenzen. Nach dem Rückzug der Türken von Wien 1529 war der größte Teil von Ungarn mit Ofen im Besitze des Zápolya als türkischen Vasallen geblieben. Vergeblich hatte sich Ferdinand durch wiederholte Gesandtschaften mit der Pforte über die Herausgabe des Königsreichs zu verständigen gesucht und war dabei der türkischen Begehrlichkeit immer weiter und weiter entgegengekommen. Der Sultan betrachtete Ungarn als sein Eigentum nach dem Recht der Eroberung. Ja sogar auf Wien und alle deutschen Besitzungen Ferdinands erhob er Anspruch, nachdem er diese Länder in Person heimgesucht und seine Jagd daselbst gehalten habe. Karl V., den er nur König von Spanien nannte, verweigerte er den Kaisertitel, der nur ihm allein gebühre. Es war sein sehnlichster Wunsch, dem christlichen Herrscher in offener Feldschlacht zu begegnen. Auf dritthalb hunderttausend Mann wird das Heer geschätzt, mit dem er im Juni in Ungarn einbrach.

Das Erscheinen dieses furchtbaren Feindes bewog den Kaiser, mit den evangelischen Ständen das Nürnberger Abkommen (23. Juli 1532) zu treffen. Bis zum allgemeinen Konzil, das womöglich binnen Jahresfrist zusammentreten

sollte, sonst bis zum nächsten Reichstag, sollte zwischen dem Kaiser und allen Ständen des Reiches Frieden herrschen. Bis dahin hätten auch alle vom Kammergericht gegen die Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes eingeleiteten Prozesse zu ruhen. Diese Versicherung konnte aber den Protestanten mit Rücksicht auf die Katholischen nur insgeheim und nicht in bindender Form gegeben werden. Klemens VII. hat sich mit diesem Pakt stillschweigend abgefunden. Der Nürnberger Religionsfriede ist ein unzweifelhafter Erfolg der protestantischen Sache, eine weitere Frucht ihrer kräftigen Organisation. Wiederum hatte der Kaiser von der Durchführung des Wormser Edikts abstehen, zum erstenmal im Widerspruch mit seinen heiligsten Überzeugungen der neuen Lehre eine wenn auch vor der Hand nur befristete Anerkennung gewähren müssen.

Nun versagten auch die Protestanten nicht länger mehr die Türkenhilfe. Überreichlich taten sie ihre Pflicht. Mit dem stattlichsten Heere, das man seit langem gesehen hatte, konnte der Kaiser dem Sultan entgegenziehen. Aber schon hatte sich die Wucht des türkischen Angriffs an den Mauern der kleinen ungarischen Festung Güns gebrochen. Soliman verzichtete nun darauf, sich mit dem kaiserlichen Heere zu messen. Über Steiermark trat er den Rückzug an. Auch zur See waren die Waffen der Christen erfolgreich. Der genuesische Admiral Andrea Doria eroberte einige feste Plätze in Morea. Wie leicht hätte mit dem mächtigen Heeresaufgebot des Kaisers Ungarn dem Zápolya entrissen werden können. Aber den Kaiser zog es nach Italien. Die italienischen Söldner im Heer versagten den Gehorsam. Die deutschen Kriegshauptleute erklärten nur gegen den Türken verpflichtet zu sein. Wer hätte auch in Deutshland zu weiterer Mehrung der habsburgischen Macht beitragen mögen? Im Jahre 1533 schloß Ferdinand mit dem Sultan einen Frieden, der Zápolya alle seine Rechte beließ.

Drittes Kapitel

Andauernde Kämpfe der Habsburger in Ost und West und schließlicher Sieg der deutschen Reformation (1532—1555)

Wir sahen, in welch hohem Maße die Erfolge der Reformation in Deutschland, der Schweiz und den skandinavischen Reichen durch den Gang der allgemeinen Politik bedingt waren. Verstrickt in die Händel und Bedrängnisse dieser Welt, zum Teil untereinander tödlich verfeindet, hatten die beiden Oberhäupter der Christenheit auf die Eindämmung der Ketzerei verzichten, mit ihr endlich sogar einen vorläufigen Frieden schließen müssen.

Dieses Ineinandergreifen der kirchlichen und politischen Bewegung werden wir auch weiterhin, besonders in Deutschland, bis zum Ende der Regierung Karls V. zu beobachten haben. In den zwölf Jahren nach dem Nürnberger Religionsfrieden und der Abwehr der Türken bleibt die Lage des Kaisers bestimmt durch die Gegensätze in Ost und West, durch die beständig sich erneuernden Verwicklungen mit Franzosen und Osmanen, durch die Versuche Frankreichs, alle Gegner Habsburgs in seinem Lager zu versammeln. Während der Ring um den Kaiser sich immer enger schließt, bleibt der Siegeslauf des Protestantismus in Deutschland und Nordeuropa ungehemmt. Die evangelische Partei im Reiche hatte sich erst kirchlich, dann politisch organisiert. Nun wird sie ein Element der Weltpolitik, wird vom kaiserfeindlichen Ausland in steigendem Maß in Berechnung gezogen.

Gleich nach dem letzten Rückzug der Türken kam eine neue Herausforderung der christlichen Welt durch den Islam. Ein kühner Korsarenhäuptling Khaireddin Barbarossa hatte in Algier einen Raubstaat gegründet. Vom Sultan zum Admiral ernannt, vertrieb er Muley Hassan, den Bey von Tunis, und ergriff von dieser Stadt Besitz. Durch seine verheerenden Raubzüge setzte er Spanien und Unteritalien in Schrecken und bedrohte den Kaiser im Mittelpunkt seiner Macht. Der Kampf gegen den Piratenfürsten war Karl V. durch seine politischen Interessen geboten und entsprach ganz und gar seinem religiösen Ideenkreis. Wie ein kreuzfahrender Herrscher des Mittelalters zog er 1535 mit einer wohlgerüsteten Flotte gen Afrika. Goletta, der Schlüssel von Tunis, wurde erstürmt, Khaireddins Heer geschlagen, Tunis selbst fiel in des Kaisers Hand, dem 10000 Christensklaven ihre Befreiung dankten. Karl V. soll an einen Vorstoß gegen Konstantinopel selbst gedacht haben. Aber der Ausbruch eines neuen Krieges mit Frankreich lenkte seine Kraft nach einer anderen Richtung.

Diese politischen Sorgen ließen dem Kaiser nicht die Zeit, den Fortschritten des deutschen Protestantismus entgegenzutreten, die sich mittelbar und unmittelbar unter lebhafter Einwirkung des Auslandes vollzogen. Mit französischer Hilfe führte Landgraf Philipp von Hessen 1534 den vertriebenen Herzog Ulrich von Württemberg in sein Land zurück, ohne daß der Papst dem dringenden Hilfsgesuch Ferdinands entsprochen hätte. Die Tat des Landgrafen bedeutete einen Verlust für das Haus Habsburg, das nach Ulrichs Vertreibung Württemberg in Besitz genommen hatte und sich nun aus Südwestdeutschland verdrängt sah, und für die Kirche, weil Ulrich in seinem Herzogtum sofort die Reformation durchführte. Das Beispiel Württembergs brachte auch in den Nachbargebieten Baden und Elsaß die absterbenden evangelischen Tendenzen wieder in Schwung. Um jene Zeit vollzogen Frankfurt, Augsburg, die anhaltischen Fürsten den Übertritt, in Pommern suchten

die Herzoge Barnim und Philipp die Reform gegen den Widerstand von Adel und Klerus durchzusetzen.

Diese Übertritte verstärkten auch den schmalkaldischen Bund, sobald die Beschränkung des Nürnberger Religionsfriedens auf die im Friedensinstrument mit Namen Aufgeführten durch König Ferdinand aufgehoben worden war (Ende 1535). Auch diesen Erfolg hatten die Protestanten wenigstens mittelbar dem König Franz I. zu danken, der damals die evangelischen Stände in Deutschland zu einem Einverständnis zu bewegen suchte. Um sie nicht auf die Seite Frankreichs zu treiben, hatte sich Ferdinand zu jenem Zugeständnis entschließen müssen, das der Erweiterung des schmalkaldischen Bundes so kräftig zustatten kam. Der Bund wurde weiter auf zehn Jahre erstreckt. Auch die theologischen Differenzen zwischen den Lutheranern und den zwinglianischen Oberdeutschen, die 1529 Zwinglis und des Landgrafen großen Bundesplan vereitelt hatten, wurden jetzt abgeschwächt. Auf einer Zusammenkunft oberländischer Theologen mit Luther in Wittenberg gelang es, einen vorläufigen Ausweg aus dem Abendmahlsstreit zu finden. Die Wittenberger Konkordienformel (1536) ist ein wichtiges Ereignis für die Einigung der evangelischen Kirchen Deutschlands. Binnen wenigen Jahren waren die deutschen Protestanten an Zahl gewachsen, war ihr Bündnis gestärkt, der lähmende dogmatische Gegensatz zurückgedrängt worden.

Gleichzeitig aber hat der Protestantismus auch bei den nördlichen Völkern seinen Besitzstand teils zu befestigen, teils zu erweitern vermocht. Und fleißig suchte man von dort aus Beziehungen zu den evangelischen Ständen des Reiches zu knüpfen.

Ein politisches Ereignis, die Sprengung der Union, ist es gewesen, die der evangelischen Lehre die Pforten der nordischen Reiche geöffnet hat. Ein anderes politisches Ereignis, der nach dem Tode Friedrichs I. 1534 ausbrechende dänische Thronstreit sollte den Erfolg der Reformation in Dänemark bekräftigen, eine Wiederkehr des alten Glaubens, wie sie gleich nach dem Ableben des Königs angestrebt wurde, für immer ausschließen. Aus diesem Streit ging Herzog Christian von Schleswig-Holstein als König von Dänemark hervor. Sein Sieg war eine Niederlage der kaiserlichen Politik, die ihm den Pfalzgrafen Friedrich, des vertriebenen Christian II. Schwiegersohn und getreuen Schildknappen der Habsburger, entgegengestellt hatte. Aber verwickelt in sein tunesisches Abenteuer und vor einem neuen Kriege mit Frankreich stehend, konnte Karl V. seinem Schützling nicht die nötige Hilfe gewähren. Auch hier im Norden war der Kaiser durch seine Weltpolitik an einer kräftigen Förderung der katholischen Sache verhindert. Im Auftrage Christians III. hat nun der deutsche Reformator

Dr. Bugenhagen, ein warmer Freund Luthers, die Umgestaltung der dänischen Kirche vollendet. Von Anfang bis zu Ende ist in Dänemark die Reformation im Geiste Luthers durchgeführt worden. Andere protestantische Glaubensrichtungen haben dort niemals Wurzel gefaßt. Wie die Reformation von Deutschland aus nach Dänemark gekommen ist, so hat auch Christian III. an der evangelischen Partei im Reiche einen Anhalt gesucht, 1536 mit Sachsen, Hessen und anderen Fürsten ein Bündnis geschlossen.

Noch bevor der endgültige Sieg der Neuerung in Dänemark entschieden war, erlitt die Papstkirche einen neuen schweren Schlag durch die Trennung Englands. Die englische Reformation ist unlauteren Ursprungs. Sie hat ihre Wurzeln nicht wie in Deutschland oder Dänemark in dem religiösen Bedürfnis der Nation, die erst mit der Zeit in die protestantischen Anschauungen hineinwächst, sondern in der Sinnenlust und Brutalität Heinrichs VIII. Um seine Geliebte, die schöne Anna Boleyn, die ihre weibliche Ehre nur um den Preis der Krone verkaufen wollte, heiraten zu können, verlangte der König vom Papst das Recht der Scheidung von seiner ungeliebten Gemahlin, Katharina von Aragon, der Schwester Karls V., und Dispens zur neuen Eheschließung. Klemens VII. verweigerte, vielleicht aus geistlicher Gewissenhaftigkeit, sicher aber auch aus Furcht vor dem Kaiser, der ihn eben damals (1527—1529) in Italien hart bedrängte, die Erfüllung dieser Wünsche. Die weltliche Politik dieses Unglückspapstes, die der Fortsetzung der Reformation in Deutschland und im Norden so wesentlich zustatten kam, half auch den Abfall Englands von der Kirche herbeiführen.

Vom Papst im Stich gelassen, ja mit dem Bann bedroht, schritt Heinrich VIII. zur Selbsthilfe. Die Aussicht auf materiellen Gewinn durch Einziehung der Kirchengüter mag den Herrscher in seinem Entschlusse bestärkt haben. Die beiden großen nationalen Körperschaften, auf die es ankam, Parlament und Klerus, leisteten ihm unbedingt Gefolgschaft; das Parlament ergriff gerne die Gelegenheit, den auch in England stark fühlbaren materiellen Druck der Kirche abzuschütteln. Auch der Klerus wurde teils durch das Auftreten des Königs gegen ketzerische Meinungen gewonnen, teils durch die schärfsten Drohungen kirre gemacht. Die Jahre 1533 und 1534 sind entscheidend für den Ausgang des Ehestreites und den Abfall Englands von Rom. Mitte Januar 1533 erklärte die Geistlichkeit den König zum Herrn und Beschützer der englischen Kirche, zu ihrem obersten Haupt, soweit Christi Gesetz dies zulasse. Nun konnte Heinrich VIII. sich mit Anna Boleyn vermählen, von dem gefälligen Erzbischof Thomas Cranmer von Canterbury die Annullierung seiner ersten Ehe erlangen, unterstützt von Cranmer und dem Kanzler Thomas Cromwell den Aufbau der neuen Staatskirche vollenden. Im Jahre 1534 wurden durch Parlamentsbeschluß alle Zahlungen an die Kurie eingestellt, Appellationen an den Papst und das Ein-

holen von Dispensen in Rom verboten. Die Bischöfe sollten von den Domkapiteln gewählt werden, diese aber ihre Wahl ausschließlich auf die vom König bezeichneten Persönlichkeiten lenken. Die kirchliche Suprematie des Königs wurde gesetzlich festgelegt, Widerstand mit der Strafe des Hochverrates belegt. Der größte Teil des Klerus unterwarf sich ohne Widerspruch dem neuen Oberherrn. Zwei Jahre später schritt man zur Aufhebung der Klöster, deren Güter der Krone zufielen, ihre Einkünfte ungeheuer erhöhten. In England wie in Skandinavien teilte der König seinen Raub mit dem Adel, benutzte einen Teil der eingezogenen Kirchengüter zur Ausstattung einer neuen Aristokratie.

So war zunächst auf dem Gebiete der Verfassung das Band zwischen England und Rom zerrissen. Die englische Kirche hatte ein neues, weltliches Oberhaupt. In schroffster Form war die Idee des Cäsaropapismus in die europäische Staatenwelt eingeführt worden. Nicht unvermittelt freilich, nicht eigentlich im Widerspruch mit der englischen Überlieferung trat diese Neuerung an die Nation heran. Die spätmittelalterliche Entwicklung hatte ihr kräftig vorgearbeitet. Seit Heinrich V. (1413—1423) schon war die englische Kirche daran gewöhnt, mehr im König als im Papst ihr Oberhaupt zu sehen. Durch die Ernennung Wolseys zum päpstlichen Legaten mit weitgehenden Vollmachten war die Verbindung mit Rom noch mehr gelockert worden. Mehr noch als die dänische und schwedische setzt sich die englische Reformation unter Heinrich VIII. aus einer Reihe königlicher, vom Parlament sanktionierter Gewaltakte zusammen. Wir werden Heinrichs geistliches Schreckensregiment gleich noch näher kennen lernen. In England wie in Skandinavien brachte der kirchliche Umsturz der Krone die ausgiebigste Machtvermehrung. Kaiser und Papst mußten dem Ausgang des Ehedramas und der kirchlichen Umwälzung mit gebundenen Händen zusehen, mußten es ertragen, daß Heinrich VIII. die päpstlichen Flüche verhöhnte. Durch sein Schutzbündnis mit Frankreich (1532) hatte sich der König gegen eine kaiserliche Invasion gedeckt.

Wie aber hat das englische Volk die große Veränderung aufgenommen? Wir können damals in England etwa drei Parteien unterscheiden: die unbedingt Kirchentreuen, die an der Hoheit des Papstes festhielten, die königliche Suprematie verwarfen, die Mittelpartei, die sich mit dem Sturz der Papstgewalt abgefunden hatte, sonst aber alle katholischen Lehren beibehielt, endlich das noch kleine Häuflein derer, die den vom Festland herübergekommenen neuen Meinungen anhingen. Heinrich VIII. hat sich zwar sehr gern die päpstlichen Machtbefugnisse angeeignet, war jedoch im allgemeinen nicht gewillt, einen neuen Glauben in seinem Reiche einzuführen. Die romfeindliche Strömung blieb aber nicht an dem Punkte stehen, wo der König ihr Halt gebieten wollte. Schon in den zwanziger Jahren finden wir in England Anhänger Luthers, wird die Bibel in der Übersetzung

Tyndals verbreitet. Durch die Lossagung von Rom hat Heinrich VIII. wider seinen Willen der Bewegung Bahn gebrochen. Sie drängte nun stärker den eigentlich religiösen Zielen zu. Nachdem einmal der Papst gefallen war, konnten auch seine Lehren nichts mehr gelten. Nach Heinrichs Tod werden wir die protestantische Bewegung in England wachsen, Rückstöße überdauern und sich schließlich im Puritanertum zu einer Staat und Kirche revolutionierenden Macht erheben sehen. Für Heinrich VIII. selbst freilich galt noch das Prinzip, seine im Einverständnis mit Parlament und Klerus begründete Herrschaft über die englische Kirche gegen jeden Angriff rücksichtslos zu verteidigen, das Dogma aber unangetastet zu erhalten, wenn er auch gelegentlich einmal dem protestantischen Standpunkt Zugeständnisse machte. Suprematsgegner und Ketzer wurden von ihm mit gleicher Grausamkeit verfolgt, die einen geköpft, die anderen verbannt. Der ehemalige Kanzler Thomas Morus und der Bischof Fisher von Rochester, welche die Kirchengewalt des Königs bestritten hatten, wurden aufs Schafott geschickt. Eine Volkserhebung im Norden, zur Wiederherstellung der alten kirchlichen Zustände unternommen, wurde unbarmherzig bestraft. Die sechs Artikel von 1539 hielten die katholischen Glaubenslehren in den wesentlichsten Punkten aufrecht. Wenn aber auch das Inselreich im Dogma und Ritus noch mit der allgemeinen Kirche verbunden blieb, wenn auch erst ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung die evangelischen Anschauungen in sich aufgenommen hatte, das Papsttum konnte seit 1534 auf England nicht mehr rechnen.

Der kirchliche Umschwung aber blieb auch nicht ohne Einfluß auf Englands auswärtige Politik, drängte zu einer neuen Annäherung an Frankreich, zu einer Verbindung mit den deutschen Protestanten. Es galt Sicherungen zu schaffen gegen einen Angriff des in seiner Ehre beleidigten Kaisers. Von dem Schutzvertrag mit Franz I. war schon die Rede. Die Schmalkaldener aber lehnten das ihnen von Heinrich VIII. angebotene Bündnis ab (1533). Luther und Melanchthon mochte es doch grauen vor einer Gemeinschaft mit dem königlichen Ehebrecher, vor der Verbindung mit einem Herrscher, der dem wahren Protestantismus noch recht ferne stand. Und überhaupt hielt damals wenigstens die Mehrzahl der protestantischen Reichsstände Deutschlands ein Bündnis mit einer auswärtigen Macht noch für unvereinbar mit ihren Pflichten gegen den Kaiser. Aus ähnlichen Gründen scheiterte aber auch Franz I., der sich zu einem neuen Kampf gegen seinen kaiserlichen Rivalen anschickte, bei den deutschen Protestanten mit seiner Bündniswerbung. Diese bildet nur ein Glied in der Kette jener Bestrebungen, durch die der Franzosenkönig das Haus Habsburg einzukreisen gedachte, und kann daher nur in diesem weiteren Zusammenhang betrachtet werden.

Die Friedensschlüsse von Cambray und Barcelona, durch die das Übergewicht des Kaisers in Italien befestigt worden war, hatten keine Lösung der Gegensätze gebracht. Franz I. hielt an dem Gedanken der Wiedereroberung von Mailand und Genua fest und arbeitete zu diesem Zweck an einer umfassenden antihabsburgischen Koalition. Leicht war dafür der Papst zu gewinnen, der unter der erdrückenden Machtstellung des Kaisers am schwersten zu leiden hatte. Vergeblich eilte Karl V. nach Italien, um Klemens VII. in persönlicher Verhandlung zu Bologna von der Verbindung mit Frankreich abzuhalten. Franz I. hatte dem Medizäerpapst einen allzu verlockenden Preis geboten, die Vermählung seiner Nichte Katharina mit des Königs jüngerem Sohn, dem Herzog Heinrich von Orléans. Aus verschiedenen italienischen Gebieten sollte ein ansehnliches Fürstentum gebildet werden als Mitgift für das junge Paar und als Gegengewicht gegen die spanische Macht: die Franzosen in Mailand, die Spanier in Neapel — dann hätte das Papsttum zwischen beiden sich frei bewegen können. Auch die Forderung Karls V. nach dem schon 1530 in Aussicht gestellten Konzil war Klemens VII. aus vielen Gründen sehr unbequem, nicht zuletzt deshalb, weil ein auf Veranlassung des Kaisers berufenes, in seiner Gegenwart abgehaltenes Konzil das kaiserliche Ansehen noch gewaltig erhöht, dem Herrscher auch ein kirchliches Übergewicht verliehen hätte. Selbst die damaligen intimen Beziehungen Franzens zu Heinrich VIII., der eben durch die Annullierung seiner Ehe, die Vermählung mit seiner Maitresse, durch eine Appellation vom Papst an ein Konzil dem Oberhaupt der Kirche den schwersten Schimpf angetan hatte — selbst das störte nicht Klemens' VII. franzosenfreundliche Politik. In dieser für die Kirche so kritischen Zeit zeigt sich der Papst ganz von weltlichen Rücksichten beherrscht, handelt er nur als italienischer Fürst und als Chef des Hauses Medici. Und in welche bedenkliche Gesellschaft kam er durch sein Einvernehmen mit dem Franzosenkönig, der die Osmanen zu einem neuen Angriff auf das Haus Habsburg zu hetzen suchte, in Deutschland die besonders von Bayern und Hessen ausgehende Fürstenopposition schürte.

Franz I. hielt sich für berechtigt und verpflichtet, Verbindungen zu schließen, mit wem es auch sei, wenn sein Staatsvorteil dies gebiete. Er war nicht der erste christliche Herrscher, der eine Allianz mit dem Großtürken gesucht hatte. Schon im 15. Jahrhundert hatten italienische Staaten das Beispiel gegeben. Allein es war doch etwas anderes, wenn der König, der sich „den Allerchristlichsten“ nannte, sich mit dem Haupt des Islam gegen den Kaiser, den offiziellen Schirmvogt der Kirche, verband. Selbst in dieser Zeit, wo so heiß um Glaubensfragen gestritten wurde, sehen wir das religiöse Moment bald hier, bald dort durch politische Begehrlichkeit zurückgedrängt. Nicht gehemmt durch religiöse Vorurteile folgen die

Staaten ihren natürlichen Interessen, fühlen sich nicht mehr gebunden in der Verwendung ihrer Kräfte. Insbesondere in der Verbindung Frankreichs mit den Osmanen liegt, wie Ranke hervorhebt, gleichfalls ein Abfall von den kirchlichen Ideen.

Schon seit der Schlacht von Pavia hatte Franz I. mit der Pforte anzuknüpfen gesucht. Später war er auch mit Khaireddin Barbarossa in Verbindung getreten, hatte ihn zu seinen Raubfahrten ins Mittelmeer aufgestachelt. Im Jahre 1536 wurde zwischen Frankreich und der Türkei formell ein Handelsvertrag, in Wirklichkeit ein Angriffsbündnis gegen die habsburgische Macht vereinbart, die osmanische Marine zu Frankreichs Verfügung gestellt.

Die Anknüpfung mit dem Sultan, die in seinem eigenen Lande Unwillen erweckte, mag Franz I. auch bei seinen Werbungen in Deutschland geschadet haben. Seit der Begründung des Schmalkaldener Bundes sehen wir die deutsche Fürstenopposition und den Franzosenherrscher miteinander in Fühlung treten. Wir erinnern uns des Vertrages von Kloster Scheyern (1532), den Franz I. mit Bayern, Sachsen und Hessen abschloß, und der Hilfe, die er dem Landgrafen Philipp bei seinem württembergischen Unternehmen gewährte. Ende 1536 werden die evangelischen Stände Deutschlands eifrig von ihm umworben. Franz I. ist der Vater jener französischen Politik, welche die Ketzer daheim verfolgt, im Ausland mit ihnen Allianzen schließt. So warm aber auch Melanchthon für die Verständigung eintrat, die deutschen Protestanten wiesen doch die Hand zurück, die so schwer auf ihren französischen Glaubensbrüdern lastete, wollten sich mit einem Fürsten nicht einlassen, der mit dem allgemeinen Feind der Christenheit befreundet war. Besonders die Reichsstädte und der wohl von Luther beratene Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen waren im Gegensatz zu dem weiterblickenden und bedenkenfreien Landgrafen von Hessen zu loyal gesinnt, um aus der Bedrängnis des Kaisers Vorteil zu ziehen. Die zeitweilig eingeschläferten Gewissensbedenken erwachten von neuem und lähmten die protestantische Politik.

So hatte Franz I. alle Gegner der Habsburger an sich zu ziehen gesucht. Und doch führte seine diplomatische Geschäftigkeit schließlich zu nichts. Die deutschen Protestanten wiesen ihn ab. Die päpstlich-französische Kombination wurde durch den Tod Klemens VII. (1534) wertlos, weil der neue Papst Paul III., obwohl durch französischen Einfluß auf den Thron gelangt, von seiner Neutralitäts- und Vermittlungspolitik nicht abzubringen war. Wie er Franz I. zu dessen tiefstem Groll Hilfe versagte, so ließ er sich auch vom Kaiser nicht in den Kampf hineinziehen, um nicht nach dem Verlust Deutschlands und Englands auch noch Frankreich zum Abfall zu treiben. Auch Heinrich VIII., wohl zu sehr mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigt, verhielt sich neutral. Die Verbindung mit den Osmanen trug dem König in seinem dritten Krieg mit Karl V. (1536—1538) nicht die

gehofften Früchte. Dieser Krieg endigte mit dem vom Papst vermittelten 10jährigen Waffenstillstand von Nizza (18. Juni 1538). Franz I. war auch diesmal nicht in den Besitz seines heißersehnten Mailands gelangt, durfte aber Savoyen, die Pforte nach Italien für die Dauer des Waffenstillstandes behalten.

Der habsburgisch-französische Streit war also wieder nicht zum Austrag gebracht worden. Auch im Osten blieb die Lage für die Habsburger unbehaglich. Die vom Kaiser, Papst und Venedig 1537 gegen die Türken geschlossene Heilige Liga löste sich nach der Niederlage bei Prevesa tatsächlich auf (1538). Zápolyas Freundschaft mit der Pforte war zwar erschüttert, so daß er im Vertrag von Großwardein (25. Februar 1538) den Habsburgern für den Fall seines Todes die Nachfolge in ganz Ungarn versprach. Dem treulosen Ungarn war aber nicht zu trauen. Im gleichen Jahre unterwarf Soliman die Moldau und gab dadurch seinem Reiche die endgültige Grenze im Westen. Für 1539 rechnete man am Kaiserhof mit einem neuen Türkeneinbruch.

Indem so die allgemeine Spannung fortdauerte, mußte der Kaiser mit doppelter Unruhe den Niedergang der päpstlichen Sache, die reißenden Fortschritte des Protestantismus betrachten, gegen welche die Gründung eines Bundes katholischer Fürsten zu Nürnberg (1538) keinen Schutzdamm bildete. Berichte päpstlicher Legaten zeigen uns um diese Zeit das katholische Leben Deutschlands in tiefstem Verfall, viele Pfarren verwaist, die Klöster verödet, das Volk ohne geistliche Führung. Selbst im Süden, wo Habsburger und Wittelsbacher über der Erhaltung des alten Glaubens wachten, war die Reformation erfolgreich, so in Regensburg, den pfälzischen Gebieten, ja in Österreich selbst: eine Eingabe der niederösterreichischen Stände vom Dezember 1541 bezeichnete die Türkennot geradezu als Strafe Gottes für die Verachtung seines Wortes und für die Abgötterei, wie die Verehrung der Heiligen genannt wurde. Namentlich aber breitete sich seit Ausgang der dreißiger Jahre der Abfall siegreich über ganz Norddeutschland aus. Im Jahre 1539 fielen zwei Hauptstützen der alten Kirche, das Herzogtum Sachsen und Kurbrandenburg. Auch ein Teil der braunschweigischen Lande, Mecklenburg, die Stifter Schwerin, Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg wurden evangelisiert. Im Jahre 1542 raubten die Schmalkaldener durch die Vertreibung des Herzogs Heinrich von Braunschweig-Lüneburg dem Katholizismus in diesen Gegenden seinen letzten Halt. Um diese Zeit erhielt Norddeutschland „sein protestantisches, welthistorisches Gepräge“. Schon bedrohte die evangelische Bewegung auch die katholische Hochburg am Niederrhein. Der Kölner Erzbischof Herrmann von Wied gab sich reformatorischen Bestrebungen hin. Drang er damit durch, so war es

um die katholische Mehrheit im Kurkollegium geschehen. Gingen die Dinge weiter, wie bisher, so war nach dem Urteil eines päpstlichen Legaten Ende der dreißiger Jahre der gänzliche Abfall Deutschlands von Rom zu erwarten.

Mit diesem evangelischen Eifer stand die politische Einsicht der Protestanten nicht auf gleicher Höhe. Sie ließen sich die Gelegenheit zu aussichtsreichen Verbindungen entgehen. Einem der mächtigsten niederrheinischen Fürsten, dem Herzog Wilhelm von Jülich-Kleve, der durch die Besitznahme Gelderns (1539) einen Keil in die Niederlande getrieben hatte, auch zu Frankreich Beziehungen unterhielt, wurde die Aufnahme in den schmalkaldischen Bund verweigert, weil er sich nicht zum Übertritt entschließen konnte. Auch auf erneute Annäherungsversuche des Königs von England gingen die Schmalkaldener nicht ein. Religiöse und sittliche Bedenken, naive Vorstellungen von der Harmlosigkeit des Kaisers und seiner Minister, allzuweit getriebene Vorsicht verhinderte die Protestanten, die sich ihnen darbietenden Möglichkeiten zu benutzen, lassen sie der spanischen Staatskunst gegenüber als politische Stümper erscheinen.

Immerhin war die Macht des deutschen Protestantismus so hoch gestiegen, daß der Kaiser angesichts der drohenden Weltlage auf eine friedliche Lösung denken mußte. Er strebte von sich aus, ohne den Papst, eine Versöhnung der Parteien, eine Wiedervereinigung der getrennten Kirchen an. So wenig die Kurie auch von dieser kaiserlichen Reunionspolitik erbaut sein konnte, ließ sie sich doch bei den Religionsgesprächen in Hagenau, Worms und Regensburg (1540 und 1541) vertreten. So nahe sich indes dort die verhandelnden Theologen über grundlegende Dogmen, besonders über die Rechtfertigungslehre kamen, so stellte es sich doch als unmöglich heraus, die widerstreitenden Meinungen über das Altarssakrament miteinander in Einklang zu bringen. Begriff und Wesen der Transsubstantiation waren für die Protestanten unannehmbar. Darauf aber beruhte eben doch schließlich die Ordnung des Kultus und der Hierarchie. In diesem Punkt konnte auch der sehr gemäßigte, von heißen Friedenswünschen beseelte päpstliche Legat Contarini nicht nachgeben. Und selbst die volle Einigung der Theologen hätte noch nichts bedeutet: Luther und die vornehmsten evangelischen Fürsten verwarfen die Ergebnisse des Regensburger Gesprächs, der Papst hätte ihnen nimmermehr zustimmen können. Wieder spielten politische und kirchliche Fragen ineinander. Frankreich, das in Regensburg bei Katholiken und Protestanten gegen den Frieden hetzen ließ, ebenso Habsburgs unversöhnliche Feinde, die Herzoge von Bayern widerstrebten einer Einigung, welche die Macht des Kaisers allzusehr gestärkt hätte. So scheiterte der letzte friedliche Versuch, die Einheit der deutschen Kirche zu retten.

Zur Zeit, wo der Kaiser mit seiner Versöhnungspolitik Schiffbruch litt, erhoben sich wieder seine alten Gegner in Ost und West. Die Osmanen-

gefahr nahte zuerst. Durch den Tod Zápolyas (1540) wurde der Vertrag von Großwardein, der den Habsburgern die Erbfolge in Ungarn verhieß, für sie wertlos, weil ein Teil der Magnaten sich dem Sohne des Verstorbenen anschloß und den Sultan um Hilfe ersuchte. Im Jahre 1541 unternahm Soliman einen neuen Einfall in das von Parteien zerrissene, schlecht verteidigte Reich, eroberte Ofen und setzte dort einen Pascha ein. Die Marienkirche wurde in eine Moschee verwandelt. Von da an blieben die ungarische Hauptstadt und der größte Teil von Ungarn 145 Jahre lang unter türkischer Herrschaft. Ein Kriegszug des Kaisers gegen Algier — eine Fortsetzung des tunesischen Unternehmens von 1535 — scheiterte durch Sturm und Wellen. Ein Reichsfeldzug zur Wiedereroberung Ungarns (1542) nahm den kläglichsten Ausgang. Im nächsten Jahre kam der Sultan nochmals nach Ungarn und befestigte durch weitere Eroberungen das neue Paschalik Ofen.

Während so den Kaiser im Kampf mit dem Islam ein Schlag nach dem anderen traf, wußte Franz I., den der Gedanke an Mailand nicht schlafen ließ, alle Gegner Karls V. an sich zu ziehen. Mit dem Sultan wurde eine Abrede über militärische Operationen getroffen. Christian III. von Dänemark, dem der Kaiser noch immer den Königstitel verweigerte, einen dauernden Frieden versagte, schloß mit Frankreich ein Bündnis, ebenso Gustav Wasa von Schweden, dessen aufständische Bauern von Spanien aus begünstigt wurden. Der Anschluß Herzog Wilhelms von Kleve-Geldern an Franz I. bedrohte die Niederlande mit einem Flankenangriff. Im Jahre 1542 begannen die Feindseligkeiten der Franzosen und ihrer Verbündeten in Spanien und den Niederlanden. Diese litten schwer unter der dänischen Feindschaft. Durch die Sperrung des Sundes kamen die Getreidezufuhren aus den Ostseeländern ins Stocken. Eine vereinigte französisch-osmanische Flotte eroberte Nizza.

Indes die halbe Welt gegen den Kaiser unter Waffen stand, vermied es die Kurie auf seine Seite zu treten. Aus denselben Gründen wie sechs Jahre früher beobachtete Paul III. zum höchsten Verdruß des Kaisers auch diesmal strenge Neutralität. Er äußerte, daß er Mailand lieber in den Händen der Franzosen, als der Spanier sähe, und daß er Frankreich nicht zum Abfall treiben dürfe.

Die Haltung der deutschen Protestanten in diesem Augenblick mußte für sie selbst und für den Kaiser entscheidend werden. Würden sie Karl V. unterstützen oder — wozu Frankreich sie schon drängte — in der feindlichen Koalition ihren Platz einnehmen und so den Ring um Habsburg schließen helfen? In jedem Fall hätten sie jetzt schon erreichen können, was sie erst 15 Jahre später nach harten Kämpfen erreichten, eine grundsätzliche Anerkennung ihres Glaubens. Leider versagten in diesem ent-

scheidenden Moment ihre politischen Kräfte. Ihr begabtester Führer, Landgraf Philipp, der einer unseligen Doppelehe wegen gerichtliche Verfolgung zu fürchten hatte, band sich selbst durch einen Vertrag mit dem Kaiser die Hände. Die Schmalkaldener bauten fest auf das Zerwürfnis zwischen Kaiser und Papst, auf die friedfertigen Gesinnungen Karls und seiner Minister, sie brachten es nicht über sich, Kaiser und Reich die Treue zu brechen, König Ferdinand in seinen ungarischen Nöten im Stich zu lassen. Dem Dänenkönig, einem Mitglied des Schmalkaldischen Bundes wurde keine Unterstützung zuteil, der Herzog von Kleve seinem Schicksal überlassen. Die Protestanten bewilligten die Reichshilfe gegen Franzosen und Osmanen und begnügten sich dafür mit religiösen Zugeständnissen, die, so weit sie auch gingen, doch eben das nicht enthielten, was die Protestanten gebraucht hätten, einen festen, dauernden Frieden. Die evangelischen Stände halfen dem Kaiser aus seiner Bedrängnis, gaben ihm die Möglichkeit später seine siegreichen Waffen gegen sie selber zu kehren. Ganz mit Recht schrieb der Straßburger Jakob Sturm, einer der wenigen, welche die Lage richtig beurteilten, 1543 an Christian III.: „Es werden wenig Fürsten in Deutschland erfunden, die einsehen, daß an dieser Fehde zwischen dem Kaiser und den Franzosen der Deutschen Freiheit und wahre Religion und die Lehre Christi gelegen."

Seit 1543 begannen sich die Verhältnisse für den Kaiser günstiger zu gestalten. Er warf den Herzog von Kleve nieder, entriß ihm Geldern und Zütphen und nötigte ihn von seinen Verbindungen mit Frankreich und Dänemark abzustehen. Es gelang ihm, Christian III., der von den Schmalkaldenern verlassen worden war und dem Franz I. gegebene Zusagen nicht gehalten hatte, von der gegnerischen Koalition zu lösen. Den Klagen der Niederländer über die Störung ihres Handels mit den Ostseeländern durfte der Kaiser sich nicht verschließen. Die Schmalkaldener halfen selbst den Frieden mit Dänemark vermitteln, der für den Kaiser keinen geringen Vorteil bedeutete. Am 11. Februar 1543 schlossen Karl V. und Heinrich VIII. ein Angriffsbündnis gegen Frankreich. Der englische König, der nach der Unterjochung Schottlands strebte, war erzürnt auf Franz I., weil dieser dort die antienglische Partei begünstigte. Das durch Heinrichs Ehehandel hervorgerufene Zerwürfnis mit Karl V. wurde über der gemeinsamen Feindschaft gegen Frankreich ebenso vergessen, wie die Enttäuschungen, welche die kaiserliche Politik früher dem englischen Herrscher bereitet hatte. Wieder ließ sich der Tudor von dem Traum einer Zerstückelung Frankreichs verblenden.

Diesen letzten Krieg mit Franz I. hat der Kaiser auf französischem Boden geführt. Die Engländer nahmen Boulogne, das kaiserliche Heer drang bis in die Nähe von Paris vor. Während Heinrich den Kampf noch

fortsetzte, wurde zwischen Karl V. und Franz II. der Frieden von Créspy geschlossen (1544). Der König von Frankreich wiederholte seinen Verzicht auf Italien und die Niederlande — nur Savoyen blieb noch in seinen Händen — und versprach dem Kaiser Beistand gegen die Türken und zur „Wiedervereinigung der Religion". Erst sechs Jahre nachher beendigte der Vertrag von Boulogne (1550) auch den englisch-französisch-schottischen Streit, gab Boulogne den Franzosen zurück.

Der Frieden von Créspy bezeichnet einen Ruhepunkt in den habsburgisch-französischen Kämpfen. In vier Kriegen hatte der Kaiser die Franzosen aus Norditalien fast gänzlich verdrängt, ihre Ansprüche auf niederländische Gebiete zurückgewiesen, sie zur Unterstützung seiner Politik verpflichtet.

Im Westen hatte sich das Übergewicht der habsburgischen Macht unzweifelhaft ergeben. Nicht so im Osten: mit den Türken wurde Ende 1544 ein Waffenstillstand auf ein Jahr, 1547 ein solcher auf fünf Jahre geschlossen. Auch der Sultan dachte für den Augenblick nicht an weitere Eroberungen in Ungarn, da er einen Krieg gegen Persien im Sinn hatte. Er konnte mit seinen europäischen Erfolgen zufrieden sein. Mindestens die Hälfte Ungarns blieb unter seiner Herrschaft, einen Teil davon überließ er dem Sohne Zápolyas, Johann Sigmund, als Lehen. Für die ihm verbliebenen Gebiete mußte Ferdinand einen jährlichen Tribut zahlen. Niemals hätte der Kaiser einen so wenig ehrenhaften Frieden geschlossen, hätte es ihn nicht zur Lösung des religiösen Problems gedrängt.

Zum erstenmal seit mehr als 20 Jahren hatte Karl V. die Hände gegen die deutschen Ketzer frei. Die Abrechnung mit ihnen durfte nicht länger mehr verschoben werden, da die religiöse Bewegung anhaltende Fortschritte machte, ihre Anhänger immer kühner auftraten. Eben war noch der Kurfürst von der Pfalz abgefallen, die katholische Mehrheit im Kurkollegium verloren. Der Papst stellte dem Kaiser Geld und Truppen zur Verfügung. Von entscheidender Bedeutung aber war, daß Karl V. im feindlichen Lager selbst Verbündete fand. An die Stelle der älteren, politisch harmlosen, von Ehrfurcht vor Gottes Wort und kaiserlicher Majestät erfüllten Generation evangelischer Fürsten war in Deutschland ein neues Geschlecht getreten, dessen Ehrgeiz sich skrupellos über Treue und Glauben hinwegsetzte. Der vollendete Typus der neuen Art war Herzog Moritz von Sachsen, ein gelehriger Schüler romanischer Staatskunst. Mit seinem ernestinischen Vetter, dem Kurfürsten Johann Friedrich verfeindet, gelockt von der Aussicht auf Landgewinn und auf den Kurhut, trat Moritz insgeheim auf die Seite des Kaisers. Einige kleinere protestantische Fürsten und zahlreiche Grafen, Ritter und Herren folgten seinem Beispiel. Luther war kaum gestorben

(1546), als dieser verhängnisvolle Abfall in den Reihen der Seinigen sich vollzog. Der Reformator brauchte das Unheil des 1546 ausbrechenden Schmalkaldischen Krieges nicht mehr mitzuerleben.

Bei Mühlberg (April 1547) wurde das Bündische Heer in die Flucht gejagt. Die Häupter des Bundes, Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen gerieten in kaiserliche Gefangenschaft. Nach diesem Sieg erhob sich Karls Macht zu unheimlicher Höhe. Dem Reiche wie der Kirche gegenüber trat er nun als Herr und Gebieter auf und strebte in Deutschland nach einer wahrhaft monarchischen Gewalt. Der eingeschüchterte Reichstag wagte ihm nichts abzuschlagen. Die Besetzung des Kammergerichts wurde dem Kaiser übertragen, eine Reichskriegskasse errichtet, durch den „Burgundischen Vertrag" (1548) die Niederlande der Jurisdiktion des Reiches entzogen und doch unter dessen Schutz gestellt. Endlich gab es im Reiche wieder eine wirkliche Kaisergewalt. Durch die Erhebung des Infanten Philipp zu seinem Nachfolger gedachte Karl V. sein Werk zu krönen, die Riesenmasse seiner Länder dauernd zusammenzuhalten, seiner Politik die Kontinuität zu sichern.

Auch die Kirche sollte sich dem Diktat des siegreichen Herrschers beugen. Es war keineswegs Karls Absicht, den Protestantismus völlig zu vernichten. Schon die Rücksicht auf seine neugläubigen Verbündeten hätte ihm dies verboten. Vielmehr wollte er, wenn er den Protestanten den Herrn gezeigt, mit ihnen einen Ausgleich suchen und dann nach einer Reform der Kirche an Haupt und Gliedern ihre Einheit wiederherstellen. Eine Beseitigung der Mißbräuche hielt Karl für notwendig, um der Ketzerei jeden Grund zu entziehen. Die von ihm erstrebte Reform würde auf eine starke Minderung der päpstlichen Rechte hinausgelaufen sein. Gleich seinen Vorfahren, den katholischen Königen wollte Karl V. die Kirche nicht nur beschützen, sondern auch beherrschen. Aus eigener Machtvollkommenheit, ohne Papst und Stände zu fragen, unternahm er eine vorläufige Regelung der kirchlichen Verhältnisse im Reich. Das „Augsburger Interim" (1548) suchte die dogmatischen Gegensätze abzuschwächen, gewährte den Protestanten Laienkelch und Priesterehe, hielt aber die Grundelemente der römischen Kirche fest. Zugleich erließ Karl V. Bestimmungen über eine Reform des Klerus. Die Kurie empfand diese Schritte des Kaisers als Eingriffe in ihre geistliche Gewalt und verstand sich nur widerwillig und nicht unbedingt zur Anerkennung des Interims. Das endlich 1545 zu Trient eröffnete Konzil sollte nach dem Wunsche des Kaisers den Protestanten in dogmatischen Fragen so weit als möglich entgegenkommen, die päpstliche Autorität dort vollständig ausgeschaltet werden. Die kaiserliche Politik der Einheit und Reform wäre wohl in jedem Falle am Widerspruch Roms gescheitert, auch wenn ihr nicht neue Kriegswirren ein jähes Ende bereitet hätten.

Dem geschlagenen Protestantismus wurde Rettung durch eine europäische Krise. Inner- und außerhalb Deutschlands, zu Land und zur See erhoben sich Widerstände gegen die Übermacht des Kaisers. Zuerst stieß er wieder mit der Welt des Islam zusammen. Ein kühner Korsarenhäuptling Torghud, ein zweiter Khaireddin Barbarossa, setzte von Nordafrika aus die Küsten des Mittelmeeres in Schrecken. Ein spanisch-italienisches Geschwader entriß ihm 1550 seinen Stützpunkt in Mehadia. Zur Vergeltung ließ Sultan Soliman im nächsten Jahre Tripolis erobern, das den Johannitern nach dem Fall von Malta vom Kaiser als Asyl eingeräumt worden war. Auch die zwischen Malta, Tunis und der berberischen Küste gelegenen Insel Dscherbe fiel in die Hände der Osmanen, die nun eine feste Stellung im Mittelmeer erhielten.

Der Kampf pflanzte sich nach Ungarn fort, wo über der siebenbürgischen Frage der Waffenstillstand von 1547 in die Brüche ging. In dem türkischen Vasallenstaat Siebenbürgen regierte der kriegerische Franziskaner und Bischof von Großwardein, der Bruder Georg als Reichsverweser für den jungen Johann Sigmund Zápolya mit unumschränkter Gewalt. Durch sein selbstherrliches Auftreten mit dem Sultan verfeindet, setzte er die Übergabe Siebenbürgens an Habsburg durch. Ferdinand ließ Ende Mai 1551 Truppen im Lande einrücken und forderte damit die Pforte zum Kriege heraus. Ein türkisches Heer erschien in Ungarn, und nachdem der habsburgische Befehlshaber Castaldo den Bruder Georg unter dem Verdacht verräterischer Beziehungen zum Sultan hatte meuchlerisch ermorden lassen, gerieten die königlichen Truppen rasch gegen die Türken in Nachteil.

Noch weit gefährlicher aber war die Opposition, die sich gegen den Kaiser selbst in Deutschland bildete und mit dem habsburgisch-französischen Gegensatz zusammenfloß. Seit dem Erlaß des Interims, das mit großer Härte durchgeführt, von den frommen Protestanten als schnöder Betrug, scheußliche Mißgeburt, Werk des Teufels gebrandmarkt wurde, erschien der Kaiser den Deutschen nur noch als Tyrann und Wüterich, auf dessen Haupt man Gottes Zorn herabrief. Politische Ursachen verstärkten die Erregung. Die rechtswidrige Anwesenheit einer rohen, wälschen Soldateska im Reich, die unwürdige Behandlung der gefangenen Häupter des Schmalkaldischen Bundes, das straffe monarchische Regiment, das Karl V. seit 1547 eingeführt hatte, vor allem aber sein Erbfolgeprojekt beleidigten das fürstliche Selbstgefühl, bedrohten die deutsche „Libertät", die fast souveräne Stellung, welche die Fürsten in den letzten Jahrhunderten sich errungen hatten, und die durch die Reformation noch verstärkt worden war. Der Thronfolgeplan des Kaisers schien das Deutsche Reich dauernd in „viehische Servitut" stürzen zu wollen. Katholische und protestantische Fürsten waren einmütig in ihrem Widerstand. Protestantismus und Partikularismus vereinigten sich wider die spanische Tyrannei.

Die Bewegung fand ein rücksichtsloses, weitblickendes Haupt in Karls Alliiertem, dem neuen sächsischen Kurfürsten Moritz von Sachsen. Vom Kaiser nach seiner Meinung nicht genügend belohnt, in deutschen Landen als Judas verschrieen, bangend um die Zukunft des deutschen Fürstentums, bedachte Moritz sich nicht, seinen kaiserlichen Gönner nun ebenso zu verraten, wie er früher die Schmalkaldener verraten hatte. Moritz trat mit Hans von Küstrin, Johann Albrecht von Mecklenburg, dem jungen Landgrafen Wilhelm von Hessen ins Einverständnis. Aber nur die Hilfe des Auslandes konnte diesem Häuflein fürstlicher Rebellen den Sieg verbürgen. Seit ihrer Niederlage kannten die Protestanten kein Bedenken mehr. Vor dem Schmalkaldischen Krieg hatten sie Bündnisse mit Fremden meist abgelehnt. Jetzt sollte das Ausland ihnen die Hand zur Wiederauferstehung bieten. Mit Frankreich, England, Dänemark und Polen wurden Verhandlungen gepflogen. Aber nur das Bündnis mit Frankreich wurde geschlossen.

Heinrich II. (1547—1559) lenkte ganz in die Bahnen seines Vaters Franz I. ein. Er beendigte den 1549 wieder ausgebrochenen Krieg mit England, um seine volle Kraft gegen Habsburg wenden zu können. Die Ausdehnung der kaiserlichen Macht in Italien, wo Karl V. sich Piacenzas bemächtigt hatte und auf Parma Ansprüche erhob, die immer engere Umspannung des Papsttums, die drohende Aussicht auf die Fortdauer der spanischen Universalmonarchie — all dies rief Frankreich unter die Waffen. Gern ergriff Heinrich II. die Gelegenheit, als Protektor der deutschen Freiheit die französische Eroberungspolitik auch gegen das Reich hin auszudehnen. Im Vertrag von Chambord (1552) übertrugen Moritz und seine deutschen Verbündeten dem König von Frankreich gegen das Versprechen von Subsidien das Reichsvikariat über Metz, Toul, Verdun und Cambray. Zur Erhaltung der deutschen Libertät und des protestantischen Glaubens wurde dem Franzosenherrscher Reichsgut ausgeliefert. Der deutsche Partikularismus hatte eine seiner schlimmsten Früchte gezeitigt. Die französische Politik tat ihren ersten Schritt gegen den Rhein hin. Der Grund zu dem welthistorischen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich war gelegt.

Der Einbruch der Franzosen in Lothringen, die Einnahme von Metz und der gleichzeitige Vormarsch der deutschen Fürsten gegen Augsburg versetzten den ahnungslosen Kaiser in die peinlichste Lage. Ohne Geld und ohne Truppen saß er in Innsbruck. Weder von den oberdeutschen Kaufleuten, seinen gewöhnlichen Geldgebern, noch aus den Niederlanden, noch aus Venedig konnte er sich die notwendigen Mittel verschaffen. Die eingeschüchterten katholischen Reichsstände ließen ihn im Stich. Ferdinand, von den Türken hart bedrängt, konnte oder wollte nicht helfen. Bei Nacht und Nebel flüchtete der kranke Herrscher, um nicht in die Gefangenschaft des Kurfürsten zu geraten, von Innsbruck nach Kärnten. Überall standen

damals seine Sachen schlecht. In ganz Italien regten sich die Feinde der spanischen Herrschaft, in Neapel, Mailand, Genua, im Toskanischen. Siena ging mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis ein. Eine neue Welle nationaler Erregung ging über die Halbinsel hin. In Ungarn drangen die Türken erobernd vor. Durch den Fall von Temesvar brachten sie den Landstrich zwischen Theiß und Máros in ihren Besitz. Wieder kam es zum Einverständnis zwischen Frankreich und der Pforte. Die Flotten beider Mächte suchten die italienischen Gewässer heim. Die versammelten Väter in Trient stoben angesichts der Kriegsgefahr auseinander. Bei den zu Passau von einem Ausschuß katholischer und protestantischer Reichsfürsten mit König Ferdinand geführten Verhandlungen wurde schon das bedeutungsvolle Prinzip eines dauernden konfessionellen Friedens aufgestellt. Unter dem Ansturm innerer und äußerer Feinde wankte das habsburgische Imperium. Der für den Augenblick übermächtige deutsche Protestantismus erklärte sich aufs schroffste gegen die auf Wiederherstellung der kirchlichen Einheit gerichteten Bestrebungen Karls V.

Aber nochmals, wenn auch nur für die Dauer eines Augenblicks, erhob sich der Kaiser von seinem tiefen Fall. Durch seine Verbindung mit den süddeutschen und italienischen Geldmächten, durch seine überseeischen Hilfsquellen gewann er neue Kräfte. Anton Fugger lieh ihm die gewaltige Summe von 400000 Dukaten. In Antwerpen und Genua kamen ganz ungewöhnlich große Sendungen von amerikanischem Silber an. Die Genuesen halfen dem Kaiser für den französischen Krieg mit bedeutenden Summen aus. Bald sah er sich wieder an der Spitze eines Heeres und konnte Moritz und seine Verbündeten zur Unterzeichnung des Passauer Vertrages (1. August 1552) nötigen, trotzdem zuvor das entscheidende Prinzip des dauernden Religionsfriedens daraus entfernt worden war. Die Lösung der religiösen Frage wurde auf den nächsten Reichstag verschoben. Dem Vertrag war sein Hauptwert für die Protestanten geraubt. Es war der letzte Erfolg, dessen sich der Kaiser auf deutschem Boden rühmen konnte.

Von jetzt ab wollte ihm nichts mehr glücken. Die vergebliche Belagerung von Metz kostete ihn sein treffliches Heer. Die Franzosen trugen die Greuel des Krieges nach den Niederlanden. Der neuerlich aufgenommene Plan, Philipp auf den Kaiserthron zu setzen, fand auch jetzt bei katholischen und protestantischen Fürsten einhelligen Widerstand. In Ungarn mußte Ferdinand, der von keiner Seite auf Hilfe rechnen konnte, mit den Türken in Verhandlung treten (April 1553). Im gleichen Jahre wurde die Küste Neapels wieder von einer französisch-osmanischen Flotte heimgesucht, der größte Teil der genuesischen Insel Korsika von den Franzosen erobert. Am 5. Februar 1556 schloß der Kaiser mit Frankreich den fünfjährigen Waffenstillstand von Vaucelles.

Auch die Verknüpfung Englands mit dem habsburgischen Machtsystem war nur ein glänzender Scheinerfolg. Hier hatten die Vormünder des jungen Eduard VI., der seinem Vater Heinrich VIII. 1547 auf dem Throne gefolgt war, die Herzoge von Somerset und Northumberland, das Werk der Protestantisierung eifrig gefördert. Aber schon 1553 war Eduard VI. gestorben, und die Krone ging auf seine katholische Halbschwester Maria über, die Tochter Heinrichs VIII. aus seiner Ehe mit Katharina von Aragonien. Karl V. erneuerte die dynastische Verbindung zwischen Spanien und England, indem er seinen Sohn Philipp mit Maria vermählte, um ihm die Anwartschaft auf die englische Krone zu verschaffen (1555). Die habsburgische Herrschaft wäre dann auf der Nordsee ebenso fest begründet gewesen, wie an den Küsten des Mittelmeeres, hätte Frankreich von zwei Seiten her umklammert. Gestützt auf die Verbindung mit Spanien unterwarf Maria das Reich aufs neue dem Papsttum. Aber mit der kurzen Regierung Marias verging auch dieser Erfolg der kaiserlichen Hausmachts- und Religionspolitik. Da Philipps Ehe unfruchtbar blieb, konnte sein Königtum in England nicht Wurzel fassen. Marias Nachfolgerin wurde Elisabeth (1558), die Vollenderin des englischen Protestantismus, Spaniens gefährlichste Gegnerin.

Während den Engländern unter Maria vorübergehend der Katholizismus wieder aufgezwungen wurde, mußte sich Karl in Deutschland von der Unbesiegbarkeit des Protestantismus überzeugen Er hatte dort die Lösung der religiösen Frage seinem Bruder Ferdinand überlassen. Karl fühlte sich zu schwach, den Protestanten die gewünschte rechtliche Anerkennung ihres Glaubens zu verweigern, und brachte es doch nicht über sich, ihnen Zugeständnisse zu machen, die ihm sein Gewissen verbot. Die Beschlüsse des Augsburger Reichstages von 1555 erfüllten die wichtigste Forderung der Protestanten, gewährten den Anhängern der Augsburger Konfession einen dauernden, unbedingten Frieden. Die protestantischen Gebiete wurden von der bischöflichen Jurisdiktion befreit. Die reichsmittelbaren Kirchengüter, die zur Zeit des Friedensschlusses in den Händen der Protestanten waren, sollten ihnen verbleiben. Das Reichskammergericht wurde in paritätischem Sinn neugeordnet. Nur unter harten Kämpfen setzten die geistlichen Stände das reservatum ecclesiasticum (den geistlichen Vorbehalt) durch: übertretende Prälaten sollten ihre weltlichen Güter und Rechte verlieren. Durch diese Bestimmung wurden die geistlichen Fürstentümer, das stärkste Bollwerk der alten Kirche im Reiche erhalten.

In manchen Bestimmungen dieses Augsburger Religionsfriedens lagen schon die Keime künftiger Streitigkeiten. Er ist mehr ein Waffenstillstand als ein wirklicher Frieden, ist vor allem nur ein Stückwerk. Nicht alle Protestanten im Reich, nur die Anhänger der Augsburger Konfession sollten

des Friedens genießen. Auch innerhalb dieses engeren Kreises sollten nur die Landesobrigkeiten das unbedingte Recht des Glaubenswechsels haben. Die Untertanen, die sich dem Bekenntnis des Landesherrn nicht anbequemen wollten, durften zwar nicht mehr mit Feuer und Schwert verfolgt werden, mußten aber auswandern. Der Satz gewann Geltung: Cuius regio, ejus religio (Wessen das Land, dessen der Glaube). Die Landesherren hatten eine neue Stärkung ihrer Macht erfahren. Vom Ideal der Toleranz war der Augsburger Religionsfrieden noch weit entfernt. Und doch ist er ein Sieg des neuen Geistes. Die Protestanten hatten nun Anspruch darauf, vom Reiche gegen päpstliche und konziliare Dekrete geschützt zu werden. Das Prinzip der Glaubenseinheit war durchbrochen, ein wichtiges Stück mittelalterlicher Weltordnung aufgegeben. Die Kurie hat den Augsburger Frieden niemals anerkannt. Der Kaiser wollte nichts mit ihm zu schaffen haben.

Die Verstimmung des Papstes über den Friedensschluß mit den Protestanten mag auch zu seinem letzten Kampf mit dem Kaiser beigetragen haben. Paul IV. (1555—1559), ein grimmiger Gegner Karls V., in dem er einen halben Ketzer sah, ein feuriger italienischer Patriot, erfüllt von glühendem Hasse gegen die spanische Fremdherrschaft, warf sich Frankreich in die Arme, um die kaiserliche Herrschaft über Mailand und Neapel zu brechen. Doch kam der Kampf erst nach dem Rücktritt Karls von der spanischen Regierung zum Ausbruch.

Die Kämpfe und Mißerfolge der letzten Jahre ließen in dem kranken, müden Herrscher den Entschluß zur Abdankung reifen. Schon 1554 hatte er seine italienischen Besitzungen dem Infanten Philipp überlassen, 1555 und 1556 übertrug er ihm die Regierung der Niederlande und der spanischen Reiche. Erst 1558 entsagte er auch der Kaiserwürde zugunsten Ferdinands.

Karl V. ist der letzte Kaiser gewesen, der seine Aufgabe in universalem Sinn erfaßt, nach der Weltmonarchie gestrebt hat. Besonders stark betont er die geistliche Seite seiner Stellung. Er will nicht nur der Schirmvogt der Kirche sein, sondern sie zugleich beherrschen, sie zurückführen zur Einheit und Reinheit. Ein Kreuzzug gegen den Islam, die Wiederaufrichtung des Kaisertums in Konstantinopel waren vielleicht seine letzten und höchsten Ziele.

Der gewaltige Umfang seiner über halb Europa und einen großen Teil der neuen Welt sich erstreckenden Ländermasse, die Fülle seiner Mittel gaben dem Kaiser ein Recht, an sein Weltherrschertum zu glauben. Jedoch in der Größe seines Reiches lag, wie man mit Recht gesagt hat, auch seine Schwäche. Die habsburgische Weltpolitik schuf sich Feinde auf allen Seiten. Umringt von mächtigen Gegnern, vermochte der Kaiser nicht immer seine Kräfte an einem bedrohten Punkte zu sammeln, mußte manchmal

mit dem einen Feinde Frieden schließen, um den anderen niederwerfen zu können.

Den Gegensatz zu Frankreich hatte Karl V. von seinen beiden Großvätern ererbt und hatte an ihm zu tragen von seiner Wahl an bis zur deutschen Fürstenrevolution. Der Gegensatz zu den Osmanen kam seit 1526 hinzu. Nach keiner der beiden Richtungen hin ist der habsburgischen Politik unter Karl V. ein vollständiger Erfolg zuteil geworden. Italien kam zwar unter spanische Botmäßigkeit, doch blieb die Eingangspforte Piemonts auch nach dem Frieden von Créspy in Frankreichs Händen. Burgund hat der Kaiser seinem Gegner nicht entreißen können. Im Waffenstillstand von Vaucelles (1556) behielt Frankreich die eroberten lothringischen Städte. In Ungarn war die habsburgische Herrschaft noch auf eine schmale Zone beschränkt. Schon 1556 kehrte der junge Zápolya als türkischer Vasall nach Siebenbürgen zurück. Für den Rest des Landes blieb der habsburgische Fürst im Frieden von 1562 dem Sultan tributpflichtig.

Aber seine schwerste politische Niederlage erlitt der Kaiser doch, als es ihm nicht gelang, seinem Sohne Philipp die Kaiserwürde zu verschaffen und damit seinem Lebenswerk Dauer zu geben. Der siegreiche Widerstand der deutschen Fürsten gegen die Thronfolge des Infanten ist von Bedeutung nicht nur für Deutschland, das unter dem Regiment des Spaniers keiner schönen Zukunft entgegengegangen wäre, sondern für die ganze Welt. Durch die Teilung der Herrschaft unter die spanische und deutsche Linie des Hauses wurde der Druck der habsburgischen Weltmacht doch gemindert. Die großen Kämpfe Philipps II. mit Westeuropa würden vielleicht anders ausgegangen sein, hätte er auch über die Mittel des Reiches und der deutschen Erblande verfügen können. In Deutschland, Ungarn und Italien traten der habsburgischen Weltpolitik die Kräfte eines Widerstandes entgegen, der schon aus dem Nationalgefühl geboren, diesem mindestens nahe verwandt ist.

Eine elementare, aus den Tiefen der Volksseele quellende Macht widersetzte sich dem Herrscherwillen auch in der religiösen Frage. Wie auf die politische mußte Karl V. auf die kirchliche Einheit verzichten, der Ketzerei ein Daseinsrecht zugestehen. Als ein Besiegter ist er vom Schauplatz getreten. Bis zum letzten Atemzug den beiden großen Leidenschaften seines Lebens, der Politik und dem Ketzerhaß hingegeben, beschloß der Kaiser seine Tage im spanischen Kloster zu San Juste. Die nationale und die protestantische Idee, die er bekämpfen wollte, waren stärker als er. Karl V. war der Vertreter und Verteidiger einer sinkenden Welt.

Zweiter Abschnitt

Die Gegenreformation im Zeitalter Philipps II.

(ca. 1555—1609)

Literatur

Calvinismus: Aus der reichhaltigen Literatur sei hier nur angemerkt: W. Kampschulte, Johann Calvin, seine Kirche und sein Staat in Genf, 1. Bd. 1869, 2. Bd. bearb. von W. Götz 1899.

Über den Puritanismus vgl. Hermann Weingarten, Die Revolutionskirchen Englands (1868).

Für die Geschichte des Jesuitenordens ist vor allem wichtig Eberhard Gothein, Ignatius von Loyola und die Gegenreformation (1895), das den Lebensgang und die geistige Entwicklung Loyolas ebenso plastisch schildert wie die Organisation und Wirksamkeit des Ordens.

Katholische Reformbewegung: Wilhelm Maurenbrecher, Geschichte der katholischen Reformation, Bd. I (1880), ferner und vor allem Ranke, Päpste, Bd. I und Pastor, Päpste, Bd. 5—8. Bei Pastor sind auch die zahlreichen Einzelforschungen über das Konzil von Trient verarbeitet.

Zum 3. Kapitel: Mangels einer neueren Biographie sind auch die älteren Werke noch zu benutzen: W. H. Prescott, History of the reign of Philipp II. of Spain, deutsch von Scherr 1856—1859, 5 Bde., und H. Forneron, Histoire de Philippe II., 4 Bde. (1880—1882), unvollendet. Eine zusammenfassende Darstellung des im ersten Kapitel gebotenen Stoffes bei Martin Philippson, Westeuropa im Zeitalter von Philipp II., Elisabeth und Heinrich IV. (in Onckens „Allg. Gesch.", 1881).

Von den zahlreichen Arbeiten über den niederländischen Aufstand zitieren wir hier nur die drei neuesten, sich ergänzenden Gesamtdarstellungen in den schon in den Literaturnachweisen zum ersten Abschnitt erwähnten Werken von H. Pirenne, Bd. III und IV, und P. Blok, Bd. III, und Felix Rachfahl, W. von Oranien I. 1. und II, 1—2 (1906—1908).

England und Schottland: Zur Übersicht dient W. Brosch a. a. O., Bd. 7. W. Maurenbrecher, England im Reformationszeitalter (1866). Froude, History of England. Reign of Elisabeth (6 Bde., 1881). Erich Marcks, Elisabeth von England, 1897 („Monographien z. Weltgesch.").

Frankreich: Das Studium wird am besten begonnen mit L. Ranke, Französische Geschichte vorzüglich im 16. und 17. Jahrhundert, 3. Aufl., 1877 ff., Bd. 1, 2. E. Lavisse, Histoire de France VI, 1 und 2 (1904 und 1905). E. Marcks, Gaspard von Coligny, sein Leben und das Frankreich seiner Zeit,

Bd. I (1892). Zu beachten auch Kurt Breysig, Staat und Stände Frankreichs in dem Jahrhundert der Bürgerkriege 1550—1660, in Schmollers „Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft", 1899, S. 213—271.

Zum 4. Kapitel: Für Spanien ist an erster Stelle zu verweisen auf Rankes noch immer kaum überholte reizvolle Schilderung in „Osmanen und spanische Monarchie im 16. und 17. Jahrhundert", 4. Aufl., 1877. Konrad Häbler, Die wirtschaftliche Blüte Spaniens im 16. Jahrhundert und ihr Verfall (Hist. Untersuchungen, herausgeg. v. Jastrow, H. 9), 1888. M. J. Bonn, Spaniens Niedergang während der Preisrevolution des 16. Jahrhunderts, 1896 (Münchener volkswirtschaftl. Studien, St. 11).

England: Cunningham, History of the growth of english commerce and industry, Bd. II, 3. Aufl. (1903). Hewins, The english trade and finance. Genauere Literaturangaben bei F. Salomon, Englischer Imperialismus, 1916.

Für die Niederlande vgl. Blok a. a. O., über die Reformen Heinrichs IV. Lavisse a. a. O. VI, 2.

Erstes Kapitel

Der Calvinismus

Bis über die Mitte des 16. Jahrhunderts dringt die kirchliche Bewegung unaufhaltsam vor, gewinnt zuletzt, besonders auf westeuropäischem Boden, im Calvinismus eine neue machtvolle Lebensform. Dann aber holt der Katholizismus, der sich innerlich regeneriert hat, im habsburgischen Herrschaftsbereich besonders in Philipp II. von Spanien, ebenso in Frankreich leidenschaftliche und unerbittliche Vorkämpfer findet, zu wuchtigen Gegenschlägen aus. Das Zeitalter der Religionskriege beginnt. Wir überschauen zunächst die Ergebnisse der protestantischen Bewegung von 1517—1560, die Wandlungen, die sie in diesem Zeitraum durchgemacht hat.

Ein großer Teil des deutschen Reiches und der skandinavische Norden sind lutherisch geworden, in Oberdeutschland und einem Teil der deutschen Schweiz hat der Zwinglianismus Boden gefaßt. Wir wissen schon, wie diese sieghafte Ausbreitung trotz der eifrig katholischen Gesinnung und der scheinbar erdrückenden Übermacht Karls V. möglich war, wir kennen schon die Verdienste, die sich Franzosen, Türken und nicht zuletzt der Papst um die Förderung des Evangeliums erworben haben. Zusammenstöße mit den östlichen und westlichen Gegnern hemmen den zum Schlag erhobenen Arm des Kaisers. Das Papsttum, durch seine territorialen und nepotistischen Interessen in Gegensatz zum Kaisertum gebracht, scheint über seinen weltlichen Sorgen die kirchliche Krise manchmal gänzlich zu vergessen. So muß Karl V. der Bewegung freien Lauf lassen, den Protestanten erst Waffenruhe, schließlich dauernden Frieden gewähren. Steht in Deutschland der

höchste Vertreter der Zentralgewalt der Reformation feindlich gegenüber, findet diese hier nur an einem Teil der territorialen Obrigkeiten eine Stütze, so nehmen in den nördlichen Reichen Krone und Adel an der kirchlichen Neuerung einen entscheidenden Anteil. In Dänemark, Schweden und England entsteht ein einheitliches Staatskirchentum.

Der Zickzackweg, den die Reformation in England gehen mußte, erfordert noch eine eigene kurze Betrachtung. Unter Heinrich VIII. war der Abfall auf halbem Wege stehen geblieben. Der König hatte den päpstlichen Primat durch seine eigene Suprematie ersetzt, Lehren und Zeremonien aber im alten Stand gelassen, ihre Bekämpfer auf den Scheiterhaufen geschickt. Aber mit dem Papsttum mußte schließlich auch das von ihm verkündigte Dogma fallen. Der vollständige Sieg der englischen Reformation war nur eine Frage der Zeit.

In der Tat machte auch unter Eduard VI. (1547—1553), richtiger gesagt unter der Regierung seiner Vormünder, erst des Herzogs von Somerset, dann des Herzogs von Northumberland, denen Erzbischof Cranmer von Canterbury seinen Beistand lieh, der Abbau der alten Kirche die raschesten Fortschritte. Eine Visitation der Diözesen wurde durchgeführt, die Bilder verschwanden, die Kommunion wurde unter beiden Gestalten gereicht, die Priesterehe gestattet, die Messe durch eine neue im „Allgemeinen Gebetbuch" (Common Prayer Book) enthaltene Liturgie ersetzt. Während die mächtigen Lords der Bewegung günstig waren, die ihnen einen großen Teil der Kirchengüter in die Hände lieferte, die Macht der Bischöfe schwächte, hingen die Bauern noch fest am alten Glauben. Der kirchliche Umsturz entfachte in mehreren Grafschaften Empörungen unter dem Landvolk, das schon durch eine schwere agrarische Krise erbittert war. Die Aufstände wurden blutig niedergeschlagen. Die Verkündigung eines 42 Artikel umfassenden Glaubensbekenntnisses (1552) schloß die Kirchenpolitik der Regenten ab.

Eduards Nachfolgerin, Maria die Katholische (1553—1558), die Erbin spanischen Blutes und spanischen Glaubenseifers, suchte die Herrschaft Roms wieder aufzurichten. Durch Parlamentsbeschluß wurde die Suprematsakte aufgehoben, England wieder dem Papste untertan. Die konfiszierten Kirchengüter verblieben zwar ihren derzeitigen Inhabern, doch gab die Königin ihren Anteil heraus, ebenso die von Heinrich VIII. eingezogenen Annaten und Zehnten. Alte Ketzergesetze wurden erneuert. Wieder loderten die Scheiterhaufen. Wenn aber die „blutige" Maria gewähnt hatte, durch Furcht und Grauen die Abgefallenen bekehren zu können, so erreichte sie nur das Gegenteil. Die Protestanten erlitten standhaft das Martyrium. Verständige Katholiken empfanden Abscheu vor dem Schreckensregiment. Schon die nächste Regierung löschte den scheinbaren Triumph der römischen Kirche wieder aus.

Unter Elisabeth (1558—1603) trennte sich England endgültig vom Papsttum. Die Tochter Heinrichs VIII. und der Anna Boleyn wollte sich so wenig wie ihr Vater dem Zwang Roms unterwerfen. Wie hätte auch Elisabeth eine Kirche lieben können, von der sie als Bastard gebrandmarkt worden war. Das Parlament, das sich unter Maria unter die Hoheit des Papstes gebeugt hatte, stellte nun mit gleicher Willfährigkeit die königliche Suprematie wieder her und hob die päpstliche Gerichtsbarkeit auf. Jedoch verzichtete Elisabeth auf den Titel „Haupt der Kirche“; nur „Supreme Governor“ (oberster Lenker) wollte sie genannt sein. Auf Grund des revidierten Common Prayer Book wurde der Gottesdienst geordnet. Die Mehrheit der Katholiken nahm diese Neuerungen ohne Widerstand hin. Ihr Glaubenseifer war nicht allzu warm, und Elisabeth war klug genug, ihn nicht durch blutige Verfolgung anzustacheln. Mit milder und vorsichtiger Hand lenkte sie die Nation ins protestantische Lager hinüber. Die heute noch bestehende anglikanische Staatskirche, die in Verfassung und Ritus, besonders in der Beibehaltung des bischöflichen Amtes deutlich ihren Ursprung aus der römischen Kirche verrät, ist ein Produkt dieser behutsamen, gemäßigten Politik.

Aber nicht in diesem Zwittergebilde, sondern in der Form, welche er durch die vom Festland einströmenden Ideen Calvins erhält, sollte der englische Protestantismus im 17. Jahrhundert seine weltbewegende Kraft entfalten.

Die dritte große Richtung der Reformation, die lebenskräftigste und, wir dürfen wohl sagen, die weltgeschichtlich bedeutendste ist der Calvinismus. Er entstammt der romanischen Welt. Sein Begründer, Johann Calvin, ist aus Noyon in der Picardie gebürtig. Erst auf dem Umweg über die humanistische Geisteswelt fand er sich zur religiösen Frage, die damals schon in Frankreich die Gebildeten bewegte. Er versenkte sich in das Studium der Bibel. Aber Calvin fühlte sich nicht von Anfang an zum Reformator berufen. Als gelehrter Schriftsteller wollte er seinen Weg machen. „Nicht Luther und Zwingli, sondern Reuchlin, Erasmus standen ihm als leuchtende Vorbilder vor Augen.“ Indes das theologische Studium hatte seine Seele in Gärung gebracht. Er fühlte, daß er mit der religiösen Frage fertig werden müsse. „Wie durch einen plötzlichen Lichtstrahl erkannte ich jetzt, da mein Geist zu einer ernsten Prüfung schon vorbereitet war, in welchem Abgrunde von Irrtümern, in einem wie tiefen Schmutz ich mich befunden hatte. So tat ich nun, o Herr, was meine Pflicht war, und begab mich, erschrocken und unter Tränen mein früheres Tun verdammend, auf deinen Weg.“

Calvin legte seine Lehren nieder in seinem Hauptwerk, der „Institutio religionis Christianae“ (Unterweisung in der christlichen Religion, 1536),

der Bibel des Calvinismus. Es ruht auf den Gedanken der deutschen Reformatoren, steigert sie aber zu schrankenlosem Radikalismus. In der Auslegung des Schriftprinzips geht Calvin viel weiter als Luther. Er ist ein Anbeter des Bibelbuchstabens. Die Bibel ist die Norm nicht nur für die Glaubens- und Sittenlehre, sondern auch für die Verfassung und äußere Gestaltung des Kirchenlebens. Über sie hinaus gibt es keine Entwicklung. Der Schrift gegenüber haben Vernunft und Überlieferung kein Recht. „Was geschieht denn anders, wenn man uns heißt, mit eigener Kraft zu streiten, als daß wir auf einem Rohre emporgehoben werden, um nach dessen Zerbrechen desto tiefer zu fallen? Ja unsere Kräfte werden noch zu hoch gestellt, wenn wir sie mit einem Rohrstabe vergleichen: sie sind nur Rauch."

Luthers Rechtfertigungslehre verfolgt Calvin bis in ihre äußerste Konsequenz. Der Mensch ist unfähig, sein Heil zu wirken. Dazu verhilft ihm nur die Gnade Gottes. Aber es steht bei Gott, wem er seine Gnade schenken will, wem nicht. Die furchtbare Lehre von der Prädestination (Vorherbestimmung) rückt Calvin in den Mittelpunkt seines Systems. Nach Gottes ewigem Ratschluß sind die einen bestimmt zum ewigen Leben, die anderen zu ewiger Verdammnis — beides zur Verherrlichung göttlicher Ehre und Majestät. Die Gnadenwahl erfolgt unabhängig von menschlicher Würdigkeit oder Schlechtigkeit. Wer die Gnade einmal besitzt, verliert sie nie wieder. Nur ein solcher kann wahrhaft glauben, beten, Gott fürchten. Der Verworfene ist unabänderlich „ein Gefäß des göttlichen Zornes", und alles gereicht ihm zur Verdammnis. Der Mensch aber soll sich vor diesem „schauervollen" Ratschluß in Demut beugen, über die ewige Weisheit nicht grübeln, noch sie tadeln.

Muß eine solche Lehre nicht zum sittlichen Quietismus führen? Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß gerade auf der Prädestination sich die sittlich spannkräftigste, die zu Kampf und Martyrium fähigste aller protestantischen Kirchen aufgebaut hat. Ob einer erwählt ist oder nicht, das zeigt sich in seinem Wandel. Fähigkeit zum sittlichen Handeln verbürgt also den Besitz der göttlichen Gnade. Daher wird jeder seine Kräfte aufs höchste anspannen, um sich diese Gewißheit zu verschaffen.

Die unsichtbare, nur für Gott erkennbare Gemeinschaft der Auserwählten bildet die wahre und eigentliche Kirche. Diese aber ist eingeschlossen in die sichtbare, die Nichterwählten mitumfassende Kirche. Damit diese aber sich auch äußerlich als Gemeinschaft der Heiligen darstelle, fordert Calvin die strengste, unnachsichtigste Kirchenzucht gegen „die Wölfe in Schafskleidern". Wohl gründet sich die Verfassung der Kirche auf die Gemeinde. Diese wählt die Prediger, „die Diener des Wortes". Die Kirche aber ordnet und überwacht das ganze bürgerliche Leben, straft die Sünder mit Exkommunikation, ist in gewissem Sinne dem Staat übergeordnet. Der

Staat ist eine göttliche Einrichtung, dem Menschen so unentbehrlich, wie Speise und Trank, Wasser und Licht. Aber seine Macht beschränkt sich auf das äußere Leben. Hier schuldet ihm der Untertan unbedingten Gehorsam. Auch der tyrannischen Obrigkeit gegenüber gibt es kein Recht der Revolution. Der Staat hat aber keine Macht über die Gewissen. Der Gehorsam gegen Gott darf durch die Befolgung der Befehle der bürgerlichen Obrigkeit nicht verletzt werden. Die erste Pflicht des Staates ist, die Zwecke der Kirche zu fördern, sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen, ihr in Ehrfurcht zu dienen. Calvins Ideal ist die Theokratie.

Seit 1541 erkor sich Calvin die Stadt Genf zur Stätte seiner Wirksamkeit. Dort errichtete er seinen Gottesstaat als Vorbild für die übrige Welt. Die kirchlichen und bürgerlichen Ordnungen Calvins enthalten die Grundsätze seines Regiments. Für die Prediger forderte er den ersten Platz im Gemeinwesen, beanspruchte für sie eine Stellung nicht unähnlich derjenigen der von ihm so heftig bekämpften und geschmähten Hierarchie. Nach dem Vorschlag des geistlichen Kollegiums (Vénérable Compagnie), nach rein formeller Zustimmung des Volkes, vom Kleinen Rat ernannt, bildeten die Prediger die Kongregation, in der Fragen der Theologie wie der kirchlich-sittlichen Praxis verhandelt wurden, welche die Oberaufsicht über das ganze geistliche Leben führte. Die Fundamentalinstitution der ganzen calvinischen Kirche aber war das Konsistorium, gebildet aus städtischen Pastoren und 12 vom Kleinen Rat gewählten Ältesten, zugleich Aufsichtsbehörde und Gerichtshof, eine Art protestantischer Inquisition. Das Konsistorium kontrollierte die ganze Lebensführung der Bürger, ihre Handlungen, Reden, ja ihre Meinungen. Den Mitgliedern solle der Zutritt zu jedem Haus offenstehen, und nach einer Verfügung von 1550 sogar in jedem Haus einmal im Jahr ein Besuch gemacht werden, um Wandel und Gesinnung der Bewohner zu prüfen. Fand sich etwas, das den christlichen Lebensregeln widersprach, so mußte es unnachsichtlich gerügt, wenn nötig mit Exkommunikation bestraft werden.

Im Gegensatz zu den monarchischen Landeskirchen Deutschlands begründete Calvin eine Gemeindekirche, die freilich, wenigstens in Genf selbst, der demokratischen Idee kaum entsprach. Angeborene Neigung zog den Reformator zur Aristokratie, die er für die beste aller Staatsformen erklärte. Gleich Luther mißtraute er der törichten, leichtsinnigen, wetterwendischen Menge und schränkte die Teilnahme des Volks am Kirchenregiment aufs äußerste ein. Seine Kirchenverfassung war in Wirklichkeit eine Aristokratie.

Die Staatsgewalt wurde von Calvin in den Dienst seiner geistlichen und sittlichen Ideale gepreßt, wenn er ihr auch das äußere Kirchenregiment überließ. Indem die geistlichen Dinge in den Vordergrund der staatlichen

Gesetzgebung gerückt wurden, gewann die Kirche doch das Übergewicht. Kirche und Staat sollten sein wie Seele und Leib. Die Kirche schrieb dem Staat die Wege vor, die er zu wandeln hatte. Ihr Einfluß durchdrang ordnend, überwachend, strafend das ganze Leben. Das Konsistorium war eine halb weltliche, halb geistliche Behörde. Aber Calvin war es, der seiner Tätigkeit den Geist einhauchte. Die Erfüllung der religiösen Vorschriften wurde als der wichtigste Teil der bürgerlichen Pflichten angesehen, Sünden religiöser Art mit bürgerlichen Vergehen auf eine Linie gestellt, jeder theologische Einspruch gegen die herrschende Kirchenlehre zum Verbrechen gestempelt. Die Obrigkeit lieh der geistlichen Gewalt ihre Arme zur Züchtigung der Verächter göttlicher Gebote. Das eingeschüchterte Genf beugte sich dem eisernen Willen seines geistlichen Diktators, der mit Feuer und Schwert sein evangelisches Reich aufzurichten strebte. Die einst so lebensfrohe Stadt verwandelte sich in eine Stätte finsterer Askese, herbster Nüchternheit. Aus dem Gottesdienst verbannte Calvin alles, was den Sinnen schmeichelte: Musik und Bilder. Nur durch die Macht des Wortes wollte er die Gläubigen lenken. Mehr noch als in der lutherischen Kirche bildet die Predigt den Mittelpunkt des Kultus. Nichts, was dem Leben Reiz und Behagen verleiht, findet Gnade vor den Augen dieses protestantischen Savonarola. Er verpönt Kleiderprunk, Tanz, Spiel und Gesang. Die Wirtshäuser werden geschlossen. Das Leben wird fast zu einem immerwährenden Buß- und Bettag. Im protestantischen Genf leben die asketischen Ideale des Mittelalters wieder auf. Im Calvinismus erfährt die Verweltlichung der römischen Kirche den stärksten Gegenstoß.

Weit grimmiger und gründlicher als Luther bekämpft Calvin die Papisterei. Sie ist ihm „Götzendienst", die Messe „verruchtes Sakrileg", „eine große Ruchlosigkeit". In der calvinischen Kirche lebt ein streitbarer, zu Angriff und Abwehr bereiter Geist. Die Ausbreitung des wahren Glaubens, die Propaganda der Tat, die Ausrottung der Feinde Gottes bildet für den Genfer Reformator und seine Jünger eine Staatsangelegenheit ersten Ranges.

Durch den Calvinismus geht ein scheinbarer Widerspruch. Er ist der Welt und ihrer Freuden feind, verlangt höchste Sittenstrenge, verurteilt selbst harmlose Lebensgenüsse. Dabei aber will er die ganze Welt gewinnen — doch nur um sie zum Gottesreich zu gestalten.

Genf wurde der Ausgangspunkt der calvinischen Bewegung, die in Westeuropa ihr hauptsächlichstes Verbreitungsgebiet fand. In der von Calvin gestifteten Akademie wurden die Apostel seiner Lehre herangebildet, die vor allem in der Heimat des Reformators, in Frankreich, eine stattliche Gemeinde warben. Über den Kreis von Meaux, über das Luthertum hinaus

führte die französische Reformation zum Calvinismus, erhielt in ihm ihre letzte, weltgeschichtliche Gestalt. Durch Wort und Schrift wurden die calvinistischen Lehren in Frankreich verbreitet. Das Auftreten der sittenstrengen, beredten Sendboten aus Genf stach vorteilhaft ab vom Treiben der französischen Hierarchie, deren ungeistliches Gepräge besonders durch das Konkordat von 1516 (Bd. V, S. 123) verstärkt worden war, die sich fast nur noch aus Kriegs- und Hofmännern zusammensetzte. Standhaft ertrugen die Neubekehrten die Martyrien, die der Glaubenseifer Heinrichs II. und seines Hofes über sie verhängte. Ihr heroisches Vorbild unterstützte die Wirksamkeit der Prediger. Um das Jahr 1558 soll es schon 400000 erklärte Protestanten in Frankreich gegeben haben. Sie gehörten meist den höheren Ständen an. Auch Prinzen des königlichen Hauses, der Titularkönig Anton von Navarra und sein Bruder Ludwig von Condé, dann der Generaloberst Franz von Andelot und der Admiral Gaspard von Coligny zählten zu den Anhängern der neuen Lehre. Im Jahre 1559 wurden sogar im Parlament Stimmen laut, die auf eine Milderung der den Ketzern auferlegten Strafen drangen. Im gleichen Jahre gab sich der französische Calvinismus seine bleibende Organisation. Auf einer Nationalsynode zu Paris wurde ein 40 Artikel umfassendes Glaubensbekenntnis formuliert. Der Gemeinde wurde die freie Wahl des Predigers überlassen, sobald dieser nur das Glaubensbekenntnis unterzeichnet, und die Provinzialsynode nichts wider ihn einzuwenden haben würde. Stärker als in Genf selbst kamen in Frankreich die demokratischen Grundsätze Calvins zu ihrem Recht. Die regelmäßig zusammentretenden Provinzialsynoden der Prediger und gewählten Ältesten, die in der Nationalsynode ihren natürlichen Abschluß fanden, bildeten die Organe der neuen Kirchenverfassung. Gemäß der „Institutio" wurde offen ausgesprochen, daß man einem der Religion zuwiderlaufenden königlichen Befehl keineswegs Gehorsam zollen dürfe. Die Organisation war begründet, dank deren der französische Protestantismus die kommenden Krisen siegreich überstehen sollte.

Auch in den Niederlanden erhielt die Reformation im Calvinismus ihre abschließende Gestalt. Durch die Gewaltmaßregeln Karls V. war das Luthertum dort zwar nicht unterdrückt, aber doch zum Stillstand gebracht worden. Erst die calvinistischen Ideen gaben der religiösen Bewegung in den Niederlanden neue, dauernde Lebenskraft. Seit den letzten Regierungsjahren des Kaisers begannen die Lehren des Genfer Reformators von Genf, Lausanne und Straßburg, später von England, schließlich auch von Frankreich aus erst in die wallonischen Gebiete des Südens, dann auch in die vlämischen Küstengebiete einzudringen. Das große Wirtschaftszentrum Antwerpen wurde ein Brennpunkt wie früher der lutherischen, so jetzt der calvinistischen Bewegung. Die katholische Mehrheit der Bevölkerung, in reli-

giöse Indifferenz oder Freigeisterei versunken, sah teilnahmslos dem Verfall ihres Glaubens zu. So konnte die neue Lehre in allen Volksschichten Anhänger gewinnen, unter dem Adel, der seine Söhne zum Studium jetzt nicht mehr nach Paris, sondern nach Genf schickte, unter den großen Kaufleuten und Industriellen, „die infolge ihrer Handelstätigkeit reich an irdischen Glücksgütern sind und deshalb nach anderen Dingen trachten", wie unter den Arbeitern, die teils unter dem Druck ihrer Brotherren, teils aber auch freiwillig, mehr aus sozialen als aus religiösen Gründen sich von den calvinistischen Prädikanten bekehren ließen. Die kapitalistische Organisation, die Scheidung von Unternehmern und Arbeitern hat der religiösen Bewegung in den Niederlanden den Untergrund bereitet. Der Tätigkeit der Ketzerrichter setzten die erbitterten Massen seit 1560 einen leidenschaftlichen Widerstand entgegen — ein Vorzeichen der bald ausbrechenden Wirren des niederländischen Freiheitskampfes. Luthertum und sonstige protestantische Sektierer wurden in den Niederlanden durch den Calvinismus zurückgedrängt.

Von den Niederlanden kamen die calvinistischen Lehren auch nach England und Schottland, zuerst Verwirrung stiftend, dann aber eine mächtige nationale Triebkraft entwickelnd. Die englischen Calvinisten, „Puritaner" genannt, hegten gleiche Abscheu vor den römisch Gesinnten, wie vor dem „Mischmasch der bemäntelten Papisterei", der Staatskirche. Die bischöfliche Verfassung, der halb katholische Ritus des Common-Prayer-Books waren ihnen ein Greuel. Gereinigt werden sollte die Religion vom „päpstlichen Sauerteig". Während die Regierung Elisabeths sich gegen die Katholiken lange duldsam zeigte, wollte sie an der Autorität der Staatskirche nicht rütteln lassen, traf die Puritaner mit der ganzen Wucht ihres Zornes. Den puritanischen Predigern blieb nur die Wahl zwischen Unterwerfung und Amtsentsetzung. Not und Armut sollten ihnen den steifen Nacken beugen. Trotzdem blieben viele ihrer Überzeugung treu, zahlreiche Kirchen in London und den nördlichen Grafschaften verödeten. Als die Puritaner zur Abhaltung privaten Gottesdienstes schritten, mußten sie neue Verfolgungen erleiden. Aber unerschüttert hielt der Puritanismus aller Bedrängnis stand. Durch Wort und Schrift vermittelt drangen seine Gedanken immer tiefer ins Volk, prägten dem nationalen Wesen ihren Stempel auf.

Die Grundzüge des Calvinismus, Haß gegen Andersdenkende, asketische Tendenz und Drang nach Welteroberung, treten in England mit besonderer Schärfe zur Schau. Die Puritaner predigen eine nüchterne, strenge Lebensführung, von der sich in der rigorosen Heilighaltung des Sonntags noch ein charakteristisches Stück bewahrt hat. In dem Verlangen, von der Welt zur größeren Ehre Gottes Besitz zu ergreifen, liegt eine der Wurzeln des englischen Imperialismus. Dieses religiös-politische Streben verbindet

sich mit dem den Engländern von ihren normannischen Ahnen vererbten Unternehmungsgeist, ein Bündnis, das schon zur Zeit Elisabeths, mehr noch im 17. Jahrhundert reichliche Früchte tragen sollte.

Ende der fünfziger Jahre sehen wir auch in Schottland, wo die Reformation gleichfalls mit dem Eindringen lutherischer Ideen begonnen hat, die calvinistische Richtung triumphieren. Nach festländischem Vorbild organisiert, ist die schottische Kirche, auch die presbyterianische genannt, in ihrem gewalttätigen Fanatismus, den sie in den nach 1560 sich erhebenden Kämpfen bekundet, ein echtes Kind des calvinistischen Geistes.

Im Deutschen Reich haben sich dem von Genf aus verkündigten Evangelium nur einzelne Gebiete erschlossen, besonders die Pfalz, der in den Religionsstreitigkeiten des 16. und 17. Jahrhunderts keine unbedeutende Rolle zufallen sollte. Ostwärts drang der Calvinismus bis nach Ungarn vor, wo die konfessionelle Spaltung mit der nationalen zusammenfiel. Während das Luthertum bei einer Anzahl der mächtigsten Magnaten und besonders in den deutschen Städten Oberungarns und Siebenbürgens Eingang fand, schlossen sich die Magyaren, soweit sie von der katholischen Kirche abfielen, meist dem Calvinismus an. „Der ‚ungarische Glaube‘ stellte sich dem ‚deutschen Glauben‘ gegenüber, wodurch die Kraft der Protestanten notwendig geschwächt werden mußte.“

Fast überall, wo die calvinistische Richtung auf das Luthertum trifft, bringt sie dieses zum Weichen. Namentlich in Westeuropa haben sich Wittenberg und Zürich mit der undankbaren Rolle des Pioniers begnügen müssen, während Genf dem neuen Glauben die endgültige Lebensform bereitet. An organisatorischer Kraft überbietet der Calvinismus weitaus das Luthertum. Er hat eine demokratische Kirche geschaffen, überall mehr oder weniger, tatsächlich oder wenigstens formell die Gemeinde zur Trägerin des geistlichen Regiments gemacht. Während das Luthertum in Deutschland von den territorialen Gewalten, in den nördlichen Reichen von der Krone seine kirchliche Ordnung empfängt, haben sich die calvinistischen Nationalkirchen in Frankreich, den Niederlanden und Schottland gegen die Staatsgewalt durchsetzen müssen. Dieser Kampf füllt die Geschichte Westeuropas in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts aus. Er war unvermeidlich bei der Natur des Calvinismus. Ein Glaube, der alle Andersdenkenden als Feinde Gottes, Werkzeuge des Teufels verdammte, jeden staatlichen Gewissenszwang verwarf, mußte zur Revolution, zum Religionskrieg führen. Der kampfbereite Calvinismus stieß mit einem erneuerten Katholizismus, mit seiner Vormacht Spanien zusammen. Die Ideen Calvins haben das Ihrige getan, um die spanische Weltmacht zu zertrümmern, die völlige Wiederherstellung der Papstherrschaft zu verhindern.

Zweites Kapitel

Die Wiedergeburt des Katholizismus (Gesellschaft Jesu und Konzil von Trient)

Furchtbare Einbußen hatte die römische Kirche in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlitten. England, Schottland, Deutschland, ein Teil der Schweiz und die skandinavischen Reiche waren der neuen Lehre zugefallen. Auch in den romanischen Ländern war die Herrschaft des Katholizismus nicht mehr unbestritten. Selbst Italien und Spanien hielten sich von ketzerischen Regungen nicht frei. Es war für die alte Kirche die höchste Zeit zur Abwehr, wenn sie nicht gänzlichem Untergang verfallen sollte. In der Not aber besann sie sich wieder auf sich selbst, entwickelte sie eine Fülle ungeahnter, in doppelter Richtung wirkender Kräfte. Die protestantische Revolution führte zu einer katholischen Reformation, in der sich mit der inneren Erneuerung der Kirche der Kampf gegen die Häresie, das Streben nach Wiederherstellung der Glaubenseinheit verband.

Die kirchliche Reformbewegung knüpft in ihrer Grundrichtung wie in manchen Einzelheiten ihres Programms an die Gedanken des 15. Jahrhunderts an, dessen oppositioneller Geist wieder auflebt. Der Ruf nach einer Reform der Kirche an Haupt und Gliedern erhebt sich von neuem. Wieder treten Papst- und Episkopalsystem einander gegenüber. Wieder wird um die Frage gestritten, ob die Verfassung der Kirche eine monarchische oder eine aristokratische sein, ob sie vom absoluten Papst oder von dem unabhängigen Episkopat regiert werden solle, dessen Organ das ökumenische Konzil sein würde. Weniger als früher aber konnte die antipäpstliche Richtung der Konzilsperiode, konnten die noch nicht völlig erloschenen Ideen von Basel und Konstanz jetzt auf Sieg hoffen, wo das Papsttum selbst die Sache der Reform in die Hand genommen, neue geistige Waffen erhalten hatte. Die Bewegung, die von Italien ausgeht, setzt schon in den zwanziger Jahren auf dem Gebiete des Ordenswesens ein, das zu den Idealen seiner Stifter zurückkehrt. Ältere Orden, Augustiner, Dominikaner, Benediktiner und Kamaldulenser werden reformiert, neue Orden entstehen, die Theatiner, Barnabiten, die barmherzigen Brüder, die volkstümlichen Kapuziner, jeder an seinem Teil für die Erhaltung und Wiederbelebung des katholischen Wesens tätig. Von der bedeutendsten dieser Ordensgründungen, der Gesellschaft Jesu, soll gleich nachher die Rede sein. Ein starker Strom religiösen Lebens ergießt sich wieder durch die Kirche, doch fließt er in dem gewohnten Bette mittelalterlicher Frömmigkeit dahin. Die Kirche verschließt sich jeder Einwirkung des neuen Geistes.

Denselben konservativen Charakter trugen die Reformversuche des Papsttums selbst, die bis in Luthers erste Jahre zurückreichten. Auch sie ließen den Bau der Hierarchie unverändert, suchten ihn nur vom Staub der Welt zu reinigen. Adrian VI. (1522—1523), Karls V. einstiger Lehrer, der letzte Papst aus germanischem Blute war das erste Oberhaupt der Kirche, das sich mit Ernst und Eifer der Reform annahm. Seine Instruktion für den Legaten Chieregati zum Nürnberger Reichstag von 1522 enthält das ergreifende Bekenntnis, daß in der Verderbnis des Papsttums die Wurzel aller Übel zu suchen sei. „Wir wissen wohl, daß auch bei diesem Heiligen Stuhle schon seit manchem Jahre viel Verabscheuungswürdiges vorgekommen, Mißbräuche in geistlichen Sachen, Übertretungen der Gebote, ja daß alles sich zum Ärgeren verkehrt hat. So ist es nicht zu verwundern, daß die Krankheit sich vom Haupte auf die Glieder, von den Päpsten auf die Prälaten verpflanzt hat. Wir alle, Prälaten und Geistliche, sind vom Wege des Rechtes abgewichen, und es gab schon lange keinen einzigen, der Gutes getan. Deshalb müssen wir alle Gott die Ehre geben und vor ihm uns demütigen; ein jeder von uns soll betrachten, weshalb er gefallen, und sich lieber selbst richten, als daß er von Gott am Tage seines Zornes gerichtet werde. Deshalb sollst du in unserem Namen versprechen, daß wir allen Fleiß anwenden wollen, damit zuerst der römische Hof, von welchem alle diese Übel ihren Anfang genommen, gebessert werde; dann wird, wie von hier die Krankheit gekommen ist, auch von hier die Gesundung beginnen.“ Adrian VI. eröffnete den Kampf gegen Pfründenhäufung und jegliche Art von Simonie, suchte für kirchliche Stellen die Würdigsten aus. Nur regierte er nicht lang genug, die Krankheit saß auch zu tief, als daß er schon die Früchte seines edlen Wollens hätte ernten können.

Auf Adrian VI. folgte der rein politische Papst Klemens VII., unter dessen unheilvollem Pontifikat der weit fortgeschrittene deutsche Protestantismus zu fester kirchlicher Organisation gelangte, der Abfall der nordischen Reiche begann, der Bruch mit England sich vollzog. Erst Paul III. (1534—1540) nahm die Reform wieder in Angriff. In der richtigen Erkenntnis, daß man erst das eigene Haus reinigen müsse, ehe man die anderen reinigen könne, legte er das Hauptgewicht auf die Reform des Kardinalskollegiums und der römischen Ämter. Doch war auch dieser Papst noch stark von politischen Gesichtspunkten beherrscht. Seine Tätigkeit ist nur eine wertvolle Vorarbeit, aber noch lange kein Abschluß.

Die Reihe wahrhafter Reformpäpste beginnt eigentlich erst mit Paul IV. (1555—1559), der allerdings auch noch den weltlichen Tendenzen des Papsttums seinen Tribut zollt. Johann Peter Caraffa war, ehe er zur Tiara gelangte, schon ein Haupt der Reformpartei, der Mitbegründer des Theatinerordens gewesen, der sich um eine sittliche Hebung des Weltklerus be-

mühte. Im Anfang seines Pontifikates suchte der feurige italienische Patriot und große Feind der Spanier diese mit Hilfe der Franzosen aus Neapel zu vertreiben. Nach seiner Niederlage gegen den spanischen Oberfeldherrn, Herzog Alba (1557) entsagte Paul IV. der Politik und lebte nur noch seinem Ideal, die Kirche in ihrer Reinheit und Würde wiederherzustellen. Bei den Kardinalsernennungen ließ er alle politischen Rücksichten beiseite, schmückte er nur würdige, reformeifrige Männer mit dem Purpur. Seine Nepoten jagte er davon, als er erfahren mußte, daß sie den Einfluß, den er ihnen eingeräumt hatte, schnöde mißbrauchten. Er bekämpfte die Simonie, in der er den eigentlichen Sitz des Übels erkannte, reformierte die Klöster, schärfte die Residenzpflicht der Bischöfe ein.

Mit unerbittlicher Härte suchte Paul IV. die „Pest der Ketzerei" auszutreiben. Die von Paul III. begründete römische Inquisition, eine Art Zentrale der Glaubensgerichtsbarkeit, die zuerst eine gewisse Mäßigung gezeigt hatte, waltete jetzt ihres Amtes mit unmenschlicher Strenge, zog selbst Unschuldige vor ihr Tribunal. Aus der Zeit Pauls IV. stammt der „Index der verbotenen Bücher". Seine Regierung bringt den Doppelcharakter der Gegenreformation lebhaft zur Anschauung. Mit diesem eisernen Papst, der gegen sich und andere keine Schonung übt, entweicht von der Kurie der heiter weltliche Geist der Renaissance, wird das Papsttum wieder eine geistliche Anstalt. Reformeifrige, italienische Bischöfe vereinigten ihre Bemühungen mit denen der Päpste, suchten den Welt- und Ordensklerus ihrer Diözesen wieder strenger Kirchen- und Sittenzucht zu unterwerfen. Beide Seiten der Gegenreformation, die reformatorische und die kriegerische, fanden ihren vollendeten Ausdruck im Orden der Jesuiten.

Der Schöpfer dieses Ordens Ignatius von Loyola, ein baskischer Edelmann hatte nach dem Brauch der adeligen Jugend Spaniens ursprünglich die kriegerische Laufbahn gewählt. Eine schwere Verwundung, die er 1521 im spanisch-französischen Krieg bei der Belagerung von Pampelona erlitt, machte ihn untauglich zum Reiterdienst. Die Lektüre von Heiligengeschichten, der er auf dem Krankenlager eifrig sich hingab, ließ in ihm den Gedanken reifen, die Lorbeeren, die ihm auf dem Schlachtfelde versagt blieben, im Dienste Gottes zu erwerben, ein Heiliger zu werden wie St. Franziskus und St. Dominikus. Also nicht wie Luther durch das Heilsbedürfnis, sondern durch glühenden Ehrgeiz wurde Ignatius von Loyola in die geistliche Bahn geführt. Nicht in tatenloser Askese wollte er sein Leben verdämmern, sondern als Streiter des Herrn in der Welt und für die Welt wirken. Nach seiner Genesung pilgerte Ignatius auf den Monserrat, den heiligen Berg Aragoniens und weihte sicht dort, die Ideale spanischer

Ritterromane ins Geistliche wendend, dem Dienst der Jungfrau Maria. Während seines Aufenthaltes im Dominikanerkloster zu Manresa erlangte er die volle seelische Reife. Nach peinvollen Gewissenskämpfen und unter beständigen Visionen ward ihm die Gewißheit, daß Gott ihn seiner Gnade gewürdigt, ihn zu seinem besonderen Werkzeug erkoren habe.

Nachdem seine Absicht, im Morgenland die Ungläubigen zu bekehren, an widrigen Umständen gescheitert war, versah sich Loyola erst an den Hochschulen von Alcalà und Salamanka, dann an der Sorbonne in Paris, noch immer dem Zentrum katholischer Wissenschaft, mit dem notwendigen geistigen Rüstzeug. Der Aufenthalt in Paris ist für die Gestaltung seines Lebensprogramms entscheidend geworden. Hier kam ihm der Gedanke, einen Orden der Tat zu stiften, der nicht wie ältere geistliche Genossenschaften sich dem Gebet, der Heiligung seiner Mitglieder widmen, sondern, ungehindert durch geistlichen Regelzwang, praktisches Christentum üben, den großen Zwecken der Kirche dienen sollte. In Paris bildete sich um Ignatius ein kleiner Kreis von Männern, die später alle in der Geschichte des Ordens ruhmvoll hervortreten sollten. Im Jahre 1534 legten Ignatius und seine Gefolgschaft auf dem Montmartre das Gelübde ab, in Palästina zum Wohl der Mitmenschen zu wirken und, wenn dies nicht möglich sein würde, sich dem Papst zur Verfügung zu stellen, sich von ihm überallhin, wo es das Seelenheil des Nächsten erfordere, senden zu lassen. Die vollkommene Dienstbereitschaft gegenüber dem Papst, das Merkmal des Jesuitenordens, wird hier schon, wenn auch erst nur als Notbehelf den drei herkömmlichen Mönchsgelübden angereiht.

Die für 1537 geplante Fahrt nach dem Heiligen Land mußte wegen des Seekrieges zwischen Venedig und der Türkei aufgegeben werden. Nachdem somit der erste Teil des Montmartregelübdes unerfüllbar geworden war, trat der zweite Teil in den Vordergrund, die Tätigkeit im Dienste des Papsttums zur Ausbreitung des katholischen Glaubens. Schon der Name „compañia de Jesus“, „Fähnlein Christi“, den Ignatius seiner Gesellschaft gab, ist für diese Absicht bezeichnend. Der Name ist von den wandernden Truppen der Schweizer und Landsknechte hergenommen. „Was sie für die Fürsten jener Tage, das sollte seine Kompanie für Ignatius und seine Genossen sein“. Im Herbst 1539 erteilte Paul III. dem neuen Orden die Bestätigung. Ignatius wurde zum ersten Ordensgeneral erwählt.

Die Verfassung des Jesuitenordens erinnert in jedem Zug an die militärische Vergangenheit seines Stifters. Sie bildet eine Beamtenhierarchie mit einem unumschränkt waltenden General an der Spitze. Nur die wohlgeregelte Kontrolle, der alle Mitglieder des Ordens vom jüngsten Novizen bis zum General unterworfen sind, die Pflicht zu gegenseitiger Denunziation

mildert das autokratische System. Die höchste Pflicht des Jesuiten aber, die Loyola in immer neuen bilderreichen Wendungen seinen Jüngern einschärft, ist der Gehorsam. Für den Jesuiten steht der Obere an Christi Statt, und seinen Befehlen hat er Folge zu leisten unter Verzicht auf den eigenen Willen, mit Verleugnung seiner besseren Einsicht, ja bis zur Unterdrückung sittlicher Bedenken. Dünkt ihn ein Befehl sündhaft, so soll er seinen Zweifel dem Oberen vorlegen und dann nach dessen Entscheidung mit ruhigem Gewissen das Befohlene tun. Diese Auffassung des Pflichtbegriffes hängt mit der allgemeinen Morallehre Loyolas zusammen, die ihm und dem Orden die schwersten Vorwürfe eingebracht hat. Bei Skrupeln, ob eine Handlung sündhaft oder erlaubt sei, soll der Mensch seinen Geist auf Gott richten. Wenn es dann vor ihm zum Urteil komme, daß dieses Wort oder diese Tat Gottes Ruhm zum Zweck habe (miri alla sua gloria) oder wenigstens ihm nicht entgegen sei, dann soll er, ohne den Skrupeln im geringsten nachzuhängen, handeln. Das Wort „der Zweck heiligt das Mittel" hat Loyola nicht gesprochen, aber es ist die Konsequenz seiner Morallehre.

Es gibt keine Organisation, die so wie der Jesuitenorden den ganzen Menschen verschlingt, seine Persönlichkeit auslöscht. Dem Orden muß der Jesuit Willen, Verstand und Gewissen opfern, dem Orden zuliebe sich von Vaterland und Familie trennen. Bis heute ist der Grundsatz Loyolas in Geltung, die einzelnen Kollegien aus Mitgliedern verschiedener Nationen zusammenzusetzen, um den internationalen Charakter des Ordens zu wahren. Selbst heimatlos soll der Jesuit in der ganzen Welt zu Hause sein, nach jedem Ort gehen, wohin der Obere ihn sendet, jeden Auftrag blindlings vollziehen. Für die völlige Hingabe seiner Persönlichkeit, die Zerreißung der natürlichen Bande kann den Jesuiten nur das Bewußtsein entschädigen, einer Gesellschaft anzugehören, die Gott selbst sich zum Werkzeug bereitet hat.

Welches sind nun aber die göttlichen Zwecke des Ordens? Wir wissen, daß Ignatius sich und seine ersten Jünger ursprünglich vor allem der Heidenmission weihen wollte. Auch als er persönlich sich an der Ausführung seines Vorhabens verhindert sah, hielt er an diesem Programmpunkt fest. Der heilige Franz Xavier erwarb in Ostindien und Japan den Namen des Heidenapostels. Bis heute sind die Jesuiten ein Missionsorden ersten Ranges geblieben. Aber nicht durch die Bekehrung der Heiden, sondern als Werkzeug der Gegenreformation hat sich die Gesellschaft Jesu ihren Platz in der Weltgeschichte erobert. Nach dem Scheitern des Missionsplanes ließ Ignatius, wie wir sahen, den zweiten Teil seines Programms, die Dienstbereitschaft gegen den Papst in Kraft treten. Als geistliche Leibgarde des Papstes wollte Loyola seinen Orden betrachtet wissen. Das Papsttum er-

kannte die unschätzbare Hilfstruppe, die sich ihm in der Gesellschaft darbot. Wo aber wären die Dienste der Jesuiten notwendiger gewesen als im Vertilgungskrieg gegen die Ketzer, als in der Pflege und Wiedererweckung des katholischen Geistes? Vor allem in der deutschen Gegenreformation werden wir auf Schritt und Tritt ihre Spuren finden.

Die Kanäle, durch die jesuitischer Einfluß in alle Kreise des Volkslebens eindrang, waren Predigt, Beichte und Unterricht. Die Jünger Loyolas wurden zu jeder Art der Predigttätigkeit erzogen. Ihre Stellung als fürstliche Beichtväter verknüpfte sie mit der Politik, gab ihnen nach einem Worte Loyolas „mit den Schlüsseln des fürstlichen Gewissens zugleich die Gewähr fürstlicher Gunst". Endlich gelang es dem rastlosen Bemühen des Ignatius, aus der Gesellschaft Jesu einen Schulorden zu machen, der im Lauf weniger Jahre das ganze Gebiet der Erziehung von der Kinderlehre bis zur Universität in Besitz nahm.

Die Reformation ist vor allem doch eine Tat des germanischen Geistes. Von Deutschland ist sie ausgegangen, bei den germanischen Völkern hat sie ihre ersten Erfolge errungen. Ohne Luther kein Zwingli, kein Calvin. Die Gegenreformation ist ein Kampf des Romanentums gegen den germanischen Geist. Aus Spanien schöpft sie ihre feinsten und stärksten Kräfte. Der Glaubenseifer dieser Nation, der sich bis zum Ende des Mittelalters gegen Juden und Mauren ausgetobt hatte, lenkt sich nun auf ein neues Ziel. Der Jesuitismus bedeutet „die Hispanisierung der Kirche".

Den ersten wertvollen Dienst haben die Jesuiten dem Papsttum geleistet auf dem Konzil zu Trient (1545—1563), wo der Geist der Gegenreformation gleichsam seinen monumentalen Ausdruck fand. Lang ersehnt, mühsam zustande gekommen, zweimal unterbrochen, konnte diese berühmte Kirchenversammlung erst in den Jahren 1562 und 1563 ihr Werk zu Ende führen. Wir betrachten hier das Gesamtergebnis ihrer Tätigkeit ohne Rücksicht darauf, zu welcher Zeit die einzelnen Bestimmungen erlassen worden sind. Die Protestanten, die 1557 auf Wunsch des Kaisers Vertreter nach Trient geschickt hatten, blieben in der entscheidenden Schlußperiode der Synode fern, die auf ihren früheren Tagungen bereits die Kernsätze der protestantischen Lehre verworfen hatte, ganz und gar unter päpstlicher Leitung stand. Die Verhandlungsgegenstände wurden von den Legaten bestimmt, die in wichtigen Fällen erst in Rom Instruktionen einholten, die Beschlüsse sollten vom Papst bestätigt werden. So konnte das Konzil nur als eine Vertretung der katholischen Welt gelten, und zwar, da die meisten deutschen Bischöfe gleichfalls ferngeblieben waren, fast nur ihres romanischen Teils. Feststellung des durch die ketzerischen Anschauungen un-

klar gewordenen Dogmas und Durchführung der auch von kirchlicher Seite als notwendig erkannten Reformen waren seine Aufgaben.

Die Verhandlungen im letzten Abschnitt des Tridentinums nahmen einen sehr bewegten Verlauf. Die Kurie geriet in Gegensatz zu den weltlichen Mächten, welche der Reformfrage eine für das Papsttum bedenkliche Richtung zu geben suchten, und zu einer starken Partei auf dem Konzil selbst, welche der unumschränkten Papstgewalt das Eigenrecht des Episkopates gegenüberstellte, die konziliaren Ideen des 15. Jahrhunderts wieder zu beleben suchte. Kaiser Ferdinand I. (1556—1564), dem die evangelische Bewegung in seinen Erblanden genug zu schaffen machte, und die französische Regierung, die den Calvinismus in ihren Landen mächtig anwachsen sah, stellten, von Spanien unterstützt, einschneidende Reformprogramme auf: sie forderten eine Verbesserung der Kirche an Haupt und Gliedern, vor allem Reform der Kurie und des Kardinalskollegiums, Priesterehe, Laienkelch und Befreiung des Konzils von dem übermächtigen Einfluß des Papsttums. Gefährlicher noch waren die gegen den päpstlichen Primat gerichteten Forderungen des spanischen Episkopates. Unerbittlich, wo es sich um das Dogma handelte, zeigten diese spanischen Bischöfe, ausgezeichnet durch religiösen Eifer, wie durch theologische Gelehrsamkeit, in kirchlichen Verfassungsfragen eine äußerst selbstbewußte Haltung. Sie betonten den unmittelbaren göttlichen Ursprung des bischöflichen Amtes. Papst und Bischöfe seien Brüder, Söhne einer Mutter, der Kirche. Der Papst sei nur zu Wohlfahrtszwecken zu ihrem Haupt ernannt, habe das Amt des Dolmetschers, nicht des Gesetzgebers. Diese Lehre traf den päpstlichen Absolutismus an der Wurzel. Hatten die Bischöfe ihre Gewalt unmittelbar von Gott, so standen sie dem Papste gleich. Dann mußte aber auch der alte Streit über das Verhältnis von Papst und Konzil wieder aufleben. Mit der spanischen Opposition verbündeten sich die gallikanischen Tendenzen der französischen Prälaten, die dem Papst nur eine Oberaufsicht über die Verwaltung zuerkennen wollten, die Konstanzer Lehre von der Superiorität der Konzilien wieder hervorzogen.

So drohte das Konzil zu einer Zerklüftung der katholischen Welt, zum Umsturz der Kirchenverfassung zu führen. Das Papsttum verfügte jedoch über bedeutsame Kräfte der Abwehr. Es konnte sich verlassen auf den Heerbann der kleinen italienischen Bischöfe, die ganz von Rom abhängig, die erdrückende Mehrheit des Konzils ausmachten, mit Spaniern und Franzosen manchmal hart aneinander gerieten. Die Gesellschaft Jesu stellte dem Papst ihr stärkstes geistiges Rüstzeug zur Verfügung. Sie war in Trient durch zwei ihrer feinsten Diplomaten vertreten, durch Lainez, des Ignatius Nachfolger im Generalat, und Salmeron. Beide wirkten gegen die protestantischen Ideen als unbeugsame und unversöhnliche Verteidiger des

Dogmas, sie traten gegen die bischöfliche Opposition und als glühende Kämpen der päpstlichen Rechte in die Schranken. Die Jesuiten gewannen in Trient „großen Einfluß auf die Zukunft der katholischen Dogmatik, die von jetzt ab überwiegend in ihre Hände kam". Durch den Hinweis auf Jesu Worte an Petrus „Weide meine Schafe" suchte Lainez den Anspruch der Bischöfe auf das „göttliche Recht" ihres Amtes zu vernichten, die Machtvollkommenheit des römischen Stuhles zu begründen. Von Petrus und seinen Nachfolgern komme die Amtsgewalt der Bischöfe, deren Grenzen zu bestimmen im Belieben des Papstes stehe. Die Jesuiten sind auf dem Konzil schon mit der Lehre von der dogmatischen Unfehlbarkeit des Papsttums aufgetreten, die erst nach drei Jahrhunderten sich durchsetzen sollte. Und schließlich trug die päpstliche Diplomatie auch den Sieg über die Opposition der Regierungen davon, der ohnehin dank der politischen Spannung zwischen Frankreich und den Habsburgern der rechte Zusammenhalt fehlte. Durch die päpstliche Anerkennung der Königswahl seines Sohnes Maximilian wurde der Kaiser bestimmt, die bedenkliche Formel „Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern" fallen zu lassen. Auch der Kardinal Karl von Guise, das mächtige Haupt der französischen Prälaten, wurde durch lockende Versprechungen der Kurie gewonnen, mit seiner Hilfe in der Streitfrage über das „göttliche Recht" der Bischöfe eine befriedigende Lösung erzielt. Wie in den Zeiten des Basler Konzils hatten die Diplomaten der Kurie die Opposition der weltlichen Mächte durch Zugeständnisse beschwichtigt, den Grundsatz „Teile und herrsche" erfolgreich angewendet (Bd. V, 261).

Das Tridentinum endigt mit dem vollen Triumphe Roms. Der dogmatische und hierarchische Bau der Kirche wird neu befestigt. Die Wiederherstellung der Glaubenseinheit scheitert an der schroffen Ablehnung der Protestanten. Nun wird die unübersteigliche Scheidewand gezogen zwischen wahrem und falschem Glauben. Die Hauptlehren des Protestantismus von der Schrift als der ausschließlichen Quelle des Glaubens, von der Rechtfertigung, der Wertlosigkeit der guten Werke werden verdammt, die hergebrachte Lehre von den Sakramenten wird aufrechterhalten. Fortan wußte jeder Katholik, was er zu glauben habe, was nicht.

Aus dem Kampf mit der bischöflichen Opposition ist das Papsttum, wie im 15. Jahrhundert, als Sieger hervorgegangen. Zwar gelangt der Streit um das göttliche Recht des Bischofamtes nicht zum vollen Austrag. Aber das Konzil nennt doch öfter die römische Kirche „Mutter und Lehrerin aller Kirchen". Seine Dekrete sollen nur „unbeschadet der Rechte des römischen Stuhles" gelten, seine Beschlüsse werden der päpstlichen Bestätigung unterworfen. Der Papst ist „Gottes unmittelbarer Statthalter auf Erden". „Die höchste Gewalt in der allgemeinen Kirche ist ihm an-

vertraut." Die päpstliche Oberhoheit war also über jeden Zweifel erhoben.

Das Konzil, das die Papstgewalt bekräftigt, sucht der Kirche auch ihre alte Strenge und Würde wiederzugeben. Es bleibt nicht unfruchtbar für die Reform. Eine Reihe der schwersten Mißbräuche in der Pfründenverleihung wird abgestellt. Den Bischöfen wird die Residenzpflicht eingeschärft, die Vereinigung mehrerer Bistümer in einer Hand verboten. Für die neuerliche Unterwerfung unter die Oberhoheit Roms werden die Bischöfe durch eine kräftige Ausdehnung ihrer Strafgewalt und ihres Visitationsrechtes entschädigt. Der Pfarrklerus soll von unwürdigen Elementen gesäubert werden, seine Vertreter sollen sich Predigt und Jugendunterricht angelegen sein lassen. In jeder Diözese, wo sich keine Universität befindet, soll — vielleicht die wirkungsvollste der Bestimmungen des Tridentinums — ein Priesterseminar errichtet werden, als Pflanzschule für die künftigen Diener der streitenden Kirche. Wie der Weltklerus werden auch die Ordensleute wieder unter strenge Zucht gestellt.

Das Konzil von Trient bereitet die Grundlagen des modernen Katholizismus. Mit ihm beginnt, wenn auch seine Bestimmungen nur allmählich und teilweise ins kirchliche Leben eindringen, der Wiederaufbau des katholischen Wesens. Das Dogma wird geklärt, die päpstliche Allgewalt erhält neue Stützen, die kirchliche Disziplin wird verschärft. Das Tridentinum erläßt die Kriegserklärung gegen Luther, Zwingli und Calvin. Während ein großer Teil der europäischen Nationen vom Papsttum abgefallen ist, scharen sich die Treugebliebenen desto enger um sein Banner. Hatte Spanien im Jesuitenorden der Kirche für den Kampf gegen die Ketzer eine geistige Waffe geschmiedet, so stellte ihr ein spanischer Herrscher, Philipp II., sein Schwert zur Verfügung.

Drittes Kapitel

Philipp II. als Vorkämpfer der Gegenreformation und der habsburgischen Weltmacht in Westeuropa

Philipp II. (1555—1598) gibt einem Zeitalter seinen Namen. Fast ein halbes Jahrhundert lang lenkt er das Räderwerk der Politik, verspüren die Völker Westeuropas seinen eisernen Griff. Herrschsucht und Fanatismus bilden den Kern seines Wesens, in beiden Richtungen ist er ein echter Spanier. Die Weltherrschaft der Kirche und seines Hauses ist sein politisches Glaubensbekenntnis, das er im wesentlichen von Karl V. übernommen hat. Aber wie weit läßt der Sohn den Vater an Folgerichtigkeit und Rücksichts-

losigkeit der Durchführung hinter sich zurück. Weit kräftiger auch als die meisten der gleichzeitigen Kaiser aus der deutschen Linie seines Hauses erfüllt er die Aufgabe eines advocatus ecclesiae, eines Schirmvogtes der Kirche. Spanien ist der Schild und das Schwert der Gegenreformation. Den Kampf gegen die Ketzer betrachtet Philipp als Pflicht nicht nur gegen Gott, sondern auch gegen den Staat. „Die Erfahrung der Vergangenheit", so schreibt er einmal den Niederländern, „zeigt, daß keine Religionsveränderung geschieht, ohne daß sich gleichzeitig eine Staatsveränderung vollzieht, und daß häufig die Armen, die Müßiggänger und die Landstreicher solches zum Vorwand nehmen, um Hab und Gut der Reichen an sich zu reißen."

Daß das Tridentinum sich in Glaubensfragen unerbittlich zeigt, jedes von den Gemäßigten geforderte Zugeständnis ablehnt, ist zum großen Teil das Werk Philipps II. und seiner Prälaten. Er unterdrückt ketzerische Regungen in Spanien, führt blutige Kriege gegen die Calvinisten Frankreichs und der Niederlande, sucht England in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückzuführen. Daß er im Bunde mit dem Papst und Venedig gegen die Türken eine Flotte sendet, die unter seinem Halbbruder Don Juan d'Austria 1571 bei Lepanto der türkischen Seemacht einen schweren Schlag versetzt, gereicht ihm zu hohem Ruhme. Aber der Kampf gegen den Halbmond ist für Philipp nur eine Episode. Nicht im Orient, in Europa selbst sitzt der große Feind des wahren Glaubens, dessen Vernichtung für den König einer seiner Lebenszwecke ist.

Philipp II. aber fühlte sich, wie sein Vater, nicht so sehr als den getreuen Knecht, den demütigen Beschützer der Kirche, denn als ihren gestrengen Herrn und Gebieter. Für die Dienste, die er der geistlichen Gewalt leistete, forderte er auch das Recht, ihr zum Besten seiner Staatshoheit Schranken zu setzen, ihre reichen Mittel für sich in Anspruch zu nehmen. Die unter Ferdinand dem Katholischen in Spanien begründete Kirchenhoheit (Bd. V, S. 144) wird von Philipp II. aufrechterhalten und verschärft. Der König nominiert die Bischöfe, besetzt die Großmeisterstellen der geistlichen Ritterorden, vergibt ihre Präbenden. Der königliche Rat beschränkt die geistliche Gerichtsbarkeit und Strafgewalt, hindert päpstliche Provisionen. Päpstliche Bullen werden auf Befehl des Königs und seines Rates zurückgehalten, Bischöfe, welche solche Bullen dem Verbot zuwider veröffentlichen, in den Kerker geworfen oder mit dem Verlust ihrer Temporalien (weltlichen Einkünfte) und persönlichen Güter bestraft. Weit mehr als der Papst ist der König das Haupt der spanischen Kirche, der Klerus sein gehorsamer Diener, der seinen reichlichen Anteil an den Lasten des Staates auf sich nehmen muß.

Auch im Verhältnis zum Papsttum weiß der König die Pflichten des frommen Katholiken und die Herrscherrechte wohl zu scheiden. Auf die

Papstwahlen übt Philipp starken Einfluß. Mit welch kräftigem Nachdruck verfechten die Vertreter Spaniens in Trient die Unabhängigkeit des bischöflichen Amtes! Die Konzilsbeschlüsse werden in Spanien erst 1565 verkündigt mit dem Vorbehalt, daß durch sie die königlichen Rechte nicht verletzt werden dürfen. Pius V. muß sich darein fügen, daß die Bulle „In Coena Domini" („Beim Mahl des Herrn") einer der schärfsten Proteste gegen die Übergriffe der weltlichen Gewalt auf geistliches Gebiet, in Spanien nicht veröffentlicht wird, muß dem König, da gerade die Türken im Anzug sind, eine ausgiebige Besteuerung der spanischen Geistlichkeit — im Widerspruch mit dem Wortlaut eben dieser Bulle — gestatten. Zum Dank für seine Nachgiebigkeit erntet der Papst noch Spott und Hohn. „Herr Nuntius", sagte der Beichtvater Philipps, der Bischof von Cuença, zum Abgesandten des Heiligen Stuhles, „unser Herr Pius V. hat sich so fromm benommen, wie wir selbst es nur wünschen, und es ist Sr. Heiligkeit so gegangen, wie wir Kastilier im Sprichwort sagen: daß die Hartleibigen schließlich am Durchfall sterben".

Mit mehr oder weniger Erfolg ist Philipp II. bemüht, die materiellen und geistlichen Machtmittel des Papsttums in den Dienst seiner Politik zu ziehen. Zwischen den beiden, die gleichen Ziele verfolgenden, so eng aufeinander angewiesenen Mächten kommt es mitunter zu scharfen Streitigkeiten, bei denen Philipp und seine Staatsmänner mit den ärgsten Ausdrücken über den Heiligen Vater nicht sparen. Aber mußte nicht das Papsttum sich doch immer wieder vor dem einzigen Herrscher demütigen, der ihm gegen Ketzer und Ungläubige Schutz und Hilfe gewährte? Erst in den letzten Jahren Philipps begann die Kurie wider den Stachel zu löken, trat zwischen ihr und Spanien eine starke Entfremdung ein.

Das Machtgefühl, das Philipp II. der Kirche gegenüber an den Tag legt, prägt sich auch in seiner ganzen weltlichen Regierung aus. Das in den spanischen Staatsakten auftretende „Io, el rey", „Ich, der König", ist die Formel dieser Autokratie, unter deren lähmendem Druck alles freiere, geistige und politische Leben ersterben sollte. Kein Herrscher jener Zeit hat eine so unumschränkte Macht geübt, wie Philipp II. Adel und Klerus sind durch ihr Interesse an die Krone gebunden oder müssen vor ihrer Zuchtrute zittern. Unter den spanischen Ländern ist Kastilien von Anfang an das unfreieste. Die Bedeutung seiner Cortes ist gebrochen, ihr Einfluß auf die Gesetzgebung gering, ihr Steuerbewilligungsrecht eine bloße Form. Die Procuradores, die Städtevertreter, die einzigen, die in Kastilien auf den Tagungen der Stände erscheinen, werden von Philipp durch Drohungen oder Versprechungen kirre gemacht. Die städtische Autonomie ist verkürzt durch das Recht des Königs, Richter und Polizeibeamte zu ernennen. Die alte freie Verfassung Aragons wird von Philipp mit roher Gewalt zertrümmert. In den italienischen Provinzen, Mailand,

Neapel, Sizilien regieren spanische Vizekönige mit fast unbegrenzter Macht und mit grausamer Härte. Der Versuch dagegen, sein System auch den an Unabhängigkeit gewöhnten Niederlanden aufzudrängen, endigt für Philipp II. tragisch.

Sein Leitgedanke aber, dem auch diese absolutistische Politik dienen muß, ist die habsburgische Universalmonarchie. Der dynastische Ehrgeiz, dieser stärkste Trieb der Habsburger, steigert sich bei Philipp II. geradezu ins Phantastische. Für die Erhaltung und Mehrung der Größe seines Hauses ist ihm kein Opfer zu schwer, kein Wagnis zu groß. Für den Götzen der Hausmacht läßt er erbarmungslos seine Völker bluten. Durch die Eroberung Portugals 1580 dehnt er seine Herrschaft über die ganze Halbinsel aus, gewinnt er zu den spanischen Besitzungen in der neuen Welt das riesige portugiesische Kolonialreich in Brasilien und Ostindien hinzu. Philipp opfert Millionen, um die Niederlande, dieses wichtigste Glied seines Machtsystems nicht zu verlieren. Er kämpft in England und Frankreich für die Sache seiner Dynastie nicht minder eifrig als für die Kirche, nimmt die Throne beider Reiche für sich und seine Nachkommen in Anspruch. Über ganz Westeuropa soll Habsburgs Banner siegreich sich entfalten.

Philipps Einfluß ergreift auch die deutsche Linie seines Hauses. Die drei Söhne des Kaisers Maximilians II. (1564—1576), Rudolf, Ernst und Albrecht werden am spanischen Hof erzogen, in spanischem Geist gebildet. Mit Rudolf II. beginnt in Deutschland die Gegenreformation. Ernst und Albrecht dienen Philipp II. als Werkzeuge seiner niederländischen Politik.

Inmitten dieses weltumspannenden Getriebes sitzt der König wie die Spinne im Netz. Nicht wie sein kaiserlicher Vater zieht er selbst ins Feld, verbringt er einen großen Teil seines Lebens auf der Wanderschaft, sucht er den persönlichen Kontakt mit seinen Völkern aufrechtzuerhalten. In der Stille seines Kabinetts, von den Schlössern in Madrid, Aranjuez, vom Escorial, der von ihm erbauten, riesigen Klosterresidenz aus, lenkt er die politische Maschinerie. Seine Methoden sind Heuchelei, brutale Gewalt, Meuchelmord. Seinen eigenen Sohn, Don Carlos, über dessen Charakter das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, der aber jedenfalls dem Vater gefährlich scheint, treibt er in den Tod. Auf das Haupt Wilhelms von Oranien, des Führers des niederländischen Freiheitskampfes, setzt er einen Preis.

Mörderisch in ihren Mitteln, ausschweifend in ihren Zielen mußte diese Politik, welche die edelsten Instinkte der Menschenbrust, Freiheitstrieb und religiöse Überzeugung mit Füßen trat, schließlich dem Widerstand der ganzen Welt erliegen und das Wohl der Völker, die verflucht waren, ihr zu dienen, unter ihren Trümmern begraben.

Philipps II. erster Erfolg war der glückliche Abschluß des Kampfes um Italien. Der 1555 neuerdings aufgeflammte Krieg mit Frankreich und dem Papst wurde zum Vorteil Habsburgs beendigt, Paul IV. zum Verzicht auf seine Befreiungspläne genötigt. Die Franzosen erhielten im Frieden von Cateau-Cambrésis (1559) zwar Calais wieder, das seit dem hundertjährigen Krieg noch in englischem Besitz stand, mußten dagegen Savoyen räumen, Korsika den Genuesen zurückgeben. Die Vermählung Philipps mit Elisabeth von Valois, der Tochter Heinrichs II., sollte den Frieden zwischen beiden Mächten besiegeln. Habsburgs Vorherrschaft auf der Apenninenhalbinsel war für lange Zeit gesichert. Der Schwerpunkt der habsburgischen Politik, der unter Karl V. im Süden geruht hatte, wurde von Philipp II. nach Westeuropa verlegt. Dort trat dem spanischen Herrscher zuerst die politische und religiöse Erhebung der Niederlande entgegen.

Die Lande zwischen Rhein, Maas und Schelde bildeten seit Ausgang des 14. Jahrhunderts einen wesentlichen Bestandteil des Herzogtums Burgund, gingen durch die Vermählung Maximilians mit Maria, der Tochter Karls des Kühnen, nach hartem Kampf mit Frankreich in den Besitz des Hauses Habsburg über. Bei der Abdankung Karls V. fielen sie Philipp II. zu. Durch ihre geographische Lage und als Brennpunkt des kapitalistischen Wirtschaftslebens wurden die Niederlande die kräftigste Stütze habsburgischer Weltpolitik. Von hier aus konnte der spanische Einfluß in England und Frankreich am leichtesten geltend gemacht werden. Mit den Abgaben seiner niederländischen Untertanen bestritt Karl V. den größten Teil seiner Kriegskosten. Das Deutsche Reich gab ihm wenig. Die Einkünfte aus den italienischen Besitzungen wurden schon an Ort und Stelle verausgabt. Spanien bewilligte zwar fleißig Subsidien, konnte sich aber mit den Leistungen der reichen Niederlande nicht vergleichen. Im Jahre 1546 schätzte der venetianische Botschafter Navagero die Summe, die der Kaiser in den letzten 20 Jahren von dort bezogen habe, auf insgesamt 20 Millionen in Gold. Aber nicht nur durch ihre Steuerkraft boten diese Lande ihm einen kräftigen Rückhalt. Dort lag ja auch der große Geldmarkt Antwerpen, wo Karl V. seine Anleihen unterbrachte, für welche die Steuern und Vorschüsse der niederländischen Städte und Provinzen als Deckung dienten.

In ihrem politischen Verhältnis zur Krone Spanien genossen die Niederlande unter Karl V. ein hohes Maß von Unabhängigkeit. Ihre staatliche Formation war noch nicht abgeschlossen. Die eigentümliche Struktur dieses Gemeinwesens erklärt sich aus der Geschichte seiner Entstehung. Die einzelnen Fürstentümer, aus denen es zusammengewachsen war, hatten beim Übergang an die burgundische Herrschaft ihre eigentümlichen Landesverfassungen behalten. Die Herzoge herrschten in jedem Land auf Grund eines besonderen Rechtstitels. Jedes der Territorien hatte

von Alters her seine Privilegien, die der Herrscher beim Regierungsantritt bestätigen mußte. Überall gab es Landstände mit dem Recht der Steuerbewilligung. Die Burgunderherzoge waren mit Erfolg bemüht gewesen, dieses Länderkonglomerat in einen straff monarchischen Einheitsstaat umzuformen. Der Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der fürstlichen Gewalt und den Freiheiten der Länder ist das Kernproblem der niederländischen Verfassungsgeschichte im 15. und 16. Jahrhundert.

Das von den Burgundern geschaffene zentralistische System, das nach dem Tode Karls des Kühnen (1477) am Widerstand der Provinzen zusammengebrochen war, wurde von Karl V. wieder aufgerichtet und ausgebaut. Seit 1531 finden wir in den „Conseils collatéraux“, dem „Staatsrat“ für die politischen Angelegenheiten, dem „Geheimen Rat“ für die Justiz, dem „Finanzrat“ die Organe einer nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung eingerichteten, fürstlichen Zentralverwaltung. Die schon in burgundischer Zeit entstandenen provinziellen Gerichts- und Finanzbehörden wurden von Karl weiter ausgebildet und vermehrt. Durch sie reichte der monarchische Einfluß tief in die einzelnen Länder hinein. Auch auf militärischem Gebiet wirkte die zentralistische Tendenz. Die von Karl dem Kühnen gebildeten „Ordonnanzkompanien“, eine Art stehenden Heeres, wurden von Karl V. beibehalten und vermehrt. Aus den Edelleuten sämtlicher niederländischer Gebiete rekrutiert halfen auch sie den Zusammenhang der einzelnen Länder fördern.

Schließlich wurden sogar die im 15. Jahrhundert aufgekommenen Generalstände („Generalstaaten“) dem Prinzip der Zentralisation dienstbar. Aus Abordnungen der Provinzialstände gebildet, eigentlich nur eine Vielheit von Landesparlamenten, waren sie ursprünglich ein Hort provinziellen Sondergeistes gewesen. Unter Karl V. wurden sie mehr und mehr ein fester Bestandteil der Staatsmaschine. Je häufiger sie berufen wurden, desto mehr wurden sich die Länder auch ihrer gemeinsamen Interessen bewußt, lernten sie sich als Glieder eines Staatskörpers fühlen. An der Spitze der Gesamtregierung standen in Vertretung der meist abwesenden Herrscher seit 1507 die mit ausgedehnten Befugnissen versehenen Regentinnen oder Generalstatthalterinnen, zuerst Maximilians Tochter Margarete von Österreich, dann die Schwester Karls V., Maria von Ungarn. Das Recht der Thronfolge in den einzelnen Territorien, früher auf verschiedenen Rechtsgrundlagen beruhend, wurde von Karl V. durch die „Pragmatische Sanktion“ (1549) einheitlich geregelt. Daß dieses Gesetz, das mit alten Rechten brach, in den gesamten Niederlanden ohne Widerstand angenommen wurde, beweist den Fortschritt des Einheitsgedankens.

Wenn so die niederländische Entwicklung durch die burgundischen und habsburgischen Herrscher in zentralistischem Sinn gelenkt wurde, so

blieben doch noch starke Reste der alten Länderfreiheit, nicht unwesentliche Beschränkungen des Einheitsstaates übrig. Die Länder wachten eifrig über ihre Rechte und Freiheiten, die Karl V. so viel als möglich zu schonen suchte. Die selbständigen Stadtregierungen, obwohl seit Ausgang des 15. Jahrhunderts stark im Niedergang, waren doch noch keineswegs bedeutungslos. Die Provinzialstatthalter befanden sich in einer fast unabhängigen Stellung.

Unter dem Einfluß der monarchisch-zentralistischen Politik hatte sich ein lebendiges Gesamtbewußtsein, eine Art von niederländischem Patriotismus entwickelt. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurden die Niederlande als „Vaterland" bezeichnet. Dieses patriotische Gefühl, im hohen Adel besonders kräftig ausgebildet, war sehr empfindlich gegen Eingriffe von außen. Konnten solche aber unter einer landfremden Dynastie ausbleiben?

Der heikle Punkt im Verhältnis der Niederländer zu ihren Fürsten lag darin, daß die Habsburger nicht völlig mit dem Lande verwachsen waren. Die Niederlande machten nur einen freilich höchst wertvollen Teil ihrer durch die ganze Welt verstreuten Besitzungen aus und wurden einer Politik dienstbar gemacht, für die dem Volke das Verständnis abging. Karl V. hatte diesen Gegensatz zu mildern verstanden. Im Lande geboren und erzogen, im Anfang seiner Regierung von einheimischen Räten geleitet, galt er seinen niederländischen Untertanen stets als einer der ihrigen, der ihre besondere Art verstand, von dem sie sich manches gefallen ließen. Gewiß hat Karl V. die Niederlande nicht geschont, wenn seine politischen Zwecke es forderten, aber dafür auch ihre Rechte nicht unterdrückt, ihren Unabhängigkeitssinn geachtet. Die Lande wurden unter ihm nur von Einheimischen verwaltet. Philipp II. zerstörte mit plumper Hand dieses gute Verhältnis. Kein persönliches Band verknüpfte ihn mit den „pays de par deça" (den „jenseitigen Landen"). Nach dem Rücktritt Karls hatte er wohl einige Jahre dort zugebracht, aber durch seine steife, kalte Grandezza bei dem auf einen anderen Ton gestimmten Volk keine Sympathien erworben. Im Jahre 1559 verließ er die Niederlande, um sie nicht mehr zu betreten. So wurde er dort ein Fremder. Aber sein Hauptfehler war doch, daß er mit der vorsichtigen Praxis seines Vaters brach. Ohne Achtung vor den alten Rechten wollte er aus den noch immer an ein hohes Maß von Selbstregierung gewohnten Niederlanden eine spanische Satrapie machen. Da seine Politik in Westeuropa ihr Hauptfeld fand, so mußte ihm alles daran liegen, die Niederlande mit ihren reichen Hilfsmitteln ganz in seine Gewalt zu bringen. Fremden wollte er die Verwaltung übertragen, seine finanziellen Ansprüche an das schon bei Karls Abdankung stark verschuldete Land steigerte er ins Ungemessene. Dazu trat mit der Verdrängung des Luthertums durch den kampflustigen Calvinismus die Verschärfung des reli-

giösen Gegensatzes. Philipps Herrschsucht und Glaubenseifer forderten die Niederlande zum politischen und kirchlichen Kampfe heraus.

Als die rechte Verkörperung des spanischen Systems erschien der Bischof von Arras, Antoine Perrenot de Granvella, den Philipp II. als vornehmsten Ratgeber der von ihm zur Generalstatthalterin ernannten Herzogin Margarete von Parma nach den Niederlanden geschickt hatte. Granvella, der später zum Erzbischof von Mecheln und zum Kardinal aufrückte, ein schlauer, vielerfahrener Diplomat, fühlte sich, als Sohn der Franche-Comté, zu keiner Nation gehörig, wollte nichts sein als der getreue Knecht seines Fürsten und — seines eigenen Vorteils. Bald führte er allein das Regiment in den Niederlanden. Blindlings folgte die Statthalterin seinem Einfluß. Die höchsten Behörden, Staatsrat, Finanzrat, Geheimer Rat, hatten nichts mehr zu sagen.

Diese den Landesprivilegien zuwiderlaufende Herrschaft des Fremdlings weckte tiefe Erbitterung, die durch kirchliche Maßregeln des Königs noch gesteigert wurde. Philipp II. hatte bei seiner Abreise die strengste Durchführung der früheren Ketzeredikte befohlen und erhöhte 1559 die Zahl der niederländischen Bistümer von 6 auf 14. Die neuen Prälaten wurden vom König im Einverständnis mit dem Papst ernannt, aber nicht wie bisher aus den adeligen Familien, sondern aus den Doktoren und Lizentiaten der Theologie — ein neuer Schlag gegen die Privilegien des Adels! Diese Bischöfe sollten die Ketzerverfolgung mit erhöhtem Nachdruck betreiben und zugleich auf den Provinziallandtagen, wo sie Sitz und Stimme hatten, den Anhang des Königs verstärken. Die Neuerung war verhaßt als Anschlag gegen die Freiheiten des Landes und galt als Vorbotin der gefürchteten spanischen Inquisition.

Zum Wortführer der Opposition machte sich der Herrenstand, die Oberschicht des Adels, dessen Mitglieder durch das Übergewicht Granvellas zu einer nichtssagenden Rolle im Staatsrat verurteilt waren. Unter der Führung einiger Großwürdenträger, des Prinzen Wilhelm von Oranien, des Grafen Egmont, eines guten Feldherrn, aber unbedeutenden Politikers, der Grafen von Bergen und Hoorn forderten sie vom König kategorisch die Entfernung Granvellas, den die öffentliche Meinung als den Vater aller Übel bezeichnete, und erklärten bis dahin dem Staatsrat fernbleiben zu wollen. Um den drohenden Sturm zu beschwören, gab Philipp nach. Die Verwaltung der Niederlande war durch die Opposition des Adels lahmgelegt, die Stände von Brabant verweigerten die weitere Auszahlung einer schon bewilligten Steuer, in einzelnen Provinzen regten sich calvinistische Unruhen: im März 1564 verließ Granvella das Land.

Bisher war die Bewegung noch maßvoll verlaufen, sie hatte sich nicht gegen den König selbst, nur gegen seinen Vertreter gerichtet. Das reli-

giöse Moment war hinter dem politischen zurückgetreten. Der Sturz des Kardinals bedeutete indes kaum einen Ruhepunkt im Streit. Die siegreichen Herren wollten ihren Erfolg krönen, indem sie der Wiederkehr des Systems Granvella vorzubeugen suchten, eine politische Neuordnung erstrebten. Alle Regierungsgewalt sollte in den Staatsrat verlegt, eine Art Adelsrepublik eingerichtet werden, der spanische Absolutismus in den Niederlanden ein für allemal Tür und Tor verschlossen finden.

Aufs wuchtigste aber schiebt sich jetzt die religiöse Frage in den Vordergrund. Der an die Stelle des zahmeren Luthertums getretene Calvinismus reißt das Land in die Revolution hinein, treibt es in einen unversöhnlichen Gegensatz zu seinem spanischen Oberherrn. Obwohl in verschwindender Minderheit entwickelten die Neugläubigen doch einen Mut und eine Tatkraft, an der sich die Verfolgung brach. Trotzig und herausfordernd traten sie den geistlichen und weltlichen Oberen entgegen, sie erklärten sich für verpflichtet, die „Abgötterei“ zu bekämpfen, um sich des Reiches Gottes würdig zu erweisen, nahmen für sich das Recht in Anspruch, sich gegen die Obrigkeit zu empören, falls diese sich gegen das Wort Gottes auflehne. Verharrte der König diesen streitbaren Elementen gegenüber auf seinen Grundsätzen, dann stand der Religionskrieg vor der Türe. Scharenweise flüchteten sich die Verdächtigen in die Nachbarländer, besonders nach England, verpflanzten dorthin ihren Gewerbefleiß. Der Glaubenszwang bedrohte die Niederlande mit dem wirtschaftlichen Ruin.

Vergeblich suchten die Herren der unheilvollen Strenge des Königs Einhalt zu tun. Im Februar 1565 wurde Egmont nach Madrid gesandt, um eine Reform des Staatsrates, die Einberufung der Generalstaaten und die Milderung der Ketzeredikte zu erlangen. Philipp II. erklärte, lieber hunderttausendmal sterben, als die geringste Änderung der Religion dulden zu wollen. Er verweigerte die politischen Reformen und befahl die Aufrechterhaltung der Edikte in ihrer strengsten Form. Durch seine Unnachgiebigkeit bewirkte Philipp den Zusammenschluß aller Gegner des spanisch-katholischen Regimes. Der niedere Adel, nicht mehr der Herrenstand, erscheint jetzt als treibende Kraft. Ende 1565 bildeten Edelleute beider Bekenntnisse aus den vlämischen und wallonischen Provinzen, meist Mitglieder der Ordonnanzkompanien, ein „Kompromiß“ zur Abwehr der Inquisition, erzwangen im März des folgenden Jahres von der machtlosen Regentin die Milderung der Edikte und legten sich den Namen der „Geusen“ (gueux), „Bettler“ bei — eine Bezeichnung, deren Sinn nicht völlig aufzuklären ist.

Die Bewegung war ausgegangen vom Herrenstand und hatte sich dann in die Kreise des niederen Adels fortgepflanzt. Jetzt ergriff sie auch die Massen, deren Radikalismus die gemäßigte Politik der Adeligen überwältigte. In der hereinbrechenden religiösen Sturmflut wurden die politischen Streit-

punkte begraben. Aufgereizt von den calvinistischen Pastoren hielt das Volk die der Statthalterin abgepreßten Zugeständnisse für gleichbedeutend mit völliger Religionsfreiheit. An vielen Orten wurde jetzt öffentlich der reformierte Gottesdienst abgehalten. Und im August 1566 entlud sich der aufgespeicherte Fanatismus in einem verheerenden Bildersturm.

Die Leidenschaft der Massen zerstörte die Verbindung zwischen Katholiken und Protestanten, zerriß das Tafeltuch zwischen Spanien und den Niederlanden. Das eingeschüchterte katholische Bewußtsein erwachte wieder. Margarete konnte gegen Geusen und Calvinisten zu den Waffen greifen und behielt die Oberhand. Dringend empfahl sie dem König, gegen die Besiegten Milde walten zu lassen. Philipp II. aber gab nur den Empfindungen des Hasses und der Rache Raum. Den Bildersturm konnte er nicht vergeben. Die beleidigte Kirche sollte Sühne empfangen, die Freiheit der Niederlande zerbrochen werden. An Stelle der allzu nachgiebigen Margarete erschien nun im Lande Herzog Alba, ein eiserner Kriegsmann und unbarmherziger Ketzerfeind, um an der Spitze einer spanischen Heeresmacht das Strafgericht zu vollziehen.

Mit dem Erscheinen Albas beginnt der 42jährige Heldenkampf der kleinen Niederlande mit dem spanischen Koloß. Die geographische Beschaffenheit ihres Landes, dem das Wasser ein mächtiges Verteidigungsmittel bot, kam den Niederländern zu Hilfe. Ihre Hauptstärke aber lag in moralischen Momenten, in der heroischen Glaubenstreue der calvinistischen Minderheit, der Freiheitsliebe des Volkes, das von seinen alten Privilegien nicht lassen wollte, in der Erbitterung über die spanische Gewaltherrschaft, die blindwütend den Wohlstand des Landes verdarb, deren zügellose Schergen Leben und Eigentum des Bürgers mit Vernichtung bedrohten. Es kam den Niederlanden zustatten, daß in England damals der Protestantismus zum Siege gelangt war, daß Frankreich in seinem alten Gegensatz zu Spanien verharrte. Von beiden Nachbarreichen war, wenn auch keine allzu kräftige Unterstützung, doch wenigstens keine Feindschaft zu erwarten, während das Deutsche Reich, von dem die Niederlande noch nicht gänzlich getrennt waren, in seiner Gesamtheit neutral blieb. Schließlich aber war Spanien selbst, wie sich später zeigen wird, trotz seinen scheinbar unerschöpflichen Hilfsquellen innerlich schon nicht mehr gesund genug, um einem kleinen, aber kraftvollen Gegner auf die Dauer die Spitze zu bieten.

Albas Aufgabe war, die Niederlande unter das spanische Joch zu beugen, die Ketzerei dort mit Stumpf und Stiel auszurotten. Er setzte einen „Rat der Unruhen“ ein, vom Volke „Blutrat“ genannt, einen außerordentlichen Gerichtshof, der, die Landesprivilegien gröblich mißachtend, in

summarischem Verfahren Ketzer und Aufrührer zum Schafott, zum Galgen oder Scheiterhaufen verdammte, ihre Güter konfiszierte. Am 5. August 1568 fielen in Brüssel die Häupter Egmonts und Hoorns. Gegen dieses Schreckensregiment erhob sich Wilhelm von Oranien, der Statthalter von Holland, Seeland und Utrecht, der durch rechtzeitige Flucht dem Tode entgangen war, als Organisator des Widerstandes. Aber sein schnell zusammengerafftes Heer wurde von Alba zum Rückzug genötigt, ohne daß das eingeschüchterte Volk ihn unterstützt hätte. Nach diesem Erfolg schritt der Herzog zur Aufrichtung jenes kirchlichen und politischen Systems, das die Freiheit der Niederlande begraben sollte. Die schon 1559 neu errichteten Bistümer traten jetzt endlich ins Leben. Alba plante die Errichtung von Zitadellen und legte Truppen in die Städte. Die Regierung wurde gänzlich hispanisiert, die Aufhebung der bestehenden Rechte und Bräuche ins Auge gefaßt, ein neues Strafgesetzbuch erlassen. Endlich aber legte Alba die Axt an die Wurzel der Volksfreiheiten durch eine neue Art der Besteuerung. Nach spanischem Muster erpreßte er von den Generalständen als einmalige Steuer den 100. Pfennig (1 %) vom Wert aller beweglichen und unbeweglichen Güter, als bleibende Auflagen den 10. Pfennig (10%) vom Wert aller beweglichen, den 20. Pfennig (5 %) vom Wert aller unbeweglichen Güter. Diese Übertragung des spanischen Steuersystems brachte mit einem Schlag das ganze Erwerbsleben der Niederlande zum Stocken. Nach Albas Rechnung sollte der König nun der Mühe überhoben sein, den Niederlanden Zuschüsse zu leisten, vielmehr sollte jetzt ihr ganzer Reichtum dem spanischen Staatsschatz zufließen. Ein verhängnisvoller Irrtum! Die Steueredikte, die das Steuerbewilligungsrecht der Stände und damit die letzte Schutzwehr gegen den spanischen Despotismus tatsächlich aufhoben, dem Wohlstand des Landes eine tödliche Wunde schlugen, entfesselten eine Sturmflut, die zuerst den Herzog Alba, schließlich die spanische Herrschaft überhaupt hinwegschwemmte.

Die „Wassergeusen“, kühne, aus den verschiedensten Elementen sich rekrutierende Piraten, die Meer und Küste unsicher machten, nahmen am 1. April 1572 die kleine Seestadt Briel und gaben damit für Holland und Seeland das Zeichen zum Abfall. Und nun tritt die Persönlichkeit Wilhelms von Oranien beherrschend auf die Szene. Als Feldherr nicht immer glücklich, war er doch ein unbeugsamer, vorbildlicher Charakter, ein Politiker von hohem Ideenflug. Sein Leitgedanke war die Begründung des unabhängigen niederländischen Einheitsstaates. In der gegenseitigen Duldung der Katholiken und Protestanten erkannte er die Grundlage seiner Politik. Aus persönlicher Überzeugung und aus politischer Notwendigkeit erhob er sich in einer von religiösen Leidenschaften wildbewegten Zeit zur Idee der Toleranz. Am 19. Juli 1572 wurde der Prinz von Holland, See-

land, Utrecht und Friesland als Statthalter des Königs, zugleich als Beschirmer des ganzen Landes „in Abwesenheit Seiner Majestät" anerkannt, ihm der Oberbefehl zu Land und zur See übergeben. Obwohl tatsächlich schon in voller Empörung, sprachen die vier Provinzen doch noch nicht das trennende Wort. Oranien aber hauchte den nördlichen Niederlanden eine Widerstandskraft ein, an der Albas System in Trümmer ging. Haarlem konnten die Spanier erst nach siebenmonatlicher, opfervoller Belagerung bezwingen, von Alkmaar mußten sie abziehen. Ende 1573 verließ Alba das Land.

Nachdem die Politik des Herzogs nur Unheil angerichtet hatte, entschloß sich Philipp II. allzu spät zur Milde und Versöhnung. Die von dem neuen Statthalter Don Requesens in Aussicht gestellten Milderungen — Amnestie, Aufhebung des Rates der Unruhen, Zurücknahme der Steueredikte — machten keinen Eindruck. Auch die von Requesens mit Oranien gepflogenen Verhandlungen führten nicht zum Ziel. Immer weiter wurde die Kluft zwischen den abgefallenen Nordprovinzen und Spanien. Holland und Seeland übertrugen Wilhelm für die Dauer des Krieges die souveräne Gewalt, ließen aus ihren Verordnungen den Namen des Königs weg, boten auf Antrieb des Prinzen erst England, dann Frankreich die Souveränität oder das Protektorat über beide Provinzen an.

Der Einfluß Oraniens wirkte aber auch auf die noch treugebliebenen südlichen Provinzen, wo infolge der Plünderungen der unbezahlten spanischen Söldner, des Stillstandes von Handel und Gewerbe gleichfalls schon eine drohende Gärung entstanden war. Leicht faßte in dem aufgeregten Lande die im Kreise des Prinzen verbreitete Anschauung Boden, „daß die Fürsten um ihrer Untertanen willen geschaffen und eingesetzt werden, nicht aber die Untertanen um der Fürsten willen". Die Brabanter Stände forderten (18. April 1576) in Madrid nachdrücklich die Einberufung der Generalstände zur Wiederherstellung des Friedens und zur Wiedereinführung der alten Vorrechte und Privilegien „gemäß der Verpflichtung, die sie Eurer Majestät gegenüber und Eure Majestät ihnen gegenüber übernommen habe". Landesrecht und Glaubensfreiheit gegenüber Absolutismus und Gewissenszwang — das ist der Sinn des großen Kampfes! Am 5. September wurde der ohnmächtige Staatsrat, der nach Requesens Tod (März 1576) die Regierung führen sollte, in Brüssel gefangen gesetzt — eine Frucht der oranischen Agitation. Die bald darauf zusammentretenden Generalstaaten beteuerten zwar ihre Treue gegen die katholische Religion und ihren angestammten Herrn, verlangten aber die Beseitigung der auf ihnen lastenden Zwingherrschaft, den Abzug der spanischen Truppen. Sie wagten es also, ihrem Herrn Bedingungen zu stellen.

Die Ausschreitungen des Feindes kamen den Werbungen des Prinzen zu Hilfe. Die Plünderung Antwerpens durch die meuternden spanischen

Söldner half die Brücke schlagen zwischen Nord und Süd. Am 28. Oktober 1576 wurde von den Vertretern der Generalstaaten gemeinsam mit den Ständen Hollands und Seelands die Genter Pazifikation aufgerichtet. Beide Teile schlossen einen festen Friedensbund, gelobten Gut und Blut einzusetzen zur Vertreibung der spanischen Soldaten und der übrigen Ausländer. Die Generalstaaten sollten in derselben Weise berufen werden, wie bei der Abdankung Karls V., um die Landesangelegenheiten, besonders die Religionsfrage zu ordnen. Der Prinz sollte bis auf weiteres in Holland und Seeland der Statthalter Seiner Majestät bleiben. Der Bund der nördlichen und südlichen Niederlande gegen die spanische Tyrannei war geschlossen. Die Einheitspolitik Wilhelms konnte sich eines bedeutsamen Erfolges rühmen. Offenbar aber hatte die Oranische Partei für den Augenblick ihren radikalen Absichten entsagt, den Gedanken an gänzliche Lostrennung zurückgestellt und sich mit dem treugebliebenen Süden dahin geeinigt, den König von Spanien noch weiter als ihren Herrn anzuerkennen, wenn er das Land von den Ausländern befreie, sich eine Beschränkung seiner Herrschaft durch die Generalstände gefallen lasse.

Von Geld entblößt, seiner Truppen nicht sicher, mußte Philipp II. einstweilen auf den politischen Teil seines Programms verzichten. Der neue Generalstatthalter der Niederlande, des Königs Halbbruder Don Juan d'Austria, der Sieger von Lepanto, erkannte durch das „Ewige Edikt“ (1577) die Genter Pazifikation an. Jedoch sollte der katholische Gottesdienst überall, also auch in Holland und Seeland, bestehen bleiben. Es war somit Aussicht vorhanden auf einen sich selbst regierenden niederländischen Einheitsstaat unter loser spanischer Oberhoheit.

Das „Ewige Edikt“ brachte aber nur einen kurzen Scheinfrieden, und die zu Gent besiegelte Einheit der Nord- und Südprovinzen hatte keinen Bestand. Oranien drängte zu völliger Losreißung von Spanien. Die Calvinisten konnten sich nimmer mit dem „Ewigen Edikt“ einverstanden erklären, das die Erhaltung der katholischen Religion bestimmte. Dieser oranisch-protestantischen Politik, die sich vor allem auf die Advokaten und Gelehrten stützte, in den Städten, besonders Brüssel und Gent, heftige demokratische Instinkte zu entfesseln wußte, traten die katholisch und spanisch gesinnten Kreise des Adels und der städtischen Aristokratie in den Weg. Der Gegensatz wurde sofort offenkundig, als der Kampf mit Spanien wieder ausbrach. Gereizt durch die unbotmäßige, argwöhnische Haltung der Niederländer, bemächtigte sich Don Juan der Zitadelle von Namur (24. Juli 1577) und gab damit dem Prinzen den erwünschten Vorwand zum Krieg. Oraniens Anhänger erzwangen dessen Berufung nach Brüssel, seine Bestellung zum „Ruwart“ (Beschützer) von Brabant. Der katholisch-wallonische Adel aber, eifersüchtig auf die Führerrolle des Prinzen, erschreckt durch die im

Gefolge der oranischen Politik auftretenden demokratischen Wallungen, setzte es durch, daß die Generalstaaten den Erzherzog Matthias, den Bruder Kaiser Rudolfs II., zum Statthalter erwählten. Dieser Schritt schien den Anhängern Spaniens und der katholischen Kirche den vollen Erfolg zu verbürgen. Die Erhebung des deutschen Habsburgers mußte den niederländischen Katholiken genugtun und konnte vielleicht auch Philipp II. genehm sein. Den Bestrebungen des Prinzen wurde damit der Boden entzogen. Oranien aber wußte diesen Streich aufs geschickteste zu parieren. Um die Katholiken nicht abzustoßen, fügte er sich zwar in die Berufung des Erzherzogs, drängte aber durch das Gewicht seiner Persönlichkeit den unbedeutenden Habsburger so in den Hintergrund, daß er beim Volke nur des Prinzen „Schreiber" hieß. Im Fortgang des Kampfes waren die Spanier erfolgreich. Don Juan vernichtete bei Gembloux das Heer der Generalstaaten. Die Unterwerfung des Südens schien bevorzustehen. Da kam Rettung vom Ausland. Der eifrig calvinistische Pfalzgraf Johann Kasimir führte ein mit englischen Subsidien bezahltes Hilfsheer herbei. Wieder stellte der katholische Adel dem Prinzen einen Rivalen entgegen, den Bruder des Königs von Frankreich, den Herzog Franz von Anjou, den die Generalstaaten als „Verteidiger der niederländischen Freiheit" annahmen. Oranien aber wußte den französischen Prinzen ebenso unschädlich zu machen wie den Habsburger. Don Juan sah sich durch das militärische Übergewicht des Gegners mattgesetzt. Der Sieger von Lepanto starb am 1. Oktober 1577 als gebrochener Mann.

Während die Niederländer in der Abwehr des Feindes glücklich waren, setzte ein wütender Glaubenshaß die durch die Genter Pazifikation gewonnene, aber durch die erwähnten politischen und sozialen Gegensätze ohnehin schon gelockerte Einheit vollends aufs Spiel. Seit dem Ende der siebziger Jahre machte der Calvinismus kräftige Fortschritte, wurde der Gegensatz zwischen den Religionsparteien unversöhnlich. Die Katholiken verweigerten den Calvinisten, diese den Katholiken die geforderte Freiheit der Religionsübung. Besonders Gent wurde der Mittelpunkt einer hitzigen, calvinistisch-demokratischen Bewegung, die hier und in anderen Städten Flanderns das katholische Wesen beseitigte. Vergebens suchte Oranien dem Wüten der Parteien Einhalt zu tun. Der von ihm angeregte Religionsfrieden wurde von den calvinistischen Eiferern verworfen. Es ist die Tragik im Leben Wilhelms von Oranien gewesen, daß er die religiösen Gegensätze nicht zu bezwingen vermochte, daß er mit seinem Toleranzideal zu früh kam. Seine Bemühungen um ein friedliches Nebeneinanderleben beider Kirchen untergrub nur seine Popularität, machte ihn in beiden Lagern verdächtig. Der konfessionelle Hader vereitelte Oraniens Unionspolitik, ebnete dem Spanier in den südlichen Provinzen den Weg.

Zum Nachfolger Don Juans war Alexander Farnese ernannt worden, der Sohn der einstigen Statthalterin Margarete von Parma. Er vereinigte mit den Feldherrngaben Albas und Don Juans die höchste diplomatische Gewandtheit. Oranien erhielt an ihm einen kongenialen Gegner, die spanische Sache einen Vertreter, welcher aus der in den Niederlanden herrschenden Verwirrung Vorteil zu ziehen verstand. Alexanders Versuche, unter den Aufständischen eine Spaltung hervorzurufen, fanden den günstigsten Boden. Haß gegen die Ketzer, Mißgunst gegen Oranien, Abscheu vor der immer kühner ihr Haupt erhebenden städtischen Demokratie trieben die wallonischen Provinzen zum Abfall von der gemeinsamen Sache, führten sie schließlich zu Spanien zurück. Am 6. Januar 1579 schlossen die Stände von Artois, Hennegau und Douai die Union von Arras. Sie erklärten, im Hinblick auf die Untergrabung des katholischen Glaubens an eine Unterwerfung unter den König denken zu müssen. Die protestantischen Provinzen antworteten wenige Tage darauf mit der Union von Utrecht (23. Januar 1579). Ihr gehörten neben Holland und Seeland die Provinzen Utrecht, Geldern, Friesland, Overyssel und Groningen, sowie die protestantischen Städte Flanderns, Gent, Brügge und Ypern an. Später traten auch Antwerpen, Lier und Breda bei. Der Zweck des Bundes war der mit allen Kräften zu führende Kampf gegen die Tyrannei. In Arras lautete die Losung: Frieden!, in Utrecht: Krieg! Doch wurde vom Süden aus noch ein Versuch gemacht, die Genter Pazifikation zu retten. Die wallonischen Provinzen stellten den Generalstaaten die Vorteile eines allgemeinen Friedens vor Augen. Doch müsse in diesem die „Erhaltung der katholischen Kirche einbegriffen sein“. Vergebens war die Bitte der Generalstaaten, über der Religionsfrage doch den Kampf gegen den gemeinsamen Feind nicht zu vergessen. Am religiösen Gegensatz zerbrach die Einheit der Niederlande. Am 17. Mai 1579 schlossen die wallonischen Provinzen mit Alexander Farnese den Frieden zu Arras. Die spanische Oberhoheit wurde wieder anerkannt, jedoch unter harten Bedingungen. Die spanischen und alle anderen ausländischen Soldaten hatten binnen sechs Wochen das Land zu verlassen. Alle Privilegien traten wieder in Kraft. Der Statthalter der Niederlande sollte in Zukunft ein Sproß aus königlichem Geblüt sein. Der Hof, der Staatsrat, die wichtigsten Behörden sollten mit „eingeborenen Landeskindern“ besetzt, die Steuern wie unter Karl V. von den Ständen bewilligt werden.

Der Friede von Arras ist ein Sieg der niederländischen Freiheit über die Regierungsgrundsätze Philipps II. Alles, was den gesamten Niederlanden in den Tagen Granvellas und Albas entrissen worden war, die Statthalterschaft eines königlichen Prinzen, die Geltung der alten Rechte, die Regierung durch Einheimische, das Steuerbewilligungsrecht der General-

staaten — alles erhielten sie zurück. Sie sollten regiert werden, wie unter Karl V.

Der Friede von Arras zerriß aber auch endgültig die durch die Genter Pazifikation bekräftigte Einheit der Niederlande. Am Felsenriff der Glaubensfrage war die Unionspolitik Oraniens gescheitert, das alte burgundische Reich war nun in zwei Hälften geschieden, deren jede fortan ihren eigenen geschichtlichen Weg gehen sollte. Das Ergebnis des großen Kampfes war mit den Unionen von Arras und Utrecht entschieden. Die folgenden Ereignisse haben nichts mehr daran ändern können. Die südlichen Niederlande halten am Katholizismus fest, bleiben noch durch Jahrhunderte mit dem Hause Habsburg verbunden. Die nördlichen Provinzen setzen den Kampf mit Spanien um ihre politische und religiöse Freiheit fort, entwickeln sich zu einem republikanischen Gemeinwesen, das in Weltpolitik und Weltwirtschaft zu einer großen Stellung aufsteigen sollte.

Zunächst freilich hatte der junge nordniederländische Staat harte Proben seiner Lebensfähigkeit zu bestehen. Geldmangel, Zuchtlosigkeit der Truppen, Streitigkeiten zwischen den einzelnen Provinzen lähmten seine Kraft. Oranien hielt die Niederlande für verloren ohne Hilfe des Auslands. Darum knüpfte er von neuem die Verbindung mit Anjou, der ihm die Unterstützung Frankreichs vermitteln sollte. Die Generalstände nahmen den Herzog als Fürsten der Niederlande an, jedoch auf eine Art, die ihm nur eine Scheinsouveränität gewährte, ihm aber schwere Pflichten auferlegte. Nach der Wahl des neuen Landesherrn sprachen die Generalstände endlich die Absetzung Philipps II. aus (22. Juli 1581). Es fehlte nicht an Gründen der Rechtfertigung für diesen äußersten Schritt. Nach der — wie wir sahen — auch in den Niederlanden verbreiteten Anschauung der Zeit verdankte der Fürst seine Macht dem Willen des Volkes. Mißbrauchte er sie, so hatten die Untertanen das Recht, ihm seine Gewalt zu entziehen. Den eifrigen Calvinisten erschien es als Gewissenspflicht, einen Herrscher abzusetzen, der ihren Glauben unterdrücken wollte.

Die Berufung Anjous war für beide Teile eine schwere Enttäuschung. Als Franzose und als Katholik war er den Niederländern verdächtig. Die erwartete französische Hilfe blieb aus. Nach dem gescheiterten Versuch, durch einen Anschlag auf Antwerpen sich zum wirklichen Herrn des Landes zu machen, war die Rolle Anjous in den Niederlanden ausgespielt. Heinrich III. von Frankreich lehnte die ihm von den Generalstaaten angebotene Souveränität aus Furcht vor einem Krieg mit Spanien ab. Während Frankreich versagte, traf die Niederlande der schwerste Schlag. Wilhelm von Oranien, auf dessen Kopf Philipp II. einen Preis gesetzt hatte, fiel in Delft durch Mörderhand (10. Juli 1584). Der Mann war dahin, der

das Ideal eines freien niederländischen Gesamtreiches aufgestellt, seinem Volke vergeblich Toleranz gepredigt, nach der Lostrennung der südlichen Provinzen ungebrochenen Mutes die Kräfte des Nordens in der Utrechter Union zusammengefaßt, auch in den dunkelsten Tagen den Glauben an den endlichen Sieg nicht verloren hatte.

Während die zu Utrecht vereinigten Provinzen zu wirksamer Verteidigung ohnmächtig waren, vergeblich nach französischer Hilfe ausschauten, ihren großen Führer verloren, war im Süden Alexander Farnese mit zäher Energie von Erfolg zu Erfolg geschritten. Eine Stadt nach der anderen hatte ihm ihre Tore öffnen müssen. Die Übergabe Antwerpens (August 1585) besiegelte die Unterwerfung von Flandern und Brabant. Der ganze Süden war der spanischen Herrschaft wiedergewonnen.

Ohne Haupt und Führer, von innerer Auflösung bedroht, von den Spaniern aus immer größerer Nähe bedroht, suchten die Generalstaaten bei England die Hilfe, die ihnen Frankreich versagt hatte. Königin Elisabeth, damals selbst von einem spanischen Angriff bedroht, war zu mäßiger Unterstützung bereit, da sie die Niederlande nicht zur Flottenbasis Spaniens werden lassen durfte. Sie sandte 1586 ihren Günstling, den Grafen Leicester, mit 5000 Mann hinüber gegen Verpfändung der Städte Vlissingen, Rammekens und Briel. Leicesters Auftreten verlief für die Niederländer militärisch wertlos, politisch unerfreulich. Er verdarb es mit den holländischen Kaufherren, denen er den Handel mit dem Feind verbot. Im Felde erntete Leicester, von England ganz ungenügend unterstützt, nur Mißerfolge, vermochte das Näherrücken Farneses nicht aufzuhalten. Durch seinen Versuch, im Bunde mit Calvinisten und Demokraten das aristokratische Regiment der Generalstaaten zu stürzen, die volle Souveränität an sich zu reißen, grub er sich selbst das Grab. Der Angriff auf die Freiheit der Niederlande ist Leicester ebenso übel bekommen, wie früher dem Herzog von Anjou. Gedemütigt und verbittert verließ er 1587 das Land.

Vom Ausland war keine Hilfe gekommen. Da war es Philipp II. selbst, der den Bedrängten Luft machte, indem er seine Kräfte in gleichzeitigen gewaltigen Unternehmungen gegen England und Frankreich verzettelte. Er hielt es wohl für sicher, daß nach der Bezwingung der beiden großen Nachbarreiche der Zusammenbruch des niederländischen Aufstandes von selbst erfolgen müsse. Man hat es bezweifelt, ob Farnese auch mit ungeteilten Kräften der Niederlande je hätte Herr werden können. Aber jedenfalls hat Philipps Unersättlichkeit und Ruhelosigkeit dem großen Feldherrn die Möglichkeit des Sieges bedeutend geschmälert, die militärische Situation zugunsten der Aufständischen gewendet. England und Frankreich treten nun wieder in den Kreis unserer Betrachtung.

Das Wachsen und Werden des englisch-spanischen Gegensatzes haben wir zunächst zu verfolgen. Dieser Gegensatz war schon in den Persönlichkeiten der beiden Herrscher verkörpert — hier der unerbittliche Vorkämpfer der Gegenreformation, der Todfeind aller Ketzerei, dort die religiös indifferente, zu möglichst toleranter Behandlung von Andersgläubigen geneigte Königin. Aber beide Herrscher hatten Gründe, den Kampf zu vermeiden, oder doch möglichst lange hinauszuschieben. „Das Ziel, England der katholischen Kirche zurückzugewinnen und gleichzeitig an Spanien anzugliedern, blieb Philipp II. auch nach dem Tod Marias unverrückt bestehen." Er hat dabei nicht durchweg an kriegerische Mittel gedacht, die Hoffnung gehegt, Elisabeth zur Erkenntnis ihrer religiösen Irrtümer zu bringen. Die Ausführung seiner Pläne aber, gleichviel ob sie nun auf kriegerischem oder friedlichem Wege erfolgen sollte, schob er von Jahr zu Jahr hinaus. Die Gründe lagen teils in seinem schwer beweglichen Naturell, teils in der Gestaltung der europäischen Politik. Die Türkengefahr gestattete nicht die Entfernung der spanischen Flotte aus dem Mittelmeer. Vor allem aber mußte, besonders während der ersten Regierungsjahre Elisabeths, der traditionelle Gegensatz zu Frankreich Philipp II. zu einer freundlichen Politik gegenüber England nötigen. Ein Vorstoß gegen die Regierung Elisabeths hätte England dem französischen Rivalen Spaniens in die Arme getrieben. Herrschte aber Frankreich nördlich und südlich vom Kanal, dann war Gefahr für die isolierten, unruhigen Niederlande. Englands Freundschaft dagegen konnte Frankreich in Schach halten, den Besitz der Niederlande verbürgen. Den tief eingewurzelten Haß der Engländer gegen die Franzosen und die mit ihnen verbündeten Schotten zum eigenen Vorteil auszubeuten, war also ein Gebot der spanischen Politik.

Wie aber Spanien die Freundschaft Englands, so brauchte dieses aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die Freundschaft Spaniens. Ein Krieg beider Mächte hätte den blühenden Handel der Engländer nach den Niederlanden (vgl. Bd. V, S. 138) unterbunden. Heinrich VII. hatte seinen Sohn mit einer spanischen Prinzessin vermählt. Heinrich VIII. war mit dem Kaiser gegen Frankreich im Bunde gestanden. Fast wäre Philipp II. als Marias Gemahl König von England geworden. Gute Freundschaft mit dem Hause Habsburg erschien als beste Tudortradition, aber auch als das wirksamste Mittel, die beiden katholischen Mächte auseinander zu halten, sie zu verhindern, daß sie sich auf Grund ihrer gemeinsamen religiösen Interessen zum Schaden Englands miteinander verständigten.

So herrschte denn mehr als ein Dezennium zwischen Philipp II. und Elisabeth das beste Einvernehmen, war er der einzige Alliierte der Königin von England. Der König hat Elisabeths Thronbesteigung trotz ihren protestantischen Gesinnungen begünstigt: sonst wäre die englische Krone an

die junge Schottenkönigin Maria Stuart, die Gemahlin des späteren französischen Königs Franz II., gefallen, in deren Adern von ihrer Großmutter Margareta her Tudorblut floß. Es wäre ein für Spanien gefährlicher Dreibund England, Frankreich, Schottland entstanden. Philipp II. bewarb sich sogar um die Hand Elisabeths, holte sich freilich einen Korb. Er billigte es insgeheim, daß sie 1560 die calvinistischen Rebellen in Schottland gegen die dortige katholisch-französische Partei unterstützte. Die Franzosen sollten nicht in Schottland festen Fuß fassen; von dort aus hätten sie leicht den englischen Ansprüchen Maria Stuarts Kraft verleihen können.

Wären jedoch auf die Dauer freundliche Beziehungen möglich gewesen zwischen dem politischen Haupte der Gegenreformation und der Herrscherin, die, wenn auch mit behutsamer Hand, England endgültig von der römischen Kirche löste? Die Krisis mußte eintreten, sobald Elisabeth zur Sicherung ihres Thrones und des protestantischen Glaubens in England und zugleich gedrängt durch gewisse nationale Impulse, sich genötigt sah, ihre katholischen Untertanen schärfer anzufassen und die Kreise Spaniens immer empfindlicher zu stören. Eine Umwälzung in Schottland veränderte das Verhältnis der Königin zu den englischen Katholiken.

Seit Ausgang des Mittelalters hatten die englischen Könige auf kriegerischem oder friedlichem Wege die Vereinigung Englands und Schottlands erstrebt (vgl. Bd. V, S. 88). Zuletzt hatte noch Heinrich VII. durch die Vermählung seiner Tochter Margareta mit dem Schottenkönig Jakob IV. Stuart die Union anzubahnen gesucht, der die ihre Freiheit liebenden Schotten von jeher den schärfsten Widerstand entgegengesetzt hatten. Nunmehr nahm eine hochstrebende schottische Herrscherin, Maria Stuart, die Tochter Jakobs V., das großbritannische Problem von der Gegenseite her in Angriff. Sie und ihr Gemahl Franz II. von Frankreich nahmen Titel und Wappen von England an, ein Schritt, der zwischen Maria Stuart und Elisabeth tötliche Feindschaft säen mußte. Durch den Tod Franz II.' früh verwitwet kehrte Maria 1560 nach Schottland zurück. Die Zeitgenossen schildern sie als eine Frau von unwiderstehlichem Liebreiz, dabei klug und verschlagen, wie der schlaueste Mann, nur daß diese männlichen Züge bei ihr durch ein Übermaß von Phantasie und weiblicher Leidenschaft aufgewogen wurden. Während sie in Gedanken sich schon auf dem Throne Englands sah, verlor sie durch eine Kombination von Schuld und Verhängnis ihr eigenes Reich und erlitt schließlich den schmählichsten Tod.

Auch die Geschichte Schottlands unter Maria Stuart ist ein Abbild des religiösen Gegensatzes, der seit den sechziger Jahren sich über Europa auszubreiten begann. Inmitten einer der calvinischen Lehre leidenschaftlich zugetanen, von Papistenhaß glühenden Bevölkerung mußte die junge Königin, obwohl eine treue Tochter der römischen Kirche, doch zuerst im

Anschluß an die protestantische Partei ihre Stellung zu behaupten suchen, ihrem Halbbruder, dem Grafen von Murray, einen eifrigen Calvinisten, den ersten Platz nächst dem Thron einräumen. Maria aber verstand sich gar schlecht mit dem geistigen Haupte der schottischen Calvinisten, dem Prediger John Knox, der in Schottland die Rolle seines Genfer Herrn und Meisters zu spielen suchte. Während Maria den Katholizismus wenigstens als Hofreligion anerkannt sehen wollte, in ihrer Hofkapelle die Messe lesen ließ, strömte Knox von Verfolgungseifer gegen die Katholiken über und erklärte die Messe für „die größte Abgötterei, so je erwachsen, seit daß die Erde bestand".

Um sich diesem protestantischen Druck zu entziehen und zugleich Elisabeth zur Anerkennung ihres Anspruchs auf die Krone Englands zu zwingen, vermählte sich Maria Stuart 1565 mit dem katholischen Lord Heinrich Darnley, der von Mutterseite her von den Tudors abstammte und dessen Familie bei den englischen Katholiken in hohem Ansehen stand. Diese Ehe, die Elisabeth vergeblich zu hindern suchte, bedeutete die volle Umkehr Marias zur katholischen Sache, sollte ihren englischen Plänen dienen. Ein Aufstand Murrays und seiner Genossen, welche die katholische Reaktion und den Bruch mit England zu verhüten trachteten, wurde niedergeschlagen. Der Einfluß ihres piemontesischen Sekretärs David Riccio verleitete die leidenschaftliche Fürstin zum Mißbrauch ihres Sieges, zur Verleihung der konfiszierten Rebellengüter an die Bischöfe, zu einer das Volk empörenden Freigabe des römischen Kultus.

Der Gegenstoß ließ nicht lange auf sich warten. Eine Gruppe von calvinistischen Großen verband sich mit Darnley, der sich von Riccio um seinen politischen Einfluß gebracht sah und in seinen ehelichen Rechten verletzt glaubte. Im Angesicht Marias wurde der Italiener am 9. März 1566 ermordet. Der Arm ihres neuen Günstlings, des Grafen Bothwell verschaffte der beleidigten Königin die grausamste Rache. Darnley wurde von Bothwell und seinen Mitverschworenen in Edinburg in die Luft gesprengt. Maria Stuart nahm den Mörder zum Mann (Mai 1567), doch ist ihr Anteil an der Schreckenstat nicht völlig erwiesen.

Die Ermordung des Gatten und die Verbindung mit seinem Mörder wurden Maria Stuarts Verhängnis, raubten ihr Thron und Freiheit, zwangen die nun völlig Entwurzelte, sich in die Arme ihrer schlimmsten Gegnerin zu werfen. Kurze Zeit nach der Untat zu Edinburg war Maria die Gefangene der protestantischen Lords im Schloß Lochleven. Ihr junger Sohn Jakob VI. wurde auf den Thron erhoben, der aus England zurückgekehrte Murray übernahm für ihn die Regentschaft und vernichtete bei Langside die Truppen der aus der Haft entkommenen Königin. Maria flüchtete (1568) nach England, wo sich ihr Geschick erfüllte.

Als Besiegte betrat Maria Stuart den englischen Boden, bald war sie eine Gefangene. Um vor ihren Umtrieben sicher zu sein, setzte Elisabeth die Rivalin in Haft. Aber eben was vermieden werden sollte, das geschah. Der Name Maria Stuarts wurde zum Kampfruf für die englischen Katholiken und schließlich für die katholische Welt. Der Norden Englands empörte sich unter Führung altgläubiger Adeliger, um die Schottenkönigin zu befreien. Auch in Schottland selbst erhoben sich von neuem die Anhänger Marias. Der Papst heiligte die Empörung durch seine Autorität. Pius V. bannte Elisabeth und verbot dem englischen Volke, ihr Gehorsam zu leisten.

Seit dem Eingreifen des Papstes herrschte Kriegszustand zwischen den Angehörigen beider Kirchen Englands. Die Religion war jetzt nach den Wort Lord Burleighs eine Frage der Untertanentreue geworden, Schonung der Römlinge erschien als Verbrechen am Staat. Und wenn auch Elisabeth noch immer Mäßigung bewahrte, die öffentliche Meinung forderte um so stürmischer den Kampf gegen die Feinde des wahren Glaubens und der rechtmäßigen Herrscherin. Das Parlament faßte scharfe Beschlüsse gegen die Katholiken und Maria Stuart.

Bei dieser Lage der Dinge mußte England zu den beiden katholischen Hauptmächten, zum Papsttum und zu Spanien in immer schärferen Gegensatz geraten. Gregor XIII. setzte den von seinem Vorgänger begonnenen Kampf mit noch umfassenderen Mitteln fort. Er organisierte eine geistliche Propaganda zur Entfachung des Glaubenskrieges. In Rom selbst wurde unter Leitung der Jesuiten ein eigenes Kollegium gestiftet zur Ausbreitung der katholischen Lehre in England. In dieser Anstalt, wie in den Seminarien von Douay und Rheims wurde eine Schar von Priestern im glühenden Haß gegen „die ruchlose Jesabel“ erzogen. Diese geistlichen Sendboten erschienen jenseits des Kanals, um die kirchlich-politische Bewegung im Gang zu halten. Päpstliche und spanische Söldner sollten nach dem Willen Gregors in England einfallen, um Elisabeth zu stürzen, Maria Stuart welche die Gattin Don Juans werden sollte, auf den Thron zu erheben. Der Papst förderte einen Aufstand der Iren, in denen Glaubens- und Nationalhaß mit gleicher Stärke brannten.

Aber nicht die Kurie, der doch die nötige Heeresmacht mangelte, nicht das nach Karl V. wieder in Bedeutungslosigkeit versunkene Kaisertum, auch nicht das in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vom Bürgerkrieg zerfleischte Frankreich war Englands gefährlichster Gegner, sondern Spanien. Der Konflikt zwischen Philipp II. und Elisabeth hat sich lange vorbereitet, um schließlich mit furchtbarer Gewalt loszubrechen.

Ein Krieg mit Spanien wäre in England damals sehr populär gewesen. Die Grundzüge des Nationalcharakters waren, wie später gezeigt werden

soll, schon ausgebildet, der Zug zur See, der Trieb, den Welthandel an sich zu reißen, in fremden Erdteilen Fuß zu fassen, war erwacht. Diesen Tendenzen der Nation stand nun aber Spanien mit seiner großen Seemacht, seinem ausgedehnten Kolonialbesitz, seinem Anspruch auf das Monopol des Handels in Ost- und Westindien im Wege. Gegen diesen Konkurrenten führten die Engländer im Zeitalter Elisabeths unter stillschweigender Billigung der Regierung einen erbarmungslosen, für sie höchst ertragreichen Kleinkrieg. Es gab unter ihnen Leute genug, die nach Abenteuern dürsteten, nach Handelsgewinn und Seeraub Verlangen trugen. Kühne Freibeuter, wie John und William Hawkins, Francis Drake unternahmen Raubfahrten nach den Küsten des spanischen Mutterlandes und nach seinen Kolonien, fingen spanische Schiffe weg und brachten reichste Beute heim. Sie spotteten der feindlichen Flotte, boten dem mächtigsten Herrscher der Christenheit offenkundig Trotz. Die Piraterie war die Schule der englischen Maxime. Religiöser Eifer nicht weniger als gemeine Raublust bildete den Stachel zu diesen Unternehmungen. Es schien den englischen Piraten als ein heiliges Werk, den verruchten Götzendienern so viel Schaden zu tun als nur möglich. Die Spanier rächten sich, indem sie gefangene englische Handelsleute und Matrosen in den Kerkern der Inquisition schmachten ließen. Religiöse und wirtschaftliche Motive trafen zusammen, um den Spanier in den Augen jedes rechten Engländers zum Nationalfeind zu stempeln.

Elisabeth ist diesen populären Strömungen nur zögernd gefolgt. Gewiß waren ihr die kirchlichen und politischen Tendenzen Spaniens unheimlich. Ihr freieres religiöses Empfinden mußte sich abgestoßen fühlen von dem blutdürstigen Fanatismus Philipps, der in der ganzen Welt die Ketzerei niederstampfen wollte. Die Königin mußte sich sagen, daß der Spanier, wenn er seine Herrschaft in den Niederlanden befestigt, in Frankreich aufgerichtet habe, auch nach Englands Freiheit greifen werde. Das Schicksal des festländischen Protestantismus war auch das Schicksal ihres eigenen Reiches. Wo immer daher ihre Glaubensbrüder in Not sind, steht sie ihnen bei, wo immer sich Gelegenheit findet, den Spaniern Abbruch zu tun, hat die Königin sie benutzt. Sie hilft 1560 den schottischen Protestanten. Wir werden sie später zugunsten der französischen Hugenotten eingreifen und auf die antispanischen Tendenzen des französischen Hofes eingehen sehen. Vor allem aber behält sie die Niederlande im Auge. Den von dort kommenden Flüchtlingen gewährt sie bereitwilligst Aufnahme, legt auf die für Alba bestimmten Subsidien Beschlag, unterstützt die Wassergeusen, sendet Leicester den Bedrängten zu Hilfe. Jene Piratenzüge, die den Spaniern materiell und moralisch den schwersten Schaden taten, hat Elisabeth offiziell verurteilt, insgeheim begünstigt, am Gewinn sich selber beteiligt.

Aber alle diese Aktionen haben doch nur die Abwehr, nicht den Angriff zum Zweck. Der offene Krieg mit Spanien wird, solange als es geht, vermieden. Es sollen nur die Schwierigkeiten des Gegners vermehrt, es soll ihm nur möglichst viel Blut abgezapft werden, damit er zum Angriff auf England nicht Zeit und Kraft finde. Elisabeth handelt nicht aus großen Prinzipien, sondern nur um der eigenen Sicherheit willen. Nur in bedingtem und beschränktem Sinn kann sie als Beschützerin des Protestantismus gelten. Obwohl seit 1563, wo die Piratenzüge beginnen, tatsächlich der Kriegszustand zwischen England und Spanien besteht, schreckt die Königin vor dem Endkampf zurück, weil ihr, der Begründerin der anglikanischen Staatskirche, das engere Bündnis mit den extremen Calvinisten der Niederlande widerstrebt, weil sie die großen Kriegskosten scheut, die nur auf dem ihr unsympatischen Wege der parlamentarischen Bewilligung hätten aufgebracht werden können.

Aber auch Philipp II. trug allzuschwer an der Last des niederländischen Krieges, später auch seines portugiesischen Unternehmens, war zu sehr von der Sorge beherrscht, England auf die Seite Frankreichs zu drängen, um vorzeitig an die Waffen zu appellieren. Er hat eine lange Reihe von Demütigungen, Herausforderungen und Schädigungen ertragen, ehe er sich zum Kampf mit England auf Leben und Tod entschloß. Jahrzehntelang bestand zwischen England und Spanien gemäß den damals noch weniger scharf abgegrenzten völkerrechtlichen Begriffen „ein Mittelding zwischen Krieg und Frieden“. Aber gerade die defensive Taktik Elisabeths, den Feind durch unausgesetzte Behinderung und Schädigung vom Angriff abzuhalten, mußte schließlich das Gegenteil bewirken. Das schwer gereizte Spanien schritt zu den schärfsten Gegenmaßregeln und schließlich zum offenen Krieg.

Seit Beginn der achtziger Jahre sehen wir den Entscheidungskampf unaufhaltsam näher rücken. Der spanische Gesandte in London, Don Bernardino di Mendoza steht im Mittelpunkt umfassender Pläne. Der Papst, in dessen Auftrag jesuitische Agenten in England hetzen, das französische Geschlecht der Guise, das an der Ausrottung der Ketzerei mächtig arbeitet, Schottland, wo eben die katholische Partei am Ruder ist, sollen vereint mit Spanien und den englischen Katholiken einen vernichtenden Schlag gegen die Ketzerkönigin führen. Philipp II. rüstet zu einer Landung in England. Maria Stuart, von Kerker zu Kerker geschleppt, krank am Körper, aber ungebrochenen Geistes, webt aus ihrem Gefängnis eifrig an dem Netz mit, in dem die Gegnerin sich verstricken soll. Philipp aber zögert. Die Pläne kommen zur Kenntnis der englischen Regierung. Mendoza wird ausgewiesen, der diplomatische Verkehr zwischen London und Madrid abgebrochen.

Von beiden Seiten geschieht alles, um den Ausbruch des Kampfes zu beschleunigen. Im Jahre 1585 geht Leicester nach den Niederlanden, zur selben Zeit unternimmt Francis Drake, der kühnste unter den englischen Freibeutern, neue erfolgreiche Raubfahrten. Philipp II. aber denkt daran, England durch den Herzog von Parma von den Niederlanden aus erobern zu lassen, entweder für sich selbst oder für die Infantin Isabella, die mit dem Erzherzog Ernst vermählt werden soll. Die englischen Katholiken spinnen im Einverständnis mit Maria Stuart Mordpläne gegen Elisabeth, deren Entdeckung die schottische Königin ins Verderben stürzt. Am 8. Februar 1587 stirbt Maria durch Henkershand.

Ihr tragisches Ende führte den lang verzögerten Krieg zwischen England und Spanien herbei. Philipp II. wollte Rache nehmen für die Schmach, die durch Marias schimpflichen Tod der katholischen Sache widerfahren war, zugleich aber für all das Üble, das er selbst seit langem von England hatte erdulden müssen. Mit der ganzen Zähigkeit seiner Natur verbiß er sich in dieses Vorhaben. Wichtiger selbst als die Unterwerfung der nördlichen Niederlande, wozu Farnese einen guten Anlauf genommen hatte, erschien ihm der Sturz der Gegnerin, die Beugung Englands unter sein kirchliches und politisches Machtgebot. Rom schürte den Kampfeseifer des katholischen Königs, erklärte zum zweitenmal Elisabeth ihres Thrones entsetzt. Ungeheure Mittel bot Philipp II. zu ihrer Vernichtung auf. Eine Flotte von 130 Riesenschiffen, besetzt mit 30000 Streitern, wurde ausgerüstet. Parma, dem die Mittel zur energischen Fortsetzung des niederländischen Krieges verweigert wurden, sollte gleichfalls sein Heer zur Überfahrt bereit halten. Ein Kriegsschatz von sieben Millionen Dukaten wurde gebildet.

Philipp II. aber stieß auf ein innerlich und äußerlich aufs beste gerüstetes England. Die rebellische Haltung der Katholiken, die Bannflüche des Papstes und das Treiben der geistlichen Agitatoren, die Anschläge gegen das Leben der Königin, die Empfindung, daß für England eine Schicksalsstunde angebrochen sei — all dies schmiedete die protestantische Mehrheit der Nation aufs engste mit ihrer Herrscherin zusammen, steigerte ihren Opfersinn und ihren Kampfesmut aufs höchste.

Schon 1584 nach dem Scheitern der Pläne Mendozas war unter stärkster Beteiligung ein Verein gegründet worden, dessen Mitglieder sich durch ihre Unterschrift verpflichten mußten, jede Person, die gegen Elisabeths Leben etwas unternehmen oder zu deren gunsten solches versucht oder unternommen würde, bis auf den Tod zu verfolgen. Zur Unterstützung der noch kleinen Kriegsmarine wurden aus privaten Mitteln 163 armierte Schiffe aufgebracht. Neben dieser Flotte, die an Tonnenzahl hinter der spanischen zurückstand, ihr aber an Manövrierfähigkeit, Qualität der Mannschaft und der Artillerie überlegen war, standen 60000 Mann Miliztruppen zur Ver-

teidigung bereit. Ein glänzender Triumph lohnte dieses Kräfteaufgebot. Die geschickten und kühnen Manöver der Engländer im Verein mit den aufgeregten Elementen vernichteten Spaniens „unbesiegliche Armada“ (Sommer 1588). Die riesigen Opfer Philipps II. an Geld, Menschen und Schiffsmaterial waren umsonst gebracht. Seine kühnsten Hoffnungen lagen auf dem Meeresgrund begraben. England aber bekam durch die Schwächung der spanischen Seemacht den Weg über die Meere frei, rettete die Völker des Abendlandes vor einem Übergewicht Spaniens. Indem es sich selbst verteidigte, erwies es der Sache des Protestantismus und der Freiheit Europas einen unermeßlichen Dienst.

Wie notwendig wären die Gelder, Schiffe und Menschen, die Philipp für den Kampf gegen England geopfert hatte, ihm in den Niederlanden gewesen, wo in diesen Jahren die Kriegführung Alexander Farneses ins Stocken kam. Und doch kann Philipp trotz den jüngsten bitteren Erfahrungen es nicht lassen, sich neben der Bezwingung der Niederlande noch ein weiteres großes Ziel zu stecken, den Krieg nach zwei Fronten fortzusetzen. Zwei Jahre nach der Katastrophe der Armada rücken spanische Truppen aus den Niederlanden in Frankreich ein, wo Philipp II. die Frucht dreißigjähriger religiös-politischer Wirren für sich zu ernten hofft.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre hatte die calvinistische Bewegung trotz harter Verfolgung in Frankreich eine stattliche Zahl von Anhängern gewonnen und sich kirchlich organisiert. Der Tod Heinrichs II. (1559), ihres grausamen Peinigers, schuf den Protestanten im ersten Augenblick noch keine Erleichterung. Unter seinem jugendlichen Nachfolger Franz II. (1559/60) geriet die Staatsverwaltung in die Hände des lothringischen Hauses Guise, dessen Mitglieder alle nach Macht und Reichtum gierig waren, in der Verteidigung des wahren Glaubens ihre höchste Ehre erblickten. Mit gleicher Strenge wie der verstorbene Herrscher gingen die Guise gegen die Protestanten vor. Diese aber, die bisher die Verfolgungen geduldig ertragen hatten, hielten es nun für ihr Recht, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Mit unzufriedenen Edelleuten im Bunde zettelten sie eine Verschwörung an zum Sturz der landfremden Usurpatoren. Der Plan schlug fehl, schon holten die Guise zu neuen Schlägen gegen die Protestanten aus, die jetzt den Namen „Hugenotten“ führten. Da bereitete der Tod Franzens II. (1560) ihrer Macht ein Ende.

Unter Katharina von Medici, der Gemahlin Heinrichs II., die nun für den unmündigen Karl IX. (1560—1574) die Regentschaft übernahm, durften die Neugläubigen eine Zeitlang freier atmen. Der lebenskräftige, anspruchsvolle Protestantismus forderte von der Regentin Rücksicht, erschien ihr als ein

wertvoller Bundesgenosse gegen den Ehrgeiz der Guise. Im Herbst 1561 soll es in Frankreich schon mehr als 2000 reformierte Gemeinden gegeben haben. Schon verbindet sich die religiöse Tendenz mit politischen Reformbestrebungen. Auf der Ständeversammlung zu Orléans 1560 verlangen Adel und dritter Stand eine durchgreifende Reform der Kirche auf einem freien Nationalkonzil, der dritte Stand sogar Kultusfreiheit für die Ungläubigen. Beide Stände aber fordern auch Besetzung der Ämter und Gerichte durch Wahlen, periodisch wiederkehrende Ständeversammlungen, ohne deren Bewilligung keine Auflage erhoben, kein Krieg erklärt werden soll. Die Kirchengüter sind zu verkaufen, aus dem Erlös die Schulden des Königs zu decken. Also eine neue Verfassung des Staates und der Kirche soll geschaffen werden. Diese Forderungen wiederholen sich in den nächsten Jahrzehnten, werden erst nach Jahrhunderten zur Wirklichkeit.

Dieser aufstrebenden Macht des Hugenottentums näherte sich nun Katharina von Medici. Sie ist nicht die Teufelin in Menschengestalt gewesen, als die sie wohl in der populären Fantasie lebt. Wenn sie in der Politik zu verwerflichen Mitteln greift, so weicht sie damit von der Lehre und Praxis ihrer Zeit kaum ab. Das Ärgste, was sie getan, die Niedermetzelung der Protestanten in Paris, hat sie unter dem Zwang selbstgeschaffener Not verübt. Obwohl eine korrekte Katholikin, ist sie doch frei von Fanatismus, behandelt die religiöse Frage rein als politisches Problem. Sie möchte sich der Hugenotten als Stütze gegen die Partei der Guise bedienen und versucht es daher mit einer Politik der Duldung und Versöhnung, deren Denkmal das Januaredikt von 1562 ist. Dieses Edikt, das den Hugenotten stets als die Grundfeste ihrer Freiheiten galt, gab ihnen Gewissens- und eine reichlich bemessene Kultusfreiheit, sicherte ihre staatsbürgerliche Existenz.

Aber war eine solche mit Zugeständnissen und Vermittlungsversuchen arbeitende Politik in einem Reiche, dessen König sich den „Allerchristlichsten" nannte, wo Staat und Kirche aufs engste miteinander verknüpft waren, auf die Dauer möglich? Konnte sie aufrecht erhalten werden einem Volke gegenüber, dessen gewaltige Mehrheit fanatisch am alten Glauben hing? Die Unversöhnlichkeit der dogmatischen Gegensätze, die sich auf dem Religionsgespräch zu Poissy (1561) herausstellte, der Haß der Parteien machten die friedlichen Absichten der Medicäerin zunichte. Das Blutbad, das Herzog Franz von Guise 1562 unter der reformierten Gemeinde zu Vassy anrichtete, war der Anfang der Religionskriege, die, von beiden Seiten mit gleicher Grausamkeit geführt, Frankreich in ein Meer des Blutes versenkten, eine allgemeine Staatskrise heraufbeschworen. Die monarchische Autorität schwebte nicht minder in Gefahr als die kirchliche, wurde durch radikalste Tendenzen der Stände bedroht, die selbst wieder Werkzeuge mächtiger adeliger Parteiführer waren. Im letzten Grunde war der Bürgerkrieg, wie

man richtig gesagt hat, ein Kampf hugenottischer und katholischer Adelsparteien, an deren Spitze die Namen Coligny und Guise erscheinen. Zwischen ihnen schwankte das Königtum haltlos hin und her. Diese Verwirrung gefährdete aber auch die staatliche Selbständigkeit Frankreichs. Hugenotten und Katholiken suchten Verbindungen mit dem Ausland. Spaniens Polypenarme griffen, von der inneren Zwietracht begünstigt, nach der französischen Krone. Innere und äußere Feinde schienen sich zum Untergang des Reiches verschworen zu haben.

Die drei ersten Religionskriege (1562/63, 1567—68, 1568—76) waren, wie Ranke sagt, die Antwort des protestantischen Geistes auf das Unternehmen Albas in den Niederlanden. Päpstliche und englische Subsidien, deutsche, schweizerische und spanische Söldner wirkten hüben oder drüben mit. Aufs neue errangen sich die Hugenotten ihr Daseinsrecht. Das Edikt von St. Germain (8. August 1570) gewährte ihnen, ähnlich wie das von 1562, Gewissens- und beschränkte Kultusfreiheit und räumte ihnen vier starke Festungen als Sicherheitsplätze ein.

Noch bedeutendere Aussichten aber schienen sich in diesem Augenblick dem Protestantismus inner- und außerhalb Frankreichs zu eröffnen. Der französische Hof versöhnte sich mit den Hugenotten, näherte sich den protestantischen Mächten, um auf allen Linien den Kampf gegen Habsburg zu erneuern. Philipp II. mochte bis dahin die Ereignisse in Frankreich mit geteilten Empfindungen begleitet haben. Jeder Erfolg der Hugenotten mußte die niederländischen Rebellen ermutigen. Dagegen konnte die Schwächung Frankreichs durch innere Zwietracht für die spanische Weltpolitik nur vorteilhaft sein. Jedenfalls hat Philipp während der ersten Religionskriege die katholische Partei in Frankreich durch Wort und Tat ermutigt. Bei der Zusammenkunft Katharinas und ihres Sohnes mit Philipps Gemahlin Elisabeth zu Bayonne 1565 ließ er die Königinmutter durch Herzog Alba dringend zur Ausrottung der Ketzerei in ihrem Reiche auffordern. Doch behielt, wie wir sahen, die französische Religionspolitik ihre gemäßigte Richtung noch bei.

Mit welchen Gefühlen mußte nun aber Philipp II. zusehen, als nach 1570 das Königtum in Frankreich sich mit den Hugenotten förmlich verbrüderte, unter ihrem Antrieb die ganze protestantische Welt gegen Spanien mobil zu machen suchte. Schon jetzt machte sich in Frankreich der Einfluß der „Politiker“ geltend, der Partei der gemäßigten Katholiken, denen das Heil und die Größe ihres Vaterlandes so viel wert war als die Glaubenseinheit. In dem jungen König Karl IX. regte sich ein brennender Tatendurst, den er durch die Eroberung Mailands und Navarras löschen

wollte. Katharina selbst war verstimmt gegen Philipp II., der sich gegen gewisse Heiratsprojekte der Königin spröde gezeigt hatte. Die Erwägung, daß Frankreich sich nicht im Bürgerkriege verbluten dürfe, wenn es seinem Gegner Spanien und dessen unersättlichen Machtplänen gewachsen bleiben solle, hatte mit zum Frieden von St. Germain geführt. Jetzt drängte der Gedanke des Kampfes gegen Habsburg einen Augenblick alles andere zurück. Der Admiral Coligny, ein Haupt der Hugenotten, wurde des Königs Freund und allmächtiger Ratgeber. Ludwig von Nassau, der Bruder Oraniens, fand gleichfalls am Hof die freundlichste Aufnahme. Der Admiral und er suchten den König zur Einmischung in den Niederlanden zu bestimmen, deren Preis die Gewinnung Flanderns sein sollte. Französisch-hugenottische Truppen wirkten entscheidend mit, um den Spaniern die Stadt Bergen zu entreißen. Nach allen Seiten streckte Frankreich seine Fühler aus: mit Elisabeth von England wurde ein Bündnis geschlossen, wurden Ehepläne gesponnen. Mit den deutschen Protestanten wurde verhandelt. Katharina träumte von einer Kaiserwahl ihres Sohnes. Alle Kraft seines Wollens richtete Coligny aber auf den Krieg mit Spanien. Er dachte daran, in Amerika protestantische Kolonien zu pflanzen. Eine umfassende antihabsburgische Koalition schien im Werden zu sein.

Und doch war das Ganze nicht mehr als eine flüchtige Konstellation. Die deutschen Lutheraner verhielten sich ablehnend gegen die französischen Kalvinisten. Elisabeth mißgönnte Frankreich die Erwerbung Flanderns. Die Hauptwiderstände aber lagen bei Katharina. Durfte sie es wirklich zum Kriege mit Spanien kommen lassen, das trotz der niederländischen Verwicklung noch immer über gewaltige Hilfsquellen verfügte, dessen Ansehen durch den Sieg der Lepanto soeben noch gesteigert worden war? Durfte sie einer Politik freien Lauf lassen, die das französische Königtum in Widerspruch brachte mit den Empfindungen der übergroßen Mehrheit des Volkes, mit der ganzen katholischen Welt? Die Politik des Admirals war der Königin ebenso zuwider, wie sein unbegrenzter Einfluß auf ihren Sohn. Sie beschloß, den gefährlichen Mann aus dem Wege zu räumen. Ein Attentat, das sie im Einverständnis mit den Guise gegen ihn verüben ließ, mißglückte. Der Admiral wurde nur verwundet, nicht getötet. Von der Rache der Hugenotten bedroht, faßte nun Katharina den Plan, sich ihrer Feinde auf einen Schlag zu entledigen. Die Gelegenheit war günstig, da sich zur Vermählung der Königstochter Margarete mit Heinrich von Navarra zahlreiche Hugenotten in Paris eingefunden hatten. Angst und Rachgier der Königin rissen den schwachen Karl IX. mit fort, verbündeten sich mit dem Fanatismus und der Raublust des Pariser Pöbels. In der Bartholomäusnacht vom 23./24. August 1572 raste der Mord durch die Gassen der Hauptstadt und bald durch das ganze Land. Coligny und Tausende seiner Anhänger

wurden hingeschlachtet. Die Greuel der „Barthélemy" sind nicht die vorbedachte Tat des Fanatismus, sondern ein ruchloser Akt der Notwehr.

Das Blutbad hat aber die Widerstandskraft der Hugenotten nicht erstickt. Wenn auch eine Anzahl ihrer Führer in der Mordnacht gefallen war, wenn auch die protestantische Bourgeoisie feiger Nachgiebigkeit das Wort redete, die Massen, angefeuert von ihren Predigern, waren entschlossen, in der Verteidigung ihres Glaubens auszuharren. Im Westen und Süden flammte der Kampf von neuem empor. Die Hugenotten erhielten Verstärkung durch den Anschluß der „Politiker", die jetzt wieder hervortraten, deren Ideal das friedliche Zusammenleben beider Konfessionen war. Die vereinigten Parteien gaben sich eine gemeinsame Organisation mit fester Ordnung der Justiz-, Finanz- und Militärsachen. Inmitten der katholischen Monarchie erhob sich eine protestantische Republik. Wieder verband sich mit der religiösen die politische Opposition, der Abscheu vor dem Königtum, das die Bartholomäusnacht auf dem Gewissen hatte. Das Regiment der Italienerin und ihres das Land ausbeutenden Anhangs erschien als fluchwürdige Tyrannei. Über dem Recht des Königs, so lehrten kühne Schriftsteller („Monarchomachen", Monarchenbekämpfer), stehe das Recht des Volkes. Hugenotten und Politiker forderten die Einberufung der Stände und andere politische Reformen.

Vor der geschlossenen Macht der Gegner, denen Johann Kasimir von der Pfalz deutsche Hilfsvölker zuführte, wich Heinrich III. (1575—1589), der Nachfolger des 1574 verstorbenen Karls IX. zurück. Das Edikt von Beaulieu (Mai 1576) gewährte den Protestanten das Recht zur Ausübung ihres Kultus im ganzen Reich außer in Paris und dessen nächster Umgebung, Zulassung zu allen Ämtern, eine Reihe von Sicherheitsplätzen. Bei Religionsprozessen sollten die Parlamentskammern gleichmäßig aus Angehörigen beider Bekenntnisse besetzt werden. Es war das Höchste, was die Hugenotten bisher ereicht hatten.

Aber schon hatte auch der Katholizismus begonnen, seine Kräfte zu sammeln. Die Stärke der Protestanten lag in ihrer Organisation. Sie machte es der kleinen Minderheit möglich, sich gegen die erdrückende Mehrheit siegreich zu behaupten. Nach dem Vorbild des Gegners fingen nun auch die Katholiken an, sich parteimäßig zu organisieren. Heinrich von Guise — dieses machtbegierige, glaubenseifrige Geschlecht tritt jetzt wieder in den Vordergrund — schritt zur Gründung der „Liga" (1576) zum Schutz der katholischen Religion, aber auch zur Beschränkung der königlichen Gewalt durch die Generalstände, zur Wiederherstellung der alten provinziellen Freiheiten. Die politische Opposition ergriff nun auch die streng katholischen Kreise

Das Elend der öffentlichen Zustände schrie zum Himmel. Seit Heinrich II. hatte Frankreich keinen kräftigen Herrscher mehr gehabt: Franz II. war ein kurzlebiger, von den Guise bei Seite geschobener Schattenkönig gewesen, Karl IX. ohne Sinn für die Staatsgeschäfte, nur seinen Liebhabereien lebend, ewig am Gängelband seiner Mutter, Heinrich III. ein weibischer Ästhet, stark nur in seinem katholischen Empfinden, ganz von seinen schamlosen Günstlingen, den „Mignons" beherrscht. Der Hof war in Koterien gespalten, das Volk stöhnte unter der Last der Steuern, unter der Geißel des Bürgerkrieges. Kein Wunder, wenn das monarchische Gefühl dahinschwand, wenn die Selbstherrlichkeit der Krone angegriffen wurde, das Gefüge des Staates sich zu lockern drohte. Die literarische Erörterung politischer Fragen durch Angehörige beider konfessioneller Parteien ist ein besonderes Merkmal dieser Periode. In den Schriften der „Monarchomachen" wurde die Volkssouveränität gepredigt, von einem Vertrag zwischen Volk und König gesprochen, der Tyrannenmord für berechtigt erklärt. Provinzen und Städte verlangten ihre alten Freiheiten zurück. Aus dem Gewirre des Parteienkampfes stieg, wenn auch schwankend und unklar, die Idee des Ständestaates empor. In der politischen Literatur jener Tage wurde der trostlosen, geknechteten Gegenwart mit kühner Färbung der historischen Wahrheit das Bild des alten freien Frankreich gegenübergestellt, wo die Souveränität bei den drei Ständen gewesen sei. Wie schlecht kannten doch diese Monarchomachen die Geschichte ihres Landes! Fast immer waren die Stände — die Episode Etienne Marcels abgerechnet — mehr eine Stütze, als eine Schranke der Monarchie gewesen (Bd. V, 92. 98). Seit mehr als einem Jahrhundert waren sie fast in Vergessenheit geraten. Jetzt sollten sie wieder einen ständigen Faktor im Staatsleben bilden, mit einer nie besessenen Machtfülle ausgestattet werden. Die eifrigen Verteidiger des Glaubens waren zugleich die Feinde des starken Königtums, der von den großen französischen Herrschern des Mittelalters mühsam aufgebauten Staatseinheit. Durch die französische Revolution des 16. Jahrhunderts geht ein reaktionärer Zug. Sie sucht ihre Ideale in einer fernen Vergangenheit. Hinter allem aber steht der persönliche Ehrgeiz der Guise, die — wenigstens nach der Behauptung der Hugenotten — als angebliche Nachkommen Karls des Großen an Stelle der entnervten Valois den Thron besteigen wollten. In der Ständeversammlung zu Blois (1576) wurden die religiösen und politischen Forderungen der katholischen Partei zum Ausdruck gebracht. Die Versammlung zeigte ein ganz anderes Gesicht, als ihre Vorgängerin 16 Jahre früher. Hugenotten und Politiker waren kaum vertreten — ein Beweis für die Stärkung des katholischen Bewußtseins, die durch die Erfolge der Protestanten hervorgerufen war. Im Jahre 1560 hatten Adel und Städte auf eine Reform der Kirche gedrungen, jetzt traten alle drei Stände für die Einheit des Glaubens ein.

Zugleich entwickelten die Stände ihr politisches Programm im Sinn der neuen Lehren. Adel und Klerus forderten die Beiordnung eines ständischen Ausschusses zum königlichen Rat, die Vorlage einer Liste der Räte zu beliebiger Auswahl. Vor allem aber sollte der König sich einmütigen Beschlüssen der Stände ohne weiteres unterwerfen. Der dritte Stand schloß sich diesen Forderungen nicht an.

Der politische Kampf blieb unausgetragen. Die Stände ließen zunächst von ihren Forderungen ab. Der Religionskrieg aber ging weiter, von den Hugenotten mit ermattender Kraft fortgesetzt. Der Zusammenschluß mit den katholischen Politikern hatte der strengen calvinistischen Zucht und Einigkeit geschadet. Durch die Friedensschlüsse von Poitiers und Bergerac (1577), von Nérac (1579) und Fleix (1580) wurden die Errungenschaften des Edikts von Beaulieu nicht unwesentlich eingeschränkt.

Nach fünf Friedensjahren beginnt der letzte und furchtbarste der französischen Religionskriege. Geschreckt durch die Aussicht auf eine protestantische Thronfolge erhebt sich das katholische Frankreich wider seinen Herrscher, um ihn zur Vertilgung der Hugenotten zu zwingen, ihn zugleich politisch zu entmündigen, und treibt ihn dadurch dem Haupte der Protestanten, dem Bourbonen Heinrich von Navarra, in die Arme. An der Seite der französischen Katholiken aber steht der König von Spanien, der auch in Frankreich zugleich für die Wiederherstellung der Kirche und die Größe seines Hauses tätig sein will.

Da des Königs Bruder, Herzog Franz von Anjou, 1584 starb, so mußte mit dem Tode des kinderlosen Heinrichs III. das Haus Valois erlöschen. Dann aber war Heinrich von Navarra, der protestantische Bourbone, der Nächste zum Thron. Die katholische Mehrheit der Nation empörte sich bei dem Gedanken an ein protestantisches Königtum, und Philipp II. mußte diese Empfindungen teilen.

Selbst das gemeinsame Interesse an der Gegenreformation konnte den tiefgewurzelten Gegensatz zwischen Frankreich und Habsburg nicht zum Schweigen bringen. Daß der französische Hof unter Karl IX., teils aus Prinzip, teils aus Schwäche, ein friedliches Verhältnis zu den Hugenotten herzustellen gesucht, eine Zeitlang den Plänen Colignys nachgegeben, daß der Herzog von Anjou zweimal den Befreier der Niederlande hatte spielen wollen — das alles konnte Philipp II. nicht gefallen. Auch in den portugiesischen Dingen hatten ihm die Franzosen Schwierigkeiten bereitet. Ein nach den Azoren entsandtes französisches Geschwader war von den Spaniern geschlagen worden. Nun und nimmer aber durfte Philipp II. ein protestantisches Königtum in Frankreich zulassen. Denn dann war der Zusammen-

schluß mit England und den rebellischen Niederlanden unausbleiblich, der spanischen Weltpolitik eine unübersteigliche Schranke gezogen. Deshalb verbündete sich Philipp II. mit dem katholischen Frankreich und entfachte dort einen neuen Bürgerkrieg.

Der spanische Herrscher stand Pate bei der Erneuerung der Liga. Im Schloß zu Joinville vereinigten sich (1585) Heinrich von Guise, seine Brüder, der Herzog von Mayenne und der Kardinal Karl von Rheims, mit den Abgesandten Philipps zur Verteidigung des katholischen Glaubens, zur Ausrottung der Ketzerei in Frankreich und den Niederlanden, zur Ausschließung Heinrichs von Navarra vom Thron. Sein Onkel, der alterschwache Kardinal von Bourbon wurde als Thronerbe anerkannt. Philipp gewährte reichliche Subsidien. So war der unnatürliche Bund des katholischen Frankreich mit dem alten Feind geschlossen. „Lieber spanisch, als französisch“ war die Losung der extremen Ligisten. Der Vereinigung der Fürsten schlossen sich die fanatischen Pariser an, und rasch dehnte sich die Liga über Nord- und Mittelfrankreich aus. Auf ihrem Programm standen neben den religiösen, auch wieder politische Forderungen: die Entfernung der Günstlinge, Erleichterung der Steuerlast, Berufung der Generalstände von drei zu drei Jahren.

Diese spanisch-katholische Liga war also nicht minder gegen den König, als gegen die Ketzer gerichtet. Sie forderte das Ende der schmählichen Günstlingswirtschaft, die Beschränkung der monarchischen Gewalt durch die Stände. Sie eröffnete dem Ehrgeiz der Guise einen weiten Spielraum: unter dem Schattenkönig Karl von Bourbon wäre Heinrich von Guise, ein tapferer Kriegsmann und erklärter Liebling des Volkes, der erste Mann im Reiche geworden. Im Hintergrund aber stand der große Alliierte der katholischen Partei, Philipp II., der inmitten der allgemeinen Verwirrung auch auf französischem Boden Habsburgs Banner aufzupflanzen gedachte. So ergab sich von Anfang an ein Gegensatz zwischen Heinrich III. und der Liga. Schon kurz nach ihrer Gründung hatte der König an eine Verständigung mit Heinrich von Navarra gedacht, die aber mißlungen war, weil der Bourbone sich damals noch nicht zum Glaubenswechsel hatte entschließen können.

Die Liga erpreßte dem machtlosen, von Geldmitteln entblößten König das Edikt von Nemours (18. Juli 1585), das der reformierten Kirche Frankreichs das Todesurteil sprach. Der protestantische Kultus wurde verboten, die Prediger ausgewiesen, den Gläubigen auferlegt, entweder binnen sechs Monaten zum Katholizismus überzutreten oder auszuwandern. Mit englischen und dänischen Subsidien, verstärkt durch deutsche und schweizerische Hilfsvölker nahmen die Hugenotten den Kampf auf. Heinrich von Navarra siegte bei Coutras über des Königs Bruder Joyeuse. Dagegen trieb Hein-

rich von Guise die deutsche Hilfsarmee nach dem Treffen von Auneau zum Lande hinaus (24. November 1587). Heinrich III. mußte diesen Erfolg des Guise mit gemischten Empfindungen betrachten. Ein voller Sieg dieser Partei hätte ihn ganz in deren Gewalt gegeben, ein Sieg der Hugenotten ihn von diesen abhängig gemacht. Am vorteilhaftesten für Heinrich III. war es, wenn beide Parteien sich gegenseitig aufrieben, über ihnen sich wieder ein starkes Königtum erheben konnte. Heinrich suchte daher den Guise in den Arm zu fallen, sie an der vollen Ausnützung ihrer Erfolge zu hindern.

Darüber entbrannte nun Todfeindschaft zwischen König und Liga. Die ligistischen Sendboten durcheilten das Reich. Auf den Kanzeln von Paris erklangen Hetzreden gegen den ketzerfreundlichen König und den ketzerischen Prätendenten. Die Liga stützte sich auf die fanatisierten Bürgerschaften der Hauptstadt und der Provinzen. Eine Empörung der Pariser trieb den König zur Flucht und nötigte ihn, vor seinen Gegnern zu kapitulieren (Mai 1588). Auf der Ständeversammlung von Blois mußte Heinrich III. das Edikt von Nemours feierlich beschwören. Auf dieser Tagung sollte auch das politische Programm der Liga zu Erfüllung kommen, die Monarchie mit unübersteiglichen Schranken umgeben werden. Einmütig führten diesmal die Stände ihre Sache. Der dritte Stand, der zwölf Jahre früher den Forderungen des Adels und der Geistlichkeit nicht zugestimmt hatte, ging jetzt mit den oberen Ständen Hand in Hand. Einhellige Beschlüsse der Etats Généraux sollten Gesetzeskraft besitzen. Die Stände verweigerten weitere Ausgaben und forderten eine Ermäßigung der Taille. Der König mußte sich diesen demütigenden Forderungen unterwerfen. Er tat es in dem Gefühl, damit auf die Stufe eines venetianischen Dogen herabzusteigen. Durch ein gemeines Verbrechen zertrümmerte Heinrich das ihm von den Ligisten aufgezwungene Joch: durch Meuchelmord entledigte er sich Heinrichs von Guise und seines Bruders, des Kardinals. Die Antwort auf diesen Mordstreich war die allgemeine Mobilisierung der katholischen Kräfte. Der Pfarrer Boucher in Paris forderte zum Tyrannenmord heraus. Papst Sixtus V. gebot dem König, bei Strafe des Banns in Rom Rechenschaft abzulegen. Heinrich III. warf sich in die Arme Navarras. Die Lehre vom Tyrannenmord aber trug eine blutige Frucht. Während beide Könige das gärende Paris belagerten, fiel der letzte Valois unter dem Messer des Dominikaners Jacques Clement (1. August 1589).

Der sterbende König hatte Heinrich von Bourbon als seinen rechtmäßigen Nachfolger erklärt. Die Liga war aber nicht dazu bereit, diesen letzten Willen zu vollstrecken: der Kardinal von Bourbon, damals ein Ge-

fangener seines Neffen, wurde als Karl X. zum König proklamiert. Nur durch fortgesetzte Kämpfe führte für Navarra der Weg zum Thron. Von England, den Niederlanden und den deutschen Protestanten bekam er Hilfe. Ein Gemeingefühl der protestantischen Mächte bildet sich heraus, sie werden sich dessen bewußt, daß sie den Kampf gegen die habsburgische Politik mit vereinten Kräften bestehen müssen.

Das Bündnis zwischen der Liga und Spanien kam eben jetzt zu voller militärischer und politischer Wirkung. Es gelang Philipp II., das Papsttum in den Kampf hineinzuziehen. Sixtus V. hatte schon 1585 Heinrich von Navarra als Ketzer des Thrones verlustig erklärt, aber nach dem Tod des letzten Valois sich bereit gezeigt, den reuig wiederkehrenden Sünder als König anzuerkennen, da er die revolutionären Tendenzen der Ligisten mißbilligte. Sein Nachfolger Gregor XIV. aber sprach ganz im Sinn der Liga und Spaniens über den König von Navarra den Bann aus, entsandte gegen ihn ein Heer und forderte die Gläubigen zur Teilnahme an dem neuen Kreuzzug auf.

Um die wankende Sache der bei Arques von Heinrich geschlagenen Ligisten zu stützen, schwächte Philipp II. seine Kräfte in den Niederlanden. Farnese mußte erst ein Hilfskorps schicken, das zusammen mit den Ligisten von Bourbonen bei Ivry besiegt wurde; dann mußte er seinen Siegeslauf in den Niederlanden unterbrechen, um zweimal in Person nach Frankreich zu ziehen (1590 und 1591) und erst das von den Hugenotten eingeschlossene Paris, dann Rouen zu entsetzen.

Jetzt enthüllte Philipp II. auch die letzten Ziele seiner französischen Politik. Frankreich sollte, gleich England, in das habsburgische Universalreich eingegliedert werden. Ein bourbonisches Königtum mußte die spanischen Weltmachtpläne für immer vereiteln. Als Gebieter Frankreichs aber durfte Philipp hoffen, auch England und die Niederlande zu bezwingen: dann war er in Wahrheit der Herr der Welt. Seine französischen Ansprüche sind im Laufe der Zeit gewachsen. So lange Karl X., der Schattenkönig, lebte, hätte er sich damit begnügt, der Protektor Frankreichs zu werden und seine Tochter mit Karls Nachfolger zu vermählen. Nach dem Tode des bourbonischen Scheinkönigs aber forderte Philipp II. die französische Krone für die Infantin Klara Isabella Eugenia, den Sprößling seiner Ehe mit Elisabeth von Valois, eine Enkelin Heinrichs II. Auf der Ständeversammlung zu Paris (1593) sollte die Thronfrage entschieden werden. Philipp II. verlangte die Anerkennung der Infantin als Königin von Frankreich. Sie sollte mit Erzherzog Ernst, dem Bruder des Kaisers Rudolf II. vermählt werden, dem der König die Niederlande zu übertragen gedachte. Fielen dem Erzherzog nach dem Tode des kinderlosen Kaisers auch noch die Kaiserwürde und die deutsch-habsburgischen Erblande zu — welche

Aussichten dann für die Größe Habsburgs! Da durchkreuzte der Einspruch des Parlaments und der Stände diese hochfliegenden Pläne.

Das Übermaß seiner Ansprüche entfremdete dem König einen großen Teil des katholischen Frankreichs. Wohl gab es eine Gruppe leidenschaftlicher Katholiken, besonders unter dem niederen Klerus, den gelehrten Theologen, dem Volke von Paris und einzelnen mit spanischer Hilfe nach Selbständigkeit strebenden provinzialen Machthabern. Für sie war Heinrich als Herrscher schlechthin unannehmbar, selbst im Fall des Glaubenswechsels. Sie wären bereit gewesen, um der katholischen Sache willen das Königtum an Spanien auszuliefern.

Zwischen diesen Unbedingten und den strengen Hugenotten aber erhob sich wieder die Mittelpartei der Politiker, welche die Glaubenseinheit nicht mit der Selbständigkeit des Staates erkaufen wollten. Sie wünschten einen Katholiken, aber einen Franzosen zum Herrscher, konnten also durch den Übertritt Heinrichs gewonnen werden. Die Stimme der Gemäßigten ist schon in den Entscheidungen des Parlaments und der Stände zu vernehmen. Auch die eifrigsten Freunde der Liga und Spaniens mochten an ihrer Politik irre werden, als Philipps Gesandte den Ständen mit verletzendem Hochmut begegneten, die Krone Frankreichs gleichsam als schuldigen Dank für alle von Spanien geleisteten Dienste in Anspruch nahmen, als den Franzosen eine fremde Herrscherin einfach aufgedrängt werden sollte. Den Politikern kam die Stimmung der Massen entgegen, die nach Frieden verlangten, welche die Spanier hassen und verachten gelernt hatten. Es war schlimm für Philipp, daß er nach Farneses Tod (Ende 1592) kein Heer mehr nach Frankreich senden konnte, um seiner Sache Nachdruck zu geben. In Flugschriften und Karikaturen wurden die Ligisten und ihre Verbündeten beschimpft und verhöhnt. Die endlosen Drangsale des Krieges, das Versagen der Spanier, ihre übermütigen Forderungen hatten einen Gesinnungswandel bewirkt, der Heinrich zugute kommen mußte. Zwischen ihm und der Krone stand jetzt nur noch sein protestantisches Bekenntnis. Religiöse Bedenken konnte ihm die Frage des Übertritts nicht bereiten. Gleich Wilhelm von Oranien war Heinrich von Bourbon erhaben über konfessionelle Engherzigkeit. Höher als sein Glaube stand ihm die Pflicht, Frankreich den Frieden zu geben, das nationale Königtum zu retten. Paris war ihm eine Messe wert. Am 25. Juli 1593 schwor er in St. Denis die Ketzerei ab. Dieser Schritt bedeutete die Versöhnung Heinrichs mit dem katholischen Frankreich. Paris öffnete ihm die Tore. Es war ein weiterer nicht zu unterschätzender Erfolg, daß Papst Klemens VIII., der dem Ketzer zuerst die Anerkennung verweigert hatte, ihn nun, erschreckt durch die Haltung der französischen Kirche, gleichfalls zu Gnaden annahm.

Der „Gallicanismus“, das Streben nach einer nationalen Kirchen-

verfassung ist ein eigentümlicher Zug der französischen Entwicklung, der auch in diesem Moment wieder hervortritt. Frankreich zeigte sich seinem neuen, vor kurzem noch ketzerischen Herrscher ergebener als seinem geistlichem Oberherrn. Man sprach von der Errichtung eines französischen Patriarchats, erteilte geistliche Befugnisse mit Übergehung der päpstlichen Rechte. Aus Besorgnis, eine französische Nationalkirche entstehen zu sehen, gewährte Klemens VIII. dem König die erbetene Absolution (September 1595). Die Liga, die damit ihren geistlichen Rückhalt verloren hatte, zerbröckelte. Der gesunde Sinn der Nation hatte das Bündnis mit Spanien, das unnatürliche Gebilde einer überhitzten Parteipolitik zerrissen. Die alten Gegensätze traten wieder in ihre Rechte.

Der Glaubenskrieg war beendet, der Krieg gegen Philipp II. dauerte fort. Der religiöse Streit verwandelte sich in einen nationalen. Anfang 1595 erklärte Heinrich IV. an Spanien den Krieg. Aber er führte ihn nicht allein, sondern suchte die Verbindung mit seinen alten Alliierten enger zu knüpfen. Die drei Mächte, deren jede bisher einzeln von Spanien angegriffen worden war, Heinrich IV., Elisabeth und die niederländische Republik schlossen sich nun zusammen wider den gemeinsamen Gegner, dessen militärische Kraft noch keineswegs gebrochen war. Wohl hatten die Ablenkung der spanischen Streitkräfte nach Frankreich und der Tod Farneses den Niederlanden Entlastung gebracht. Unter der politischen Führung des holländischen Landesanwalts Johann Oldenbarnevelt, unter der militärischen Leitung der nassauischen Vettern Moritz und Ludwig Wilhelms hatten sie die Gunst der Lage zu benützen gewußt, die eingedrungenen Spanier aus dem Lande hinausgeworfen, ihre Grenze sichergestellt. Aber Parmas Nachfolger, der Graf Fuentes, tat ihrem Vordringen Einhalt. Heinrich IV. hatten die Spanier Calais entrissen. Nur ein Zusammenschluß der Kräfte konnte helfen. England, Frankreich und die Niederlande schlossen 1596 ein Schutz- und Trutzbündnis. Nur noch das politische, nicht mehr auch das religiöse Interesse hatte Heinrich IV. mit seinen Bundesgenossen gemein. Die niederländische Republik aber vollzog mit dem Abschluß dieses Bündisses ihren Eintritt in die Reihe der selbständigen Mächte.

Die Ereignisse von 1596 bis 1609 sind nur der matte Epilog des vorhergegangenen großen Dramas. Die durch die spanische Weltpolitik entfachten Kämpfe klingen aus, die tatsächlich entschiedenen Fragen bedürfen nur noch einer formellen Lösung. Zu Lande wie zur See zeigten sich die Verbündeten dem Gegner überlegen. Heinrich IV. eroberte das verlorene Amiens zurück. Moritz von Nassau, der Sohn des großen Oraniers, errang neue Siege. Die vereinigten englisch-niederländischen Flotten nahmen ihre

erfolgreichen Raubzüge gegen die spanischen Küsten wieder auf. Da beschloß Philipp II., von Alter und Krankheit gebeugt, dem nutzlosen Ringen, dessen Fortsetzung er seinem unbedeutenden Nachfolger nicht überlassen wollte, ein Ende zu machen. Die völlige Erschöpfung seiner Länder forderte gebieterisch den Frieden. Der erste, der auf die friedlichen Neigungen des spanischen Herrschers einging, war Heinrich IV. Auch er brauchte Ruhe für sich und sein Land, das seit fast 40 Jahren den Frieden nicht mehr gesehen hatte, er fühlte, daß seine noch junge königliche Autorität der Festigung bedürfe. Im Frieden von Vervins (2. September 1598) gaben die Spanier Calais und ihre sonstigen Eroberungen bis auf Cambray zurück. Der Stand zur Zeit des Vertrags von Cateau-Cambrésis war wiederhergestellt. Heinrich IV. sah sein Königtum von Spanien anerkannt, war Herr auf dem ganzen französischen Gebiete. Nach ungeheuren Opfern hatte die spanische Expansionspolitik wie gegen England, so nun auch gegen Frankreich Schiffbruch gelitten.

Die Allianz von 1596 war zur Auflösung bestimmt. Wenige Jahre nach dem Frieden von Vervins legte auch England mit dem Tode Elisabeths (1603) die Waffen nieder. Elisabeths Erbe, der Schottenkönig Jakob VI. (1603—1625), Maria Stuarts Sohn, der, um sich die Thronfolge in England zu sichern, eifrig um die Gunst der katholischen Mächte, besonders Spaniens geworben hatte, schloß einen Frieden, in dem er sich verpflichtete, den niederländischen Rebellen keine Hilfe mehr zu leisten.

Nun standen nur noch die Niederländer gegen Spanien im Feld, jedoch ungebrochenen Willens, den Kampf um ihre Unabhängigkeit bis ans Ende zu führen. Philipp II. hatte 1598 die Regierung der treugebliebenen Provinzen seinem Schwiegersohn, dem Erzherzog Albert und seiner Gemahlin, der Infantin Isabella übertragen, jedoch unter kräftiger Sicherung der spanischen Oberhoheit. Dem neuen Staate war nur eine scheinbare Selbständigkeit gegeben worden. Die Übertragung hatte keineswegs den Zweck, ein wirklich freies Staatswesen zu begründen, sondern sollte den abgefallenen Norden zur Versöhnung mit der spanischen Herrschaft locken. Die Generalstaaten aber verschmähten diese neue Form der Unterwerfung. Von Heinrich IV. auch nach dem Frieden von Vervins, von England noch, bis 1604, wenn auch nicht allzu kräftig unterstützt, appellierten sie unter Moritz von Nassau weiter erfolgreich an die Waffen, bis die Spanier unter Spinola ihren Fortschritten Halt boten, ihnen Ostende, den unentbehrlichen Stützpunkt ihrer vlämischen Operationen entrissen.

Das Friedensbedürfnis erwachte nun in beiden Lagern. Die Provinz Holland, auf der die Hauptlast der Kriegskosten lag, erklärte sich zu weiteren Leistungen unfähig. Die auswärtigen Hilfsquellen versiegten. Die vom Krieg unmittelbar betroffenen Provinzen verlangten nach Ruhe. Und

vielleicht hätte die Fortdauer des Kampfes auch die republikanische Verfassung der nördlichen Niederlande gefährdet, den monarchischen Gelüsten des Prinzen Moritz Vorschub geleistet. Der wärmste Anwalt des Friedens war Oldenbarnevelt. Seine Stimme drang gegen die der Militärpartei durch. Auf gegnerischer Seite hatten sich Friedenswünsche am frühesten und kräftigsten in den südlichen Niederlanden geregt. Selbst Spinola glaubte nicht mehr an den Sieg, da ihn Geldmangel und Meutereien seiner Truppen lähmten. Diese Friedensstimmungen weckten ein Echo am Hofe zu Madrid bei dem königlichen Günstling Lerma. Wie hätte auch Spanien, das 1607 zum viertenmal in 50 Jahren, den Staatsbankerott erklärt hatte, den Krieg fortsetzen können! Nach umständlichen Verhandlungen wurde endlich unter kräftiger Vermittlung Heinrichs IV., der sogar mit den Niederlanden ein Verteidigungsbündnis eingegangen war, im Jahre 1609 in Antwerpen ein zwölfjähriger Waffenstillstand geschlossen. Spanien mußte vor aller Welt die Unabhängigkeit der Vereinigten Provinzen anerkennen, ihnen die hartnäckig geforderte Freiheit des Handels nach Ost- und Westindien tatsächlich zugestehen. Dagegen war von der freien Religionsübung, welche Spanien für die Katholiken der abgefallenen Nordprovinzen begehrt hatte, im Vertrag keine Rede.

Der Abfall der Niederlande ist der schwerste Schlag, den das System Philipps II. erlitten hat, ein Sieg der Freiheit über die Tyrannei, der Ketzerei über das Prinzip der Glaubenseinheit. Spanien hatte eine seiner wertvollsten Provinzen, die kräftigste Stütze seiner Weltpolitik verloren. Das kleine Heldenvolk hatte sich seine Freiheit im wesentlichen erstritten durch eigene Kraft — das Ausland hat wenig getan — durch die Geschicklichkeit, mit der es die Fehler des Gegners zu benutzen wußte.

Der Waffenstillstand von 1609 schließt erst das Zeitalter Plilipps II. ab, obwohl er selbst damals nicht mehr unter den Lebenden weilte. Das Scheitern seiner weltumfassenden Entwürfe, das innere schwere Siechtum seiner Länder sind das sichtbarste Ergebnis jener großen Kämpfe, deren Schauplatz Westeuropa seit fast 50. Jahren gewesen war. Als der Tod am 13. September 1598 den greisen Herrscher von qualvollen Leiden erlöste, stand Philipp II. am Grabe zahlreicher Hoffnungen, mußte er sich eingestehen, daß die eine Hälfte seines Lebensprogramms unerfüllt geblieben sei. Wohin hatte jene Politik geführt, welche die universelle Geltung des Papsttums wiederherstellen, die Welt dem Willen Habsburgs dienstbar machen wollte?

Als Streiter für die Gegenreformation ist Philipp II. nicht erfolglos gewesen. Es ist ihm gelungen, alle ketzerischen Regungen in Spanien zu unterdrücken, die südlichen Niederlande im katholischen Glauben zu erhalten. Durch sein Bündnis mit der Liga nötigt er Heinrich IV. zum Über-

tritt, hält er ein protestantisches Königtum von Frankreich fern. Die Kirche muß es ihm danken, daß er dem Fortschritt des Protestantismus in Westeuropa Halt geboten hat. Aber wenn Philipp II. auch die Ausbreitung des neuen Glaubens zu hemmen vermochte, das hat er nicht verhindern können, daß dieser Glaube neue politische Kräfte gewann.

Zerstoben ist bei Philipps Tod das Trugbild einer habsburgischen Universalmonarchie, für das er seinen Völkern das Mark ausgepreßt hatte. Portugal, der einzige Gewinn seiner Eroberungspolitik, bleibt kein dauernder Besitz, geht nach 60 Jahren wieder verloren. Der Norden der Niederlande reißt sich von der habsburgischen Herrschaft los, bildet ein neues, freies Gemeinwesen, das in der Abwehr und als Gegenstück des spanischen Absolutismus entstanden, wirtschaftlich und politisch ein gefährlicher Gegner Spaniens, ein Hort des Protestantismus bleibt. Frankreich, dessen innere Wirren Philipp II. zur Erhöhung seines Hauses zu benützen gedacht, erhebt sich unter den Bourbonen zu neuer Macht, wird die Seele aller dem Hause Habsburg feindlichen Bestrebungen. Im Kampf gegen Spanien stählen sich die Kräfte des protestantischen Englands. Statt der Vernichtung hat Philipp II. nur die Stärkung seiner Gegner erreicht. Das von ihm geplante habsburgische Universalreich scheitert gleich ähnlichen Gebilden früherer Zeit an dem Widerstand der Nationen, die sich gegen Fremdherrschaft und Glaubenszwang bis aufs äußerste verteidigen. Daß Philipp II. diese ideellen Kräfte nicht richtig einschätzte, hat sich an ihm und seinen Völkern aufs bitterste gerächt.

Viertes Kapitel

Inneres Leben der westeuropäischen Staaten um 1600

Philipp II. hinterließ ein zum Tod erschöpftes Reich. Bei seinem Ableben war Spaniens Bevölkerung gemindert, seine Volkswirtschaft fast zerstört, sein Staatshaushalt zerrüttet. Dieser Zusammenbruch mußte um so schmerzlicher empfunden werden, als ihm eine Zeit kräftigen Aufstrebens vorhergegangen war. Schon die katholischen Könige hatten die angeborene Abneigung der Spanier gegen Handel und Gewerbe zu bekämpfen, die spanische Volkswirtschaft über den primitiven Zustand des Mittelalters zu erheben gesucht (vgl. Bd. V, S. 146). Hatte Spanien vorher nur Naturprodukte exportiert, Fabrikate vom Ausland um schweres Geld bezogen, so bemühten sich Ferdinand und Isabella, eine heimische Gewerbstätigkeit ins Leben zu rufen. Sie erhielten der Seidenindustrie Granadas ihre alte Blüte, suchten das Tuchgewerbe aus geringen Anfängen weiter zu ent-

wickeln. Über der Industrie wurde der Handel nicht vergessen, durch die Errichtung von Konsulaten in Burgos und Bilbao die Rechtsprechung in Handelssachen verbessert, das Ansehen des Kaufmannstandes gehoben. Eigene Gesetze trugen Sorge für die Belebung der heimischen Schiffahrt. Auf diesen Grundlagen hat Karl V. weitergebaut, die Industriegesetze seiner Vorgänger den Zeitverhältnissen angepaßt, Handelsverträge mit England geschlossen, zum Schutz des Mittelmeer-, später auch des Ozeanhandels Galeerenflottillen an geeigneten Hafenplätzen stationiert. Es ist ein Verdienst des Kaisers, daß er inmitten seiner weltpolitischen Sorgen noch Zeit fand, sich um Spaniens Wohlfahrt zu kümmern. Unter ihm erreichten Industrie und Handel eine ausehnliche Höhe. Die Kolonien, in denen bis tief in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts hinein sich keine eigene Gewerbstätigkeit entwickelte, gaben der Produktion des Mutterlandes die kräftigsten Antriebe, nahmen Wein, Öl, Getreide, besonders aber industrielle Erzeugnisse in größten Mengen auf. „Wie ein trockener Schwamm Feuchtigkeit, so saugte Indien die spanische Produktion auf." Stickerei und Wollenweberei gewannen in Spanien immer stärkere Verbreitung, Großbetriebe entstanden, die zahllosen Händen Beschäftigung gaben, durch die Güte ihrer Arbeit die ansländische Konkurrenz besiegten, die Einfuhr fremden Tuches überflüssig machten. Sevilla zog aus seinem Monopol des Indienhandels reichsten Gewinn. In Triana waren rasch nacheinander zwei großartige Seifenfabriken entstanden, in denen Tausende von Zentnern Öl und Talg verarbeitet wurden. Das Salz aus den Salinen Andalusiens ging nach allen Teilen Europas. Auf den Mai- und Oktobermessen von Medina del Campo, wo die Kaufleute ihre Verbindlichkeiten zu begleichen pflegten, kamen alljährlich ganz unglaubliche Summen in Umlauf. Da die spanische Produktion nicht ausreichte, um den Bedarf Indiens zu decken, so wurden aus Flandern, Frankreich, Italien auf Borg Waren bezogen, im In- und Ausland Kreditverbindungen angeknüpft, das Wechselgeschäft ausgebildet. Neben den Einheimischen beteiligten sich Genuesen und Deutsche, die Gläubiger der Fürsten am indischen Geschäft. So war denn, geweckt und gefördert durch die Fürsorge der Herrscher, mächtig angeregt durch die Bedürfnisse der Kolonien in der Nation ein kräftiger Erwerbsgeist erwacht, der ihr mehr zum Segen gereichte als das Gold und Silber Mexikos und Perus.

Von der Größe der industriellen Betriebe, der Ausdehnung und Regsamkeit des Handels, von den erstaunlichen Reichtümern, die sich im Lande sammelten, haben uns die Zeitgenossen farbenreiche Berichte gegeben. Man hat in neuerer Zeit die Treue dieser „Bilder versunkener Pracht" bezweifelt, hat in ihnen Übertreibungen erkennen wollen, die in der Zeit des Niedergangs aus dem Vergleich zwischen einst und jetzt, aus der Gegenüberstellung des gesunkenen Spaniens und der aufblühenden Länder Eng-

land, Frankreich und Holland sich ergeben hätten. Aber so viel man von jenen Schilderungen auch abziehen mag, auch der strengste Kritiker wird zugeben müssen, daß neue Kräfte sich regten, neue Impulse wirksam waren, daß die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens über das mittelalterliche Niveau doch um ein Beträchtliches hinausgekommen war.

Diese Blüte schwindet nun seit Philipp II. dahin. Unter diesem Herrscher beginnt der Verfall, aus dem sich das Reich etwa ein Jahrhundert lang nicht mehr zu erheben vermochte. An Spaniens Ruin tragen die eigentümlichen Richtungen der Volksgeistes kaum mindere Schuld als die unproduktive, mörderische Politik der Regierung. Die von früheren Herrschern geleistete Erziehungsarbeit zeitigte keine dauernden Früchte. Die ererbten, durch den fortwährenden Kriegszustand im Mittelalter großgezogenen Triebe trugen über jene wohlgemeinten Bemühungen schließlich doch den Sieg davon. Die Neigung zum Krieger- und Abenteurerleben, dem die Politik des 16. Jahrhunderts und die Erschließung der neuen Welt reichlichste Nahrung boten, das eingewurzelte, vom Adel ins Volk gedrungene Vorurteil der Spanier gegen Gelderwerb, vor allem aber der Hang zum adeligen und geistlichen Leben, den die Regierung eifrig begünstigte, schlugen endlich doch wieder durch und wirkten dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegen. Es kam häufig vor, daß Kaufleute und Handwerker, wenn sie genügend verdient zu haben glaubten, dem Geschäft den Rücken kehrten, sich auf ein bequemes Rentnerdasein verlegten, Adelsbriefe erwarben und Majorate gründeten. Ihre Verwandten fühlten sich dann als jüngere Mitglieder eines adeligen Geschlechts. Alle waren für das Erwerbsleben verloren. Gleich schädlich wirkten die geistlichen Neigungen der Spanier. König und Granden wetteiferten in der Gründung von Klöstern, „Schulen der Untätigkeit“. Keinem fehlte es an Mönchen. Dahin drängten sich alle, die ein ruhiges Leben liebten. Die Zunahme der Adeligen und Kleriker legte eine Fülle von produktiven Kräften lahm.

Das Maß des Unheils aber wurde voll durch jene die Volkskraft im Dienst des Machtgedankens rücksichtslos ausbeutende Politik Philipps II., welche den Nationalreichtum nur ausschöpfte, ohne ihn zu vermehren. Die Weisheit der Regierung bestand in der Erschließung neuer Steuerquellen, im Finden von Auswegen aus drückender Finanznot. Zu positiver Leistung war sie nicht mehr fähig, wußte nur zu zerstören, nicht aufzubauen. Kriege in fremden Ländern, Auswanderung nach den Kolonien, Vertreibung der Mauren und Juden, die weite Verbreitung des Zölibates, die große Zahl untätig lebender Kleriker minderten die Volksmenge, entzogen dem Lande die brauchbarsten Kräfte. Von 1589 bis 1598 sollen aus dem eigentlichen Spanien allein 150000 Soldaten, meist auf Nimmerwiederkehr, hinausgeführt worden sein. Dieser geschwächten Bevölkerung legte die Regierung un-

erhörte Lasten auf. Die Ausgaben für den Hofhalt, die sich unter Philipp II. verdoppelt hatten, namentlich aber die ewigen Kriege, Pensionen für fremde Große, Gelder für Agenten und Spione verschlangen Riesensummen. Der Krieg in den Niederlanden allein hat bis zum Tode Philipps 110 Millionen Dukaten (nach heutigem Geldwert etwa 2200 Millionen Mark) gekostet. Immer neue Steuern, eine drückender als die andere, wurden unter Philipp II. gefordert. Geistlichkeit und Laien mußten der Eroberungspolitik des Herrschers ihren Tribut entrichten. Keine Last aber drückte härter als die Alcabala, eine zehnprozentige Abgabe von jedem Kaufgeschäft, für die eine Ablösungssumme (encabeziamento) entrichtet werden konnte. Der Betrag der Alcabala wurde in den Jahren 1561 bis 1575 auf das Vierfache erhöht. Wir wissen schon, welches Unheil diese Form der Besteuerung unter Alba in den Niederlanden angerichtet hat. In Spanien selbst wirkte die Alcabala nicht weniger verheerend.

Durch das Aufsteigen des reichgewordenen Bürgertums in den Adelsstand wurde der Steuerdruck für den minder Wohlhabenden verschärft. Der Adelige war steuerfrei, der Nichtadelige mußte seine Steuerquote mit übernehmen. Die Leiden der Bevölkerung wurden noch vermehrt durch die Korruption des Beamtenstandes, die teils dem schwunghaften Ämterhandel, teils der unregelmäßigen Bezahlung der Beamten entsprang. Wer ein Amt um teures Geld gekauft hatte, verlangte für das angelegte Kapital eine möglichst vorteilhafte Verzinsung. Mitunter wurden zwar die Gehälter erhöht, aber infolge der Finanznot bisweilen gar nicht ausbezahlt. Philipp II. schuldete 1560 seinen Beamten den Gehalt von zwei Jahren im Betrag von 2½ Millionen Dukaten. Die Aristokratisierung der Beamtenschaft drückte auf ihr sittliches Niveau. Die Masse der kleinen Edelleute, denen durch das strenge Regiment der katholischen Könige ihr früheres Räuber- und Fehdeleben gelegt worden war, drängten sich nun, soweit sie nicht im Heer oder im Dienst der Kirche Unterschlupf fanden, zu den staatlichen und kommunalen Ämtern. „Aus dem Soldaten- wurde ein Beamtenadel.“ Diese adeligen Beamten hielten es mit den Mächtigen, suchten durch Fügsamkeit und Schmiegsamkeit die Gunst der Regierung zu gewinnen. Sie zeigten sich servil nach oben, brutal nach unten. Vom Staat erwarteten sie nur eine bequeme Versorgung, drückten das Volk durch Willkür und Bestechlichkeit. Die Mitglieder des Finanzrates und die Subalternen „stahlen, wo sie stehlen konnten“. Die Cortes vermochten dem Übel nicht zu steuern. Die Wahlen erfolgten unter dem Druck der Regierung. Die auf magere Diäten angewiesenen Deputierten zeigten sich für königliche Gnadengaben erkenntlich oder wurden, wenn sie Widerstand leisteten, durch Gefängnisstrafen mürbe gemacht. Schon die Zusammensetzung der Cortes erstickte jede Opposition. Schließlich wurden, wie die Cortes 1573 klagen,

nur noch Regierungsorgane gewählt. Seit 1505 gerät die Vertretung der Städte auf dem kastilischen Landtag in die Hände von Adeligen. Über die Ansprüche der Regierung entschieden nun Leute, die, weil sie selbst steuerfrei waren, kein Interesse hatten, Steuern zu verweigern.

Unter diesen übermäßigen Lasten brach die spanische Volkswirtschaft in allen ihren Zweigen zusammen. Der kleine Bauer und Pächter wurde zugrunde gerichtet durch den wachsenden Steuerdruck, die Fronden für den Hof, die Aushebungen zum Kriegsdienst, durch drückende Einquartierung einer rohen Soldateska, Eingriffe des Königs, des Adels und der Kirche in die Gemeindeländereien. Auch die durch die indische Nachfrage hervorgerufene Ausdehnung des Öl- und Weinbaus und der Weidewirtschaft tat der Getreideproduktion Eintrag. Hatte Spanien unter Karl V. seinen und der Kolonien Bedarf an Getreide decken und solches noch nach Flandern versenden können, so waren in den achtziger Jahren gerade die fruchtbarsten Landstriche Granada, Jaen, Murcia, auf die Einfuhr ausländischen Getreides angewiesen.

Wie der Ackerbau, so verdarben auch Industrie und Handel durch den Fanatismus, die Steuerpolitik und die skandalöse Finanzwirtschaft der Regierung. Der Krieg gegen die Moriskos, die getauften Nachkommen der Mauren in Granada, zerstörte die dort blühende Seidenindustrie. Die Verteilung der Moriskos über das ganze Land hatte aber noch eine andere schlimme Folge. Überall, wo diese bedürfnislosen Leute sich niederließen, drückten sie die Tagelöhne, nahmen sie den anspruchsvolleren Kastilianern die Arbeit weg, und was noch schlimmer war, ihr Eindringen in die Industrie des Nordens erweckte wieder das noch kaum überwundene Vorurteil gegen die industrielle Arbeit. Das Einströmen überseeischen Edelmetalles bewirkte eine Geldentwertung, welche die Produktionskosten steigerte, die Konkurrenzfähigkeit der spanischen Industrie minderte. „Das Silber von Potosi hat die jugendliche spanische Wirtschaft ertränkt." Namentlich aber war das Jahr 1575 für die spanische Wirtschaft ein Krisenjahr. Damals suspendierte Philipp II. die Zahlungen an private Gläubiger und erhob zugleich den Betrag des encabeziamento auf das Dreifache. Der Staatsbankerott erschütterte den Kredit der Regierung und war gleichzeitig ein schwerer Schlag für die spanische Geschäftswelt. Die fremden Staatsgläubiger, die den Spaniern ihre Produkte abkauften, stellten nun ihrerseits die Zahlungen ein. Viele Geschäftsleute wurden bankerott, der Indienhandel kam zeitweilig ins Stocken. Die Erhöhung der Alcabala aber lähmte die industrielle Tätigkeit. Die Wollindustrie von Cuença erlosch in den siebziger Jahren fast gänzlich. In anderen Industriezentren wie Toledo, Segovia, Cordoba mehrte sich die Zahl der Beschäftigungslosen. Und doch war die Regierung unersättlich. Die Erhöhung der Alcabala blieb be-

stehen, eine neue Last wuchs hinzu. Als nach dem Scheitern der Armada ein Rachekrieg mit England drohte, sah sich der König genötigt, seinen Untertanen noch eine Steuer von 8 Millionen Dukaten, zahlbar in sechs Jahren, aufzubürden. Nach Ablauf dieser Frist wurde die Millionensteuer auf weitere vier Jahre ausgedehnt. Diese furchtbare Belastung war der Ruin der spanischen Volkswirtschaft. Wie solle man Handel treiben, klagen die Cortes von 1594, wenn man von 1000 Dukaten Kapital 300 Dukaten Abgabe zahlen müsse? In drei Jahren sei das Kapital aufgezehrt. Wie niedrig auch die Pacht stehe, so könne sich doch kein Pächter halten: er verlasse entweder Haus und Hof und fliehe aus diesem Königreich, oder er nehme seinen steten Aufenthalt im Gefängnis. Das Quantum der verarbeiteten Wolle sei auf ein Fünftel gesunken. Hierdurch und durch die Auflage auf die Wolle geschehe, daß auch die Herden abnehmen. So liege Ackerbau und Viehzucht, es liege Handel und Verkehr darnieder; schon sei kein Ort im Königreich, dem es nicht an Einwohnern mangele, man sehe viele Häuser verschlossen und unbewohnt, das Reich gehe zugrunde.

Die Überspannung der Steuerkraft rächte sich am Fiskus selbst. Das dezimierte und wirtschaftlich entkräftete Volk vermochte die Abgaben nicht mehr zu bezahlen. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt war nicht herzustellen. Die Schuldenlast von 20 Millionen Dukaten, die Philipp II. von seinem Vater übernommen hatte, stieg unter ihm auf das Fünffache — eine Folge der hohen Aufwendungen für militärisch-politische Zwecke. Die Gläubiger waren zumeist Ausländer, besonders Genuesen, welche die zur Zinsentilgung empfangenen Beträge dem Lande entführten. Nicht nur, daß neue Steuern auf Jahre hinaus verpfändet werden mußten, auch die Edelmetallschätze der Kolonien dienten, soweit sie dem König zu Gebote standen, nur zur Befriedigung der Gläubiger. Der ganze spanische Verkehr hing nach der Schilderung eines Fuggerschen Faktors von 1573 nur von der amerikanischen Silberzufuhr ab. Aber alle Einkünfte flossen in ein Danaidenfaß. Immer wieder mußte die Regierung zu den verzweifelten Mitteln des Staatsbankerotts und der Zwangskonsolidation greifen. Im Lauf von 90 Jahren (1557—1647) hat sie sich sechsmal bankerott erklärt.

Unter den folgenden Regierungen wird das Bild des Verfalls vollständig. Die gänzliche Vertreibung der Moriskos (1609) gab der spanischen Industrie den Todesstoß. Die Spanier stellten die gewerbliche Arbeit ein, sandten wieder ihre Rohstoffe ins Ausland und bezogen dessen Fabrikate. Handel und Schiffahrt nach dem Mutterland und den Kolonien kamen in die Hände der Fremden. Spanien war zurückgeworfen in den Zustand am Ausgang des 15. Jahrhunderts. Und wie das Königreich selbst dahinsiechte, so litten auch die Nebenländer unter der schamlosen Willkür der spanischen

Beamten und Soldaten. Der Zusammenhang der Monarchie lockerte sich. In den südlichen Niederlanden, deren blühendes Wirschaftsleben verkam, sprach man schon 1593 davon, sich einen neuen Herrn zu suchen, da von Spanien keine Hilfe zu erwarten sei. In Italien konnte die spanische Herrschaft nur durch militärischen Zwang aufrechterhalten werden.

An der Großmachtpolitik Philipps II. haben sich seine Völker verblutet. Spaniens Kräfte waren gebrochen. Mochte es auch noch eine Zeitlang in verzweifelten Anstrengungen seine Stellung zu behaupten suchen, die Zeit seiner Größe war dahin. „Spanien ist zusammengebrochen unter der Last seiner eigenen Größe, seiner eigenen Hinwendung auf die Ziele allein von Schwert, Macht, Idee, der in diesem Fall kein Wachstum der Arbeit und der innerlichen Gesundheit entsprach."

Während Spanien rettungslos dem Verfall entgegenging, wuchsen seinem zähesten Gegner die Kräfte. Noch ehe der erste Abschnitt des Krieges zu Ende ist, beginnt der mächtige wirtschaftliche Aufschwung der abgefallenen niederländischen Provinzen. Um gleich ein Gesamtbild zu gewinnen, sei die Darstellung bis ins 17. Jahrhundert hinein ausgedehnt. Die ökonomische Entwicklung verläuft in den Niederlanden von Süd nach Nord. Vom 14. bis 16. Jahrhundert war erst Brügge, dann Antwerpen ein Sammelpunkt des Waren- und Geldverkehrs gewesen, hatte sich die vlämische Tuchindustrie eines Weltrufes erfreut. Am Ende des 16. Jahrhunderts sehen wir durch die Stürme des Krieges den Wohlstand der südlichen Lande vernichtet, alles gesunde Leben dort erstarrt, im Norden aber, besonders in Holland und Seeland, Handel, Industrie und Schiffahrt mit erstaunlicher Raschheit sich entwickeln. Während Antwerpen durch die Verheerungen der spanischen Soldateska und die 1609 verhängte Sperrung der Schelde verödet, wird Amsterdam „die erste Handelsstadt der Christenheit". Nach dem Norden wenden sich, bereitwillig aufgenommen, alle Kräfte des Handels und Gewerbfleißes, die der Krieg aus der alten Heimat vertrieben hatte. Während aber in Brügge und Antwerpen die Geschäfte von Fremden betrieben worden waren, taten dies in Amsterdam die Holländer selbst.

Hollands Handelsgröße ist besonders erstaunlich, wenn man die Kleinheit des Landes bedenkt. Ganz mit Recht ist der Vergleich mit den alten Phöniziern gezogen worden, die von dem schmalen, ihre Heimat bildenden Küstenstreifen aus auf alle Meere hinausfuhren und für ihre Zeit die Träger des Welthandels wurden. Die geographische Lage des Landes, dessen Küste die Nordsee bespült, das reich war an schiffbaren Flüssen, und die unversiegliche Kraft seiner Bewohner haben miteinander diesen unvergleichlichen Aufstieg bewirkt. Der niederländische Volkscharakter jener Zeit ist

gebildet aus starkem Freiheitsdrang, heißem, oft bis zur Unduldsamkeit gesteigertem Glaubenseifer, kühl rechnendem Kaufmannsgeist und grenzenloser Unternehmungslust.

Der Krieg hatte den Handel und Wohlstand der Niederlande eher gefördert als gehemmt. Zum Ärger Leicesters versorgten ihre Kaufleute die feindlichen Länder Spanien und Portugal, Flandern und Brabant mit Getreide und Holz. Mitten im Kampf um die Befreiung der Heimat brachen die Niederländer in den überseeischen Machtbereich des Gegners ein, legten sie den Grund zu ihrer Kolonialmacht. Indem die Herrscher Spaniens die Rebellen von den Häfen ihres Reiches ausschlossen und damit den Bezug überseeischer Waren aus zweiter Hand hinderten, drängten sie die Niederländer auf den Weg nach Indien. Im Jahre 1595 begannen, von den Kaufmannsgesellschaften verschiedener holländischer Städte veranstaltet, die vielverheißenden Fahrten nach dem Osten. Aus dem Zusammenschluß dieser älteren Gesellschaften ging auf Betreiben der Generalstaaten zur Verhütung ungesunder Konkurrenz 1602 die vereinigte ostindische Kompanie, die Begründerin des niederländischen Kolonialreiches hervor. Ausgerüstet mit einem Aktienkapital von 6½ Millionen Gulden, für 21 Jahre begabt mit dem Monopol des Handels zwischen dem Kap der guten Hoffnung und der Magalhäesstraße erhielt sie auch das Recht, im Namen der Generalstaaten mit Fürsten und Potentaten Bündnisse und Verträge zu schließen, Forts anzulegen, Gouverneure und Richter zu ernennen und Truppen zu werben. Die mit dem Kampf gegen Spanien belastete Regierung war gezwungen, den Kaufleuten selbst die politische Vertretung ihrer Interessen im fernen Ausland zu überlassen. Gleich nach der Gründung begann die Kompanie ihre folgenreiche Tätigkeit. Auf den Inseln des Archipels wie auf dem ostindischen Festland wurden in stetem Kampfe mit den Portugiesen und Spaniern Niederlassungen gegründet, Handelsverbindungen geknüpft. Die Freigabe des indischen Handels im Waffenstillstand von 1609 schuf der Kompanie erst festen Boden.

Der Osten genügte aber dem Tatendrang des holländischen Kaufmanns nicht. Nach allen Richtungen durchforschte er die Welt, um neue Gewinnmöglichkeiten zu entdecken. Schon vor 1600 fuhren holländische Schiffe nach den Antillen, Guyana, Brasilien und der Westküste Afrikas An der Küste Grönlands wurde 1614 zum Walfischfang eine „Nordische Kompanie" gegründet. In der Levante bahnte der tüchtige Geschäftsmann und gewandte Diplomat Cornelis Haga dem holländischen Handel den Weg. Besonders fleißig aber besuchten die Holländer schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Ostsee, wo sie die Hansen zurückdrängten. Hier blühte der ergiebigste Zweig des holländischen Außenhandels. Hinter dem Handel blieb die Industrie nicht zurück. Neben den

alten Gewerbszweigen, dem Tuchhandel und der Bierbrauerei kamen die Posamentier- und Gobelinfabrikation empor. Schiffahrt und Fischerei gaben in Holland und Zeeland vielen Tausenden von Gewerbsleuten Unterhalt. Der Heringsfang warf besonders seit der holländischen Erfindung des Einpökelns ungeheure Erträge ab. Amsterdam, sagt das alte Sprichwort, ist auf Heringsgräten erbaut. Die Entwicklung der Amsterdamer Börse, die 1611 ein stattliches Heim erhielt, die Gründung der dortigen Bank (1609) legen dafür Zeugnis ab, daß man die Bedürfnisse des stetig wachsenden Verkehres immer besser bewältigen lernte.

In diesem großartigen, ständig wachsenden Wirtschaftsleben lagen für die Republik auch die Wurzeln ihrer politischen Kraft. Die Flotten der Kompanien gaben ihr Macht zur See. Ein großer Teil der Staatseinnahmen floß aus der Besteuerung des Handels. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden die Niederlande in Handel und Industrie, Schiffahrt und Kolonialerwerb zur Weltmacht. Die ostindische Kompanie drängte die Portugiesen auf Ceylon zurück, vertrieb sie aus Malakka und dem Archipel, machte sich zur Herrin des indischen Handels. Minder glücklich war die nach dem Muster der ostindischen 1621 gegründete westindische Kompanie, die für 24 Jahre das Monopol für die Westküste Afrikas bis zum Kap, für Amerika und die Inseln östlich von Neu-Guinea erhielt. Nach dem später zu erwähnenden Wiederausbruch des Krieges mit Spanien leistete sie durch Schmuggel und Kaperkrieg sich und dem Vaterland wertvolle Dienste. In den Jahren 1621—1636 nahm sie spanische und portugiesische Schiffe im Werte von 30 Millionen Gulden weg. 1628 gelang es dem Vizeadmiral Piet Heyn die spanische Silberflotte mit 15 Millionen Gulden an der Küste Kubas abzufangen. Den Portugiesen entriß die Kompanie in langjährigen Kämpfen Brasilien. Sie scheiterte aber mit dem Projekt, in der neuen Welt ein zweites niederländisches Kolonialreich nach dem Muster des ostindischen aufzubauen. Brasilien ging schließlich wieder verloren. Die Kompanie löste sich 1674 auf, wurde aber sofort durch eine neue ersetzt. Um 1640 erreichte der holländische Levantehandel dank der Tätigkeit Cornelis Hagas eine bedeutsame Ausdehnung. Haga errichtete Konsulate in den wichtigsten Häfen Italiens, Dalmatiens, Griechenlands, der Türkei, Kleinasiens, Syriens, Ägyptens, sowie in Algier und Tunis. Ein reger Warenaustausch fand in diesen Gegenden statt.

Aber nicht im näheren und ferneren Orient und in der neuen Welt, sondern in der Ostsee lag der Schwerpunkt des holländischen Handels. Drei- bis viermal im Jahr passierten Hunderte von Schiffen den Sund, legten zuweilen an drei oder vier Häfen an, segelten die großen Flüsse hinauf, um niederländische oder andere westeuropäische Waren mit reichem Gewinn abzusetzen und dafür Getreide, Holz, Salpeter, Eisen, Kupfer und sonstige

Artikel zu holen. Dänemark und Schweden waren wirtschaftlich ganz von den Holländern abhängig, welche die Erbschaft der Hansa angetreten, den Löwenanteil des baltischen Verkehres an sich gerissen hatten. Die Sundzollisten zeigen uns die Niederländer hier durchschnittlich mit 2226 Schiffen und ungefähr 60 Prozent des Gesamtverkehrs beteiligt.

Der niederländische Handel war zum größten Teil Zwischenhandel. Doch fehlte ihm durchaus nicht ganz die Stütze der heimischen Industrie, wenn auch ihre Bedürfnisse lange von der Regierung zugunsten des Handels vernachlässigt wurden. Wie früher von Ypern und Gent, so gingen jetzt von Leyden und Harlem Textilwaren in die Welt hinaus. Daneben blühten die Diamantschleiferei in Amsterdam, die Gold- und Silberschmiedekunst in verschiedenen Städten, die Ziegelbrennerei und Fayenceindustrie in Delft und an anderen Plätzen. Im 16. Jahrhundert brachte der Zustrom von Tuchmachern aus den südlichen Provinzen, gegen Ende des 17. die Einwanderung hugenottischer Fabrikanten der niederländischen Produktion die kräftigste Belebung.

Die Triebkraft dieser Entwicklung ist das Kapital. Die ost- und westindische Kompanie sind moderne Aktiengesellschaften. Die Bank von Amsterdam ist ein Niederschlag der kapitalistischen Betriebsweise. Als Wechselbank gegründet nimmt sie auch Depositen an, vermittelt Zahlungen in bar oder durch Umschreibung in ihren Büchern, wird eine Säule des Staatskredits. Viel später als im Handel setzt die kapitalistische Entwicklung auf industriellem Gebiete ein. Erst in den letzten 30 Jahren des 17. Jahrhunderts, seit der Einwanderung der französischen Fabrikanten sprengt die niederländische Industrie die Fesseln der mittelalterlichen Gildeverfassung und geht vom Kleinbetrieb zum Fabriksystem über. Die Macht des Kapitals kommt auch der Landwirtschaft zugute. Millionen werden aufgewendet, um weite Landstriche zu entwässern und die anbaufähige Bodenfläche zu vergrößern. Dadurch wird eine Ausdehnung der Viehzucht möglich, mit ihr steigt die Ausfuhr von Butter und Käse. Bedenkliche Erscheinungen bleiben nicht aus. In Amsterdam blüht das Börsenspiel. An der dortigen Börse wird fleißig in Kolonialaktien, später auch in Staatspapieren spekuliert, Vermögen werden heute verdient, morgen verloren. In den Niederlanden des 17. Jahrhunderts entfaltet sich das moderne Wirtschaftsleben mit seinen Licht- und Schattenseiten.

Der Handel der Niederlande „umfaßte den Erdball". Ihre Schiffe waren ebenso im indischen Archipel, in den Häfen der Levante zu finden wie in den westindischen und afrikanischen Gewässern, an den Küsten Spaniens, Portugals und der nordischen Reiche. Die Niederländer besorgten den Warenaustausch zwischen den einzelnen europäischen Ländern, dem nahen und fernen Orient, Afrika und der neuen Welt. Italiener, Hansen

und Portugiesen hatten ihnen den Platz räumen müssen, waren weit von ihnen übertroffen worden. Gegenüber den 30 Millionen des Antwerpener Handels zur Zeit seiner höchsten Blüte setzte der holländische Handel in der Mitte des 17. Jahrhunderts etwa 75 bis 100 Millionen Gulden jährlich um. Die Holländer waren Meister zur See. Die Schiffahrt, von der ein großer Teil der Bevölkerung lebte, bezeichnet ein Bericht von 1637 als „das rechte Element unseres Lebens, die Substanz und das Wesen unseres Staates, die Seele des ganzen Vaterlandes, die vornehmste Stütze der Kriege, den Nerv unserer Macht, die wahre Stütze unserer Interessen und bis jetzt nächst Gott unsere einzige Rettung". Nach Schätzungen des 17. Jahrhunderts zählte die niederländische Flotte 10000 oder gar 15—16000 Seeschiffe von 20000 in ganz Europa. Nach einer englischen Berechnung zu Ausgang des 17. Jahrhunderts entfielen von 45 Millionen £ des auswärtigen Handels auf Holland 18, auf England 10, auf Frankreich 5 Millionen.

Eigene Einsicht und kraftvoll benutzte Sckicksalsgunst erschufen miteinander diese unvergleichliche Größe der Niederlande. Freiheit war die Seele des holländischen Handels, „Freiheit bis in die Hölle". Weit tat die Republik ihre Pforten auf vor den fleißigen Fremdlingen, die um des Glaubens willen ihr Vaterland hatten verlassen müssen und nun freudig Fortschritt und Gedeihen der neuen Heimat fördern halfen. Die Gesamtlage Europas begünstigte den wirtschaftlichen Aufstieg der Niederlande. Italiens Blütezeit war vorüber, Spanien erschöpft, Dänen und Schweden vermochten von Natur aus nicht, es den Holländern im Handel und zur See gleichzutun. Deutschland, Frankreich und England waren, wie noch zu zeigen ist, durch innere und äußere Kämpfe gelähmt. So blieben Hollands Handel und Schiffahrt lange ohne ernstliche Konkurrenz.

Die Blüte der Niederlande erregte die Bewunderung und den Neid der Mitwelt. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Holländer als Beherrscher der See auftraten, erweckte ihnen die Feindschaft anderer aufstrebender Nationen. Sie verkündigten die Freiheit des Meeres, die aber nur für sie gelten sollte. Sie hätten gern den Sundzoll abgeschüttelt, um den Segen des baltischen Handels uneingeschränkt zu genießen. Im Jahre 1609 schrieb Hugo Grotius sein „Mare Liberum" („Freiheit des Meeres"), um den Anspruch der ostindischen Kompanie auf die Indienfahrt gegen Spanien zu verfechten. Aber keine andere Nation sollte an diesem Handel Anteil haben. Auf fernstem Meer wollten sich die Holländer so frei bewegen wie in ihren heimischen Gewässern. Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts bleibt ihre Größe nicht mehr unangefochten. England wird ihr erster Konkurrent.

Die Regierung Elisabeths ist der glanzvollste Abschnitt des Zeitalters der Tudors. Unter dieser Dynastie formt sich langsam das moderne England. Die Stärke der Tudorpolitik liegt allerdings mehr in der Wegweisung und Zielsetzung. Nicht überall ist sie zu abschließender Gestaltung gelangt. Die Regierungsweise der Tudors neigt zum Absolutismus, wenn auch unter Wahrung parlamentarischer Formen. Sie ziehen der Tätigkeit des Parlaments enge Grenzen, finden es aber meist gehorsam, weil ihre Politik im ganzen doch mit der Willensrichtung der Nation sich deckt. Unter den Tudors tritt England — wir sahen, auf welchen Umwegen — in die Reihe der protestantischen Mächte. Ihre zweite Großtat aber ist die endgültige Nationalisierung des englischen Wirtschaftslebens, dessen allmählige Ausbreitung über die Welt, die Begründung der englischen Seemacht. Unter den Tudors löst sich England, wenn auch zögernd von den Traditionen der kontinental gerichteten mittelalterlichen Politik, die ihr Ziel in der Unterwerfung Frankreichs gesehen hatte. Dafür wird Englands Unabhängigkeit gegen den spanischen Angreifer siegreich verteidigt, die Union mit Irland und Schottland vorbereitet. Im 16. Jahrhundert suchen Engländer den Weg übers Weltmeer, wagen sie sich an die Gründung von Kolonien.

Unter Elisabeth erhebt sich die Nation aus ihrer früheren Enge, gewinnt sie mächtig an innerer Kraft wie an europäischer Bedeutung. Die festländischen Rivalen Frankreich und Spanien suchen Englands Freundschaft, die Protestanten bitten um seine Hilfe. Im Getriebe der politischen und religiösen Gegensätze geht Elisabeth ihren Weg, bedachtsam, ausschweifenden Kombinationen abgeneigt, nur mit äußerster Vorsicht gibt sie den impulsiven Stimmungen und Wünschen ihres Volkes nach. In ihrer Fähigkeit des Ordnens und Aufbauens, in ihrer Kunst klugen Zurückhaltens gleicht Elisabeth ihrem bedächtigen Großvater, dem ersten Tudor (V, S. 134 ff.). Der Vater der Königin, Heinrich VIII., war nochmals in den Wahn kontinentaler Eroberungspolitik zurückgefallen, hatte an der Seite des Kaisers Frankreich zu bezwingen gehofft. Ihre Schwester, die katholische Maria, hatte sich an das habsburgisch-spanische Machtsystem anschließen wollen, am letzten spanisch-französischen Krieg teilgenommen und diesen Schritt mit dem Verlust von Calais bezahlt. Elisabeth verzichtet auf festländische Eroberungen. Nicht mehr in Frankreich, sondern in Spanien erkennt sie jetzt den Feind, mit dem sie rechnen muß. Wir sahen, wie sie sich so lange als möglich auf die Abwehr beschränkte, nur tat, was ihr zur Sicherung des Reiches als notwendig erschien, bis ihr — in Konsequenz ihres Tuns — von Philipp II. der Entscheidungskampf aufgedrängt wurde, in dem sie die Siegerin blieb.

Den Endzweck ihrer Defensivpolitik aber hat die Königin jedenfalls glänzend erreicht, die Steigerung der Wohlfahrt, der wirtschaftlichen Macht

ihres Volkes. In neuen, weiteren Bahnen beginnt nun das nationale Leben dahinzufließen. Die englische Politik verliert ihren früheren dynastischen Charakter, erhält ihre Ziele durch eine Bewegung, deren Träger, gewarnt durch die Lehren der Geschichte, die nationalen Kräfte nicht mehr in vielleicht militärisch ruhmvollen, aber doch aussichtslosen, dem eigenen Lande nur schädlichen Festlandskriegen vergeudet sehen wollen, während dem Engländer eine neue Welt jenseits des Ozeans offen stehe. Es galt unter Elisabeth als Grundsatz englischer Staatsweisheit, daß England Frieden halten, auf Eroberungskriege verzichten, sich auf die Verteidigung beschränken müsse. Dazu brauche es kein Landheer, sondern eine Flotte. Sein Heil liege darin, mit fremden Nationen Handel zu treiben, ihren Reichtum aufzusaugen. Die Politik Heinrichs VII. schien den Verfechtern dieser Lehre den richtigen Weg zur Wohlfahrt Englands vorgezeichnet zu haben. Die großen Tendenzen des ausgehenden 14. Jahrhunderts, Begründung einer heimischen Industrie, Verdrängung der fremden Händler, Ausdehnung des Exports, der Gedanke der Seeherrschaft, treten im Zeitalter der Tudors wieder mächtig hervor, und ihnen folgt die Regierung (Bd. V, S. 106 ff.).

Unter den Tudors beginnt der Übergang des bis dahin noch vorwiegend agrarischen Englands zum Industrie- und Handelsstaat. Im Mittelalter war die englische Wolle in den Tuchmacherwerkstätten Flanderns verarbeitet worden, als fertiges Fabrikat nach England zurückgewandert. Schon Eduard III. hatte diese Abhängigkeit zu brechen, der flandrischen Konkurrenz eine heimische Tuchindustrie entgegenzustellen gesucht. Unter Heinrich VII. und Elisabeth wurde diese Entwicklung zum Teil auf Kosten des englischen Ackerbaus kräftig gefördert (Bd. V, S. 137 ff.). Die Tuchfabrikation ist Englands erste Industrie, sie bleibt, obwohl unter Elisabeth auch schon die Einbürgerung anderer Industriezweige beginnt, im 16. Jahrhundert ein Schoßkind staatlicher Fürsorge. Die Verhältnisse in den Niederlanden selbst mußten zu ihrem Emporkommen mithelfen. Bereitwillig gewährte Elisabeth den von Alba vertriebenen flandrischen Tuchmachern Aufnahme in ihrem Reich. Der alte Wettkampf zwischen englischer und flandrischer Industrie war zu gunsten Englands entschieden. Wie einst englische Wolle, so strömte nun englisches Tuch nach den Niederlanden und von dort in den Welthandel ein.

Elisabeth war aber auch bemüht, die agrarische Grundlage des englischen Wirtschaftslebens unversehrt zu erhalten. Die Schutzgesetze ihrer Vorgänger gegen die Umwandlung von Acker- in Weideland, gegen die Proletarisierung des Kleinbauernstandes wurden erneuert und wirksam verstärkt, der Getreideproduktion durch die mit gewissen Beschränkungen erteilte Erlaubnis der Kornausfuhr ein reichlicherer Ertrag verheißen. In der

Gewerbe- und Sozialpolitik Elisabeths setzten sich die zentralisierenden Tendenzen Heinrichs VII. fort. Der Staat regelte durch die berühmte Lehrlingsakte von 1562 die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter, übertrug den Gemeinden das Armenwesen, beschränkte die Autonomie der Genossenschaften, übernahm an ihrer Stelle die Aufsicht über die Güte der Waren. Es gab kaum ein Gebiet des öffentlichen Lebens, das der Aufmerksamkeit der Regierung entgangen wäre.

Vor allem aber sind es doch der Handel, die maritimen Unternehmungen, die Anfänge der Kolonisation, welche die großen Veränderungen im nationalen Leben bewirken, die Physiognomie des ganzen Zeitalters bestimmen. Die Regierung Elisabeths hat gerne die Sachkenntnis der Kaufleute ausgenützt, sich ihrer Mitarbeit versichert, sie als Agenten in die Ferne geschickt. Ihr Hauptberater in Finanz- und Handelssachen war Thomas Gresham, der als königlicher Agent an der Weltbörse Antwerpen die Geldgeschäfte der Krone besorgte, dort seit 1551 den englischen Handel vertrat. Daneben ist er selbst als Kaufmann großen Stils aufgetreten. Durch die Gründung des Gresham-Collegs, einer Art Handelsakademie, suchte er seinen Berufsgenossen eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Der alte Kampf zwischen den „wagenden Kaufleuten" und den Hansen kam jetzt zu seinem Ende. Bis dahin hatten die deutschen Kaufleute ihre bevorzugte Stellung gegen alle Angriffe behauptet. Noch 1554 bezifferten die Hansen den Nutzen, den sie aus ihren Privilegien zogen, auf jährlich 61000 Pfund. Elisabeth unterwarf sie den Fremdenzöllen und beraubte sie damit jener Vorteile. Die Schließung des Stahlhofs, des alten hansischen Quartiers in London (1598), bedeutet das Ende der Beziehungen Englands zur deutschen Hanse. Der Zwischenhandel zwischen dem Inselreich und dem Festland war nun für den deutschen Kaufmann verloren.

Zum Selbstschutz, den sie früher erfolgreich geübt hatte, war die Hanse damals schon zu schwach. Das Reich bot ihr keine Hilfe. Hinter der aufstrebenden englischen Kaufmannschaft aber stand eine verständnisvolle, energische Staatsgewalt. Politische Momente haben in diesem Kampf den Ausschlag gegeben. Und während die Hansen aus England weichen mußten, drang der englische Handel ins deutsche Gebiet ein. Die Merchants adventurers verlegten den Stapel für englisches Tuch zuerst schon 1567, endgültig 1611 nach Hamburg, das sich damit tatsächlich von der Hanse lossagte, von den Engländern zu einem Mittelpunkt des internationalen Zwischenhandels ausgestaltet wurde.

Schon aber begann der englische Handel auch die außereuropäische Welt zu umfassen. Ein Geist kühnen Wagens kam über die Nation, ein Geist, den das Unbekannte reizte, der es mit jedem Gegner aufnahm. Entdeckerfreude und kaufmännische Unternehmungslust reichten sich die Hände.

Die Hawkins, Frobisher, Drake, die Führer im Korsarenkrieg gegen Spanien, waren zugleich Freibeuter, Glaubensstreiter und Entdecker. John Hawkins gelangte nach Westafrika und Brasilien, Francis Drake erreichte das Gestade des Stillen Ozeans, umsegelte die Welt. Eine Gesellschaft der wagenden Kaufleute Englands zum Entdecken unbekannter Länder und Gebiete wurde gegründet. Sie knüpfte die ersten Handelsbeziehungen zu Rußland. Schon 1555 erfolgte die Gründung der russischen Kompanie mit dem Monopol für Rußland, Armenien, Medien, Hyrkanien und dem Kaspischen Meer. Man versuchte das Problem der nordwestlichen und noröstlichen Durchfahrt nach Asien zu lösen, was erst dem 19. Jahrhundert gelang. Einstweilen wurde 1584, um zu Land eine Handelsverbindung mit Indien zu finden, die türkische Kompanie gegründet. Sie ist nicht gediehen, gab aber selbst wieder den Anstoß zur Gründung der zukunftreichsten dieser Gesellschaften, der gleich zu erwähnenden ostindischen Kompanie, der ersten joint stock company (Aktiengesellschaft) auf englischem Boden. Das Prinzip der Gesellschaftsbildung, dem die Holländer so viel verdankten, beherrscht auch den englischen Außenhandel. Aber noch bleibt Holland der gefährlichste Konkurrent Englands im Weltverkehr.

Kapitalistische Bewegung und Handel standen zueinander in Wechselwirkung. Wie das Kapital den Handel befruchtete, so beförderte der Handel die Kapitalbildung. Dies hatte zur Folge, daß England auch im Geldgeschäft vom Ausland unabhängig wurde. Gresham brachte es dahin, daß die Krone ihre Kreditbedürfnisse nicht mehr in Antwerpen, sondern im Inland befriedigen konnte. Das Denkmal dieses Umschwungs ist der Bau der Börse in London (1568).

England hatte Anteil gewonnen am Weltverkehr. Voll ausleben aber konnte sich diese Entwicklung doch erst dann, wenn man des Meeres mächtig wurde. Der Wiederaufbau der im 15. Jahrhundert dahingesunkenen Seemacht ist nicht der kleinste Ruhmestitel der Tudorzeit, ist das eigentliche Wahrzeichen des heraufsteigenden neuen Englands. Die Tudors legten den Grund zur heutigen englischen Marine. Zur Zeit Elisabeths kam das Seeherrschaftsideal der ersten Lancasterperiode seiner Verwirklichung mindestens nahe (vgl. Bd. V, S. 107. 108). In der Flotte Heinrichs VII. bildeten noch bewaffnete Handelsschiffe den Hauptbestandteil. Er sorgte durch Einführung von Prämien für Ozeanfahrer dafür, daß größere, für den Kriegsdienst besser geeignete Schiffe gebaut wurden. In Portsmouth, das schon lange Kriegshafen und Stützpunkt der Flotte war, ließ er das erste Trockendock bauen. Heinrich VIII. schmiedete in der Flotte die Hauptwaffe Englands. Er stellte höhere Ansprüche an die seemännische Befähigung seiner Offiziere und Unteroffiziere. Aus dieser Zeit stammt eine Zusammenstellung taktischer Vorschriften. Im letzten Regierungsjahre Hein-

richs VIII. wurde die Marineverwaltung neugestaltet, kurz die Überlegenheit der englischen Flotte über die spanische begründet. Unter Elisabeth wurde das Werk gekrönt. Damals tat sich John Hawkins nicht nur als Führer, sondern auch als Schiffsbauer und Organisator hervor, unterstützt von Lord Howard of Effingham, dem ruhmreichen Befehlshaber der englischen Flotte gegen die Armada. Zur Zeit Elisabeths entwarf Montgomery schon eine Art von Flottengründungsplan; er verlangte eine Seerüstung, mit der jeder Macht die Seeherrschaft streitig gemacht werden könne. Der Glaube, daß ihr das Meer gehöre, schlug von neuem in der Nation Wurzel, um nicht wieder abzusterben. Im Korsarenkrieg gegen Spanien, dessen materielle Motive durch den Eifer für die protestantische Sache verklärt wurden, betätigten sich die neugewonnenen Kräfte zuerst. Im Kampf gegen die Armada vollbrachte die englische Flotte ihr Meisterstück.

Um wieviel freier konnten sich die Engländer nach dem Sieg über die spanischen Rivalen auf dem Meere rühren. Nach dreifacher Richtung haben sie ausgegriffen, schon etwas früher auf nordamerikanischem Boden Niederlassungen zu gründen versucht — zunächst ohne Erfolg. Aber der Nation war eine ihrer größten Aufgaben gestellt. Dann richteten sich die Blicke auf den dunklen Erdteil; 1588 und 1592 wurden afrikanische Kompanien errichtet, nicht zu Siedlungszwecken, sondern zum Eintausch von Gold, Elfenbein und Sklaven. Aber das höchste und letzte Ziel der Sehnsucht blieb doch das indische Wunderland, von dem der holländische Konkurrent schon Besitz ergriffen hatte. Am 31. Dezember 1600 genehmigte Elisabeth die Gründung einer nach holländischem Muster organisierten ostindischen Kompanie „zur Ehre der Nation, zur Bereicherung des Volkes, zur Vermehrung von Handel und Schiffahrt". Das Monopol der Kompanie wurde ausgedehnt auf alle Inseln und Häfen Asiens, Afrikas, Amerikas jenseits des Kaps der guten Hoffnung bis zur Magalhãesstraße. Auch durfte die Kompanie Länder erwerben, die nicht im Besitz befreundeter Mächte waren, eine Verwaltung einrichten und Gesetze geben, die nicht im Widerspruch mit englischen Gesetzen standen.

In Industrie, Handel, Geldgeschäft und Schiffahrt hatte der englische Wirtschaftskörper die fremden Elemente ausgestoßen, neue Kräfte entwickelt, die sich über die Welt zu ergießen begannen. Daß dieser Weltmission ein göttlicher Plan zugrunde liege, daran haben schon damals die Engländer nicht gezweifelt. Die Vorsehung, so heißt es in einer Eingabe von Kaufleuten an die Königin, habe noch Ländereien aufgehoben, damit sie von den Engländern in Besitz genommen werden könnten. Es ist die Sprache des modernsten Imperialismus.

Während England unter der Regierung Elisabeths zu imponierender Höhe emporstieg, sammelte auch das zerrüttete Frankreich unter Heinrich IV. neue Kräfte. In beiden Reichen waltete ein strenge ordnender und umsichtig aufbauender Staatswillen, der in Spanien fehlte. Durch seinen Übertritt zur römischen Kirche hatte Heinrich IV. den religiösen Gegensatz beschworen, ohne jedoch seiner ehemaligen Glaubensgenossen zu vergessen. Das Edikt von Nantes (1598), das auf frühere Religionserlässe zurückgriff, gab den Hugenotten Freiheit des Gottesdienstes außer in Paris und den meisten großen Städten, einen Beitrag des Königs für ihre kirchlichen Zwecke, beließ ihnen auf acht Jahre ihre Sicherheitsplätze, eröffnete ihnen freien Zutritt zu den staatlichen Ämtern und Würden. Religionsstreitigkeiten sollten durch gemischte, aus den Parlamenten hervorgehende Kammern entschieden werden. Die Hugenotten gewannen damit Eingang in die höchsten Gerichtshöfe des Reiches. Das Edikt von Nantes sicherte dem französischen Protestantismus die volle Lebensmöglichkeit. Im gleichen Jahre hat der König den spanischen Krieg erfolgreich beendigt. Die kommenden Friedensjahre waren ausgefüllt durch das Bemühen, aus Schutt und Trümmern ein neues Frankreich zu bilden.

Furchtbar hatte dort ein fast 40jähriger Krieg gehaust. Verödung der Bauernhöfe und Dörfer, Stillstand des Verkehrs, Unsicherheit zu Land und zur See, allgemeine Verarmung waren seine Folgen. Die Kirche hatte einen großen Teil ihres Besitzes eingebüßt. Der Adel war durch die Lasten des Krieges in Schulden geraten, hatte seine Güter veräußern müssen. Diese kamen nun in die Hände von Leuten, die im Kriege reich geworden waren. Auf manchem Adelsschloß saß jetzt ein Herr, dessen Ahnen ehrsame Handwerker gewesen waren. Verarmung herrschte auch in den Städten. Viele Bürger hatten dem Staat große Kapitalien vorgestreckt und warteten nun vergeblich auf die Zahlung der Zinsen. Die gewerbliche Produktion stockte, das Rohmaterial ging ins Ausland, das die Franzosen mit unentbehrlichen Industrieartikeln versorgte. Dazu kamen soziale Krisen in Stadt und Land, in den Städten Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Aufstände der Bauern, welche durch die Erpressungen des Adels zur Verzweiflung getrieben wurden. Banden entlassener Soldaten durchzogen raubend und plündernd die Städte und das platte Land. Frankreich glich einem „Kadaver“.

Diesem Elend, dieser Anarchie stand eine bis zum Grund erschütterte Staatsgewalt gegenüber. Die monarchomachische Bewegung, die ständischen Tendenzen während der Religionskriege sind ein Gradmesser für den Tiefstand des monarchischen Gefühls. Die Verwaltung war desorganisiert und korrumpiert. Die adeligen Gouverneure der Provinzen hatten während des Bürgerkrieges den Kreis ihrer Befugnisse willkürlich erweitert, betrachteten

ihre Ämter als erblichen Besitz. Die Städte hatten während der Unruhen ihre alte Selbstverwaltung wiedererlangt, waren Stützpunkte ligistischer Umtriebe geworden. Die höchsten Richter des Landes, die Mitglieder der Parlamente, die sich stolz als Verteidiger der Volksrechte gegen königliche Willkür bezeichneten, ergänzten ihre mageren Einkünfte durch Bestechungsgelder, welche die Gestalt fester Taxen annahmen. Verführt durch ihre nahen Beziehungen zum Adel beugten die Parlamente das Recht zugunsten der großen Herren. Auch in der Finanzverwaltung gingen Unredlichkeit und Verwirrung Hand in Hand. Die Einnahmen reichten kaum aus, um die Zinsen der riesigen Staatsschuld zu decken, für die Bedürfnisse des Staates blieb nichts übrig.

Heinrich IV. stand also vor der doppelten Aufgabe, die tiefgesunkene monarchische Autorität wieder aufzurichten und seinem verelendeten Volke Frieden und Wohlstand wiederzugeben. Heinrich war nichts weniger als ein Gewaltmensch, wandte scharfe Mittel erst dann an, wenn er in Güte nichts erreichen konnte. Gerne verzieh er Reuigen, war besiegten Feinden ein milder Richter. Er liebte es, mit seinen Untertanen traulich und zwanglos zu verkehren, ohne die Majestät zu betonen. Aber hinter dieser bezaubernden Liebenswürdigkeit verbarg sich ein unbeugsamer Herrscherwille. Heinrich IV. war durchdrungen von der Notwendigkeit und Würde des Staates. Nur Gott und seinem Gewissen glaubte er sich verantwortlich. Er wollte nach dem Ausspruch eines Zeitgenossen „für absolut gelten und zwar noch etwas mehr als seine Vorgänger“. Heinrich IV. setzte seine ganze Kraft an die Wiederherstellung und Ausdehnung der königlichen Rechte. Aus dem Konseil entfernte er die Prinzen von Geblüt, die geistlichen und weltlichen Großwürdenträger. Der König allein gab in großen Fragen den Ausschlag. Von den Parlamenten verlangte er unbedingten Gehorsam, der Eigenmächtigkeit der Provinzialgouverneure legte er Zügel an. Niemals berief er, während seiner ganzen Regierung die Generalstände. Aus finanziellen Gründen hat er zwar die états provinciaux in seinen ersten Jahren noch versammelt, ihr Steuerbewilligungsrecht jedoch für nichts geachtet. Nur von Gnade, nicht von Recht dürfe zwischen König und Ständen die Rede sein. Heinrich IV. fand in der ständischen Ordnung eine Gefahr für den inneren Frieden und ein Hindernis für seine absolutistischen Tendenzen. Die Städte nahm er finanziell stark in Anspruch, ihre Autonomie fand an ihm den schärfsten Gegner. Empörungsversuche unzufriedener Adeliger wurden alle schon im Keime erstickt. Frankreich fühlte endlich wieder über sich eine starke Hand. Wie einst nach dem 100jährigen Kriege, so stieg auch jetzt nach den schwersten Krisen die monarchische Idee wieder siegreich empor (Bd. V, S. 109). Das Ruhebedürfnis der bürgerlichen Schichten war stärker als alle Freiheitsinstinkte.

Festen Grund aber erhielt die wiederhergestellte königliche Autorität doch erst noch durch die Ordnung des Staatshaushaltes, der wie in Spanien durch die Kriegspolitik der letzten Herrscher arg aus dem Gleichgewicht gekommen war. Die Finanzreform war das große Werk des Herzogs von Sully, der seit 1596 die Rolle eines Oberintendanten der Finanzen bekleidete. Er fand eine Staatsschuld vor, die nach seiner Schätzung 296 Millionen Livres ausmachte. Zu ihrer Tilgung wandte Sully nicht durchwegs einwandfreie Mittel an. Staatsrenten wurden unter dem ursprünglichen Preis zurückgekauft, ungerechte Ansprüche annulliert, auch von den aufrechterhaltenen Renten den Gläubigern nur ein kleiner Bruchteil ausbezahlt. Während Sully derart auf geraden oder krummen Wegen den Staatsschatz entlastete, bemühte er sich zugleich um die Vermehrung der königlichen Einkünfte. Seine segensreichste Maßregel war die Rückerwerbung verkaufter oder verpachteter Domanialgüter und Rechte. Er traf mit Männern der Finanz das Abkommen, daß diese die veräußerten Domänen auslösen, sie einige Jahre zur Nutznießung behalten, dann dem König lastenfrei zurückstellen sollten. Die Haupteinnahmequellen des Staates bildeten aber doch die direkten und indirekten Steuern. Eine Erhöhung der Taille (Bd. V, S. 79), die hauptsächlich auf dem verelendeten Bauernstand lastete, war nicht möglich. Es mußten sogar Rückstände erlassen, der Betrag der Steuer ermäßigt werden. Dafür entschädigte sich die Regierung durch eine kräftige Erhöhung des vom Staat eingehobenen Salzpreises, der Gabelle, die nun ein Fünftel der Einnahme ausmachte. Das Unwesen des Ämterverkaufes erfuhr noch eine Verschärfung, indem Sully die Parlamentsstellen, die bis dahin käuflich gewesen waren, sogar erblich machte. Durch peinliche Ordnung und strengste Sparsamkeit hielt Sully den Staatshaushalt aufrecht. Die Finanzbeamten „fürchteten seine Augen und seine Hände". Auch den Großen des Reiches trat er rücksichtslos entgegen, wenn er den Staat durch sie geschädigt glaubte. Nach einer glaubwürdigen Annahme hätte Sully 1600—1610 jährlich eine Million Livres erspart. Beim Tode Heinrichs IV. fanden sich im Staatsschatz 12—13 Millionen vor. Freilich jammerte das Volk noch immer über Not und Elend, klagte Heinrich IV. an, er wolle lieber ein König der Bettler, als König der Franzosen sein. Sully selbst gab 1607 zu, die Untertanen seien über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinaus mit Steuern überlastet.

Wir werden aber dem König und seinem Minister die Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen, daß sie zwar viel vom Volke forderten, ihm aber auch viel gaben. Wenn die Regierung große Ansprüche stellen mußte, um die Kriegsschäden zu heilen, so sollten die Untertanen auch instand gesetzt werden, ihre Pflichten gegen den Staat zu erfüllen. Heinrich IV. stellte die errungene Macht in den Dienst des Gemeinwohls. Er war red-

lich bemüht, Arbeitsfreude zu wecken, Lasten erträglicher zu machen, der Produktion und dem Verkehr neue Wege zu weisen. Gelang ihm auch nicht alles, so hat er doch der Zukunft manche wertvolle Anregung hinterlassen. Indem Heinrich IV. seinem Reiche für längere Zeit Frieden gewährte, schuf er die Grundbedingung alles Gedeihens.

Wie Elisabeth, so sahen auch Heinrich und Sully in einer gesunden Bodenwirtschaft das Fundament des Volkswohlstands. Unbelästigt durch marodierende Soldaten, sicher vor der den Feldern und Weingärten schädlichen Jagdlust des Adels sollte der Bauer seiner Arbeit nachgehen können. Die auf ihm ruhende Steuerlast sollte vermindert werden durch die Herabsetzung der Taille, durch schärfere Heranziehung aller derer, die auf Grund gefälschter Privilegien, durch die Gunst der Beamten oder durch den unberechtigten Anspruch, zum Adel oder zum Hof zu gehören, sich bisher ihrer Steuerpflicht entzogen hatten. Der König suchte also die Landwirtschaft zu entbürden, gleichzeitig aber ihre produktiven Kräfte zu steigern. Mit dem Versuch freilich, der Seidenzucht in Frankreich weitere Ausdehnung zu geben, hatte er wenig Glück. Dagegen kann man ihm das Verdienst zuschreiben, zur Austrocknung von Sümpfen, die unter seinem Nachfolger ins Werk gesetzt wurde, den Anstoß gegeben zu haben. Wie in England, so wurde auch in Frankreich damals in Zeiten guter Ernte die Getreideausfuhr gestattet, damit der Geldarmut abgeholfen werde, die Untertanen leichter ihre Steuern zahlen könnten. Durch die Herabsetzung des Zinsfußes sollten die Grundeigentümer bewogen werden, ihre Kapitalien nicht mehr in Geldgeschäften anzulegen, sondern zur Bewirtschaftung ihrer Güter zu verwenden. Für die ländlichen Arbeitslöhne wurde ein Höchstsatz festgesetzt. Dem Adel, der sich ans Hofleben gewöhnt hatte, von dem Wahn betört war, nur an den Stufen des Thrones sein Glück machen zu können, und darüber die Landwirtschaft vernachlässigte, suchte Heinrich wieder Geschmack am Landleben beizubringen.

Nach bestem Wissen und Können wurde also für die Belebung der Bodenkultur gesorgt. Zugleich aber begann der Wiederaufbau des städtischen Wirtschaftslebens. Darin ließ sich der König auch durch Sully nicht beirren, der meinte, die Vorsehung habe Frankreich zum Agrarland bestimmt; durch die Industrialisierung würden der Landwirtschaft nur Arbeitskräfte entzogen werden und mit der Gesundheit der Arbeiter zugleich ihre Kriegstauglichkeit leiden. Da durch den Gebrauch ausländischer Luxusartikel viel Geld aus dem Lande ging, so war des Königs Augenmerk auf die Züchtung von Luxusindustrien gerichtet. Seidenstoffe, Goldfäden, Kristallwaren, Teppiche, die bisher das Ausland geliefert hatte, wurden jetzt in Frankreich selbst erzeugt. Einzelne Unternehmer erhielten Monopole. Die meisten dieser Luxusindustrien gingen nach Heinrichs Tod wieder ein, weil ihr Be-

trieb zu kostspielig war. Die für den Tagesbedarf arbeitenden Industrien aber, die auf einen weiteren Abnehmerkreis rechnen konnten und so starker staatlicher Nachhilfe nicht bedurften, blühten im Schutz des Friedens von selbst fröhlich auf. Die Handels- und Industriestädte erhoben sich wieder aus ihrem Ruin.

Der Industrie mußten neue Verkehrswege geschaffen werden. Die im Krieg zerstörten Straßen und Brücken wurden, soweit die Mittel reichten, wiederhergestellt. Heinrich IV. begann den Bau eines Kanals zwischen Loire und Seine. Der Handel mit Spanien, dem besten Abnehmer französischen Getreides und französischer Industrieprodukte, litt unter dem politischen Gegensatz, der mit England unter der Eifersucht der dortigen Kaufleute und unter den Piraterien im Kanal. Dagegen entwickelte sich über Marseille ein lebhafter Verkehr mit der Levante, wohin große Mengen französischer Seide abgesetzt wurden. Auf den Versuch, durch die Errichtung einer ostindischen Kompanie das Monopol der Holländer im Indienhandel zu brechen, mußte der König verzichten. Dafür sicherte sich das verjüngte Frankreich einen Anteil an der neuen Welt. Die nördlichste, außerhalb der spanischen Machtsphäre gelegene Region Amerikas, die Gegend nördlich vom 40. Breitegrad wurde zur Besiedelung ausgewählt. Im Jahre 1608 wurden Port-Royal und Quebec gegründet. Die Kolonisation Kanadas entsprang privatem Unternehmungsgeist. Die Regierung beschränkte sich auf eine moralische Unterstützung.

So war Frankreich in den Jahren des Friedens durch das Zusammenwirken des Königs und der Nation wieder zu Kräften gekommen. Es war gerüstet, den alten, nie ganz zur Ruhe gekommenen Kampf mit Habsburg fortzusetzen, in die am Anfang des 17. Jahrhunderts heraufziehende europäische Krise machtvoll einzugreifen. Als Bekämpfer der habsburgischen Weltpolitik, als Streiter für die protestantische Sache hatte Heinrich IV. seine Laufbahn begonnen. Am Abend seines Lebens sehen wir ihn zu diesen Ausgangspunkten zurückkehren, finden wir ihn bereit zu einem neuen Kampfe, diesmal auch gegen die deutsche Linie des Hauses Habsburg. Seine Nachfolger verharren in dieser Richtung. Seit Heinrich IV. treten sich Frankreich und das Kaisertum in neuen Kämpfen gegenüber, die sich mit dem Glaubenszwiespalt in Deutschland verbinden, und in die zum Teil auch der europäische Norden hineingezogen wird. Ihm gilt daher unsere nächste Betrachtung.

Dritter Abschnitt

Der Entscheidungskampf zwischen Frankreich und Habsburg (1610—1660)

Literatur

Zum 1. Kapitel: Gesamtdarstellung von P. Schiemann, Rußland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert, 2 Bde., 1886 und 1887 (bei Oncken). Dazu Seraphim, Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, 2 Bde., 1895, und H. Übersberger, Österreich und Rußland seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, I, 1488—1605 (1906). Skandinavien: Schäfer IV und V, Geijer I. II. Polen: E. Zivier, Neuere Geschichte Polens, I, 1915 (bei Heeren-Ukert). Rußland: Strahl und Herrmann, Geschichte des russischen Staates, 7 Bde., 1832—1866. Rambaud, Histoire de la Russie (deutsch 1886). Eine neuere allgemeine Darstellung der russischen und polnischen Verhältnisse gibt W. Milkowicz in Helmolts Weltgeschichte, V (1905). Speziell über Iwan IV. und die späteren Wirren vgl. K. Waliszewski, Les origines de la Russie moderne, 2 Bde., (3. Aufl. 1904 und 1906).

Zum 2. und 3. Kapitel: Für die deutsche Geschichte genüge der Hinweis auf das grundlegende Werk von Moritz Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges, 3 Bde., 1886—1906 (in „Bibl. deutscher Gesch.") und Droysen-Winter, Das Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, 1888 ff. (Oncken). Österreichische Länder: A. Huber a. a. O. IV. V. (1892). Für die vielumstrittene Wallensteinfrage scheint H. Srbik in seinem Werke „Wallensteins Ende. Ursachen, Verlauf und Folgen der Katastrophe" (1920) die Lösung gefunden zu haben. Frankreich: Lavisse VI, 2 und VII, 1. Fagniez, Le père Joseph et Richelieu, 2 Bde., 1893 und 1894. Schweden: Geijer II. III. G. Droysen, Gustav Adolf, 2 Bde., 1869 und 1870. Spanien: Mod. Lafuénte, Historia general de España, neue Ausg., 1877 bis 1882, 6 Bde. Niederlande: Blok a. O. 4 und 5. England: Brosch 7. S. R. Gardiner, History of England from the accession of James I. to the outbreak of the great civil war 1603—1642 und die übrigen Werke desselben Verfassers, besonders seine Cromwellbiographie. Über Cromwell sonst noch Alfred Stern: Geschichte der Revolution in England, 1881 (bei Oncken). Wolfgang Michael, Oliver Cromwell („Geisteshelden", 2 Bde., 1907). John Morley, Oliver Cromwell (1900). B. Erdmannsdörfer, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Regierungszeit Friedrich d. Gr., I, 1890 (bei Oncken) schildert die brandenburgische Politik während des nordischen Krieges.

Erstes Kapitel

Nordeuropa in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts

Das beherrschende Problem der nordeuropäischen Geschichte in der zweiten Hälfte des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts ist der Kampf um die Ostsee. Die Wage neigt sich erst zugunsten Polens, bis schließlich Schweden den Preis davonträgt. War im Mittelalter Dänemark unter den skandinavischen Staaten der mächtigste gewesen, so mußte es seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr dem Nachbar jenseits des Sundes den Vorrang lassen, sich von Schweden an politischer Geltung überflügelt und schließlich auf die Verteidigung seines Besitzstandes beschränkt sehen. Ungleich mehr als Dänemark treten in den baltischen Kämpfen dieser Periode Schweden, Polen und Rußland als die führenden Mächte hervor. Wir müssen die inneren Verhältnisse dieser Reiche vorerst kennen lernen, um zu einer richtigen Abschätzung der miteinander ringenden Kräfte zu gelangen, und richten unser Augenmerk zunächst auf die beiden skandinavischen Reiche.

Durch die Trennung von Dänemark hat Schweden seine Bewegungsfreiheit wiedererlangt. Anfang des 16. Jahrhunderts erlebte der skandinavische Norden eine tiefgreifende Umwälzung, den Zusammenbruch der von Schweden stets leidenschaftlich bekämpften Union von Kalmar (vgl. Bd. V, S. 164) unter Christian II. von Dänemark (1513—1523). Der Tod Sten Stures, des letzten Führers der Opposition und das Stockholmer Blutbad (1520) hatten Schwedens Widerstand gebrochen, das Reich von neuem dem Dänenkönig in die Hände geliefert. Erfüllt von weittragenden, aber überhasteten Reformgedanken, ein Todfeind des Adels, der Prälaten und der Hansen, in denen er die Hemmnisse alles Fortschrittes sah, eifrig bemüht um die Hebung des Bürgertums schaufelte indes Christian II. der wiederhergestellten Union durch seine Grausamkeit das Grab. Mit Hilfe Lübecks, das den scharfen Gegner hansischer Interessen zu beseitigen wünschte, erhoben 1523 die Dänen des Königs Oheim, Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein, die Schweden den jungen Gustav Wasa auf den Thron. Das Werk von Kalmar lag in Trümmern. Aus drückender Gemeinschaft erlöst, konnte die schwedische Politik wieder ihre eigene, die dänische oftmals feindlich kreuzende Bahn verfolgen. Norwegen, das mit Dänemark noch vereinigt blieb, bildete ein Streitobjekt zwischen beiden Mächten.

Seit der Zerreißung der Union beginnt Schweden unter dem Zepter eines großen Königs innerlich zu erstarken, für seine auswärtigen Aufgaben reif zu werden. Gustav Wasa (1523—1560) ist als Monarch eine typische

Erscheinung. Er gehört jener Gattung von Herrschern an, die in Ludwig XI. und Heinrich IV. von Frankreich, der kastilischen Isabella, Heinrich VII. und später Elisabeth von England glanzvoll vertreten ist. Mit einem hohen Begriff von seiner königlichen Würde verbindet er ein starkes landesväterliches Pflichtbewußtsein. Durch sein ganzes inneres Walten geht die Erkenntnis, daß der schwedische Bauernstaat eine höhere Entwicklungsstufe erklimmen müsse, wenn er eine Zukunft haben, den unausbleiblichen Kampf mit den Nachbarmächten siegreich bestehen wolle. Durch drei Werke hat Gustav Wasa das moderne Schweden begründet: durch die Befreiung vom Dänenjoch, die Einführung der Reformation und die Begründung des Erbkönigtums. Auf der Ratsversammlung von Örebro (1540) und dem Reichstag zu Westerås (1544) wurden Gustavs Söhne als rechtmäßige Erben des Reiches anerkannt, die Thronfolge nach dem Erstgeburtsrecht festgesetzt. Den von ihm neugeschaffenen Staat lenkte Gustav Wasa mit starker und weiser Hand. Von seinem Königtum hegte er die höchste Vorstellung. Göttlicher Kraft und Macht, so erklärte er im Jahre 1540 dem Reichsrat, verdanke er sein Herrscherrecht. Der Krongewalt suchte er die stärksten materiellen Grundlagen zu schaffen. Gemäß dem Westeråser Rezeß von 1527 (vgl. S. 41) und über dessen Bestimmungen hinaus zog er die Kirchengüter rücksichtslos ein. Dem Begriff des Regals gab der König die weiteste Auslegung, erklärte Allmendwaldungen, Ödländereien, Flüsse, Fischereien und Bergwerke, die bisher Gemeineigentum gewesen waren, für Kronbesitz, ergriff jede, auch nicht rechtmäßige Gelegenheit, seine Privatgüter zu vermehren. Indem er selbst Ackerbau, Bergbau und Handel mit allen Erzeugnissen des Landes trieb, sammelte er Reichtümer, konnte er bei seinem Tode einen stattlichen Silberschatz und mehrere mit kostbaren Waren gefüllte Vorratshäuser hinterlassen.

Vor allem aber fühlte sich Gustav doch als Diener des Gemeinwohls und erwarb sich mit Recht den Titel eines pater patriae (Vater des Vaterlands). Er unterließ nichts, um den Staat besser zu ordnen, den Arbeitseifer seines Volkes anzuspornen, ihm neue Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Er bemühte sich um eine Übersicht seiner Finanzen, um gerechtere Verteilung der Steuern. Es war Gustavs sichtliches Bestreben, sein Agrarland in einen Handel- und Industriestaat umzuwandeln, obwohl er die agrarischen Grundlagen des Gemeinwesens nicht außer acht ließ. Der König ermahnte seine Untertanen zu fleißigem Betrieb von Landbau und Viehzucht, verschrieb Handwerker aller Zweige und gab ihnen junge Burschen in die Lehre. Für den Silber- und Eisenbergbau und die Eisenfabrikation Schwedens bedeutete seine Regierung eine Epoche. Gustav rief deutsche Schmelzer und Schmiede ins Land, ließ Hütten, Hämmer nnd Sägewerke anlegen. Er kümmerte sich um die Verbesserung der Landstraßen, die Anlage von

Kanälen, die Einrichtung von Fuhrwerken. War Schweden bisher von der hansischen Zufuhr abhängig gewesen, so begann sich jetzt ein schwedischer Eigenhandel nach Frankreich, Spanien, England, den Niederlanden und Rußland zu entwickeln, der 1559 62 schwedische Schiffe zu 3150 Lasten beschäftigte. Durch Errichtung neuer Städte, wie Helsingfors in Finnland und Elfsborg am Kattegat, suchte Gustav den Verkehr nach bestimmten Plätzen zu lenken.

Schwedens gefährdete Lage in einem Kreise feindlicher Nachbarn zwang den König, auf die Hebung der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande bedacht zu sein. Um seinem armen Volke die kostspielige Anwerbung fremder Söldner zu ersparen, schuf er auf Grund der überlieferten mittelalterlichen Heerespflicht eine nationale Armee, die bei seinem Tode 12934 Mann Fußvolk und 1379 Reiter stark war. Es war nicht eigentlich ein stehendes Heer; die Leute saßen daheim auf ihren Höfen oder lagen bei Priestern und Adeligen, Bürgern und Bauern im Quartier, aber sie unterstanden militärischer Aufsicht, wurden regelmäßig gemustert und waren mit Waffen ziemlich gut versehen. Gustav Wasa ist auch der Schöpfer der schwedischen Seemacht, während man früher — nach seinem eigenen Ausdruck — bloß einen Haufen Schärenboote und andere Armseligkeiten hatte, die weder Hilfe noch Trost versprachen. Venetianische Baumeister, die der König berufen hatte, bauten den Schweden ihre Schiffe, die zum Teil von ansehnlicher Größe und vorzüglich mit Finnen und Nordländern bemannt waren.

So war Schweden aufs beste zum Kampfe gerüstet, als nach Gustavs Tod das Ostseeproblem sich aufrollte. An den jetzt beginnenden Verwicklungen nahmen, wie schon angedeutet, neben Schweden den stärksten Anteil Polen und Rußland, deren innere Zustände nun unsere Aufmerksamkeit fordern.

Wir haben den Siegeslauf der jagellonischen Politik, die Verpflanzung dieses Fürstengeschlechtes auf den polnischen Thron, die machtvolle Ausdehnung Litauens gegen Osten, die Demütigung des Ordensstaates im Thorner Frieden (1466), die Erwerbung Böhmens und Ungarns durch Wladislaw früher verfolgt (vgl. Bd. V, S. 200 ff.). Diese beiden Reiche waren freilich seit 1526 für die jagellonische Dynastie verloren, der habsburgisch-osmanischen Rivalität verfallen. Dieser Verlust wog indes nicht allzuschwer, da schon die geographischen Verhältnisse viel mehr eine Verbindung Böhmens und Ungarns mit Österreich als mit Polen verlangten. Auch der übrigen unter dem Zepter der Jagellonen stehenden Ländermasse fehlte noch der feste staatliche Zusammenhalt. Längere Zeit drohte der Abfall Ostpreußens. Der Ordensmeister Albrecht von Brandenburg suchte die

Fesseln des Thorner Friedens zu sprengen, verweigerte den Lehenseid, erhob sogar Anspruch auf polnisch-westpreußische Gebiete. Polen stand vor der Gefahr, die Frucht langwieriger Kriege und durch die Losreißung Danzigs die Verbindung mit dem Meere zu verlieren, die Gegnerschaft eines selbständigen, neugekräftigten Ordensstaates wiederaufleben zu sehen. Doch fehlte dem kühnen Unternehmen Albrechts der kräftige Rückhalt an Kaiser und Reich. Maximilian hat den Orden schließlich seiner ungarischen Pläne wegen an Polen preisgegeben (vgl. Bd. V, S. 209). Die Reichsstände hatten für den Befreiungskampf der Ostmark nur Worte, keine Taten übrig. Nach langwierigem, schließlich zum Kriege führendem Streit mußte der Hochmeister, der sich zuvor in einen protestantischen Herzog von Preußen verwandelt hatte, am 8. April 1525 in Krakau den Lehenseid leisten. Der neue preußische Staat begann sein Dasein unter polnischer Oberhoheit. Die Lösung war für Polen nicht günstig. „Denn an Stelle des von Zeit zu Zeit gewählten Hochmeisters trat jetzt ein erblicher deutscher Herzog und, was noch mehr in die Wagschale fiel: das Land bekam durch die Reformation einen vollkommen deutschen Charakter. Der alte Feind blieb bestehen in einer für Polen noch gefährlicheren Form." Ungeklärt war auch noch das Verhältnis zu Litauen. Noch immer ruhte die Gemeinsamkeit beider Reiche im wesentlichen in der Person des Herrschers. Die von den Polen heiß erstrebte volle Verschmelzung war trotz mehrfachen, dahin zielenden Beschlüssen am Widerstand der Litauer gescheitert, die ihre alte Selbständigkeit bewahren wollten.

In Polen selbst zeigten sich schon jene Krebsschäden des öffentlichen Lebens, an denen das Reich schließlich zugrunde gehen sollte. Seit dem 15. Jahrhundert hatte der Adel dem Königtum, das sich nicht wie im Westen auf ein Bündnis mit dem dritten Stand stützen konnte, die Führung entrissen, die anderen Stände unter seine Botmäßigkeit gebeugt (Bd. V, S. 202 ff.). Der Adel, d. h. die im Kampf gegen die Magnaten emporgekommene Schlachta (niedere Aristokratie), war jetzt der Staat. Schwer saß seine Faust den Bürgern und den übrigen Ständen im Nacken. Nichtadelige durften keinen Grundbesitz erwerben. Auf Wunsch des Adels wurden die Zünfte in sämtlichen Städten aufgehoben. Danzig verlor den Zwischenhandel mit den vom Adel erzeugten landwirtschaftlichen Produkten. Aufs schroffste machte sich die in Polen hergebrachte Geringschätzung städtischer Kultur und bürgerlichen Fleißes geltend. Der Adel erhielt das Judenregal, d. h. das Recht, die Juden zu besteuern und sie vor sein Gericht zu stellen. Der Bauernstand sank immer tiefer in Knechtschaft. Nach den Reichstagsbeschlüssen von 1519 und 1520 wurden alle noch vorhandenen fronfreien Bauern, sofern sie die Ablösung der Frondienste durch einen Geld- oder Naturalienzins nicht nachwiesen, zur Robot von einem Tage wöchentlich verpflichtet. Landleute,

die sich drei Tage in der Stadt aufhielten, ohne ein Gewerbe auszuüben oder einen Dienst zu finden, sollten gefesselt und zu Zwangsarbeiten bei den Befestigungswerken verwendet werden, damit sie das Land so wenig als möglich verließen, und der Adel nicht an Arbeitermangel leide. Während die Schlachta die anderen Stände zu entrechten suchte, versagte sie dem König die schuldige Achtung, übte bei jeder Gelegenheit Erpressung und ließ den Staat darben. Auf dem Reichstag von 1523 erfolgte ein Attentat auf den König. Im Jahre 1537 verweigerte der Adel die Heeresfolge gegen die Moldauer, ehe nicht seine Wünsche erfüllt seien.

Über ungerechte Verteilung der Steuern führte die Schlachta häufige Klage. Die Opferwilligkeit und der Gemeinsinn der großen Masse des Adels waren so wenig entwickelt, daß er jede Steuerforderung überhaupt als eine ihm zugefügte Unbill empfand. Auch in der Leistung des Bewilligten zeigte er sich sehr lässig. Das Streben der Schlachta, Steuerlasten möglichst von sich abzuwälzen, verband sich mit ihrem Kampf gegen das Magnatentum (den hohen Adel). Der König sollte die Krongüter, durch deren Verschleuderung er sich die Gunst der Magnaten erkauft hatte, von ihren gegenwärtigen Inhabern zurückfordern, dann werde der Kronschatz sich wieder mehren, der König selbst für den Staat sorgen können, das Land von Steuerforderungen verschont bleiben. Der lange sich hinschleppende Streit wurde endlich auf dem Reichstag von 1566 durch einen Ausgleich beendigt. Alle Inhaber ehemaliger königlicher Güter sollten den vierten Teil der Einkünfte erlegen und dieser Betrag zusammen mit dem vierten Teil der Einkünfte aus den vom König noch besessenen Gütern zur Landesverteidigung verwendet werden. Das Widerstreben des Adels, Lasten auf sich zu nehmen, vereitelte auch die Reform der rückständigen Wehrverfassung. Zur Verteidigung des Landes diente das der Volkswirtschaft schädliche, militärisch unzureichende, allgemeine Aufgebot. Die Versuche Sigismunds I., in den Jahren 1510—1512 diese überlebte Einrichtung durch ein aus neuen Steuern zu besoldendes, stehendes Heer zu ersetzen, scheiterten am Widerstand des Adels, der sich seine „Freiheiten" nicht verkürzen lassen wollte, die militärischen Absichten des Königs mit Mißtrauen betrachtete. Das Land blieb gegen Einfälle feindlicher Nachbarn nur ungenügend geschützt. Auswärtige Kriege mußten mit kostspieligen Söldnerheeren geführt werden.

Die inneren Gegensätze wurden noch verschärft durch das Eindringen der Reformation, für welche durch die husitische Bewegung der Boden vorbereitet war. Bedenklich war freilich, daß der Protestantismus nicht in einheitlicher Gestalt auftrat, sondern sich in verschiedene Richtungen spaltete. Neben den Lutheranern und ihren auch in Polen erfolgreicheren kalvinistischen Nebenbuhlern bildeten sich Sekten aller Art. Auch die Forderung

einer polnischen Nationalkirche mit slawischer Liturgie und mehr oder minder unbegrenzter Unabhängigkeit von Rom wurde erhoben. Dennoch waren die ersten Erfolge nicht gering. In den Reihen des Klerus selbst regte sich der Abfall. Der Hof lieh der Bewegung seinen Schutz. Beim Beichtvater der Gemahlin Sigismunds I. fanden geheime Zusammenkünfte der Kirchenfeinde statt. Der Thronfolger Sigismund August galt eine Zeitlang als Anhänger der neuen Lehre. Das deutsche Bürgertum Polens und Westpreußens wandte sich mit stürmischem Eifer der neuen Lehre zu. Namentlich in Danzig verknüpfte sich die kirchliche Bewegung mit sozialen Umsturztendenzen. Auch der polnische Adel schloß sich der Reformation an, jedoch mehr aus politischen, als aus religiösen Gründen. Die Machtstellung der Geistlichkeit, des einzigen Standes, der neben der Aristokratie noch etwas bedeutete, sollte vernichtet werden. Die Schlachta lief Sturm gegen die geistliche Gerichtsbarkeit und Steuerfreiheit, gegen Zehnten und Annaten, forderte die Einziehung der geistlichen Güter, die zum Besten des Landes verwendet werden sollten. Die sittlich und geistig meist tiefstehenden Bischöfe waren gegen die Bewegung ohnmächtig. Königliche Edikte und Synodalbeschlüsse blieben wirkungslos. Auf den Reichstagen von 1555 und 1556/7 setzte die Kammer der Landboten eine Art Interim durch. Auch auf kirchlichem Gebiet mußten der König und die Minderheit des Reichstages dem Willen der Schlachta gehorchen.

Ein schattenhaftes Königtum, das vergeblich nach Kräftigung seiner Autorität und innerer Ordnung strebte, eine herrschbegierige und selbstsüchtige Adelskaste, die sich mit dem Staate identifizierte, dabei dem Staate das Notwendige verweigerte und die anderen Stände zu knechten suchte, der Abschluß der Staatseinheit durch den Widerstand der Litauer gehemmt, das Land durch den religiösen Zwiespalt aufgeregt — das ist das Bild des Jagellonenreiches unter den beiden letzten Vertretern der Dynastie Sigmund I. (1506—1548) und Sigmund II. August (1548—1572). Diese innere Verwirrung fiel nun aber in eine Zeit, wo angesichts der von Osten und Süden her drohenden Gefahren höchste Opferwilligkeit und straffste Zusammenfassung der politischen Kräfte notgetan hätten. Die Moldauer und weit mehr noch die Krimtataren, die trotz gelegentlichen Bündnissen mit dem Polenkönig sich von ihren verheerenden Raubzügen nicht abhalten ließen, waren böse Nachbarn. Bitter rächte sich die Zerrüttung der Finanzen, die Unbrauchbarkeit der Wehrverfassung, die Abneigung des Adels gegen die vom König erstrebten Reformen. Der Hauptgegner der polnisch-litauischen Macht aber wurde das neuerstandene russische Reich. Die polnische Politik, bisher hauptsächlich gegen Westen und Süden gekehrt, muß nun ihre Front nach Osten, gegen Moskau wenden. Der Kampf mit Rußland beherrscht im 16. und 17. Jahrhundert die polnische Geschichte.

In ihm entscheidet sich schließlich das Schicksal Polens. Verschiedene Gegensätze sind da zusammengetroffen. Es wird gerungen um die Vorherrschaft in Osteuropa und auf dem Baltischen Meer. Zugleich aber ist es, wie richtig gesagt wurde, ein Kampf zwischen dem römischen Katholizismus und der Orthodoxie, zwischen Republik und Despotismus. Es läßt sich kein schrofferer Gegensatz denken als zwischen Polen, wo der Adel Freiheit und Anarchie verwechselte, und Rußland, wo sich eine unumschränkte Herrschermacht ausbildete.

Zersplitterung und Fremdherrschaft sind die Wahrzeichen des mittelalterlichen Rußlands. Im 11. und 12. Jahrhundert in Teilstaaten aufgelöst, gerät es um die Mitte des 13. unter die Botmäßigkeit der Tataren. Der Khan der „goldenen Horde“ beherrscht von seiner Residenz Sarai an der Wolga aus das russische Staatenkonglomerat. Durch die tatarische Eroberung ist Rußland dem Zusammenhang mit dem übrigen Europa fast gänzlich entrückt worden. Nur Nowgorod, wo die Hansen eines ihrer wichtigsten Kontore besaßen, hält noch die Verbindung mit dem Westen aufrecht. Allerdings wird Rußland nicht vollkommen tatarisiert. Es genügt dem Khan, wenn die unterworfenen Fürsten nach Sarai pilgern, um ihm ihre Huldigungen darzubringen, um von ihm ihre Belehnungsbriefe (Jarlyks) zu empfangen, wenn sie ihm Tribute zahlen und Truppen stellen. Dagegen lassen die Tataren den Russen ihre Fürsten und sonstigen Staatseinrichtungen, ihre Sprache und ihren Glauben. Das Los des russischen Volkes unter dem Tatarenjoch gleicht dem der Rajahs (der christlichen Völker) auf dem Balkan unter der Türkenherrschaft. Da also das russische Volkstum nicht gänzlich unterdrückt wurde, so blieb ihm die Aussicht auf dereinstige Befreiung. Wenn aber auch das Russentum nicht gänzlich im Tatarentum aufging, so hat dieses doch sehr stark auf den russischen Volkscharakter abgefärbt. Das Beispiel des orientalischen Zwingherrn, der von ihnen Ehrfurcht und Gehorsam fordert, sie für die öffentliche Ruhe in ihren Gebieten verantwortlich macht, läßt in den russischen Fürsten die Idee der Autokratie groß werden. Der tatarische Einfluß zeigt sich aber vielleicht noch mehr in dem, was er verhindert, als in dem, was er schafft. Die Fremdherrschaft hält Rußland fern von der Berührung mit westlicher Kultur, die den übrigen Slawen in so reichem Maße zuteil geworden war, drückt dem russischen Leben vielfach einen asiatischen Stempel auf.

Während die Tataren auf den Norden und Osten Rußlands drückten, setzten sich Polen und Litauer, noch vor ihrer Einigung am Ende des 14. Jahrhunderts, im Südwesten fest. Der Polenkönig Kasimir eroberte im Jahre 1340 das Fürstentum Halitsch. In Wolhynien, Polozk, Witebsk,

Tschernigow und Smolensk breitete sich unter den großen Herrschern Gedimin (1316—1341) und seinem Sohne Olgerd (1341—1377) die litauische Macht aus. Olgerd brachte 1362 nach seinem Siege über die Tataren am Flusse Sina die alte russische Hauptstadt Kiew in seinen Besitz. So war ein mächtiges litauisch-westrussisches Reich entstanden, dessen Einfluß auch schon nach Pskow, Nowgorod und dem Fürstentum Twer hinüberreichte, in diesen Gebieten dem aufstrebenden Moskau die Wage hielt. Rußland war somit zwischen zwei mächtige Nachbarn eingekeilt. Wäre es zu dem von Olgerd erstrebten, aber von Moskau klug vereitelten Zusammenschluß zwischen Litauern und Tataren gekommen, so wäre Rußland wohl in dauernder Knechtschaft verblieben. Da die Russen mit den Litauern sich ebensowenig verschmolzen wie mit den Tataren, so blieb auch die Befreiung jener westlichen Gebiete im Bereich der Möglichkeit. Wie in Westeuropa, so führt auch in Rußland die Entwicklung von der Zersplitterung schließlich zur Einheit zurück. Dank der nationalen und religiösen Gemeinsamkeit mußten die russischen Teilstaaten sich irgend einmal wieder zu einem politischen Ganzen zusammenfügen, wenn nur der rechte Führer sich fand. Wir haben schon auf den Staat hingewiesen, dessen Bestimmung es war, im Kampf mit den übrigen Teilfürstentümern, Tataren und Litauern Rußlands Schicksal neu zu gestalten.

Das Fürstentum Moskau wurde der Kern eines neuen Rußlands, das die alte Zersplitterung überwand, der Fremdherrschaft ledig wurde, sich zum freien, machtvollen Einheitsstaate umbildete. Den Beherrschern Moskaus war es beschieden, die Teilstaaten unter ihrer Herrschaft zu vereinigen und Rußland nach der Befreiung vom Tatarenjoch allmählich in den Kreis der europäischen Nationen einzuführen. Als den ersten Fürsten von Moskau kennt man seit 1248 den jüngeren Bruder Alexander Newskis von Nowgorod, Michael den Tapferen. Der eigentliche Gründer des Fürstentums aber war der Sohn Newskis, Daniel (1263—1303), der Moskau als Leibgedinge erhalten hatte. Er vergrößerte sein Gebiet, stiftete Klöster, sorgte für die Hebung des Handels und machte aus der Moskwa eine gute Wasserstraße. Bei seinem Tode (1303) hinterließ er seinen Söhnen Jurij Danilowitsch (1303 bis 1325) und Iwan I. Kalita (1328—1341) bereits ein wohlabgerundetes Gebiet, das von ihnen noch erweitert wurde.

Das Aufsteigen Moskaus zur russischen Großmacht erklärt sich aus der eigentümlichen Struktur dieses Staates, der im kleinen schon das Urbild der späteren großrussischen Autokratie darstellt. Moskau war ursprünglich von Unfreien oder Hörigen besiedelt, über die der Fürst mit ebenso unumschränkter Gewalt gebot, wie ein Gutsherr über seine Bauern. Auch spätere Ansiedler vermochten sich seiner Gewalt nicht zu entziehen. Auf diesem Boden konnte keine Selbstverwaltung gedeihen, wie sie in anderen

altrussischen Städten durch die Volksversammlung (Wetsche) geübt wurde. Ein großer Teil der Bevölkerung des Fürstentums bestand aus Unfreien oder Halbfreien. Es fehlten also die Voraussetzungen politischer Selbstbestimmung. Die Abhängigkeit vom Fürsten erstreckte sich auf die hohen wie auf die niedrigen Schichten. Die Stellung des Adels erfuhr im 14. Jahrhundert starke Veränderungen. Damals verschwand die Druschina (Gefolgschaft), die den Adeligen eine gewisse Gleichstellung gegenüber dem Fürsten verliehen hatte. An die Stelle des alten Gefolgschaftsrates trat ein Hof- und Beamtenadel, das Bojarentum. Als der Umkreis der Herrschatt sich erweiterte, führte der Fürst die Regierung mit Hilfe eines auch der bescheidensten Rechte entbehrenden Rates (Duma) und einer, theoretisch wenigstens, nicht minder von ihm abhängigen Beamtenschaft. Räte, Hof- und Staatsbeamte wurden den Bojaren entnommen, ihre Leistungen durch Verleihung von Dienstgütern und finanziellen Vorrechten belohnt. Die Haltung des neuen Adels beruhte also ausschließlich auf seiner Stellung zum Hof, und die fürstliche Machterweiterung lag in seinem eigensten Interesse. Zu Zeiten sucht das Bojarentum die Zügel an sich zu reißen, wird aber immer wieder von starken Herrschern gebändigt. Eine weitere Stütze des moskauischen Fürstentums war die orthodoxe Geistlichkeit, die bei den Tataren in höchstem Ansehen stand, von den Khanen mit außerordentlichen Begünstigungen ausgestattet wurde. Schon das mag ein Grund gewesen sein, weshalb Iwan I. Kalita in ein möglichst inniges Verhältnis zum Klerus zu treten suchte, der ihm den Tataren gegenüber als vermittelnde Macht dienen konnte. Iwan I. veranlaßte den Metropoliten Peter zur Übersiedlung von Wladimir nach Moskau. Da Peters Nachfolger dort ihren Sitz behielten, so wurde Moskau der kirchliche Mittelpunkt von ganz Rußland und konnte um so leichter auch das politische Zentrum werden. Durch den klugen Schachzug Iwans I., der dem geistlichen Oberhaupt auch politischen Einfluß eröffnete, mußte jeder Metropolit sich bewogen fühlen, für Moskaus Machtstellung einzutreten. Während die römische Kirche die Oberhoheit über den Staat beanspruchen konnte, hat sich die orthodoxe Kirche stets nur als seine Dienerin gefühlt.

Eine dritte Quelle der Macht aber war für die moskauischen Herrscher ihr Verhältnis zum Tatarenkhan. Indem sie ihm dienten, wurden sie mächtig. Im Namen des Khans hielten sie Ruhe und Ordnung in Rußland aufrecht, hoben für ihn als Generalpächter in allen Teilstaaten die Steuern ein. Gedeckt vom Oberherrn besorgten sie dieses Geschäft ihren Untertanen und den anderen Teilfürsten gegenüber mit rücksichtsloser Härte und verfügten so stets über eine gefüllte Kasse. Rußland gewöhnte sich seit dem 14. Jahrhundert daran, in den Fürsten von Moskau seine Herren zu sehen. Aus der Abhängigkeit vom Gebieter der Horde floß für sie finanzielle und politische Macht. Der

Tatarenherrscher selbst förderte Moskaus panrussische Politik. Nach dem Tode des Großfürsten von Wladimir (1304) erlangte Jurij Danilowitsch nach heftigem Kampf mit dem Fürsten von Twer durch die Gunst des Khans Usbeg die Würde eines Großfürsten und damit den Vorrang vor den übrigen Teilherrschern. Simeon der Stolze (1341—1353) wagte schon den Titel eines „Großfürsten von ganz Rußland" anzunehmen. Der Großfürst war jetzt den anderen Fürsten gegenüber nicht mehr „Vater" oder „älterer Bruder", sondern „Herr", „Gospodin". Nowgorod, das sich gegen Moskaus Oberherrschaft auflehnte, wurde von Simeon aufs härteste gedemütigt. Die Einführung der Primogenitur, die Bestimmung, daß anstatt des Ältesten der Familie der älteste Sohn dem Vater auf dem Thron folgen sollte, beugte den üblichen Sukzessionsstreitigkeiten einigermaßen vor.

Mit der um die Mitte des 14. Jahrhunderts beginnenden Auflösung des Tatarenreiches schien den Russen die Aussicht auf Befreiung von der fremden Zwingherrschaft zu winken. Die Herrscher der goldenen Horde erschlafften in den Genüssen des Hof- und Haremslebens. Ein Usurpator stieß den andern vom Thron. In den 36 Jahren von 1342—1378 zählen wir 18 Khane, so daß auf den einzelnen nicht einmal 1½ Jahre fallen. So durfte Fürst Dmitrij (1362—1384), im Widerspruch mit den Traditionen moskauischer Politik, den Bruch mit dem Zwingherrn von Sarai wagen. Aber sein ruhmvoller Sieg auf dem Kulikowschen Feld am Don (8. Sept. 1380), der ihm den Ehrentitel Donskoi eintrug, vermochte die Fesseln der Tatarenherrschaft nicht zu zerreißen, die noch durch volle hundert Jahre mit hartem Steuerdruck und verheerenden Invasionen fortbestand. Moskaus Macht aber wuchs unter dem fremden Joche weiter, zum Teil gefördert durch die wiedergewonnene Gunst des Khans. Ein Teilfürstentum nach dem andern wurde von Moskau verschlungen. Beim Tode Wassilijs II. (1462) waren nur noch Twer, Rjäsan und die in ihrer Freiheit auch schon beschränkten Republiken Nowgorod und Pskow (Pleskau) übrig. Unter Wassilijs Sohn Iwan III. schlug auch ihrer Unabhängigkeit die letzte Stunde.

Die Regierungen Iwans III. Wassiljewitsch (1462—1505) und seines Sohnes Wassilij III. sind entscheidend geworden für Rußlands innere staatliche Gestaltung und sein Verhältnis zum Westen. Unter Iwan III., den man mit Recht Ludwig XI. von Frankreich (vgl. Bd. V, S. 115ff.) an die Seite gestellt hat, gewann das von seinen Vorgängern auf Moskaus Thron begonnene Werk der Einigung den kräftigsten Fortgang. Er beseitigte den Fürsten von Twer, vernichtete den Freistaat Nowgorod, zog einige kleinere Fürstentümer ein. Die Zeit der Teilreiche war vorüber, der unter Moskaus Führung stehende russische Großstaat beinahe fertig. Ohne Schwertstreich wurde das geeinigte Rußland des Tatarenjoches ledig. Das Reich der goldenen Horde war in eine Reihe von Khanaten zerfallen, deren

Kräfte durch innere Wirren gelähmt wurden. Am 6. Januar 1431 vernichteten die Schikanschen und Nogaiischen Tataren die Horde von Sarai und befreiten damit Rußland von der asiatischen Zwingherrschaft. Seit 1480 zahlte es keinen Tribut mehr. Die noch übrigbleibenden Horden waren zu schwach, um den Russen wieder ihr Joch auferlegen zu können. Der Khan der Krimtataren, Mengli-Girei wurde Iwans treuer Verbündeter.

Das neue geeinigte Rußland aber suchte nun auch seinen verlorenen Söhnen den Weg in die Heimat wieder zu eröffnen. Es ist bezeichnend, daß Iwan III. sich den Titel eines Beherrschers (gossudar) von ganz Rußland beilegte, von Rom sogar die Verleihung des Titels imperator Russiae (Kaiser von Rußland) forderte. Er unternahm es, die alten Grenzen des Reiches im Westen wiederherzustellen, die während der Tatarenknechtschaft an Litauen gefallenen südlichen Provinzen zurückzuerobern. Unter der russischen Bevölkerung Litauens gab es viele, welche die Wiedervereinigung mit ihren Volks- und Glaubensgenossen erstrebten, im Großfürsten von Moskau den Befreier begrüßten. Litauische Fürsten begaben sich in Iwans Schutz und ebneten in zähem Grenzkrieg der russischen Herrschaft die Wege. Die Verbindung Litauens mit Polen bildete für die russische Eroberungspolitik kein Hindernis, um so weniger als der Tod Kasimirs des Großen von Polen (1492) diese Verbindung für kurze Zeit aufhob, der eine Sohn des Verstorbenen, Johann Albrecht, den polnischen Thron bestieg, sein Bruder Alexander Großfürst von Litauen wurde. Alexanders Vermählung mit Iwans Tochter Helene und seine eine Zeitlang zur Schau getragene russenfreundliche Gesinnung haben schließlich doch den Ausbruch des Krieges nicht verhindern können, in dem Litauen polnischer Hilfe entbehren mußte.

Iwan III. betrachtete sich als Schutzherrn der Orthodoxen Litauens gegenüber dem vom römisch-katholischen Großfürsten wirklich oder angeblich geübten Glaubensdruck. Schon in ihren Anfängen zeigt die russische Expansionspolitik die eigentümliche Vermischung von derbem Realismus und religiöser Romantik. Das Ergebnis der Kämpfe zwischen Iwan III. und seinem Schwiegersohn Alexander ist die Wiedergewinnung eines ausgedehnten Landstrichs im Westen. Durch das ganze 16. Jahrhundert aber bleibt Litauen das Streitobjekt zwischen den Jagellonen und Moskau.

In das letzte Stadium des erfolgreichen Krieges mit Litauen fällt ein mißglückter Angriff der Russen auf die mit Alexander verbündeten Livländer, ein Unternehmen, das uns die weitreichenden Pläne Iwans erkennen läßt. Es war seine Absicht, nachzuholen, was während der Jahrhunderte der Barbarenherrschaft versäumt worden war, Rußland mit westlicher Kultur zu durchtränken. In diesem Bestreben gipfelt Iwans historische Bedeutung. Dieser erste Vertreter des allrussischen Gedankens hat schon erkannt, daß

Rußland, wenn es Europa bezwingen wolle, sich erst selbst europäisieren müsse. Byzantinischer und italienischer Kultureinfluß hatten damals auf Rußland gewirkt. Iwans Vermählung mit der Paläologentochter Sophie vermittelte den Russen die Bekanntschaft mit griechischem Geist. Gelehrte aus Byzanz brachten griechische Bücher mit, die auf Befehl des Herrschers ins Slawische übersetzt wurden. Aus Italien verschrieb sich Iwan III. Landwirte, Handwerker, Künstler, Ärzte, Techniker und Kriegsleute. Durch eine zielbewußte Politik suchte er seinen Russen den Weg nach dem Westen freizulegen. Aus dem gemeinsamen Gegensatz gegen die Jagellonen erwuchs das 1490 mit den Habsburgern Friedrich III. und Maximilian I. geschlossene Bündnis, das zwar ohne politische Folgen blieb, aber doch als der Anfang der Beziehungen zwischen Österreich und Rußland Beachtung verdient (vgl. Bd. V, S. 209). Mit jenen Europäisierungsplänen Iwans hängt wohl auch der kriegerische Einfall in das zu Schweden gehörige Finnland (1495) zusammen, vor allem aber der Angriff auf Livland mit seinen bedeutenden Handelsplätzen Riga, Reval, Dorpat und Narwa. Der Besitz dieses Landes sollte Rußland den freien Verkehr über die Ostsee ermöglichen. Zum ersten Male streckt das Russentum seine Hände nach der baltischen Küste aus, pocht es drohend an die Pforten Europas. Durch die schwere Niederlage, die der Ordensmeister Walter von Plettenberg (1502) am Smolinasee in der Nähe von Pleskau dem russischen Heere bereitete, sah sich Iwan allerdings genötigt, von Livland abzulassen. Aber es bleibt ihm das Verdienst, zuerst den russischen Expansionsdrang nach Westen gelenkt und eine Frage gestellt zu haben, von deren Lösung Rußlands künftige Entwicklung abhing.

Die Mittel zu seiner Eroberungspolitik gewann Iwan III. durch ein verbessertes, nach tatarischem Vorbild eingerichtetes Steuersystem und durch die Erschließung der natürlichen Hilfsquellen des Landes, wobei ihm Ausländer behilflich waren. So entdeckten zwei deutsche Bergleute 1491 an den Ufern des Zylonastromes, 500 deutsche Meilen von Moskau, jene wichtigen Silber- und Kupferbergwerke, die den Großfürsten in Stand setzten, aus eigenem Metall Münzen zu prägen. Durch die Eroberung des jugorischen Landes im Westen Sibiriens kamen reiche Silberminen in seinen Besitz. Rußland dehnte seine Grenzen bis ans Eismeer aus. Der erste Schritt nach Asien war getan. Iwans Gemahlin, die Byzantinerin Sophie lenkte seinen Blick auch auf Konstantinopel. Er nahm den zweiköpfigen byzantinischen Adler als neues Wappen Rußlands an und bezeichnete damit der russischen Politik ein neues, erst in späterer Zeit ernsthaft erstrebtes Ziel. Im Inneren waltete Iwan III. schon als echter Selbstherrscher. Die eigenen Brüder, die angesehensten Bojaren zermalmte er in seinem Zorn. „Mein Wille“, sprach er, „ist meiner Untertanen Gesetz“. Unter Iwans Sohn Wassilij III.

(1505—1533) wurde durch die Einverleibung der noch übrigen Teilfürstentümer die Einigung Rußlands unter Moskaus Zepter so gut wie vollendet, den Litauern Smolensk entrissen.

Iwan IV. „der Grausame“ oder „der Schreckliche“ (1533—1584) setzte das Werk des Vaters und Großvaters fort. Auch seine Politik blickte nach Osten und Westen, suchte die Grenze nach der asiatischen Seite hin weiter vorzuschieben, zugleich aber das eben geschaffene, kaum erst der Tatarenknechtschaft entronnene Rußland näher an die westliche Kulturwelt heranzurücken, deren belebender Einfluß die Riesenkräfte des noch halb asiatischen Reiches steigern und gleichsam geschmeidiger machen sollte. Iwans nächste Aufgabe jedoch mußte sein, die nach dem Tod des Vaters ins Wanken geratene Autokratie neu zu befestigen. Er stürzte die rohen und übermütigen Bojarengeschlechter, die Schujskij und Bielskij, die während seiner Minderjährigkeit die Macht an sich gerissen, am Hof und in den Provinzen eine Schreckensherrschaft ausgeübt, dem jungen Fürsten den ärgsten Schimpf angetan hatten. Iwan hat später selbst darüber geklagt, wie Iwan Schujskij ihn nicht gegrüßt und in seinem Schlafgemach die Füße auf das Bett seines Vaters gelegt habe, wie der Schatz seines Vaters und seines Oheims von den Bojaren geplündert, und sogar das kostbare Tafelgerät mit ihren Namen bezeichnet worden sei. Und wie er selbst, sahen sich seine Freunde mißhandelt und am Leben bedroht. Unter dieser zügellosen Aristokratie standen ein Klerus, der unter dem Tatarenjoch jedes Gefühl für Scham und Sittlichkeit verloren hatte, dem jungen Fürsten nicht Mahner noch Vorbild sein konnte, und ein im gröbsten Aberglauben befangenes, von oben herab zu jeder Art von Frevel erzogenes Volk. Unter solchem Druck und in dieser Umgebung mußten in dem Knaben Iwan bittere Rachegefühle entstehen, mußte der ererbte Trieb zur Grausamkeit entfesselt werden, der den Mann später im Blut seiner Opfer schwelgen ließ. An die Stelle der gestürzten Bojaren traten der Pope Silvester und ein kleiner Hofbeamter Alexej Fedorow Adaschew. Beide beherrschten den jungen Fürsten „wie ein Magnetiseur den Magnetisierten“, brachen den Einfluß der Bischöfe und Bojaren, gaben den Anstoß zu wohlgemeinten Reformen in Staat und Kirche, denen freilich die nachhaltige Durchführung fehlte. Ein neuerer Forscher (Waliszewski) bestreitet allerdings die überragende Stellung der beiden Männer, will sie nicht als Bekämpfer des Bojarentums gelten lassen.

Um 1560 schüttelte Iwan die beiden unbequemen Ratgeber ab. Jetzt erst war er wirklich Herr, jetzt aber ließ er auch seiner angeborenen Grausamkeit die Zügel schießen, wurde er in Wahrheit der Schreckliche. Im Jahre 1565

verübte Iwan IV. eine Art Staatsstreich, indem er eine merkwürdige Neueinteilung des Reiches vollzog. Eine bestimmte Anzahl von Städten, Dörfern und Bezirken, auch gewisse Viertel Moskaus, wurden aus dem Staatsgebiete abgesondert und der persönlichen Herrschaft des Zaren vorbehalten. Diese abgesonderten Territorien, die schließlich einen großen Teil von Rußland ausmachten, nannte Iwan die „Opritschnina". Die Einkünfte und militärischen Kräfte der in Anspruch genommenen Gebiete standen nun ausschließlich dem Zaren zu Gebote. Iwan IV. schuf sich in der Opritschnina eine Art von Apanage als materielle Basis seiner auf die Eindämmung des Bojarentums gerichteten Politik. Der ganze Rest des Reiches, die „Semschtschina" (Landschaft) blieb in der Verwaltung der Bojaren, jedoch unter der Oberaufsicht des Zaren. Aus der „Opritschnina" nahm Iwan seine Leibgarde, die „Opritschniki", als furchtbare Werkzeuge seiner Tyrannei. Die „Opritschniki" banden Hundeköpfe und Besen an Hälse und Sättel ihrer Pferde zum Zeichen, „daß sie erstlich als Hunde beißen und, was übrig im Lande, gar ausfegen wollten". Wie Würgengel hausten diese Trabanten des Zaren im Lande. Die Schlachtopfer, die Iwan unter den entsetzlichsten Martern hinmorden ließ, zählen nach Tausenden. Raub, Brand und Plünderung minderten den Volkswohlstand. Was aber müssen wir von einem Volke denken, das ohne Widerstand sich unter der Geißel des Wüterichs krümmte! Man hat in neuerer Zeit das gekrönte Ungeheuer Iwan IV. rein pathologisch erklären wollen. Uns scheint aber Iwan mehr zu sein als der Typus des blinden Cäsarenwahnsinns, der das Böse nur um des Bösen willen tut. Auf seinem Wege voll Blut und Schrecken strebt er doch einem bestimmten politischen Ziele zu, der Wiederaufrichtung der monarchischen Selbstherrschaft. In einem merkwürdigen Brief an den nach Litauen entflohenen Fürsten Kurbski gibt uns Iwan Aufschlüsse über die Beweggründe seiner Greueltaten. Mit schwersten Anklagen überhäuft er die Bojaren, die während seiner Minderjährigkeit das Reich zur Wüste gemacht hätten — vom Aufgang bis zum Niedergang. „Wehe dem Hause, wo eine Frau herrscht, wehe dem Reiche, wo viele herrschen! Der Kaiser Augustus war der Gebieter des Erdkreises; er teilte mit Niemandem die Gewalt. Byzanz fiel, als die Kaiser anfiengen, auf die Priester, die Brüder eures Sylvesters, zu hören. . . . Bis jetzt sind die russischen Herrscher ungebunden und unumschränkt gewesen, sie haben nach Belieben ihre Untertanen begnadigt und mit dem Tode bestraft. Und so wird es auch bleiben." Auch ausländische Beobachter geben die Ausrottung und Austreibung der vornehmen Geschlechter als Ziele des Zaren an. Krankhafte Naturanlage, die Erinnerungen an eine entsetzliche Jugend, der Einfluß einer moralisch verpesteten Umgebung, der Knechtssinn der Russen ließen ihn freilich zu den gräßlichsten Mitteln greifen. Durch ein Meer von Blut watend, hat Iwan IV.

die Macht des Bojarentums gebrochen, den politischen Einfluß der hohen Geistlichkeit vernichtet. Die von ihm wiederholt berufenen Versammlungen von Vertretern der Verwaltung taten seiner Selbstherrlichkeit gewiß keinen Abbruch, sagten Ja und Amen zu allem, was der Herrscher befahl. Der Absolutismus Iwans IV. kleidete sich in bureaukratische Formen, bediente sich eines schon früher entstandenen, sehr komplizierten Behördensystems, das dem wachsenden Umfang des Reiches, den neuen politischen Aufgaben entsprechend ausgestaltet wurde.

Der russische Staat des 16. Jahrhunderts gleicht einer orientalischen Despotie, verrät in vielen Zügen das tatarische Vorbild. „Iwan ist die Konsequenz der Tatarisierung Rußlands, eine Art Zusammenfassung der Ergebnisse einer jahrhundertelangen Abhängigkeit vom Orient.“ Bei der langen Dauer der Tatarenherrschaft, den engen Beziehungen zwischen den Russen und der Horde, dem Fehlen jeder westlichen Gegenwirkung, konnte sich der tatarische Einfluß schrankenlos geltend machen. In Gewandung und Sprache, namentlich was die Ausdrücke für Heerwesen und Verwaltung angeht, haben die Russen vieles von den Tataren entlehnt. Vor allem aber ist das russische Regierungssystem mit seinem Despotismus, seiner Brutalität und Korruption nur der Abklatsch des tatarischen Vorbildes. Der Zar, der mit dem Leben und Eigentum seiner Untertanen willkürlich schaltet, das ganze Reich nur als seinen ungeheuren Hausbesitz ansieht, ist von einem Tatarenkhan kaum zu unterscheiden. Nur in kriechender Demut dürfen ihm die Großen nahen, müssen sich körperliche Mißhandlung und Züchtigung von ihm gefallen lassen. Durch Iwan IV. ist ihnen der Austritt aus dem Staatsverband versagt. Auch das harte Los der Bauern, die Unmündigkeit der Frau, besonders in den höheren Klassen, erinnert an den Orient. „Die Korruption der Bureaukratie, das Denunziantentum und die Spionage, die Mängel der Rechtspflege, schamlose Erpressungen, Steuerdruck ohne Rücksicht auf die Bedingungen des Volkswohlstandes — Züge, wie sie zum Teil noch bis auf unsere Tage im russischen Volks- und Staatsleben von Patrioten beklagt werden, sind wesentlich auf das Tatarenjoch zurückzuführen.“

Wie den anderen Slawen fehlte auch den Russen ein entwickeltes städtisches Leben, obwohl in dieser Richtung ein Unterschied zwischen dem Westen und Osten des Landes besteht. Die älteren, zum Teil noch vor der Gründung des russischen Staates entstandenen Städte, wie Kiew, Polozk, Smolensk, Witebsk, erfreuten sich einer ausgebildeten Gemeindefreiheit, erhoben sich zu bedeutenden Handelszentren. Unter litauischer Herrschaft erhielten sie sich dank der Berührung mit Westeuropa auf dieser Höhe. Wuchtige Steinbauten, prächtige Kirchen und Klöster gaben ihnen ein stattliches Aussehen. Dagegen glichen die Städte des eigentlichen Rußlands mit ihren Holzpallisaden nur großen Dörfern. Twer, Torshók, Pskow, Now-

gorod wurden durch die Schreckensherrschaft Iwans IV. zugrunde gerichtet. Die Bevölkerung der östlichen Städte war noch nicht völlig seßhaft geworden. Handel und Gewerbe staken noch in den Kinderschuhen. Mit Recht weisen neuere Forscher darauf hin, daß die Bezeichnung der Kaufleute als „gosti“ (Fremde oder Gäste) beweise, wie wenig heimisch sich der Handel in diesem Lande unter der Regierung Iwans IV. noch fühlen mußte, und daß Kaufleute und Bürger schwerlich eine einflußreiche Klasse in einem Lande bilden konnten, das durch Litauen, den Deutschen Orden (in Livland) und die Tataren von Europa, vom Meere und von allen großen Handelszentren abgeschnitten war. Wollte Rußland volle Lebensmöglichkeit gewinnen, so mußte es den freien Zutritt zum Meere, den unmittelbaren und ungehinderten Anschluß an Europa erreichen. Das war nur möglich nach Niederwerfung der Nachbarn. Eine innere Notwendigkeit drängte zur Expansion, deren Vorbedingung und Wirkung zugleich die Aufnahme europäischer Kulturelemente sein mußte. Iwan IV. folgte seinen orientalischen Vorbildern auch darin, daß er nach allen Richtungen über die Grenzen griff, die Eroberungspolitik seines Vaters und Großvaters in verstärktem Maße fortsetzte.

Iwan IV. gehört zu jenen Herrschern, deren Ruchlosigkeit uns Abscheu einflößt, deren Ideenflug wir aber bewundern müssen, die, soviel sie auch als Menschen verschuldet haben, ihren Völkern doch Bahnbrecher und Wegweiser geworden sind. Die Beilegung des Zarentitels, den er von der tatarischen Despotie entlehnt hatte, schließt das Programm der Weltherrschaft in sich. Iwan suchte die Gerechtigkeit dieses Anspruchs zu erweisen, indem er sich 1561 vom Patriarchen von Konstantinopel ausdrücklich seine Verwandtschaft mit dem byzantinischen Kaiserhause und sein Recht auf die Kaiserkrone bestätigen ließ. Er fühlte sich als rechtmäßigen Nachfolger der byzantinischen Kaiser, als Beherrscher des dritten Roms. Die Annahme des Zarentitels machte auf die rechtgläubigen Völker des Orients den tiefsten Eindruck. Sie begannen den Zaren von Moskau als das Haupt und den Vertreter ihrer Kirche, als ihren Schirmer und Schutzherrn, als den künftigen Befreier vom Türkenjoch zu betrachten.

Gleich seinem Großvater richtete Iwan IV. seine Blicke auf die Stadt am Goldenen Horn. Doch erschien ihm der Besitz von Konstantinopel nur erst als lockendes Traumbild, noch nicht als drängende Forderung des Tages. Andere Ziele lagen ihm näher. Er unterwarf die Tatarenreiche von Kasan und Astrachan. Die einstigen Beherrscher Rußlands mußten sich unter das Zarenjoch beugen. Bis in den Kaukasus und nach Persien erstreckte sich nun die russische Macht. Die Kosaken vom Dniepr stellten dem Zaren ihre Waffen zur Verfügung. Am 23. Oktober 1582 eroberte

der im Dienste des reichen Geschlechtes der Stroganow stehende Kosakenführer Jermak Timofejewitsch die Stadt Sibir, den Sitz des Zaren Kutschum, eines der Nogaierfürsten. Iwan IV. wurde der Begründer des asiatischen Rußlands.

Wie er aber die russische Macht nach Osten führte, so wurde er auch der Vorläufer Peters des Großen, der zu Beginn des 18. Jahrhunderts die baltischen Provinzen gewinnen, die Brücke nach dem Westen schlagen sollte. Iwan selbst verfolgte nur die Bahnen seines Großvaters Iwan III., indem er den Kampf um Litauen fortsetzte, durch die Eroberung Livlands sich zum Herrn der Ostseeküste machen wollte. Hier sollte das Tor geöffnet werden, durch das sich der Strom abendländischer Bildung ungehemmt über das russische Barbarenvolk ergießen konnte. Auch Iwan IV., dieser Typus des orientalischen Gewaltherrschers, hielt die Befruchtung Rußlands mit europäischer Zivilisation für notwendig, wenn sein Volk den Völkern des Westens ebenbürtig oder überlegen werden sollte. Hans Slitte, ein Deutscher aus Goslar, von dem wir nicht wissen, wie er nach Moskau gekommen ist, übrigens ein dunkler Ehrenmann, erhielt vom Zaren den Auftrag, aus Deutschland Ärzte, Apotheker, Buchdrucker, Handwerker, Künstler und Gelehrte nach Rußland zu berufen. Im Jahre 1548 hatte er 123 für seine Zwecke taugliche Männer beisammen, — da warfen ihn die Lübecker auf Wunsch der Livländer, die in Slittes Sendung eine Gefahr witterten, ins Gefängnis. Die Landung einer englischen Expedition an der Mündung der Dwina nahm der Zar 1555 zum Anlaß, eine Handelsverbindung mit England zu knüpfen, die für ihn im livischen Kriege außerordentlichen Wert gewann. Die Erwerbung Livlands war ein Hauptstück in Iwans zivilisatorischem Programm. Über Livland war bisher der russische Verkehr mit dem Westen gegangen. Nun sollte diese Vermittlung ausgeschaltet, die livischen Häfen in russische Gewalt gebracht, den Russen die unmittelbare Verbindung mit dem übrigen Europa ermöglicht werden.

Die russische Gefahr ist den Nachbarmächten frühzeitig zum Bewußtsein gekommen. Iwans Gegner ahnten in Rußland den großen Feind, der unbezwinglich werden müßte, wenn seine rohe Naturkraft durch die Verschmelzung mit westeuropäischer Kultur zu voller Entfaltung gebracht würde. Diese Kultur sollte ihm daher vorenthalten werden, Rußland verdammt sein zu ewiger Barbarei. „Die livländischen Ritter, Polen, Schweden, Dänen, welche begriffen, daß Rußland lediglich durch seine Barbarei hinter schwachen Nachbarn zurückstand, gaben wohl acht, daß Menschen, Waffen und Wissenschaften des Abendlandes nicht dahin gelangen könnten." Der Polenkönig Sigismund bedrohte englische Schiffer mit dem Tode, weil sie nicht einsehen wollten, daß „der Moskowiter, der nicht nur unser Gegner von heute ist, sondern der ewige Feind aller Völker, sich nicht mit Geschützen,

Kugeln und Kriegsbedürfnissen versehen darf, hauptsächlich aber nicht mit Handwerkern, welche ihm fortan diese bis dahin in der Barbarei unbekannten Waffen anfertigen". Unter Iwan IV. tritt Rußland ein in die europäische Politik, tritt der Kampf um die Vorherrschaft auf der Ostsee in sein entscheidendes Stadium. Des Zaren Vorstoß gegen Livland treibt Dänen, Schweden und Polen zu energischer Wahrung ihrer baltischen Interessen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde Livland der Zankapfel der Ostseemächte, der Anlaß und Schauplatz einer Reihe von schweren Kriegen, die erst am Anfang des 18. Jahrhunderts mit dem Siege Rußlands ihren Abschluß fanden. Der Name Livland bezeichnet zu jener Zeit nicht einen einheitlichen Staat, sondern eine Gruppe von Territorien, welcher das Erzbistum Riga, die Bistümer Dorpat, Ösel, Reval und Kurland, der 1236 nach Livland gekommene deutsche Orden, die Städte Dorpat, Reval und Riga, seit 1346 auch das vom Orden den Dänen abgekaufte Estland angehörten. Diese verschiedenartigen Gemeinwesen bildeten einen lockeren, mannigfachen Unionstendenzen widerstrebenden Staatenbund, dessen Glieder untereinander in bitterstem Hader lebten, dessen Zerklüftung durch das Eindringen der Reformation noch gesteigert wurde. Unaufhaltsam und vernichtend ergoß sich über das kranke, in sich zerspaltene Staatswesen die russische Sturmflut.

Anfang 1558 brachen Iwans Scharen unter unsäglichen Verheerungen über die livische Grenze. Die gänzlich demoralisierte, auch in der Stunde höchster Gefahr noch uneinige Konföderation stand dem russischen Einbruch wehrlos gegenüber. Das selbst ohnmächtige Deutsche Reich, dem Livland noch formell unterstand, gab nach kläglich gescheiterten Hilfsversuchen seine Kolonie preis. Die Nachbarstaaten, von denen die Livländer Unterstützung erbaten, wollten das Land nur für sich selbst retten, den Augenblick wahrnehmen, das baltische Ostufer zu gewinnen. Die innere Zerrissenheit Livlands verhieß ihnen leichtes Spiel. Der Dänenkönig Friedrich II. bemächtigte sich des Stiftes Ösel und strebte nach gänzlicher Wiedergewinnung des früher dänischen Estlands. Das kühne Ausgreifen des Rivalen reizte die Eifersucht Schwedens. Schon Gustav Wasa hatte es bedenklich gefunden, den Dänen auch jenseits des Meeres zum Nachbarn zu haben. Aber nicht mehr der greise Herrscher, der 1560 ins Grab sank, sondern sein ehrgeiziger, machthungriger und tatendurstiger Sohn Erich XIV. (1560—1569) tat den kühnen Griff, der Estland schwedisch machen sollte. Im Juni 1561 empfing er von Reval und den Landschaften Harrien und Wirland (den nördlichen Teilen Estlands) die Huldigung und nannte sich nun „der Schweden, Goten, Wenden König, Herr der livländischen

Landschaften und über Reval". Auch Schweden hatte den Schritt über die Ostsee getan. Im Hintergrunde stand der Gedanke an die Erwerbung des ganzen Livlands. Schwedens Wettbewerb um das Dominium maris baltici hatte begonnen.

Aber schon hatte sich ein dritter Anwärter auf die livische Hinterlassenschaft gemeldet, Polen-Litauen, dessen besondere Interessen aufs engste mit Livland verknüpft waren. Die Eroberung dieses Landes durch den Zaren hätte die russische Grenze gegen Litauen beträchtlich verlängert, die Invasionsgefahr für das Großfürstentum gesteigert. Livland war Litauens Absatzgebiet für den Export von Rohstoffen, besonders Holz und Getreide. In den livländischen Städten hielten sich litauische Kaufleute so zahlreich auf, daß dort auch orthodoxe Kirchen erstanden, an die von altersher Priester aus Litauen ordiniert wurden. „Über Livland zog westeuropäische Kultur, Künstler, Bergwerker, Handwerker, aber auch Kriegsingenieure, Büchsenmacher und in Deutschland verfertigte Geschütze selbst nach Moskau und erhöhte die Kriegsmacht des immer gefährlicher werdenden Nachbarn." Wie hätten also nicht besonders die führenden Kreise Litauens — Polen selbst verhielt sich in der livländischen Frage kühl und ablehnend — alle Kräfte aufbieten sollen, um die livische Beute vor Russen, Dänen und Schweden in Sicherheit zu bringen? Schrittweise haben sie ihr Ziel erreicht. Im August und September 1559 traten der Ordensmeister Gotthard Kettler und der Erzbischof Wilhelm von Riga in den Schutz des Polenkönigs Sigismunds II. August, der sie gegen Moskau zu verteidigen versprach und sich dafür einen Teil ihrer Gebiete verpfänden ließ. Als nun aber Schweden die Hand auf Estland legte, die russische Eroberung in Livland Fortschritte machte, da schien es dem Polenkönig und seinem litauischen Berater Nikolaus Radziwill an der Zeit, ihren gewiß schon von Anfang an gehegten Vorsatz auszuführen und das livische Protektorat in eine wirkliche Herrschaft umzuwandeln. Am 28. November 1561 unterwarfen sich Riga und das ganze Land nördlich der Düna unmittelbar dem König. Dem Ordensmeister Kettler blieben nur Kurland und Semgallen als ein weltliches Herzogtum unter polnischer Lehenshoheit. Ein Land von hoher Kultur war dem Beherrscher von Polen und Litauen ohne Schwertstreich zugefallen. Der Russenangriff hatte, da das Deutsche Reich zu schwach war, seinen Außenposten zu verteidigen, zur Auflösung des livischen Bundesstaates geführt, seine Bruchstücke lüsternen Nachbarn in die Hände gespielt.

Dänemark, Polen und Schweden hatten das livische Gemeinwesen in Stücke zerrissen. Nun gerieten sie in Streit teils untereinander, weil keines dem anderen seinen Beuteanteil gönnen wollte, teils mit dem Zaren, der seinen Absichten auf Livland keineswegs entsagte. Ein Konflikt zwischen Dänemark und Schweden war die erste Folge der Zertrümmerung des

livischen Staates. Dänemark bildete die unübersteigliche Schranke für Schwedens Bewegungsfreiheit. Diese Schranke drohte noch höher zu werden, als der Dänenkönig Friedrich II. die Not Livlands benutzte, um auch jenseits der Ostsee Fuß zu fassen. Damit war Schwedens Einschließung vollendet, der Zusammenstoß beider Reiche unausbleiblich. Die dänische Politik hat Schweden den Kampf um die baltischen Küstenlande aufgedrungen. Erich XIV. erhob Ansprüche auf Halland, Schonen und Bleking und hoffte schon auf die Eroberung ganz Livlands.

Ein siebenjähriger Krieg (1563—1570), in dem das um seine livische Beute besorgte Polen und die Stadt Lübeck auf dänischer Seite standen, endigte mit gänzlicher Erschöpfung beider Teile. Der Sturz Erichs XIV. durch seinen Bruder Johann (1569—1592) ebnete dem Frieden den Weg. Im Stettiner Vertrag (1. Juli 1570) gaben die Kriegführenden ihre Eroberungen heraus, und jeder Teil ließ seinen Anspruch auf Landgebiet des anderen fallen. Es war Schweden nicht gelungen, den dänischen Gürtel zu sprengen. Als einzige Wirkung des Krieges blieb die unheilvolle Verschärfung des Gegensatzes der beiden nordischen Mächte zurück.

Dem dänisch-schwedischen Krieg um Livland folgte ein solcher Polens und Schwedens mit Rußland, der mit inneren Veränderungen im Polenreich nah zusammenhängt. Dort war ein kraftvoller Anlauf zu straffer Zusammenfassung der einzelnen Staatsgebiete, zur Wiederherstellung monarchischer Autorität erfolgt. Unter dem letzten Jagellonen Sigismund II. August (1548 — 1572) kam der polnische Einheitsstaat zum Abschluß. Westpreußen wurde eingegliedert und damit entnationalisiert. Die Litauer gaben ihren langen Widerstand gegen die Vereinigung mit Polen auf. Die Union von Lublin (1560) fügte beide Reiche zu einem Reich zusammen, mit einem Herrscher, gemeinsamem Reichstag, gemeinsamer Münze und gemeinsamer auswärtiger Politik. Die Einverleibung beider Länder eröffnete der Schlachta die Aussicht auf eine nationale Entfaltung von der Ostsee bis zu den Karpathen, fast bis an die Gestade des Schwarzen Meeres und tief in die osteuropäische Ebene hinein.

In den letzten Regierungsjahren des Königs erfolgten auch die ersten Schritte zur Wiederherstellung der Glaubenseinheit. Die Reformation war in Polen, wie mit Recht bemerkt worden ist, mehr in die Breite als in die Tiefe gegangen. Sie fand ihre vornehmste Stütze in der Schlachta. Der großen Mehrzahl der polnischen Adeligen aber war echt evangelische Gesinnung fremd, der Kampf gegen den weltlichen Besitz und Einfluß der Geistlichkeit die Hauptsache. In vielen Fällen begnügten sie sich damit, die katholischen Priester zu verjagen, ohne sie durch evangelische Prediger zu ersetzen. Für die Begründung von Schulen, überall ein Hauptmittel zur Förderung der neuen Lehre, geschah von ihrer Seite aus nichts. Auch

die Spaltungen im eigenen Lager, die dogmatischen Streitigkeiten zwischen Lutheranern, Calvinisten, böhmischen Brüdern, Antitrinitariern und Wiedertäufern, der Mangel einer festen kirchlichen Organisation schwächten den polnischen Protestantismus, schufen einen günstigen Boden für die kirchliche Reaktion. Schon 1569 begann die Propaganda der Jesuiten. Doch erst die beiden Nachfolger Sigismunds stellten sich mit ganzer Seele in den Dienst des Papsttums, gewannen Polen endgültig dem Katholizismus zurück.

Das Aussterben der Jagellonen (1572) stürzte Polen in einen mehrjährigen Wahlkampf, der sich an den Gegensätzen zwischen Katholiken und Protestanten, Polen und Litauern und an der Konkurrenz Habsburgs, Frankreichs und des Zaren entzündete. Der Adel übte seine alte Taktik, die Wahlperiode zur Entrechtung des Königtums zu benützen. Iwan IV. betrieb seine Bewerbung nur lässig und verdarb sich seine Aussichten durch maßlose Bedingungen. Die Hauptkandidaten wurden von den beiden rivalisierenden Mächten Habsburg und Frankreich gestellt, in Erzherzog Maximilian und dem Bruder Karls IX., Heinrich von Anjou. Die Wahl fiel auf den französischen Prinzen, der sich Katholiken und Protestanten gleichmäßig zu empfehlen gewußt hatte (1573). Sein Sieg war aber zugleich die schwerste Niederlage des polnischen Königtums, das nun rettungslos der Willkür des Adels überliefert wurde, fast nur noch Pflichten, aber keine Rechte behielt. Die vom Reichstag aufgestellten, von Heinrich beschworenen pacta conventa (articuli Heinriciani) machten Polen zum reinen Wahlreich, hoben die Erblichkeit der Krone auf, nahmen dem König jeden Einfluß auf die Wahl seines Nachfolgers. Jede Verletzung der Gesetze, Freiheiten und Statuten des Reiches, die sich der König zuschulden kommen ließ, befreite die Bewohner Polens und Litauens vom Eide der Treue und des Gehorsams. Der König wurde in seiner ganzen Regierung unter die Kontrolle des Senates (des Oberhauses im Reichstag) gestellt, der selbst wieder dem Reichstag zur Rechenschaft verpflichtet war. Der König durfte keinen Krieg erklären, kein allgemeines Aufgebot erlassen ohne Zustimmung des Reichstags. Überschritt das Heer die Grenze, so hatte der König vorher die Genehmigung des Adels einzuholen und den Sold im voraus zu entrichten. Nie aber sollte ein Feldzug länger als drei Monate dauern. Nach Ablauf dieser Frist konnte, wenn nicht ein neuer Reichstag inzwischen in die Fortsetzung des Feldzugs gewilligt hatte, jeder Schlachtziz heimreiten. Der König hatte alle Kosten des Feldzugs zu tragen, wie ihm auch die Verteidigung der Grenzen zur Last fiel.

Außer dieser Zerstörung der monarchischen Autorität hat Heinrichs Regierung in Polen keine Spur hinterlassen. Nach dem Tode seines Bruders Karls IX., verließ er als Flüchtender Polen, um den Thron seines Heimatlandes zu besteigen (1574).

In Heinrichs Nachfolger, dem Woiwoden von Siebenbürgen, Stefan Báthory (1576—1586), erhielt Polen seinen letzten großen Herrscher, der, gleichbedeutend in Krieg und Frieden, das Königtum nochmals aus seiner Erniedrigung emporzuheben suchte, das Reich zu einer erfolgreichen Offensive gegen seinen östlichen Nachbar fortriß. Nach Stefans merkwürdiger Theorie „stellt der vom Volke, d. h. von der Schlachta gewählte König in sich die Majestät des Volkes dar und darf deshalb auch Anspruch auf unbedingten Gehorsam erheben.“ Dem Adel, der von ihm eine neue Minderung der königlichen Rechte verlangte, erklärte er auf dem Reichstag in Thorn, er sei nicht gesonnen, bloß ein gemalter König zu sein. Um der Schlachta Achtung vor dem Gesetz einzuflößen, ließ er einen von den Unruhestiftern köpfen. Stefan Báthory reformierte die Justiz durch Errichtung von Provinzialgerichtshöfen, nahm sich der geknechteten Bauern an, reorganisierte das Heerwesen, verstärkte seine Kriegsmacht, indem er den Kosaken der Ukraine eine feste militärische Ordnung gab. Katholisierung und Nationalisierung aber sollten dem Königtum erst die festesten Stützen verleihen. Unter Báthory vollendete sich der Sieg der Gegenreformation, die der König Hand in Hand mit den Jesuiten eifrig förderte. Die Jünger Loyolas fanden in Polen den weitesten Spielraum, entfalteten besonders in den höheren Schichten die eifrigste und erfolgreichste Bekehrungsarbeit, während Franziskaner und Bernhardiner sich die Propaganda unter dem niederen Volke angelegen sein ließen. In Krakau, Grodno, Pultusk, Lublin, Wilna, Polozk entstanden Jesuitenkollegien. Der größte Teil der tridentinischen Beschlüsse wurde nun durchgeführt. Der König beschloß, die Bistümer, in die schon die Protestanten eingedrungen waren, nur mit Katholiken zu besetzen. Da mit der geistlichen Würde auch Sitz und Stimme im Senat verbunden war, so schuf sich der König in dieser Körperschaft nun eine ergebene Partei. Der in Sekten gespaltene polnische Protestantismus erlag der Werbekraft der römischen Sendboten. Die Konvertiten widmeten sich mit besonderem Eifer dem Dienst der Kirche. Livland, Preußen und Litauen sollten von der protestantischen und griechischen Ketzerei gesäubert und damit reif gemacht werden zur Polonisierung.

Aber weit über die Grenzen Polens und Litauens hinaus ließen Stefan Báthory und seine geistlichen Berater ihre Blicke schweifen. Sie gedachten Rußland wieder dem Papsttum untertan zu machen, die Union von Florenz (1439 vgl. Bd. V, S. 260) zu neuem Leben zu erwecken. Auch in Schweden sollte das Reformationswerk Gustav Wasas zerstört werden. Dann wäre das evangelische Deutschland ringsum von katholischen Mächten umklammert gewesen, dann hätte die Gegenreformation zu ihren letzten entscheidenden Schlägen ausholen können. Polen war die Rolle eines Schildknappen der römischen Kirche zugedacht. Es war, wie ein Zeitgenosse es nannte, das

„Hispanien des Ostens“. Als Gottesstreiter erschien Stefan Báthory der katholischen Welt.

Die Voraussetzungen für das Gelingen dieser gewaltigen Pläne aber waren die Behauptung Litauens und die Wiedereroberung Livlands, das 1576 und 1577 zum größten Teil in die Hände der Russen gefallen war. Iwan IV. hatte die Zeit, in der Stefan erst seinen Thron befestigen mußte, zur Eroberung Livlands und einiger Teile des schwedischen Estlands benutzt. Litauen und Livland waren Polens Vorposten gegen Rußland und Schweden. Es handelte sich, wie ein neuerer Historiker sagt, beim Kampfe gegen Rußland für Báthory noch um weit mehr als um Livland, es handelte sich um Polens Existenz. Polen mußte den mächtigen Nachbarn verschlingen, um nicht von ihm verschlungen zu werden. Stefans Erhebung bedeutete eine Kriegserklärung gegen den Zaren, führte den Ausbruch des Entscheidungskampfes um die strittigen Gebiete, ein Bündnis mit Schweden herbei, das seine estnischen Ansprüche festhielt. Da die kriegsunlustigen Schlachtzizen nicht selbst zu Feld ziehen wollten, so sah sich König Stefan genötigt, das Bürgervolk zum Kriege heranzuziehen und den zwanzigsten Mann von den Hintersassen der königlichen Domänen auszuheben. Deutsche und ungarische Söldner verstärkten seine Heeresmacht. In diesem Kriege triumphierte die abendländische Kriegskunst über die russischen Massen, über die Unfähigkeit der zarischen Feldherren. In der Nähe von Wenden (1578) siegten die vereinigten Polen und Schweden über die Moskowiter. Es war ein Wendepunkt des Krieges. Von da an floh den Zaren das Glück. Die Polen entrissen ihm das 1563 verlorene Polozk wieder und eroberten Welikije-Luki, den Schlüssel Rußlands, auf der großen Straße von Polozk nach Nowgorod. Die Schweden aber unter ihrem großen Feldherrn Pontus de la Gardie breiteten sich erobernd in Estland, Ingermanland und nördlich des Finnischen Meerbusens aus. Der schwer getroffene Zar entschloß sich dazu, die Vermittlung Roms anzurufen, indem er Gregor XIII. den Beitritt zu der vom Papst geplanten Allianz der christlichen Herrscher wider die Osmanen vorspiegelte. Der Papst ging auf den Wunsch des Zaren ein, den er bei dieser Gelegenheit für die kirchliche Union zu gewinnen hoffte. Auch Polen war des Krieges müde, Stefans Siegeslauf vor dem wohlbefestigten Pskow zum Stillstand gekommen. Auch in diesem Kriege fiel die begehrliche, knauserische, unbotmäßige Schlachta dem König in den Arm und nötigte ihn, die Waffen niederzulegen. So wurde unter Vermittlung des Jesuiten Antonio Possevino in Jam Zapolski der Frieden zwischen Polen und Rußland geschlossen (Januar 1582). Der Zar verzichtete auf ganz Livland und Polozk, die Polen gaben ihre russischen Eroberungen wieder heraus. Ein Jahr später wurde auch mit Schweden ein Waffenstillstand an der Pniussa in der Nähe von Narwa vereinbart, der den Schweden ganz Estland, Narwa, Iwangorod,

Koporje, Jamburg und das finnische Kexholm zusprach. Diese Abmachungen erfuhren nach einem neuen russisch-schwedischen Zusammenstoß eine Korrektur durch den Vertrag von Teusin (1596), auf Grund dessen den Schweden nur Estland mit Narwa und Iwangorod verblieb. Aber es bestand kein Zweifel mehr, daß der große Plan Iwans IV. gescheitert war. Der Zutritt zur Ostsee blieb den Russen durch Polen und Schweden verwehrt, die Brücke nach Europa verschlossen. Polen aber, dessen Machtgebiet nun von Danzig nach Polen reichte, hatte den höchsten Siegespreis gewonnen, war der stärkste unter den Ostseestaaten geworden.

Noch glänzendere Tage schienen indes für die Krone Polen anzubrechen, als nach dem Tode Stefan Báthorys der schwedische Prinz Sigmund Wasa, der Sohn König Johanns und der Jagellonin Katharina im Jahre 1587 nach dem üblichen heißen Wahlkampf auf den polnischen Thron erhoben wurde und 1592 auch die schwedische Krone erbte. Ein Herrscher gebot nun zu beiden Seiten der Ostsee, und wenn es ihm gelang, die schwedisch-polnische Personalunion zu erhalten, wer wollte ihm dann das Dominium maris Baltici streitig machen? Sigmunds Regiment aber brachte keinem der beiden Reiche Segen, führte schließlich zur Sprengung der polnisch-schwedischen Personalunion. Als Sohn einer jagellonischen Prinzessin, im katholischen Glauben erzogen, ein getreuer Schüler der Jesuiten, fühlte sich Sigmund als auserwähltes Rüstzeug der Gegenreformation, wandelte er auf den Wegen Stefan Báthorys weiter. Wenige Fürsten aus rein katholischem Blut haben einen so heißen Glaubenseifer entfaltet, wie dieser Enkel Gustav Wasas, des Schöpfers der schwedischen Reformation. Die Härte, mit der er in Polen die Protestanten und die Anhänger des griechischen Glaubens verfolgte, stürzte das Reich in eine Flut von kirchlichen Streitigkeiten, vereitelte die erstrebte Union der griechischen und der römischen Kirche, schürte in der ganzen orthodoxen Welt den Haß gegen Polen.

So wie Sigmund in diesem Lande die von seinem Vorgänger begonnene katholische Reaktion weiterführte, so wollte er auch sein schwedisches Erbreich wieder rechtgläubig machen. Schon die katholisierenden Tendenzen des Königs Johann hatten eine Zeitlang dort die evangelische Kirche gefährdet. Aber durch die Beschlüsse des Reichstags von Upsala (1593) war sie neu befestigt worden, als König Sigmund, von einem päpstlichen Nuntius und einer Anzahl Jesuiten begleitet, in Schweden eintraf. Sofort wurde die Katholisierung des Landes in Angriff genommen, papistische Schulen und Kirchen wurden errichtet, zwischen den Anhängern beider Bekenntnisse entspannen sich hitzige Streitigkeiten.

Wie der römischen Kirche, so lächelte auch dem Adel des Königs Gunst. Der Adel war unter Erich XIV. und Johann erst begünstigt

später scharf unterdrückt worden. Johann hatte gegen Ende seiner Regierung erklärt, daß er als ein „absoluter König“ regieren wolle. Deshalb hatte der Adel die polnische Thronkandidatur Sigmunds aufs lebhafteste unterstützt, weil er sich mit Recht sagte, daß ein abwesender König ein machtloser König sein werde. Nun trat er Sigmund mit ungemessenen Forderungen entgegen und verlangte von ihm die Wiederherstellung seiner alten Rechte und Freiheiten. Unumschränkte Macht sei wider Gottes Wort, wider der Alten Weisheit, wider die Vernunft und Schwedens Gesetz. Absolut zu regieren sei in Schweden ein früher unerhörtes Wort gewesen. Sigmund vermehrte beträchtlich die Privilegien des Adels. Diesem sollten alle hohen Ämter im Reiche vorbehalten sein, der Reichsrat sollte an der Regierung Anteil nehmen, die adeligen Herren über ihre Leute Gerichtsbarkeit üben, die Anforderungen des Roßdienstes herabgesetzt werden. Und noch immer war der Begehrlichkeit des Adels nicht genuggetan. Als der König nach Polen zurückkehrte, suchte der Rat den Reichsverweser Herzog Karl, des Königs Oheim, beiseite zu drängen. Er wollte allein an die Spitze der Regierung treten, die Geschäfte nach Stimmenmehrheit erledigen. Das starke Königtum Gustav Wasas schien dem Untergang geweiht zu sein.

Sigmunds Regierung, welche die schwedischen Protestanten in Aufruhr brachte, die monarchische Autorität entwurzelte, die nationale Unabhängigkeit bedrohte, erweckte ihm eine Gegnerschaft, die in des Königs Oheim, dem Herzog Karl von Södermannland ihre Verkörperung fand und schließlich Schweden aus der verderblichen Gemeinschaft mit Polen wieder befreite. Karls starke Hand rettete den schwedischen Protestantismus und bewahrte das Reich vor einer Adelsherrschaft nach polnischem Muster. Mit dem Beistand der streng monarchisch gesinnten Bauern, die nur einen Regenten haben wollten, zwang Karl den Reichsrat auf dem Tage zu Söderköping (1595), ihn als wahrhaften Reichsverweser anzuerkennen. Alle Berichterstattung und Appellation nach Polen sollte verboten sein, die Befehle des Königs erst nach Bestätigung durch die schwedische Regierung Gültigkeit besitzen. Als der König diese Beschlüsse verwarf, dem Herzog die Regierung entzog und sie allein dem Reichsrate übertrug, bekräftigte ein neuer Reichstag zu Arboga (1597) die Anordnungen von Söderköping. Karl unterdrückte grausam den wieder auflebenden Katholizismus und schickte mehrere seiner adeligen Gegner in den Tod. Um die Monarchie zu retten, scheute er sich nicht, gegen den rechtmäßigen Träger der Krone das Mittel der Rebellion anzuwenden. Als König Sigmund nochmals im Reiche erschien, um für seinen Thron zu kämpfen, wurde er von Karl am 25. September 1598 bei Stångebro geschlagen. Nun kündigten ihm die Schweden den Gehorsam und erhoben Herzog Karl zum regierenden Erbfürsten des Reiches. Doch erst im Jahre 1604 nahm er unter bestimmten Bedingungen aus den Händen der Stände

die Krone entgegen. Jeder künftige König von Schweden sollte nämlich dem lutherischen Bekenntnis angehören bei Verlust seines Erbrechtes. Schweden durfte niemals mit einem anderen Reiche durch Personalunion verbunden sein, niemals der König seine Residenz außer Landes verlegen. So war durch die „glorreiche Revolution“ die schwedisch-polnische Union zersprengt, der Gegenreformation in Nordeuropa Halt geboten worden, zur selben Zeit, da im Westen die Vorstöße Philipps II. scheiterten.

Nach den beiden schwächlichen Königen Erich und Johann ergreift nun wieder ein kräftiger Fürst in Schweden die Zügel der Regierung. Mit Karl IX. (1599—1611) beginnt die Reihe der großen schwedischen Herrscher, unter denen das Reich an der europäischen Politik Anteil gewinnt, sich zur führenden Ostseemacht emporarbeitet, um schließlich allerdings infolge der Überspannung seiner Kräfte vor dem russischen Nebenbuhler zusammenzubrechen. Als echter Sohn Gustav Wasas sorgt Karl eifrig für die Ordnung und Ausgestaltung des in den Tagen Sigmunds schwer zerrütteten Staates. Während Polen unter der Regierung des jüngeren Wasa immer mehr der Despotie der Schlachtzizen verfällt, stellt Karl in Schweden die erschütterte Macht der Krone wieder her. Er hält sich die Vormundschaft des Reichsrates vom Leibe und tritt den Ansprüchen des Adels mit größter Schärfe entgegen. Handel und Gewerbe, besonders Bergbau und Eisenfabrikation blühen empor, Recht, Verwaltung und Heerwesen werden neu geordnet. So stärkt Karl IX. die nationalen Kräfte zum Kampf mit den drei Nachbarn, mit denen Schweden nach dem eigenen Wort des Königs nun einmal nicht im Frieden leben konnte, mit Polen, Rußland und Dänemark. Zwischen Schweden und Polen, die einst gemeinsam gegen Iwan IV. gekämpft hatten, dann eine Zeitlang unter dem Zepter eines Herrschers gestanden waren, entspann sich nach der gewaltsamen Lösung der Union eine hitzige Rivalität um die Vorherrschaft im Osten. Nachdem Rußland am Ende der Regierung Iwans IV. vom Wettbewerb um Livland zurückgetreten war, bekriegten sich Schweden und Polen um den Besitz des vielumstrittenen Landes. Diesen Kampf hat Karl IX. unentschieden seinem Sohn überlassen müssen.

Die in Rußland gegen den Usurpator Boris Godunow (1598—1605) ausbrechenden Wirren gaben dem schwedisch-polnischen Gegensatz neue Nahrung. Die polnisch-jesuitische Politik suchte in Rußland einen Ersatz für das verlorene Schweden. Die Absicht, durch die Unterwerfung Rußlands einem moskowitisch-schwedischen Angriff zuvorzukommen, hat sicherlich den Entschluß des Polenkönigs mitbestimmt. Und was schien leichter als die Eroberung des durch den Bürgerkrieg zermürbten Moskowiter-

reiches? Der Zarenthron, der des rechtmäßigen Inhabers entbehrte, sollte zuerst mit einem Schattenkönig von Polens Gnaden besetzt, dann unmittelbar für den polnischen Zweig des Hauses Wasa gewonnen, das russische Volk zum römisch-katholischen Glauben bekehrt werden. Sigmund unterstützte daher die Erhebungen der falschen Dmitris, von denen der erste als vorgeblicher Sohn Iwans IV. gegen Boris Godunow, der zweite nach dem Sturz des ersten gegen den von einer Reichsversammlung gewählten Zaren Wassilij Schuiski (1606—1610) als Prätendenten auftraten. Wenn aber die polnische Herrschaft in Rußland Fuß faßte, dann konnte Schweden niemals eine Großmacht werden. Wassilij Schuiski schloß ein Bündnis mit Karl IX., dessen Truppen siegreich in Rußland eindrangen. Das Bündnis des Schwedenkönigs mit dem Zaren kehrte sich nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen Rußland selbst. Karl IX. gedachte, mit russischer Hilfe sich Livlands zu bemächtigen und plante zugleich Eroberungen auf Kosten Moskaus. Dennoch schienen sich Sigmunds kühne Träume zu erfüllen, als nach Schuiskis Sturz Moskau und andere Städte dem Prinzen Wladislaw, dem Sohn des Polenkönigs, den russischen Thron anboten und die Polen im Kreml ihren Einzug hielten (1611). Nur in Nowgorod trat ihnen der schwedische Prinz Karl Philipp, Karls IX. Sohn, als Thronkandidat entgegen. Sigmunds zügelloser Ehrgeiz aber, der ihn nun selbst nach der Zarenwürde greifen ließ, entfesselte in Rußland die nationalen Instinkte, die sich gegen Polen wie gegen Schweden kehrten. Eine ungeheuere, in ihrem Kern religiöse Volksbewegung vereitelte die Aussichten der fremden Bewerber und gab Rußland in der Person des Michael Romanow wieder einen einheimischen Herrscher (1613). Der Verzicht Wladislaws auf den Zarenthron konnte jedoch erst im Jahre 1618 im Frieden von Deulino durch die Abtretung von Smolensk und Tschernigow erkauft werden. Der schwedische Bewerber entsagte freiwillig seinem Anspruch. Der schwedisch-russische Krieg aber dauerte trotzdem fort und wurde erst von Karls IX. Nachfolger Gustav Adolf zu siegreichem Abschluß gebracht

Karl hinterließ seinem Sohn noch einen dritten Krieg, mit Dänemark. Die Wappenfrage (ob der Dänenkönig auf Grund der Union von Kalmar noch die schwedische Krone im Wappen führen dürfe), die Ausschließung der dänischen Kaufleute von der Fahrt nach dem russischen Hafen Narwa durch die Schweden, Belastungen des dänischen Handels, vor allem aber der schwedische Anspruch auf gewisse Teile Norwegens, Finnmarken und Nordland, hatten den Streit von neuem entfacht. Wir erkennen als seine wahre Ursache das Streben der Schweden, die norwegische Barrière zu durchbrechen und sich freie Bahn nach der Westsee zu schaffen. Karls IX. Blicke schweiften indes weit über den Kreis der nordischen Fragen hinaus. Er fühlte sich in seinem Kampf gegen Polen als Verteidiger der allgemeinen

protestantischen Sache und faßte eine Vereinigung europäischer Mächte gegen „papistische Superstizion (Aberglauben) und spanische Ambition (Ehrgeiz)“ ins Auge. Er bot den Niederländern seinen Beistand an, falls sie keinen Frieden mit Spanien erlangen könnten. Er dachte an ein Bündnis mit England, den Niederlanden und Heinrich IV. von Frankreich. Mit den evangelischen Fürsten Deutschlands pflegte er eine Freundschaft, die er seinen Nachkommen aufrecht zu erhalten befahl. So zeichnet sich bereits in flüchtigen Umrissen die Konstellation des Dreißigjährigen Krieges ab. Bedeutungsvoll pflegte Karl IX. seinem Sohne Gustav Adolf die Hand aufs Haupt zu legen und zu sprechen: „Ille faciet, er wird es tun.“

Gustav Adolf (1611—1632), der als siebzehnjähriger Jüngling den Thron bestieg, fand die Richtlinien seiner Politik von seinem Vater vorgezeichnet. Er hat von diesem drei Kriege gegen Dänemark, Rußland und Polen übernommen, sie mehr oder minder siegreich beendet und selbst einen vierten Krieg, gegen den Kaiser, begonnen — eine erstaunliche Leistung für ein Reich, das nur anderthalb Millionen Einwohner zählte. Gustavs Regierung ist bestrahlt vom Glanze kriegerischen Ruhms, aber auch ausgezeichnet durch treffliche Werke des Friedens. Der König erkannte, daß nur ein vernünftig regiertes, zur Arbeit erzogenes, geistig geschultes Volk den Verwicklungen gewachsen sein könne, die sich aus Schwedens drangvoller Lage in einem Kreise großer, feindlicher Nachbarmächte ergaben. Gustav Adolf lag, ebenso wie seinem Vater, die Stärkung der königlichen Gewalt am Herzen. Er suchte das Schicksal der Bürger und Bauern, an denen auch die Krone Schwedens ihre treuesten Verbündeten gegen den Adel fand, freundlicher zu gestalten. Unter Sigmund hatte der Adel trotzig sein Haupt erhoben und war von Karl IX. für seine Widersetzlichkeit blutig gezüchtigt worden. Gustav Adolf hat die Einschränkung der Adelsprivilegien und der damit getriebenen Mißbräuche mehr nur gewünscht, als wirklich durchgeführt, aber doch, wie wir sehen werden, die adelige Steuerfreiheit zugunsten der Bürger und Bauern eingedämmt. Im Wirtschaftsleben wie in der Verwaltung, in Gesetzgebung, Erziehung und Heerwesen hat, wie der Geschichtschreiber Schwedens mit Recht betont, die Regierung Gustavs Epoche gemacht. Namentlich der Bergbau und die damit verbundenen Fabrikationszweige wurden vom König kräftig gefördert, siebzehn Städte teils neu gegründet, teils mit Privilegien und Stapelrechten begabt. Im Jahre 1614 schloß er mit den Niederländern ein Handelsbündnis, förderte die Gründung von Handelskompagnien, wie der russischen und finnischen. Gustav verlieh der Universität Upsala reiche Stiftungen und wurde der Begründer der schwedischen Gymnasien. Verwaltung und Gerichtsbarkeit erhielten durch ihn eine

neue Gestalt. An die Stelle des unzulänglichen Roßdienstes der Adeligen ließ Gustav die Aushebung jedes zehnten Mannes in Stadt und Land treten und schuf so eine nationale Heeresmacht, die er durch Werbungen im Auslande ergänzte. Die Einteilung in Regimenter wurde durchgeführt, mit der Uniformierung der Truppen begonnen. Der Bedarf der Armee an Kleidung und Waffen wurde im Lande gedeckt. Die Krone errichtete Gewehrfabriken, eine Kanonengießerei in Stockholm und sechsundzwanzig Salpeterwerke im ganzen Reiche. All dies gab der industriellen Tätigkeit einen mächtigen Ansporn.

Da die Mittel der Krone für die auswärtigen Unternehmungen bei weitem nicht genügten, so mußte durch außerordentliche Steuern, Anlehen, Verkauf und Verpfändung von Krongütern und Errichtung von Staatsmonopolen kräftig nachgeholfen werden. Kein Reichstag verging ohne Bewilligung neuer Steuern, durch die alle Stände, auch der Adel getroffen, also die Belastung der Bürger und Bauern vermindert wurde. Unter Gustav Adolf gab der Adel seinen Widerstand gegen staatliche Anforderungen auf und stellte sich opferwillig in den Dienst der königlichen Politik. Dies war die finanzielle und militärische Rüstung, in der Gustav seinen alten und neuen Feinden entgegentrat.

Der von Karl IX. kurz vor seinem Tode unternommene Dänenkrieg endigte mit dem für Schweden nicht eben günstigen Frieden von Knäröd (1613). Es mußte die während des Krieges eingenommenen norwegischen Gebiete zurückgeben. Das von den Dänen eroberte Elfsborg, der einzige schwedische Platz an der Nordsee, sollte als Pfand für eine Million Taler, die Schweden in vier Terminen bis zum 20. Januar 1619 zu zahlen hatte, in Dänemarks Händen bleiben. Es war Gustav Adolf nicht gelungen, den norwegischen Grenzwall zu sprengen, weil er gleichzeitig mit dem russischen und dem polnischen Krieg belastet war. Jenseits der Ostsee errang er seine ersten großen Erfolge. Entschiedener noch als seine Vorgänger hat sich Gustav Adolf das Dominium maris Baltici zum Ziel gesetzt, von dem auch die späteren großen Schwedenherrscher nicht mehr abgewichen sind. Rußland gegenüber fühlte er das Bedürfnis nach einer festen Grenze. Hier ahnte er den großen Feind, der, wenn er nur erst seine Macht kennen gelernt habe, leicht einmal mit seinen Schiffen über die Ostsee kommen könne, und dem daher der Weg verrammelt werden müsse. Im Frieden von Stolbowa (1617) gewann Gustav Adolf Ingermanland und Karelien. Der Grund, auf dem sich heute Petersburg erhebt, kam in die Hände der Schweden. Triumphierend verkündigte der König seinen Ständen, Rußland sei von der Ostsee ausgeschlossen, und es werde dem Russen von nun an schwer sein, über diesen Bach zu springen.

Auf die Beendigung des russischen folgte die Fortsetzung des polnischen Krieges, auch dieser ein Zweikampf um die Ostseeherrschaft. Bei

Karls IX. Tod durch einen mehrjährigen Waffenstillstand unterbrochen, wurde der Krieg durch die Umtriebe Sigmunds von neuem entfacht. Der Polenkönig konnte den Verlust der Krone Schwedens nicht verschmerzen, wollte seine kirchlichen Restaurationspläne nicht aufgeben. Er suchte Dänemark zu einem neuen Krieg gegen Schweden zu treiben, und ging seine beiden Schwäger, den späteren Kaiser Ferdinand II. und Philipp III. von Spanien um Hilfe an. Er setzte es durch, daß schwedische Schiffe und Ladungen in den spanischen Häfen und Gewässern als Kriegsbeute erklärt wurden. Später kam ihm ein kaiserliches Heer gegen Gustav zu Hilfe. Eine Konföderation katholischer Mächte suchte, durch den dänisch-schwedischen Zwiespalt ermutigt, Schwedens Wachstum zu hemmen, seine Ostseepläne zu vereiteln. Gustavs militärische Überlegenheit machte diese Kombination zunichte. In dem unter französischer Vermittelung abgeschlossenen sechsjährigen Waffenstillstand von Altmark behielt der Schwedenkönig den größten Teil seiner Eroberungen, Livland und etliche preußische Plätze (1629). Wie Rußland war nun auch Polen von der Küste abgedrängt, Schweden die führende Ostseemacht geworden. In dieser Stellung sah sich Gustav Adolf, durch die habsburgische Politik bedroht, die am Ende der zwanziger Jahre gierig nach dem Norden hin ausgriff, bereits dem polnischen Gegner Schwedens Beistand geleistet hatte. Dieser Bedrohung entsprang der Zusammenschluß Gustavs mit den Feinden Habsburgs, das Eingreifen des Königs in die seit Beginn des Jahrhunderts entfesselten Wirren im Deutschen Reich.

Zweites Kapitel

Der Dreißigjährige Krieg
(1618—1648)

Der staatliche Zustand Deutschlands hatte sich seit dem Ausgang des Mittelalters nicht geändert (Bd. V, S. 24 ff. 163 ff.). Noch immer stimmten Theorie und Wirklichkeit schlecht zusammen. Auch nach der staatsrechtlichen Auffassung des 16. Jahrhunderts war der Kaiser noch das weltliche Oberhaupt der Christenheit mit der Verpflichtung, das römische Reich zu verteidigen, es in seinem vollen Umfang wieder herzustellen. Der Idee nach war Deutschland „nur eine Provinz des römischen Universalreiches". Tatsächlich freilich fiel der Herrschaftsbereich des Kaisers mit den deutschen Grenzen zusammen. Keine der großen europäischen Mächte erkannte seine Oberhoheit an. Selbst Italien lag außerhalb seiner Machtsphäre. Mailand, Neapel und Sizilien waren auch unter Karl V. nie mit dem Reiche vereinigt gewesen und bei der Länderteilung, die der Kaiser bei seinem Rück-

tritt vornahm, ausdrücklich der spanischen Linie des Hauses Habsburg zugewiesen wurden. Der burgundische Vertrag (1548) hatte auch die Niederlande fast gänzlich vom Reiche getrennt. Wäre aber der Kaiser auch nur wirklich Herr von Deutschland gewesen, hätte sich seine Stellung dort mit der eines westeuropäischen Monarchen jener Zeit vergleichen lassen, er hätte immer noch ein sehr ansehnliches Machtgebiet sein Eigen genannt. Das damalige Deutsche Reich umfaßte ein Territorium von nicht viel unter 15000 Quadratmeilen, bewohnt von einer im ganzen national einheitlichen, nur in den Grenzgebieten mit fremden Elementen untermischten Bevölkerung. Noch war das Leben des deutschen Volkes von strotzender Gesundheit. Die nationalen Kräfte entfalteten sich am reichsten im Bürgertum. Noch um die Mitte des Jahrhunderts behauptete die deutsche Hansa, wenn auch nicht mehr unbestritten, ihre alte Größe. Noch immer saßen die oberdeutschen Kaufleute an den Brennpunkten des Weltverkehrs, in Venedig, Antwerpen, Lissabon (Bd. V, S. 216). Bis zur Abdankung des Kaisers waren sie seine unentbehrlichen Kreditoren. Noch hatten die Namen der Fugger und Welser nichts von ihrem alten Glanz verloren. Ihr Unternehmungsgeist umspannte die Welt. Bartolomä Welser gründete 1527 eine Kolonie in Venezuela, die schließlich an spanischer Feindschaft zugrunde ging, aber doch immer denkwürdig bleibt als erster Versuch der Deutschen, wenn auch unter fremder Landeshoheit, in Amerika Fuß zu fassen. Erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts zeigten sich im ober- und niederdeutschen Handelgebiete Symptome des Verfalls. In den deutschen Städten herrschte ein reger Gewerbefleiß, zugleich ein hoher geistiger Schwung. Mit welcher Lebendigkeit hatte das deutsche Bürgertum die Ideen des Humanismus und der Reformation ergriffen! Noch war die deutsche Wehrkraft ungebrochen. Die Landsknechte bildeten eine Elitetruppe, die in den Reihen der Fürsten und des Adels treffliche Führer fand. Also überall noch Unverbrauchtheit, Tüchtigkeit, kühne Kraftentfaltung!

Aber es fehlte diesem blühenden, überquellenden Leben der feste Rahmen einer das Ganze kräftig umfassenden staatlichen Organisation, es fehlte die starke Obergewalt, die all diese reichen Kräfte auch wirklich hätte beherrschen, sie in einheitlicher Richtung hätte lenken können. Noch immer bildeten die Schwäche des Hauptes und die Stärke der Glieder den Grundcharakter des deutschen Staatslebens. Nur in seinen Erblanden übte der Kaiser unmittelbare Herrscherrechte aus. Zwischen ihm und der Masse der übrigen Reichsangehörigen stand eine Fülle mannigfaltiger und zum Teil höchst lebensvoller Partikulargewalten, standen vor allem die geistlichen und weltlichen Kurfürsten und Fürsten, die zwar im Kaiser noch ihren Oberlehensherrn erkannten, aber sonst unabhängig von ihm die öffent-

lichen Angelegenheiten ihrer Territorien verwalteten. Neben ihnen blühten die besonders in Oberdeutschland zahlreichen Reichsstädte, die sich fast in republikanischer Weise selbst regierten, wenn auch die Anschauung galt, daß ihre Verfassungen auf ausdrücklicher oder stillschweigender Genehmigung des Kaisers beruhten. Dazu kam die starke Gruppe der Grafen und Herren, der nicht gefürsteten Reichsprälaten, endlich die Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Oberrhein. Die Städte sowohl wie der mittlere und niedere Reichsadel suchten durch Bündnisse, durch engere oder losere landschaftliche Verbände ihre Stellung zu heben. Aber nicht diese Kleinen, sondern die Mächtigeren unter den geistlichen und weltlichen Fürsten rissen die Führung an sich. Jede historische Karte veranschaulicht uns die Buntscheckigkeit und Zerrissenheit der damaligen Reichsverhältnisse: Fürstentümer, städtische Republiken und unabhängige Reichsritter, neben stattlichen Territorien zwerghafte Gebilde, im Osten noch immer ein Überwiegen größerer, geschlossener Staatsgebiete, im Westen, besonders in seinem südlichen Teil, eine bis aufs Äußerste getriebene Zerstückelung, alles in allem das vollste Gegenbild zu den Einheitsstaaten Westeuropas.

In allen diesen größeren und kleineren Territorien übte der Kaiser keine unmittelbare Gewalt. Aber auch in der Reichspolitik war er an die Zustimmung der gesamten Stände oder wenigstens ihrer vornehmsten Gruppe, der Kurfürsten, gebunden. Auch in dieser Zeit schien allein noch der Besitz einer starken Hausmacht dem Kaiser ein Gegengewicht gegen jene zahlreichen Sondergewalten bieten zu können. Nun besaßen wohl die Habsburger unter Karl V. eine Hausmacht, deren Bestandteile über Europa und die neue Welt verstreut lagen, die fast ein Weltreich zu nennen war. Aber dennoch vermochten weder Karl V. noch sein Nachfolger Ferdinand I. der überlieferten Dezentralisation entgegenzutreten, weil sie ihre Kräfte in der Weltpolitik zersplitterten, und mußten solchen Tendenzen sogar immer breiteren Raum gewähren. Immer mehr wurde die Reichsverfassung unter ständischem Einfluß zurechtgemodelt. Vom Ausgang des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts zieht sich eine Reihe von Versuchen hin, die Teile fester mit dem Ganzen zu verknüpfen, die Zentralgewalt zu kräftigen. Über Art und Richtung dieser Reichsreform waren nun freilich Kaiser und Stände sehr verschiedener Meinung. Während der Kaiser die Reform in eine monarchische Bahn zu drängen suchte, waren die Stände bemüht, die selbständige kaiserliche Gewalt immer mehr einzuengen, den neuen Reichsinstitutionen den Charakter ständischer Machtorgane aufzudrücken. An diesem Gegensatz ist schon die Reformbewegung im Zeitalter Maximilians I. und Bertholds von Henneberg gescheitert (vgl. Bd.V, S. 168). Unter Karl V. behielt das ständische Prinzip endgültig die Oberhand. Wie schon in älterer Zeit wirkte der nunmehr in die drei Kollegien der Kurfürsten, Fürsten und

Reichsstädte geteilte Reichstag bei der Gesetzgebung mit, bewilligte dem Kaiser, der nur wenige feste Einnahmen besaß, Steuern und Truppen. Seit Karl V. kamen die Wahlkapitulationen auf, in denen der erwählte König zwischen Wahl und Krönung den Kurfürsten gegenüber eidliche Verpflichtungen eingehen mußte, die seine Aktionsfreiheit in der inneren und äußeren Politik stark beschränkten. Das Reichskammergericht, das als fast einziger Überrest der unter Maximilian I. versuchten Reichsreform 1555 seine endgültige Ordnung erhielt, bewahrte den Charakter einer im wesentlichen ständischen Behörde. Von den Reichsständen wurde die erdrückende Mehrzahl seiner Beisitzer ernannt. Die Stände trugen für seinen Unterhalt und für die jährlichen Visitationen Sorge. Als Konkurrenz für das seine Justizhoheit so stark beschränkende Kammergericht schuf Kaiser Ferdinand I. allerdings den ganz von ihm abhängigen Reichshofrat mit der Doppelfunktion eines Staatsrats und eines obersten Reichsgerichts. Auch die Reichsexekutionsordnung von 1555 ist ein Ausdruck dieser ständischen Machtbestrebungen. Sie vertraute die Wahrung des Landfriedens den in zehn Reichskreise gegliederten Ständen an. Die Kreise wurden mit weitgehender Autorität ausgestattet, ein Eingreifen von Kaiser und Reichstag nur für den Fall höchster Not vorgesehen. Nach dem gleichen Prinzip wurde die Wehrverfassung des Reiches gestaltet. Die ihr zugrunde liegende Wormser „Matrikel" von 1521 übertrug die jeweilige Aufbringung der Reichsarmee den einzelnen Ständen nach ihrem Vermögen, verzichtete darauf, die Reichsangehörigen unmittelbar zur Leistung von Geld oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung heranzuziehen. Demnach war von der monarchischen Gewalt in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht viel übrig geblieben. In der inneren wie in der auswärtigen Politik war sie in ihrer freien Bewegung gehemmt, waren ihre wichtigsten Befugnisse auf fast unabhängige ständische Organisationen übergegangen. Zugleich beschränkte sich die Reichsgewalt im Inneren auf die nächstliegenden Zwecke, auf die Übung der Justiz und auf die Bewahrung des Landfriedens. Die höheren staatlichen Aufgaben, die Sorgen für Wirtschaft, Rechtsbildung, geistige Kultur wurden fast ganz den territorialen Gewalten überlassen. Schon im 16. Jahrhundert konnte man hören, daß die Verfassung des Deutschen Reiches nicht so sehr eine monarchische als eine aristokratische sei.

Das nach dem Willen der Partikulargewalten neugeordnete Reich aber war wehrlos im Inneren wie nach außen. Nicht einmal der primitiven Aufgabe, den Landfrieden zu wahren, zeigten sich seine Organe gewachsen. Anarchischen Erscheinungen, die als Nachwehen der letzten deutschen Kämpfe unter Karl V. auftraten, standen sie in kläglicher Ohnmacht gegenüber. Fast ein Jahrzehnt lang konnte der fränkische Ritter Wilhelm von Grumbach im Verein mit seinem fürstlichen Gönner Herzog Johann Friedrich von Sachsen

die tollsten Umsturzpläne schmieden, zweimal das Bistum Würzburg überfallen, der kaiserlichen Acht Trotz bieten, bis endlich der am meisten bedrohte Kurfürst August von Sachsen mehr mit eigenen Mitteln als mit Hilfe der Kreisverfassung, ihm und seinem Beschützer 1567 das verdiente Ende bereitete.

Auch wenn wir das Verhältnis des Reiches zum Ausland in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts überblicken, finden wir den Mangel an Tatkraft und Einigkeit, eine beschämende Hilflosigkeit. Kaiser und Reich waren zu schwach, die alten Feinde, Franzosen und Türken aus den errungenen Stellungen wieder zu vertreiben. Die lothringischen Reichsstädte, die Heinrich II. dem Reiche entrissen hatte, blieben in den Händen der Franzosen. Der König konnte sogar daran denken, unter den deutschen Fürsten eine französische Partei zu organisieren, Sitz und Stimme auf dem Reichstag zu fordern — ein Ansinnen, das vom Reich denn doch zurückgewiesen wurde. Auch zur Verdrängung der Türken, die Siebenbürgen und einen großen Teil von Ungarn mittelbar oder unmittelbar unter ihrer Herrschaft hielten, in bedrohlicher Nähe der deutschen Grenze standen (vgl. S. 70), reichten die Kräfte des Reiches und der habsburgischen Erblande nicht aus. Die Stände waren von der engherzigen Erwägung beherrscht, daß Ungarn nicht zum Reiche gehöre, sie also zur Unterstützung nicht verpflichtet seien. Als aber die Stände sich einmal (1567) zu ausgiebiger Hilfe aufrafften, als ein neuer Osmaneneinbruch vor den Mauern der kleinen, von Niklas Zriny heldenmütig verteidigten Festung Sziget zum Stehen kam, da wurde dem Kaiser durch die Widerspenstigkeit unzufriedener Söldner, mangelhafte Organisation und unfähige Führung der Erfolg verdorben. In den Friedensschlüssen von 1562 und 1568 behaupteten die Türken ihren ungarischen Besitzstand, der Kaiser blieb ihnen tributpflichtig. Als Ferdinands Nachfolger Maximilian II. (1564—1576) im Anschluß an den Türkenkrieg die Wehrverfassung des Reiches zu reorganisieren, die militärische Leitung in seine Hand zu bekommen suchte, mußte er diesen Anlauf zu einer kräftigen Betonung des monarchischen Prinzips durch den einmütigen Widerspruch der Stände vereitelt sehen. Dasselbe Versagen gegenüber den mächtig herandrängenden nord- und westeuropäischen Fragen, gegenüber den Gefahren, welche deutschen Handel und deutsche Schiffahrt, die Sicherheit der deutschen Westgrenze bedrohten. Das Reich bot der von England und Schweden bedrängten Hanse keinen Rückhalt, gab das ihm allerdings schon fast fremd gewordene Livland dem Ansturm der nordischen Mächte preis, blieb den Kämpfen fern, die seit Beginn der sechziger Jahre den Nordosten Europas aufwühlten. Habsburgisch-polnische Pläne scheiterten. Kaiser und Reich waren aus der Weltpolitik ausgeschieden. Wenn die Reichsgewalt als solche den westeuropäischen Wirren gegenüber eine unbeteiligte

Zuschauerin blieb, wenn sie zur Zeit des niederländischen Aufstandes grobe Verletzungen der Neutralität ertragen mußte, Störungen des deutschen Rheinhandels nicht verhindern konnte, so trug daran vor allem die religiöse Parteiung die Schuld.

In den geschilderten Zustand trug die kirchliche Umwälzung neue Zersetzungsmomente hinein. Die Glaubensspaltung lockerte den nationalen Zusammenhang noch mehr, schuf zwischen dem ketzerfeindlichen Kaisertum und dem protestantischen Teil der Nation noch stärkere Entfremdung, trieb beide schließlich in offenen Kampf. Die Reformation verschaffte zunächst dem protestantischen Fürstentum einen ansehnlichen Machtzuwachs durch die Begründung des landesherrlichen Kirchenregiments, durch die Einziehung der geistlichen Güter, durch die Übertragung des Unterrichts- und Armenwesens auf die weltliche Obrigkeit und nicht zuletzt durch das den Landesherren gewährte Recht, das Bekenntnis ihrer Untertanen zu bestimmen. Der Protestantismus leistete dem deutschen Partikularismus kräftigen Vorschub.

Der kirchliche Zustand in Deutschland beruhte auf dem Augsburger Religionsfrieden von 1555, der wohl den protestantischen Reichsständen augsburgischer Konfession die erstrebte Parität mit den katholischen gewährt, der Masse der Untertanen aber Glaubensfreiheit versagt hatte. Weder von der katholischen, noch von der protestantischen Partei wurde der Frieden als eine endgültige Lösung, vielmehr nur als ein unter dem Zwang der Umstände geschaffener Notbehelf betrachtet. Eine Reihe von Streitfragen, besonders über den geistlichen Vorbehalt, (vgl. S. 68) war ungeklärt geblieben. Aber auch im Schutz dieses unsicheren und unvollkommenen Friedens konnte der Protestantismus noch weitere Eroberungen machen. Das Kräfteverhältnis beider Kirchen hatte sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts stark zugunsten der Protestanten gestaltet. Die überwiegende Mehrheit der weltlichen Fürsten, besonders der norddeutschen, die drei weltlichen Kurfürsten von Brandenburg, Sachsen und Pfalz, der Großteil der Reichsstädte gehörten dem neuen Glauben an. Die beiden Häupter der katholischen Partei, die Herzoge von Bayern und Österreich, hatten in ihren Ländern mit starken protestantischen Bewegungen in allen Schichten der Bevölkerung, unter Geistlichen und Laien zu kämpfen, während die katholischen Einrichtungen verfielen. Und bereits begann die protestantische Strömung auch die Hochburgen des Katholizismus, die geistlichen Fürstentümer zu überfluten, welche der katholischen Partei noch das Übergewicht auf dem Reichstag sicherten. Evangelische Fürstensöhne und Adelige gelangten in den Besitz von Bischofsstühlen, drangen in die Domkapitel ein, förderten den Abfall jener Gebiete. Die Mehrheit des deutschen Volkes schien für den Protestantismus gewonnen zu sein. Und nicht nur zahlenmäßig, auch geistig sah sich die alte Kirche von ihrem Gegner überflügelt. Während die Hörerzahl katholischer Hoch-

schulen zusammenschrumpfte, die theologischen Hörsäle verödeten, wurden auf der protestantischen Seite neue Universitäten, Jena, Marburg, Heidelberg gegründet, ältere reorganisiert, das Mittelschulwesen in feste Bahnen gebracht, der Ausbau des protestantischen Lehrgebäudes eifrig betrieben.

Und doch zeigten sich in der so kräftig wachsenden evangelischen Partei schon Momente der Zersetzung und Spaltung. Gerade jenes Streben nach festen und klaren dogmatischen Formeln schuf unter den lutherischen Theologen scharfe Entzweiung. Der versöhnliche, zu einer Annäherung an den Katholizismus neigende Melanchthon und der feurige, unerbittliche, von tiefstem Haß gegen das Papsttum erfüllte Matthias Flacius und beider Anhänger stritten erbittert um Luthers geistiges Erbe, um die mildere oder strengere Auffassung der Abendmahls- und der Rechtfertigungslehre. Flacianer und Melanchthonianer, die Vertreter strengster lutherischer Observanz und die Männer der Vermittlung, haßten sich gegenseitig ebenso grimmig, wie beide die Katholiken haßten, warfen einander die saftigsten Grobheiten an die Köpfe. Eine noch tiefere Spaltung aber entstand, als sich auch in Deutschland dem friedfertigeren Luthertum der kriegerische Calvinismus zugesellte. Im Jahre 1564 führte der Kurfürst von der Pfalz sein Land der Genfer Lehre zu. In Köln und Wesel entstanden, durch einen starken Zuschub niederländischer Emigranten gekräftigt, calvinistische Gemeinden. Die Synode von Emden (1570) schuf eine gemeinsame Verfassung für die calvinistische Kirche Westdeutschlands. Die orthodoxen Calviner und Lutheraner befolgten gegenseitig ein System des Glaubenszwanges, das demjenigen der von ihnen so gehaßten römischen Hierarchie durchaus wesensverwandt war, wenn es auch nicht gerade den Scheiterhaufen zur Anwendung brachte. Die mit dem geistlichen Regiment betrauten protestantischen Fürsten, aufgehetzt von ihren geifernden Hoftheologen, gebärdeten sich als kleine Päpste. An die Stelle des lebendigen Bibelwortes trat die Autorität des toten Buchstabens. Die im Auftrag des Kurfürsten von Sachsen verfaßte sogenannte Konkordienformel des Tübinger Universitätskanzlers Jakob Andreä (1577), welche die strengeren Lutheraner mit den melanchthonisch Gesinnten zu vereinigen suchte, die Calvinisten aber von dieser Gemeinschaft ausschloß, sie als Feinde staatlicher Ordnung brandmarkte, beförderte noch den Zersetzungsprozeß des deutschen Protestantismus. Die Katholiken aber jubelten über die Selbstzerfleischung des Gegners.

Die dogmatischen Gegensätze übertrugen sich nun auf das politische Gebiet und verkörperten sich hier in dem Pfälzer Kurfürsten Friedrich dem Frommen (1559—1576), der zu einem allerdings gemäßigten Calvinismus überging, und seinem sächsischen Kollegen August (1553—1586), der sich schließlich der schroffsten lutherischen Orthodoxie in die Arme warf. In den Gestalten dieser beiden Fürsten kommt der Widerstreit zwischen dem

kampflustigen Calvinismus und dem geduldigen Luthertum mit seiner Lehre vom „leidenden Gehorsam" lebensvoll zur Erscheinung. Friedrich der Fromme ersehnte die Alleinherrschaft des Protestantismus in Deutschland, erstrebte über den Augsburger Religionsfrieden hinaus die „Freistellung" des Bekenntnisses, d. h. scheinbar die freie Wahl des Bekenntnisses für Katholiken und Protestanten. In Wirklichkeit freilich war es so gemeint, daß die protestantischen Untertanen katholischer Obrigkeiten frei ihren Gottesdienst sollten üben dürfen, nicht aber die Katholiken in protestantischen Gebieten. Alle seine fürstlichen Genossen an politischem Weitblick überragend, erkannte Friedrich — über alle Glaubensstreitigkeiten hinweg — die Gemeinsamkeit der protestantischen Interessen in Deutschland und in Westeuropa und trat daher für die Vereinigung aller evangelischen Reichsstände, für die Unterstützung der Hugenotten und Niederländer ein. Sein gleichgearteter Sohn Johann Kasimir hat als einziger unter den deutschen Fürsten den bedrängten Glaubensbrüdern in Frankreich und den Niederlanden Hilfe geleistet. Dem pfälzischen Stürmer und Dränger gegenüber vertrat der Kurfürst August von Sachsen das Prinzip des bedächtigen Konservatismus. Verlangte Friedrich nach Einigkeit, so hob August geflissentlich die trennenden Momente hervor. Ein Bündnis zwischen Lutheranern und Calvinisten lehnte er ab. Nicht die Alleinherrschaft des Protestantismus, sondern die Erhaltung der 1555 erklärten Parität, das friedliche Nebeneinanderleben beider Konfessionen erschien ihm als das allein Wünschenswerte. August suchte, im Widerspruch mit den Traditionen seines Hauses, seine Politik auf ein möglichst gutes Verhältnis zum habsburgischen Kaiserhaus zu gründen, dem die pfälzische Politik aufs schärfste entgegentrat. Diese dogmatisch-politischen Gegensätze, die unter den Nachfolgern der beiden Fürsten im allgemeinen fortlebten, deren dauernde Überbrückung nicht gelang, schwächten in entscheidenden Momenten die protestantische Sache.

Die Spaltung unter den Protestanten war um so unheilvoller, als gerade damals der Katholizismus sich aus seiner Erschlaffung aufraffte, sich zu energischem Angriff anschickte. Das Papsttum selbst faßte die Herstellung des alten Glaubens im Mutterlande der Reformation scharf ins Auge. Unter Gregor XIII. wurde die Einrichtung der deutschen Nuntiaturen (päpstlichen Gesandtschaften) ausgestaltet. Die stärksten geistigen Waffen aber, mit denen der deutsche Irrglaube überwunden werden sollte, wurden der Kurie dargeboten von der Gesellschaft Jesu. Mit der Durchführung der Gegenreformation in Deutschland hat der Jesuitismus sein Hauptwerk vollbracht. Die eigenen ältesten Historiker der Gesellschaft haben, wie Eberhard Gothein ausführt, die Bekämpfung des Protestantismus als die wichtigste Aufgabe, als die eigentliche Berufung des Ordens betrachtet, Ignatius als Antiluther proklamiert. Ignatius

hat selbst 1554 für den Erzherzog Ferdinand den Plan zu einer deutschen Gegenreformation entworfen nach den zwei Gesichtspunkten, erst die Ketzerei auszurotten, dann katholisches Leben neu zu erwecken. Darum verlangte er vom Fürsten die Entfernung aller lutherischen oder der Ketzerei auch nur verdächtigen Räte, Beamten, Professoren und Schulmeister, die Einführung strengster Zensur, die Reinigung der Pfarrgeistlichkeit und schließlich des Volkes selbst. Wer binnen Monatsfrist nicht zur alten Kirche zurückkehrte, sollte ehrlos und untüchtig zu jedem Amte sein, wenn es heilsam scheine, mit Verbannung und Gefängnis, vielleicht sogar mit dem Tode bestraft werden. Auf dem so gereuteten Boden aber sollte dann die Wiedergeburt des Katholizismus sich vollziehen. Ignatius dachte an ein ganzes System von Lehranstalten zur Ausbildung nicht nur der Geistlichkeit, sondern auch aller Schulmeister. An der Spitze standen die Jesuitenkollegien. Den Geist aber sollte diese umfassende Organisation von einer eigenen jesuitischen Zentralanstalt in Rom empfangen.

Nur vom Zentrum der Kirche, von seinem eigenen Sitze in Rom aus glaubte Ignatius die deutsche Ketzerei wirksam bekämpfen zu können. Den deutschen Katholiken traute er nicht mehr den nötigen moralischen Einfluß zu. Darum schuf er 1551 in Rom das Collegium Germanicum als Seminar, in dem die zukünftigen Prediger, Professoren und Bischöfe Deutschlands von früh auf erzogen werden sollten. Gregor XIII. reorganisierte später diese Anstalt, von der sich Ignatius binnen weniger Jahre die besten Früchte für Deutschland versprach. Er sollte recht behalten. „Im Collegium Germanicum ist jenes Geschlecht von Bischöfen, Beichtvätern und Staatsmännern erzogen worden, das seit 1570 die Gegenreformation in Deutschland durchgeführt hat, Männer oft hoher Bildung, stets von energischem Eifer, geistreicher, kräftiger, verschlagener als ihre Vorgänger, nicht immer sittenstreng für ihre Person, aber stets für ihren Klerus. Ganz und gar Schüler der Jesuiten haben sie in ihren Diözesen, ihren Staaten diesen ihren Lehrern auch den größten Spielraum gewährt."

Die deutsche Gegenreformation kämpfte und siegte im Zeichen des Jesuitismus. Schon seit etwa 1550 kamen die schlangenklugen Jünger Loyolas, von den Fürsten gerufen, nach den habsburgischen Erblanden, Bayern und dem Rheinland, drückten aller Orten dem Unterrichtswesen ihren Stempel auf, traten in wirksame Konkurrenz mit den evangelischen Lehranstalten. Die schlauen Väter vermieden vorerst den offenen Kampf gegen die Protestanten, begnügten sich damit, die Zwietracht zwischen beiden Kirchen zu schüren. Nun trat, gleichfalls von der Gesellschaft Jesu gelenkt und unterstützt, eine Reihe glaubenseifriger geistlicher und weltlicher Fürsten auf den Schauplatz, bereit zum Vertilgungskrieg gegen die Ketzer. Unter den weltlichen Fürsten war Herzog Albrecht V. von Bayern (1550—1579)

der erste, der in seinem Lande mit unbarmherziger Strenge die Restauration der alten Kirche durchführte. Das Bayerland wurde ein Bollwerk des Katholizismus, München von den Jesuiten als das deutsche Rom gepriesen. Nun sprang die Bewegung auf die geistlichen Fürstentümer über. In den siebziger Jahren hielt die Gegenreformation in der Abtei Fulda und in dem zum Mainzer Erzbistum gehörigen Eichsfeld ihren Einzug. Von überragender Bedeutung aber war ihr Sieg im Erzstift Köln. Dort behauptete 1583 der Wittelsbacher Ernst, der schon das Bistum Hildesheim gewonnen hatte, unterstützt von Bayern, dem Papste und Spanien, gegen seinen zum Protestantismus übergetretenen Nebenbuhler Gebhard Truchseß das Feld. Damit war die Festsetzung der neuen Lehre am wichtigsten Punkt des Niederrheins verhindert, den protestantischen Ständen eine wertvolle Möglichkeit zur Unterstützung der Niederlande geraubt, der geistliche Vorbehalt gesichert, die Gefahr einer protestantischen Mehrheit im Kurkollegium abgewehrt, dem Hause Wittelsbach auch in Nordwestdeutschland eine ansehnliche Machtstellung gewonnen. Auch in den meisten westfälischen Bistümern wurde jetzt die wankende Herrschaft des Katholizismus wieder aufgerichtet. In Würzburg entstand der Gegenreformation in dem Bischof Julius Echter von Mespelbrunn (1573—1619) ein tatkräftiger Vorkämpfer, ein wirksames Vorbild für seine Amtsbrüder in der Nachbarschaft. Während so die alte Kirche im niederrheinisch-westfälischen Gebiete und in Franken kräftige Fortschritte machte, tat sich in den habsburgischen Erblanden ein neues Kampfgebiet auf, das wir später genauer betrachten werden.

So war denn, namentlich seit den siebziger Jahren, bereits der Religionsstreit im Osten und Westen des Reiches entbrannt. In leidenschaftlichen Predigten und giftigen Schmähschriften tobte sich die in beiden Lagern gärende Erbitterung aus. Bis auf die Reichstage verpflanzten sich die aus der verschiedenen Auslegung des Religionsfriedens sich ergebenden Zänkereien. Von der Reichsgewalt hatten die Protestanten keine ihnen günstige Entscheidung zu erwarten. Das Kaisertum war selbst Partei geworden. Auf den von einem Hauche protestantischen Geistes gestreiften, toleranten Maximilian II. (1564—1576) folgte sein Sohn Rudolf II. (1576 bis 1612). Seine Wahl durfte die katholische Partei als einen Sieg betrachten, den sie dem Zwiespalte zwischen Pfalz und Sachsen verdankte. Rudolf II., ein Produkt spanisch-jesuitischer Erziehung, wäre wohl ein neuer Philipp II. geworden, wenn seine Herrschergaben mit seiner Bigotterie auf gleicher Höhe gestanden wären. Ein menschen- und tatenscheuer Sonderling, mied er das fröhliche Wien und vergrub sich in der Einsamkeit des Hradschin zu Prag. Dort lebte er fast gänzlich seinen gelehrten Liebhabereien und ästhetischen Genüssen, beherrscht von Jesuiten und Günstlingen, schließlich vom Wahnsinn berührt, unfähig zur Regierung. Seine

Energie erschöpfte sich lange fast ausschließlich im Kampfe gegen die erbländischen Protestanten, während er im Reiche die Dinge treiben ließ. Erst gegen Ende seiner Regierung raffte er sich zu entschiedener Feindseligkeit gegen die evangelischen Stände auf. War also der Kaiser im wesentlichen, wenn auch zuerst untätig, doch den Protestanten innerlich abgeneigt, so wurden die übrigen Institutionen der Reichsverfassung, das Reichskammergericht und sein Konkurrent, der Reichshofrat in Wien, die zur Bewahrung des Friedens bestimmten Reichskreise, besonders aber der Reichstag durch den Gegensatz der Religionsparteien zum Stillstand gebracht.

Wie ohnmächtig das Reich der Religionsfrage gegenüberstand, das sollte der an sich unbedeutende Donauwörther Handel zeigen. Die überwiegend evangelischen Bürger der kleinen schwäbischen Reichsstadt waren wegen der Störung einer Prozession der Reichsacht verfallen. Diese wurde vom Bayernherzog Maximilian, den wir bald als einen der führenden Geister der deutschen Gegenreformation kennen lernen werden, mit großer Härte vollstreckt. Der Herzog nahm die Stadt in seinen Besitz und ließ dort durch rührige Jesuiten das Bekehrungswerk beginnen (1607). Der offenkundige Bruch des Augsburger Friedens erschien den Protestanten als Vorbote eines Religionskrieges und gab ihnen endlich die lang entbehrte Einigkeit. Als auf dem Regensburger Reichstage (1608) der Kaiser und die papistische Mehrheit bei ihrer schroffen Haltung verblieben, die Zurückführung der religiösen Verhältnisse auf den Stand des Jahres 1555 forderten, wurde der Reichstag von den Protestanten gesprengt. Dasjenige Organ der Reichsverfassung, das vor allem zum Austrage des religiösen Gegensatzes berufen gewesen wäre, hatte versagt. Der Gedanke der Selbsthilfe in föderativer Form mußte nun in beiden Lagern Boden gewinnen.

Die nahende Gefahr brachte die konfessionellen Zwistigkeiten der Protestanten zum Schweigen. Ihre letzten Bedenken schwanden, als Heinrich IV. ihnen Hilfe versprach. Wie in den Tagen Moritzens von Sachsen glaubte der deutsche Protestantismus auch jetzt den Beistand Frankreichs nicht entbehren zu können. Die auf eine Vereinigung aller evangelischen Kräfte hinarbeitende pfälzische Politik sah sich endlich am Ziel, obwohl ihr alter Widerpart Sachsen noch immer an der kaisertreuen Politik festhielt, sich den Bündnisbestrebungen versagte. Am 12. Mai 1608 wurde in dem Ansbachschen Dorfe Ahausen die Union, ein Verteidigungsbund süddeutscher evangelischer Fürsten, später auch etlicher Reichsstädte, unter Leitung des Pfälzer Kurfürsten Friedrich IV. geschlossen. Der Gegenschlag von katholischer Seite ließ um so weniger auf sich warten, als der Kaiser, wie wir sehen werden, eben damals durch einen Streit mit seinem Bruder Matthias und den erbländischen Ständen in Schach gehalten war, daher für die katholische Sache erst recht nichts leisten konnte. Am 10. Juli 1609 tat

sich eine Reihe geistlicher Fürsten unter der Führung Maximilians von Bayern zum Gegenbunde, der Liga, zusammen und gewann bald darauf auch den Beistand Spaniens. So hatte jede der beiden Parteien eine Organisation erhalten, die ihr die Kraft verlieh, gestützt auf ausländische Hilfe, ohne und gegen die gelähmte Reichsgewalt ihre besonderen Ziele zu verfechten.

Am Niederrhein nun schien sich ein Feld zu eröffnen, wo beide Bünde ihre Kräfte messen könnten. Die protestantischen Fürsten von Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg hatten auf Grund verwickelter Erbansprüche vom Nachlaß des 1609 verstorbenen Herzogs Johann Wilhelm von Jülich-Cleve-Berg Besitz ergriffen. Da diese Ländermasse gleichsam die Brücke zwischen den spanischen Niederlanden und den geistlichen Gebieten Nordwestdeutschlands bildete, so mußte ihre Erwerbung für die Protestanten von außerordentlichem Werte sein. Eben deshalb trat der Kaiser gegen die beiden „Possidierenden“ (im Besitz Stehenden) in die Schranken. In seinem Auftrage bemächtigte sich Erzherzog Leopold der Festung Jülich. Die Union war bereit, den Possidierenden Beistand zu leisten, ebenso England, Frankreich und die Niederlande, die eine Stärkung des spanisch-katholischen Machtsystems am Niederrhein zu verhindern suchen mußten. Am höchsten aber flogen die Pläne Heinrichs IV.: wie er die Evangelischen zum Zusammenschluß gedrängt hatte, so gedachte er nun den Jülicher Streit mit einem Kampf gegen die habsburgische Weltmacht zu verbinden. Während er seine Truppen in Jülich einrücken ließ, rüstete er sich zu einem Angriff auf die spanischen Niederlande und zum Marsch über die Pyrenäen. In Italien sollte sein Verbündeter, der Herzog Karl Emanuel von Savoyen, die Spanier aus Mailand vertreiben. Es hatte den Anschein, als sollte der leidenschaftliche Eifer des Königs einen europäischen Krieg entfachen, als sollte sich aus dem Jülicher Erbstreit der große Glaubenskrieg entwickeln.

Da zertrümmerte ein roher Mordstreich diese umfassenden Pläne. Das französische Volk empörte sich beim Gedanken an einen neuen Krieg, der die wohltätigen Reformen Heinrichs zerstören mußte. Die fanatischen Katholiken Frankreichs verdammten das Bündnis mit den deutschen Ketzern. Diese Stimmungen zeitigten das Attentat Ravaillacs, unter dessen Dolchstoß Heinrich IV. verblutete (14. Mai 1610). Sein Tod bannte die Gefahr eines allgemeinen Krieges. Unter der Regentschaft der Königinwitwe Maria von Medici erhielten die spanisch-katholischen Einflüsse in Paris die Oberhand. Der Streit um Jülich wurde notdürftig beigelegt. Nicht vom Niederrhein, sondern vom Südosten des Reiches, vom Habsburgerreich her, wo gleichfalls schon die Gegenreformation ihren Einzug gehalten hatte, sollte über das deutsche Volk die Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges hereinbrechen.

Eine Geschichte der Gegenreformation in Österreich würde unverständlich bleiben ohne einen Streifblick auf die vielgestaltige staatliche Struktur der habsburgisehen Ländermasse. Eine unbefangene Betrachtung wird den Habsburgern ein nicht geringes Maß staatsbildender Kraft nachrühmen, wird ihnen das Zeugnis nicht versagen können, daß sie sich bemüht zeigten, alle die Gebiete, in deren Besitz sie durch Erbschaft, Wahl, Heirat und Eroberung gelangt waren, in einem festen staatlichen Rahmen zusammenzufassen. Zentralisation, Unterordnung aller Teile des Hausbesitzes unter den Willen der Wiener Regierung, das war die Losung jener organisatorischen Tätigkeit, die durch Jahrhunderte vom Hofe aus geübt wurde. Die Durchführung des Beamtenstaates, der organische Aufbau, die immer feinere und reichere Gliederung des Behördenwesens sollten den Gedanken der Staatseinheit verwirklichen. Die Bureaukratie ist von Anbeginn eines der stärksten Bindemittel des unter dem habsburgischen Zepter stehenden Völkerkonglomerates.

Maximilian I. (1486—1518) ist der erste Vertreter der österreichischen Gesamtstaatsidee. Mit der Reform der Zentralverwaltung in seinen Erblanden hat der rastlose, vieltätige Herrscher wohl sein Größtes geleistet. An die Stelle des rein persönlichen Regimentes, das noch sein Vater Friedrich III. geführt hatte, setzte der Kaiser ein unpersönliches, bureaukratisches Regime, das Österreich aus den feudalen Zuständen des Mittelalters in die Formen des modernen Staates hinüberleitete, dem Einheitsgedanken kräftig Bahn brach. Seiner Organisation legte Maximilian I. die Bildung zweier Ländergruppen, der oberösterreichischen — Tirol und die Vorlande (d. h. die Besitzungen am Oberrhein) — und der niederösterreichischen — Österreich ober und unter der Enns, Steiermark, Kärnten und Krain — zugrunde. In jeder dieser beiden Gruppen errichtete er ein Regiment als oberste Verwaltungs- und eine Rechenkammer als oberse Finanzbehörde. In der Lösung der Finanzen aus dem Rahmen der übrigen Verwaltung lag ein großer organisatorischer Fortschritt. Die endgültige Trennung von Justiz und Verwaltung dagegen ist erst in viel späterer Zeit erreicht worden. Ebenso blieb es Maximilian versagt, seine Ordnung nach oben hin auszubauen die Verwaltungseinheit durch Einsetzung von Zentralbehörden, eines Hofrats und einer Hofkammer, abzuschließen.

Aber wenn auch noch nicht alles gelang, so hinterließ Maximilian I. doch ein lebens- und entwicklungsfähiges Werk. Vor allem wirkte sein Grundprinzip, der Gesamtstaatsgedanke, unter seinem Enkel Ferdinand I. kräftig weiter und wurde sofort auch auf die beiden neuerworbenen Königreiche Böhmen und Ungarn angewendet. Mit Ferdinand I. beginnt die österreichische Reichsgeschichte. Das maximilianische Behördensystem wurde von ihm beibehalten und ausgebaut. Nach österreichischem Vorbild schuf er Rechenkammern in Böhmen und Ungarn. Ihm glückte auch, wozu

Maximilian I. nur einen Anlauf genommen hatte, die Errichtung gemeinsamer Zentralbehörden. Aus Ferdinands I. Zeit stammen der Hofrat als oberste Verwaltungs- und Gerichtsbehörde, sein Ausschuß, der Geheime Rat als besonderes Organ für auswärtige Angelegenheiten, die Hofkammer als Spitze des Finanzwesens und der Hofkriegsrat. Alle diese Behörden mit Ausnahme des Hofrats erstreckten ihren Wirkungskreis auch auf die Länder der böhmischen und ungarischen Krone. Dazu trat 1620 noch die österreichische Hofkanzlei, deren Chef zum obersten Leiter der österreichischen Politik emporstieg. Einen starken Rückschlag in dieser Zentralisationspolitik bedeutet dann die Länderteilung von 1565, durch welche Tirol und Innerösterreich an habsburgische Nebenlinien fielen und ihre eigenen, der Gesamtstaatsverwaltung nachgebildeten Behörden erhielten. Diese Teilung hörte zwar 1619, bzw. 1665 wieder auf, Tirol und Innerösterreich wurden aber erst mit der Zeit wieder abhängig von der Wiener Regierung. Die Tendenz dieser habsburgischen Verwaltungspolitik jedoch ist unverkennbar. Seit Ausgang des 15. Jahrhunderts bildet sich, wenn auch nicht in ungebrochener Entwicklung, ein wohlgegliederter Behördenorganismus mit kollegialer Verfassung und weitreichender Arbeitsteilung, die Gesamtheit der habsburgischen Länder umfassend. Noch sei des Versuches gedacht, die Einheit des Staates auch auf sprachlichem Gebiet zum Ausdruck zu bringen. Ferdinand wies die böhmischen Finanz- und Gerichtsbehörden an, sich des Deutschen als Amtssprache zu bedienen. In dem Schlagwort Realunion können wir wohl die Bestrebungen der Habsburger am besten zusammenfassen.

Aber so stark die Zentralisation auch vordrang, das staatliche Sonderleben der einzelnen Länder vermochte sie doch nicht zu zerstören. Jedes Land suchte seine politische und nationale Eigenart zu behaupten, und die ständische Verfassung war der Boden, auf dem dieser Kampf ausgefochten wurde. Die Stände in den habsburgischen Territorien waren im 16. Jahrhundert voll Kraft und Selbstbewußtsein. Sie nahmen starken Anteil an der Gesetzgebung, bewilligten die Steuern, die sie selbst unter sich verteilten und durch ihre eigenen Organe erheben ließen, deren Verwendung sie häufig überwachten, und besorgten die Aufstellung der Truppen. Das Steuerbewilligungsrecht und das in Verbindung damit geübte Beschwerderecht bot den Ständen eine Waffe, mit der sie dem Herrscher Zugeständnisse abtrotzen konnten. Auch waren sie mit umfassenden administrativen Befugnissen ausgerüstet, die sie durch eigene Verordnete, ständige oder temporäre Ausschüsse, durch einen besonderen Beamtenkörper ausüben ließen. Also schon damals bestand der Dualismus landesfürstlicher und ständischer Verwaltung. Dabei suchten sich die Stände in die landesfürstlichen Beamtenkollegien einzudrängen, wehrten sich in Böhmen und be-

sonders in Ungarn gegen die Eingriffe der Wiener Zentralbehörden, forderten in beiden Königreichen die Ausschließung landfremder Elemente von der Landesverwaltung. Vergeblich kämpften die Fürsten gegen die ständische Übermacht an. Mähren glich beim Regierungsantritt Ferdinands mehr einer aristokratischen Republik als einer Monarchie, und der Herrscher war gegen die Unbotmäßigkeit der mährischen Stände machtlos. Landrecht kämpfte gegen Reichsrecht. Fruchtlos blieb auch das Experiment, mit Hilfe der Stände die einzelnen Länder einander näher zu bringen, in Zeiten allgemeiner Not, besonders der Türkengefahr gegenüber, die Stände zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Die Einrichtung von Generallandtagen, auf welche Deputierte der deutschen Erblande, sowie Böhmens und Ungarns geladen wurden, bewährte sich nicht. Die Habsburger mußten es aufgeben, das Ständewesen dem Staatsgedanken dienstbar zu machen.

Zu dem politischen Gegensatz zwischen landesfürstlicher und ständischer Macht trat aber nun erst recht aufreizend und zum offenen Kampfe treibend der Zwiespalt im Glauben. Um 1560 schienen die habsburgischen Länder für die alte Kirche verloren zu sein. Adel, Bürger und Bauern huldigten der evangelischen Lehre und zwangen dem toleranten Kaiser Maximilian II. ein allerdings bescheidenes Maß von Religionsfreiheit ab. Unter dem bigotten Rudolf II. aber brach die Reaktion herein, erst über die Lande ober und unter der Enns, später auch über Böhmen, Mähren und Ungarn. Des Kaisers Vetter, Erzherzog Ferdinand, gleichfalls ein Jesuitenzögling führte als selbständiger Regent von Steiermark, Kärnthen und Krain auch in diesen Ländern die Gegenreformation mit eiserner Strenge durch. Aber die Bekehrung blieb rein äußerlich, die protestantischen Überzeugungen lebten weiter. Die zunehmende Schärfe der Verfolgung zerriß zuletzt die Bande der Loyalität, welche die protestantische Mehrheit der Untertanen noch mit dem Herrscherhause verknüpften. Im ganzen Umkreis des Habsburgerreiches, in den deutschen Erblanden, wie in Böhmen und Ungarn entbrannte eine Rebellion, die in ihrer letzten und furchtbarsten Steigerung die Dynastie an den Rand des Untergangs brachte. In den Landstuben aber konzentrierte sich die Kraft der Bewegung.

Durch ihr Eintreten für die evangelische Sache stärkten die Stände ihren Rückhalt an der breiten Masse der Bevölkerung, gaben sie dem Religionsstreit den Charakter eines politischen Kampfes. Im Ringen um den Glauben schloß sich Stand an Stand, Land an Land. In Oberösterreich vertraten Adelige und Bürger, sonst eben nicht die besten Freunde, gemeinsam ihre Forderungen gegenüber dem Landesherrn. Die einzelnen Länder aber knüpften untereinander und mit den Glaubensgenossen im

Reich Bündnisse zur Erringung und Beschützung der Religionsfreiheit. Der Zusammenschluß der Stände, den die Habsburger im Dienst der Staatsidee erstrebt hatten, trat nun ins Leben, kehrte sich aber gegen das Herrscherhaus. Im Getriebe des Kampfes stellten die Stände allenthalben Forderungen auf, welche die fürstliche Gewalt aus den Angeln zu heben, die habsburgischen Länder in polnische Anarchie zu stürzen drohten. Die Stände fühlten sich als die Träger der Souveränität, nur bedingungsweise wollten sie den Fürsten die Gewalt überlassen.

Der Kampf begann jenseits der Leitha. Der Widerwillen der Ungarn gegen das „deutsche Regiment", d. h. gegen den Wiener Zentralismus, entflammte einen Aufstand unter der Führung des Magnaten Stefan Bocskay, der sich nach ungarischem Insurgentenbrauch dem Großherrn in die Arme warf, die Tributpflicht Ungarns und Siebenbürgens erneuerte (1604). Mit türkischer Hilfe zwang er die ohnmächtige kaiserliche Regierung zum Wiener Frieden (1606), der den ungarischen Ständen Religionsfreiheit gewährte, ihnen die Wahl eines Palatins (des königlichen Stellvertreters) und die Besetzung der Zivil- und Militärämter mit Landeskindern zusicherte. Kaum war die ungarische Krise beigelegt, als sich die Stände Ungarns, Österreichs und Mährens gegen das Mißregiment des körperlich und geistig gänzlich zusammengebrochenen Kaisers miteinander vereinigten. Die neue Bewegung verknüpfte sich mit dem in Grillparzers Drama dargestellten Bruderzwist im Hause Habsburg. Im Bunde mit der ständischen Konföderation verdrängte Rudolfs Bruder, Erzherzog Matthias, den Kaiser aus Österreich, Mähren und Ungarn (1608) und schließlich auch aus Böhmen (1611). Nach Rudolfs Tod folgte ihm Matthias auf dem Kaiserthron (1612—1619). Seine Regierung, die in beständigem Hader mit inneren und äußeren Feinden verläuft, ist politisch ein Denkmal landesfürstlicher Schwäche und ständischer Machtbegier, kirchlich ein Schwanken zwischen Nachgiebigkeit und Härte. Als Preis seiner Erhebung hatte Matthias seinen ständischen Alliierten Rechte einräumen müssen, welche die fürstliche Gewalt kaum noch dem Namen nach fortbestehen ließen, den Protestanten, zum Teil höchst widerwillig, ein erhöhtes Maß von Religionsfreiheit zugestanden. Das Gefühl seiner Ohnmacht preßte dem Kaiser den Seufzer ab, solange er lebe, werde der Bau noch zusammenhalten, aber nach seinem Tode werde alles aus den Fugen gehen.

Fast schien es, als sollte diese Prophezeiung sich erfüllen und zwar noch zu Lebzeiten des Matthias. Der Aufstand Bocskays und der Bruderzwist waren nur die Vorspiele eines neuen Streites, der von Böhmen aus die übrigen Erblande, das Reich, Europa in Brand setzen sollte. Am 9. Juli 1609 hatten die böhmischen Stände Rudolf II. den „Majestätsbrief" abgezwungen, der allen Bewohnern des Königreichs freie Religionsübung ver-

bürgte, durch das Recht, Konsistorium und Universität zu besetzen und eigene Defensoren (Verteidiger) zu bestellen, der protestantischen Kirche Böhmens eine selbstherrliche und scheinbar gesicherte Stellung verlieh. Aber auch der Majestätsbrief bildete keine Schranke für den Glaubenseifer des Matthias und seiner Räte. Der verschärfte Druck — die angeblich dem Majestätsbrief zuwiderlaufende Behinderung evangelischer Kirchenbauten in Braunau und Klostergrab — trieb die böhmischen Protestanten zur Empörung. Am 23. Mai 1618 warfen die erbitterten Adeligen einige Vertreter des Landesherrn zum Fenster des Prager Schlosses hinaus und bildeten eine provisorische Regierung.

Der 1619 eingetretene Thronwechsel erweiterte die Kluft zwischen dem Hause Habsburg und den erbländischen Protestanten. Ferdinand II. (1619—1637), der dem Matthias als Kaiser wie als Beherrscher der österreichischen Länder folgte, war das mächtigste und dienstbereiteste Werkzeug der Jesuiten. Unfähig eines selbständigen Entschlusses, gelenkt von seinen Beichtvätern und Ministern, ohne Verständnis für militärische Dinge, ein leichtfertiger Haushalter, war er doch stark und zielbewußt in Sachen der Religion. Bei einer Wallfahrt nach Loretto hatte er der Jungfrau Maria die Ausrottung der Ketzer gelobt, durch die Vernichtung des innerösterreichischen Protestantismus sein Gelübde zum Teil schon erfüllt. Nun sollte sich sein Glaubenseifer auf einem weiteren Felde erproben. Seine Lage war zunächst gefährlich genug.

Nach dem Tode des Matthias verweigerten die böhmischen Stände die Anerkennung Ferdinands und rissen die gesamten Erblande in ihre Rebellion hinein. In Mähren und Schlesien, in Österreich ob und unter der Enns wurde gleichfalls die Huldigung versagt, die Vereinigung mit den Böhmen beschlossen. Nach der Ansicht des venetianischen Gesandten Giustiniani war es das Ziel dieser Provinzen, eine Konföderation nach eidgenössischem oder holländischem Muster zu gründen, die habsburgische Herrschaft höchstens noch dem Namen nach fortbestehen zu lassen. Ein Generallandtag der böhmischen Lande (8. Juli 1619) beschloß eine Verfassung, die Böhmen zum Wahlreich machte, den ständischen Rechten die weiteste Ausdehnung gab, die Vorherrschaft der Protestanten zu sichern suchte. Am 16. August traten die böhmischen Lande mit Österreich ob und unter der Enns in eine Konföderation zum Schutz der ständischen Privilegien und der Religion. Und während Ferdinand in Frankfurt a. M. zum Kaiser gewählt wurde, sagten sich die böhmischen Stände von allen Pflichten gegen den Zögling der Jesuiten, das Haupt und den Erzfeind der evangelischen Religion, den Usurpator der böhmischen Krone los und machten den Kurfürsten Friedrich von der Pfalz, das Haupt der Union zu ihrem König. Der Konflikt drohte damit auf das Reich überzugreifen. Die böhmische Bewegung verknüpfte

sich auch mit einem neuen Abfall Ungarns. Aufs äußerste gereizt durch die agitatorische Tätigkeit Peter Pázmánys, eines adeligen Jesuiten, des späteren Erzbischofs von Gran, vereinigten sich die ungarischen Protestanten mit der böhmisch-österreichischen Konföderation und erkoren den ehrgeizigen Woiwoden von Siebenbürgen, Bethlen Gabor, zu ihrem Fürsten (Januar 1620). Der von allen Seiten bedrängte Kaiser mußte diese Tatsache anerkennen und mit Bethlen Gabor einen Waffenstillstand schließen, worauf Bethlen die kirchlichen Verhältnisse in Ungarn zugunsten der Protestanten ordnete. Aber schon wenige Monate nach dem Abkommen mit dem Kaiser stand der Siebenbürger schon wieder unter den Waffen, erneuerte seine Verbindung mit den Böhmen und ließ sich von den Ungarn zum König wählen. Von Osten und Westen her griffen gierige Hände nach dem habsburgischen Erbe. Die Erblande und das Reich standen an der Schwelle eines furchtbaren Krieges.

Der Kaiser aber war stärker, als es schien. Einmütig traten die katholischen Mächte auf seine Seite. Spanien sandte ein Heer, der Papst und andere italienische Staaten unterstützten ihn mit Geld. Frankreich beobachtete eine wohlwollende Neutralität. Vor allem aber stellte die Liga unter Führung des Bayernherzogs dem Kaiser ihre Waffen zur Verfügung. In der katholischen Welt lebendiges Gemeingefühl — im protestantischen Lager Lauheit und Spaltung. Die Union ließ, wohl unter dem Druck ihrer wenig kriegslustigen städtischen Mitglieder, ihr Oberhaupt im Stich. Ein unter französischer Vermittlung in Ulm am 3. Juli 1620 geschlossener Vertrag mit der Liga verwehrte der Union die Teilnahme am Kampfe in Böhmen und Österreich. Der Kurfürst Johann Georg von Sachsen blieb den habsburg-freundlichen Traditionen seiner Vorgänger getreu, lieh dem Kaiser sogar seinen Beistand gegen den pfälzischen Rivalen und verhaßten Kalvinisten. Von den ausländischen Mächten hat nicht einmal Friedrichs eigener Schwiegervater, Jakob I. von England, ihm nennenswerte Hilfe geleistet. Mit heißem Bemühen warb Jakob um die Freundschaft Spaniens, die durch die Vermählung des Kronprinzen Karl mit der Infantin Isabella, der Schwester Philipps III., befestigt werden sollte. Ohne England aber wollten auch die Generalstaaten, deren Waffenstillstand mit Spanien dem Ende zuging, sich nicht zur Unterstützung Friedrichs verpflichten. Ebenso blieben Unterhandlungen mit dem Schwedenkönig resultatlos. Böhmen stand isoliert.

In der Schlacht am Weißen Berge bei Prag (8. November 1620) brach das „Winterkönigtum" des Pfälzers zusammen. Das Jahr 1620 ist ein Epochenjahr nicht nur für Österreich, sondern auch für Deutschland und Europa. Die Niederlage der Böhmen bedeutet den Triumph des katholisch-monarchischen Systems in den habsburgischen Erblanden. Mit unbarmherziger Strenge wurde die Bevölkerung zum alten Glauben zurückgezwungen, die ständische Opposition erstickt, ein starkes fürstliches Regiment aufgerichtet. Öster-

reich erhielt ein katholisch-absolutistisches Gepräge. Die Schlacht am Weißen Berge legte aber auch den Grund zur Fortsetzung des Krieges auf deutschem Boden, zuerst im Südwesten, dann im Norden des Reiches, womit der Anstoß zur Einmischung des Auslandes gegeben wurde. Spanische und ligistische Truppen entrissen dem geächteten Friedrich sein pfälzisches Erbland. Maximilian von Bayern, des Kaisers getreuer Helfer, trug die Kurwürde als Beute davon. Die Union löste sich tatenlos auf. Seit Ende 1623 standen die Truppen der Liga unter dem ruhmreichen Generalissimus Tilly drohend an der Grenze Niedersachsens. Der siegreiche Kaiser schien seine Macht auch nach dem Norden erstrecken zu wollen. Deutlich gab die katholische Partei ihre Absicht zu erkennen, den Protestanten die seit 1552 eingenommenen Stifter wieder zu nehmen. So hatte das Haus Habsburg die schwere Krise glücklich überwunden, seine Herrschaft in den Erblanden wiederhergestellt, eine katholische Mehrheit im Kurkollegium geschaffen. Der protestantische Besitzstand schien bedroht.

Gleichzeitig wurden am Madrider Hof die Ideen Philipps II. von neuem lebendig. Philipps IV. (1624—1655) mächtiger Minister, der Herzog von Olivarez, preßte die ermattete Nation nochmals in den Dienst einer unfruchtbaren Großmachtpolitik. Nach dem Ablauf des zwölfjährigen Waffenstillstandes wurde 1621 der Krieg gegen die niederländische Republik wieder aufgenommen. Zur selben Zeit kämpften spanische Truppen in der Pfalz. Am oberen Rhein und gleichzeitig in den Alpen suchte Spanien Fuß zu fassen. Schon 1617 hatte es am Wiener Hof Ansprüche auf Elsaß und Tirol erworben. Nun legte es die Hand auf die Veltliner Pässe, um die Verbindung zwischen Mailand und Tirol herzustellen. Von den Alpen her sollte den Rhein hinab eine Anmarschstraße nach den Niederlanden angelegt werden. Ein kräftiger Zug zur Ausdehnung und Zusammenfassung geht durch die spanische Politik.

Die auf das Veltlin gerichteten Absichten Spaniens berührten die Interessen Frankreichs, das bisher allein ein Durchzugsrecht in jenen Pässen gehabt hatte. Gelang es Spanien, sich die Verbindungslinie zwischen Mailand und den Niederlanden zu sichern, in Westdeutschland Fuß zu fassen, dann befand sich Frankreich in engster Umklammerung. Von dort ging nun eine antihabsburgische Bewegung aus, die das schon entfachte Kriegsfeuer schließlich zum Weltbrand steigerte. Ihre Seele war der Kardinal Richelieu. Seit 1624 Haupt des Konseil, d. h. Premierminister, trug er fast 20 Jahre lang das Schicksal Frankreichs und der Welt in seinen Händen, „prägte er Europa den Stempel seines Willens auf die Stirn". Der junge König Ludwig XIII. (1610—1643) verschwand fast hinter seinem ersten Minister. Richelieu riß Frankreich in die Bahnen Heinrichs IV. zurück. Hatte Maria von Medici unter beichtväter-

lichem Einfluß ein herzliches Einvernehmen mit Spanien hergestellt, durch ihre wohlwollende Neutralität die Katastrophe des deutschen Protestantismus am Weißen Berge mitverschuldet, so wurde Richelieu der Testamentsvollstrecker Heinrichs IV., indem er den vom König geplanten Doppelkrieg gegen das Haus Österreich wirklich eröffnete. Seine letzten, durch menschenfreundliche Formeln verschleierten Ziele waren der Sturz der habsburgischen Weltmacht, die Verdrängung Spaniens aus den südlichen Niederlanden und aus Italien und die Gewinnung der Rheingrenze. Die Tendenzen Franz' I. und Heinrichs II. treffen in Richelieu zusammen. Elsaß, Lothringen, Straßburg liegen schon im Bereich seiner Pläne, die er selbst in der Formel zusammenfaßt, Frankreich die Grenzen zu geben, die ihm von Natur bestimmt seien, das neue Gallien wieder so aufzurichten, wie das alte gewesen sei. Kein früherer französischer Staatslenker hat so bewußt Rheinuferpolitik getrieben wie Richelieu. Der deutsch-französische Gegensatz ist sein unheilvolles Vermächtnis. Zählt er im Inneren, wie noch zu zeigen ist, zu den Bahnbrechern der absoluten Monarchie, so erstrebt er nach außen hin für die französische Krone die europäische Hegemonie. Richelieu ist der Vater des französischen Imperialismus.

Zur Durchführung dieser Großmachtpolitik mußte er sich seine Bundesgenossen in beiden konfessionellen Lagern suchen. Persönlich von massiver Gläubigkeit, erstrebte Richelieu für seinen Staat das Ideal der Glaubenseinheit. Er hat selbst die hugenottische Zwingburg La Rochelle zur Übergabe genötigt, das Edikt von Nantes aber bestehen lassen. Da er zum Kampf gegen Habsburg das protestantische Ausland brauchte, durfte er im Inneren den Gegensatz nicht auf die Spitze treiben. Der Staatsmann ist in Richelieu stärker gewesen als der Priester. Die ganze protestantische Welt hat er gegen Habsburg aufzubieten gesucht, dieser Vormacht des Papismus schließlich mehr Schaden getan als ein protestantischer Herrscher.

Seit er die Zügel in den Händen hielt, suchte er eine antihabsburgische Koalition zusammenzuschmieden. Den Niederländern, die seit 1621 wieder mit Spanien im Kriege standen, ließ Richelieu Subsidien zukommen. Ein von seinem Vorgänger Vieuville abgeschlossenes Bündnis mit Savoyen und Venedig erneuerte er (1624) und erzielte in der Veltliner Frage eine für Frankreich günstige Lösung. England löste er von der Verbindung mit Spanien los, suchte es durch die Ehe des englischen Thronfolgers Karl mit der Schwester Ludwigs XIII. an Frankreich zu fesseln. Zur selben Zeit waren seine Agenten an protestantischen Fürstenhöfen Deutschlands, in Kopenhagen und Stockholm tätig. Auch mit Maximilian von Bayern suchte er anzuknüpfen, der, wie wir sehen werden, eben damals gegen den Kaiser mißgestimmt war. Aber noch vermied es Richelieu, in den deutschen Dingen sich allzuweit vorzuwagen, sondern überließ hier England die Führung,

dessen politischer Kurs sich ja gleichfalls geändert hatte. Durch England und die Niederlande wurde Christian IV. von Dänemark, den die Umtriebe der katholischen Partei im fleißigen Erwerbe norddeutscher Bistümer störten, in den Krieg mit dem Kaiser gedrängt, mit ihm der aus ähnlichen Gründen beunruhigte niedersächsische Kreis, dessen Oberster der Dänenkönig als Herzog von Holstein geworden war.

So folgte als zweiter Akt des großen Ringens dem böhmisch-pfälzischen der niedersächsisch-dänische Krieg, in dem zum erstenmal neben der von Tilly geführten ligistischen Armee ein nennenswertes kaiserliches Heer, die Schöpfung eines böhmischen Edelmannes Albrecht von Wallenstein, im Felde erschien. Christian IV., von England und den Niederlanden nur mangelhaft mit Subsidien unterstützt, erlag in der Schlacht bei Lutter am Barenberg (August 1626) der feindlichen Übermacht. Der in Madrid und Wien gefaßte, von Wallenstein lebhaft unterstützte Plan, zur Vernichtung des niederländischen Handels und zum Angriff auf die dänischen Inseln eine Flotte zu gründen, scheiterte nur am Widerstand des von Wallenstein als Stützpunkt ersehenen Stralsund. Im Lübecker Frieden (1629) mußte der Dänenkönig jeder Einwirkung auf die Reichsverhältnisse entsagen.

Wieder gaben sich der Kaiser und die katholischen Stände dem Hochgefühl des Sieges hin, als dessen Frucht und Preis ihnen die Wiederherstellung der geistlichen Besitzrechte erschien. Das vom Kaiser einseitig, d. h. ohne Mitwirkung des Reichstages erlassene Restitutionsedikt vom 6. März 1629 forderte von den Protestanten alle seit dem Passauer Vertrage (1552) eingezogenen reichsmittelbaren Stifter, Klöster und sonstigen Kirchengüter zurück und verlangte, daß alle reichsunmittelbaren Stifter und Bistümer wieder mit katholischen Geistlichen besetzt werden sollten. Dieses mit größter Strenge durchgeführte Edikt drohte die materiellen und geistigen Grundlagen des deutschen Protestantismus zu zerstören. Dabei ließ der Kaiser sein Hausmachtsinteresse nicht außer Augen. Indem er seinem 15 jährigen Sohn, dem Erzherzog Leopold Wilhelm die Stifter Magdeburg, Halberstadt und Hersfeld sowie die Aussicht auf Bremen und Minden verschaffte, faßte die habsburgische Herrschaft, die schon den Süden umklammert hielt, auch in Norddeutschland Fuß. Der habsburgische Absolutismus, der sich von den Erblanden nun auch über das Reich auszubreiten drohte, weckte jedoch, wie unter Karl V., eine von Frankreich geförderte, fürstliche Gegenbewegung.

Ebenso stark als die Erbitterung der Evangelischen über das Restitutionsedikt war die Empörung der katholischen und protestantischen Stände, besonders Maximilians von Bayern, über den furchtbaren Druck, den Wallenstein nach dem siegreichen Ausgang des Dänenkriegs an der Spitze seines gewaltigen Heeres ausübte, über die Werbungen, Einquartierungen und Kontributionen, die er über die deutschen Lande verhängte, ebenso lebhaft war

die Furcht vor den dem Feldherrn besonders von geistlicher Seite zugeschriebenen absolutistischen Plänen. Das Kaisertum, das vor kurzem noch an den Wurzeln seiner Macht bedroht gewesen war, schien durch eine brutale Militärdespotie die deutsche Libertät erdrücken zu wollen.

Ferdinand II., der sich um die Wahl seines Sohnes zum römischen König bemühte, mußte auf dem Regensburger Kurfürstentage (1630) Wallenstein seinen unerbittlichen Gegnern opfern und in eine Reduktion seines Heeres willigen, ohne daß er in der Wahlfrage durchgedrungen wäre. Der Kaiser ging von Regensburg als ein Geschlagener. Seine Anläufe zu selbstherrlicher Politik waren gescheitert. Die Minderung seiner Militärmacht wurde dem Kaiser aufgezwungen in einer Zeit, wo sein zäher Gegner Richelieu in Deutschland und Italien, in den Niederlanden und in Schweden diplomatisch und militärisch der habsburgischen Politik entgegenwirkte: der Kardinal schürte die kurfürstliche Opposition, erstrebte vergeblich ein Bündnis mit Bayern und erneuerte die Allianz mit der niederländischen Republik. Dem Prinzen Karl von Nevers verhalf er zur Erbfolge im Herzogtum Mantua, das die Spanier und Kaiserlichen ihm streitig zu machen suchten, und gewann für Frankreich durch die Erwerbung Pinerolos eine Einfallspforte nach Italien. Vor allem aber suchte Richelieu den Schwedenkönig Gustav Adolf zum Kriege mit dem Kaiser zu drängen.

Die oben erwähnten Flottenprojekte der Habsburger drohten die Kreise Gustav Adolfs zu stören. Der leitende Gedanke seiner Politik war das Dominium maris Baltici. Seine erfolgreichen Kriege gegen Rußland und Polen hatten ihn diesem Ziele um ein Bedeutendes nähergebracht, Schwedens Übergewicht auf dem baltischen Ostufer begründet. Die Niederlage Christians IV. und die maritimen Pläne der Höfe von Madrid und Wien schienen Gustavs kühne Pläne zu durchkreuzen, eine unmittelbare Gefahr für Schweden zu bedeuten. Gustav zweifelte nicht daran, daß nach der Niederwerfung Dänemarks sein eigenes Reich an die Reihe kommen werde, und er beschloß, dieser Gefahr zu begegnen, indem er selbst den Krieg in des Kaisers Lande trug. Im Vertrauen auf sein bisheriges Schlachtenglück wagte er den Kampf mit der stärksten Macht in Europa. Die Gewinnung Pommerns und damit die Abrundung der schwedischen Ostseeherrschaft nach Süden hin sollte der nächste Preis des Sieges sein. Aber nicht nur um der eigenen Sicherheit und Machterhöhung willen zog der ritterliche Herrscher das Schwert, sondern auch zur Rettung seiner schwerbedrängten Glaubensbrüder im Reich und des schwedischen Protestantismus. Politische und religiöse Motive sind in seiner Handlungsweise aufs engste ineinander verwoben.

Richelieus für Deutschland und den Protestantismus folgenreichste Tat ist es gewesen, daß er dem Schwedenkönig für den deutschen Krieg freie

Bahn schuf, das arme Schweden mit seinen reichen Mitteln unterstützte. Der Kardinal machte Gustav die Hände frei, indem er den Waffenstillstand zwischen Schweden und Polen vermittelte (vgl. S. 178). Im Juni 1630 landete der Schwedenkönig an der Küste Pommerns. Im Januar 1631 wurde zu Bärwald das Bündnis zwischen Frankreich und Schweden geschlossen. Richelieu gewährte dem König jährlich 400000 Taler Subsidien zur Unterhaltung eines Heeres von 30000 Mann zu Fuß und 6000 Reitern. Gustav mußte sich aber verpflichten, die katholische Religion in den eroberten Gebieten zu schonen und gegen Bayern und die Liga Frieden zu halten, wenn diese ihm gegenüber das gleiche täten. Der Fall von Magdeburg (20. Mai), das Tillys Soldateska in einen Trümmerhaufen verwandelte, trieb die bisher noch zögernden Häupter der protestantischen Partei in Deutschland, Brandenburg und Sachsen in die Arme des Schwedenkönigs. Am 17. September zertrümmerte Gustav bei Breitenfeld in der Nähe Leipzigs Tillys bisher nie besiegtes Heer. Der Kaiser und die katholische Partei hatten ihre erste große Niederlage erlitten. Die Schlacht bei Breitenfeld war, wie Ranke sagt, die Antwort auf die Schlacht am Weißen Berg, war das erste Hemmnis der Vernichtung des Protestantismus. Dieser Sieg gewann Gustav Adolf bei allen Evangelischen in Deutschland den Ruhm des Glaubensretters. Nun begann jener Siegeszug der schwedischen Waffen, der Gustav in die reichen Länder zwischen Rhein und Main und schließlich nach einer neuen Niederlage Tillys bis ins Herz von Bayern führte; drohend stand der nordische Held an den Grenzen der habsburgischen Erblande. Mit den Erfolgen Gustavs weiteten sich aber auch seine Pläne. Die Bildung eines „corpus evangelicorum", eine Zusammenfassung aller evangelischen Kräfte im Reich unter einem schwedischen Direktorium, vielleicht sogar die Begründung eines selbständigen protestantischen Gemeinwesens in Deutschland schwebte ihm vor. Ob er auch an die Erwerbung der Kaiserwürde gedacht hat, ist jedoch zweifelhaft.

Die unaufhaltsamen Fortschritte und wachsenden Pläne Gustav Adolfs aber beunruhigten seinen französischen Verbündeten. Die Sicherung, welche der Vertrag von Bärwald der katholischen Sache gewähren sollte, hatte versagt, da die Liga auf seiten des Kaisers verblieb, mit ihm zusammen bei Breitenfeld geschlagen worden war. Richelieu sah also den Untergang des katholischen Glaubens in Deutschland vor Augen, zugleich Frankreichs eigene Interessensphäre durch das Vordringen der Schweden an den Rhein bedroht. Es schien ihm an der Zeit zu sein, dem allzu mächtig werdenden „Gotenkönig" Zügel anzulegen. Die katholischen und protestantischen Stände sollten sich unter Frankreichs Schutz neutral erklären, der Krieg auf den Kaiser und Gustav beschränkt werden. Richelieus Absicht war, den Einfluß, den er in Regensburg auf die deutschen Fürsten gewonnen hatte, festzuhalten, indem er sie von den Leiden des Krieges befreite, dem schwedischen Pro-

tektorat ein französisches entgegenstellte, ein Plan, der jedoch an der Unvereinbarkeit der politischen und religiösen Gegensätze scheiterte. Zugleich aber nahm Richelieu mit vollem Nachdruck die Durchführung seiner Rheinpläne in Angriff. Die Feste Ehrenbreitstein und die Stadt Trier brachte er in französische Gewalt. Der unzuverlässige Herzog von Lothringen wurde zu einem Vertrag genötigt, der ihn ganz in Frankreichs Hände gab, das feste Nancy wurde ihm entrissen. Die bisherige französische Schutzherrschaft über die drei lothringischen Bistümer wandelte Richelieu in die volle Landeshoheit um, löste diese Gebiete aus dem Zusammenhang mit dem Reich. Eine Reihe elsässischer Plätze wurde von den Franzosen eingenommen. Den Fortschritten der schwedischen Waffen in Westdeutschland sollte Halt geboten, die Rheingrenze für Frankreich gesichert werden. Frankreich und Schweden standen nahe vor dem Bruch, als Gustavs Geschick sich erfüllte.

Der von Ferdinand II. als Retter in der Not herbeigerufene Wallenstein hemmte nochmals den Siegeslauf des Schwedenkönigs. Durch die Werbekraft seines Namens stampfte er ein gewaltiges Heer aus der Erde, an dessen Spitze er Gustav Adolf in der Defensivschlacht bei Nürnberg siegreich Trotz bot. Auf den Ebenen Lützens (16. November 1632) maßen sich die beiden größten Kriegshelden ihrer Zeit zum erstenmal im offenen Felde. Die Schweden behaupteten die Walstatt. Der Sieg war aber teuer bezahlt durch Gustav Adolfs Tod. Der Ruhm, den Protestantismus gerettet zu haben, bleibt dem großen König unbestritten. Umfassende Pläne sanken mit ihm ins Grab. Ob er im Laufe eines längeren Lebens nicht Deutschland in noch ärgere Zerrissenheit gestürzt haben würde, steht dahin.

Dem schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstjerna, der nach des Königs Tod die militärische und politische Oberleitung übernahm, gelang es zunächst noch, auf dem Heilbronner Tage (1633), die Verbindung mit den protestantischen Ständen des südwestlichen Oberdeutschlands und mit Frankreich aufrechtzuerhalten. Ebenso blieb die militärische Lage für Schweden vorerst noch günstig, weil die kaiserlichen Streitkräfte durch die eigentümliche Haltung ihres obersten Führers in fast völlige Untätigkeit versetzt wurden. Wallenstein, der sich nach der Lützener Schlacht nach Böhmen zurückgezogen und dort sein Heer reorganisiert hatte, ließ sich in Verhandlungen mit Sachsen ein, um über den Kaiser hinweg den deutschen Protestanten einen Frieden zu verschaffen, der ihnen alles seit 1618 Verlorene wiedergeben sollte, und um die Schweden aus Deutschland zu vertreiben. Ein Zug von Größe liegt in diesem Plane Wallensteins, die Kluft des Religionskrieges zu schließen, die Deutschen gegen den fremden Eroberer zu einigen. Da aber sein zweideutiges Gebaren, seine militärische Untätigkeit und die Umtriebe seiner Gegner das Vertrauen des Hofes erschütterten, da er eine nochmalige Absetzung fürchten mußte, so ließ sich Wallenstein zu dem tollkühnen Plan verleiten, sich

mit den deutschen Protestanten, Schweden und Frankreich zu verbinden, die Armee von ihrem kaiserlichen Oberherrn loszureißen. Die Ermordung des Geächteten zu Eger (25. Februar 1634) befreite den Kaiser von einer schweren Gefahr, gab ihm die Verfügung über sein Heer zurück, dessen Führung nun sein Sohn Ferdinand übernahm.

Der Sieg der vereinigten Kaiserlichen und Spanier bei Nördlingen (5. September 1634) machte Breitenfeld und Lützen wett, verwandelte die militärische und politische Situation zu Ungunsten der Schweden. Sie mußten Oberdeutschland räumen und verloren ihre deutschen Verbündeten. Indem der Kaiser die evangelische Partei im Reich auf seine Seite zog, griff er auf den Gedanken Wallensteins zurück, nur daß er nach der Nördlinger Schlacht den Protestanten weit ungünstigere Bedingungen vorschreiben konnte, als sie ihnen von Wallenstein geboten worden waren. Im Prager Frieden (Mai 1635), zwischen dem Kaiser und Sachsen, dem die meisten protestantischen Stände beitraten, erlangten diese nicht die volle Aufhebung des Restitutionsedikts und die Wiederherstellung des Zustandes von 1618, sondern nur eine 40jährige Suspension des Edikts auf Grund der Besitzverhältnisse vom 12. November 1627. Gegen die Schweden sollte eine große Reichsarmee unter kaiserlichem Kommando aufgestellt werden. Im Jahre 1637 folgte Ferdinand III. (1637—1657) seinem Vater auf dem Thron. Er übernahm die unselige Erbschaft dieses Krieges, der mit dem Prager Frieden seinen Charakter in doppelter Hinsicht änderte.

Da nicht mehr die Schweden und die evangelischen Stände des Reiches gegen den Kaiser vereinigt standen, diese vielmehr jetzt dem Kaiser zur Vertreibung der Schweden ihre Waffen liehen, so hörte der Krieg auf, ein Religionskrieg zu sein, galt nur noch der Befreiung des deutschen Bodens von den fremden Eindringlingen. Mit dem jetzt erfolgenden offenen Eintritt Frankreichs gewann er zugleich an Ausdehnung und an Einheit. Durch den Abfall seiner deutschen Bundesgenossen war Schweden militärisch isoliert, Frankreich sein einziger Rückhalt geworden. Durfte Richelieu seinen Alliierten zusammenbrechen lassen, seine rheinischen Erwerbungen preisgeben? Nachdem er zehn Jahre lang nur mit Frankreichs Geld gekämpft hatte, entschloß er sich, nun auch Frankreichs Schwert in die Wagschale zu werfen, um den Kampf gegen das habsburgische Gesamthaus zur Entscheidung zu bringen. Im Jahre 1635 erklärte Richelieu dem König von Spanien den Krieg. Wieder bemühte er sich, alle Feinde des Rivalen unter Frankreichs Fahnen zu sammeln. Mit der niederländischen Republik vereinigte er sich zur Losreißung der Südprovinzen von der spanischen Herrschaft, mit Mantua, Savoyen und Venedig zur Eroberung von Mailand, das er als Schlüssel der spanischen Machtstellung ansah. Der Übergang zur nackten Annexionspolitik trat zutage. Auch gegen den Kaiser führte Richelieu

den Kampf nun mit erhöhtem Einsatz seiner Kräfte, mit offenem Visier. Den Schweden deckte er im Vertrag von Stuhmsdorf (1635) durch die Verlängerung des Waffenstillstands mit Polen den Rücken und erneuerte mit ihnen die Allianz gegen Habsburg. Französische Heere fochten seit 1635 in Deutschland und den Niederlanden, Italien und schließlich südlich der Pyrenäen, wo Richelieu die Erhebungen der Katalanen und Portugiesen begünstigte. Durch Frankreichs offenes Eingreifen schmolzen die beiden Verwicklungen, die spanisch-niederländische und die deutsch-schwedische, gleichsam zur Einheit zusammen, wurde der Dreißigjährige Krieg erst in vollem Maße zur Fortsetzung des alten Rivalitätsstreites zwischen Frankreich und Habsburg.

Im Jahre 1642 starb Richelieu, 1643 Ludwig XIII., der stets im Schatten des großen Staatsmanns gestanden war. Die französische Politik aber behielt ihre Richtung bei. In Kardinal Giuliano Mazarin, seinem Schüler und dem Erben seiner Macht fand Richelieu den würdigsten Testamentsvollstrecker. Mazarin hielt an den Zielen und Methoden des Meisters fest, trieb noch bewußter als dieser Annexionspolitik. Durch die Eroberung der südlichen Niederlande, meinte er, werde für Paris ein unbezwingliches Bollwerk geschaffen werden, dann erst werde Paris in Wahrheit im Herzen Frankreichs liegen. Die Beherrschung der Rheinlande ist auch sein Ziel. „Mit der westfränkischen Krone in ihrer damaligen Macht meinte er das alte Königreich Austrasien zu vereinigen“ (Ranke). Mazarin suchte die alten Verbündeten zu erhalten und neue zu gewinnen. Als der Kampf der beiden nordischen Reiche um die Ostsee sich erneuerte, als Schweden, gereizt durch die feindselige Haltung Christians IV., Dänemark mit Krieg überzog, 1643 seine Truppen aus Deutschland nach dem Norden schickte, stellte Mazarin die Zahlung der Subsidien ein, um auf den Bundesgenossen einen Druck auszuüben, und half schließlich den Schweden den für sie günstigen Frieden von Brömsebro (1645) vermitteln. Durch die Vermählung der Prinzessin Marie von Gonzaga-Nevers mit Wladislaus IV. sollte Polen aus der Gemeinschaft mit Habsburg gelöst werden. Wir werden sehen, wie es Mazarin gelang, auch den Woiwoden von Siebenbürgen, Georg Rákóczy, in den Kampf hereinzuziehen. Mazarin war darauf bedacht, die Einkreisung der habsburgischen Macht zu vollenden.

Die militärische Lage gestaltete sich seit etwa 1640 zu Ungunsten Spaniens und des Kaisers. Noch einmal raffte die spanische Monarchie ihre Kräfte zusammen, um ihre von allen Seiten bedrohte Weltstellung zu behaupten. Eine spanische Invasion setzte 1636 Paris in Schrecken. Aber trotz solchen vereinzelten Erfolgen erlagen die Spanier doch der feindlichen Übermacht zu Lande, wie zur See, in Europa, wie in Asien und Amerika, wo die Niederländer die Kolonien des unter spanischer Herrschaft stehenden Portugal

angriffen. Im Jahre 1640 erhoben sich, wie erwähnt, Katalanen und Portugiesen, unterstützt von Frankreich, gegen das willkürliche, zentralistische Regime des Herzogs von Olivarez, französische Truppen überschwemmten Katalonien und Roussillon. Der französische Feldherr Condé vernichtete 1643 bei Rocroy die Blüte des spanischen Fußvolks. Um 1646 waren die wichtigsten niederländischen Plätze in Feindesland. Auch in Deutschland neigte sich das wechselnde Kriegsglück schließlich den Gegnern des Kaisers zu. Torstensson, einer der genialsten Heerführer aus Gustav Adolfs Schule, brach in Böhmen, Mähren und Schlesien ein. Nach seiner Rückkehr aus dem Dänenkrieg bereitete er den Kaiserlichen bei Jankau in Böhmen (1645) eine schwere Niederlage und führte seine siegreichen Scharen bis vor die Tore Wiens. Der mit Schweden und Frankreich verbündete Rákóczy bedrohte Mähren. Im Jahre 1648 endlich standen die vereinigten Schweden und Franzosen, wie einst Gustav Adolf, in Bayern an den Grenzen der Erblande, indes ein schwedisches Korps die Prager Kleinseite erstürmte. In Böhmen, wo die Kriegsfurie sich zuerst erhoben hatte, sollte sie auch verenden. In die letzten Kämpfe hinein fiel die Nachricht vom Abschluß der langwierigen Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück.

Der Westfälische Friede (1648) war die ärgste Demütigung, welche Deutschland bis dahin im Laufe seiner wechselvollen Geschichte erlebt hatte. Es mußte an Schweden und Frankreich den Siegespreis bezahlen, aus den Händen der Fremden seine kirchliche und politische Neuordnung empfangen. Schweden wurde für seine kriegerischen Leistungen mit Vorpommern und Stettin, dem mecklenburgischen Wismar, den Stiftern Bremen und Verden entschädigt. Die Mündungsgebiete der nordwärts führenden deutschen Ströme waren nun in seiner Hand. Gustav Adolfs Programm war durch Oxenstjerna erfüllt, die Bastion im Süden der Ostsee gewonnen. Zugunsten Frankreichs verzichtete der Kaiser endgültig auf Metz, Toul und Verdun, trat Elsaß, Breisach und das Besetzungsrecht für Philippsburg den Franzosen ab. Die französische Rheinpolitik hatte ihren ersten Triumph gefeiert. Der Westfälische Friede riß die unheilvolle Kluft auf zwischen Deutschland und Frankreich. Die Unabhängigkeit der vereinigten Niederlande, die gleichfalls in Münster ihren langen Kampf mit Spanien erfolgreich beendigten, ihre Freiheit behaupteten, wurde ebenso wie die Loslösung der Schweiz von Kaiser und Reich förmlich anerkannt.

Vielleicht die einzige Wohltat dieses Friedens war, daß er dem konfessionellen Hader im Reich ein Ende bereitete. Der Augsburger Religionsfriede wurde bestätigt und auf die Calvinisten ausgedehnt. Nur den erbländischen Protestanten blieben diese Zugeständnisse im allgemeinen versagt. Durch Frankreich und Schweden wurde der Gegenreformation Einhalt getan, das Daseinsrecht der beiden evangelischen Bekenntnisse gesichert. Der Protest

des Papstes blieb unbeachtet. Das Zeitalter der großen religiösen Gegensätze schließt für Deutschland im allgemeinen mit 1648. Vernichtend aber waren die Folgen des Krieges für Deutschlands Staatsleben. Der Westfälische Friede sprach der schon halb erloschenen Zentralgewalt das Todesurteil, vollendete das im Ausgang des Mittelalters begonnene Zerstörungswerk. Der lange Krieg hatte die Reichsverfassung zersprengt, die Stände daran gewöhnt, sich parteimäßig zu organisieren, sich teils untereinander, teils mit ausländischen Mächten zusammenzuschließen, je nach ihrem Bekenntnis und nach der politischen Lage für oder gegen den Kaiser Partei zu nehmen. Jetzt wurde auf Vorschlag Frankreichs den Reichsständen die Souveränität zugesprochen und das Recht gewährt, Schutzbündnisse untereinander und mit auswärtigen Mächten zu schließen, sofern sie nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet seien. Die Entscheidung über die innere und äußere Politik des Reiches wurde in ihre Hände gelegt. Frankreich trat in Münster, wie einst auf dem Regensburger Fürstentage, als Protektor der deutschen Libertät auf. Losreißung wertvoller Gebiete, entsetzliche Minderung der Volkskräfte, Zersetzung des Staatskörpers, ständige Überwachung durch die fremden Mächte, unter deren Garantie der Friede gestellt wurde, das sind für Deutschland die Folgen des Dreißigjährigen Krieges.

In der Geschichte des habsburgisch-französischen Gegensatzes aber — und darin liegt seine universalhistorische Bedeutung — bezeichnet dieser Krieg den großen Wendepunkt. Richelieus und Mazarins Politik bereitete dem Kaisertum die schwersten kirchlichen und politischen Niederlagen, verkleinerte seinen Machtbereich, engte es den Ständen gegenüber noch mehr ein, zersprengte die spanisch-kaiserliche Koalition. Kaiser und Reich wurden verpflichtet, im Kriege zwischen Frankreich und Spanien, das dem Frieden nicht beitrat, Neutralität zu bewahren. Der Wille Heinrichs IV. war zum großen Teil vollstreckt, das Kaisertum gedemütigt; nur Spanien blieb noch zu bezwingen.

Drittes Kapitel

Die englische Revolution und der Ausgang des französisch-spanischen Krieges — Nordische Wirren
(1648—1660)

Der Westfälische Friede setzte nur dem Kriege zwischen dem Kaiser, Schweden und Frankreich und dem zwischen Spanien und den Niederlanden ein Ziel. Dagegen nahm der französisch-spanische Konflikt seinen Fortgang, obwohl Frankreich mit der niederländischen Republik seine stärksten Bundesgenossen verloren hatte. Den Niederländern hatte es vor den Folgen

der französischen Allianz zu grauen begonnen. Eine Festsetzung der Franzosen in den südniederländischen Provinzen lag nicht in ihrem Interesse. Sie wollten Frankreich zum Freunde, aber nicht zum Nachbarn haben. Auch Gründe der inneren Politik und Handelsrücksichten hatten zum Friedensschluß mit Spanien gedrängt. Je länger der Krieg dauerte, desto unentbehrlicher mußte das Haus Oranien werden, in dessen Händen die militärische Leitung lag, desto mehr war zu fürchten, daß es trachten werde, seine tatsächliche Machtstellung zur vollen Monarchie auszubauen. Die Kaufherren in Amsterdam besorgten, daß mit der Befreiung Antwerpens vom spanischen Joch auch die gefährliche Konkurrenz der Scheldestadt wieder aufleben werde.

Aber trotz dem Abschwenken der Republik zwang Mazarin die ermattete französische Nation zur Fortsetzung des Krieges. Die später zu schildernden Unruhen der „Fronde“, das Bündnis der hohen Bureaukratie mit ehrgeizigen Großen, die Verbindung der im Haß gegen den Kardinal geeinigten Unzufriedenen mit Spanien, führten Rückschläge auf allen Kriegsschauplätzen herbei. Nach der Überwindung der „Fronde“ sah sich Mazarin angesichts der furchtbaren Erschöpfung Frankreichs genötigt, zur Beschleunigung des Kriegsendes sich nach neuen Alliierten umzusehen. Durch den Abschluß des „Rheinbundes“ (1656) mit dem Mainzer Erzbischof Johann Philipp von Schönborn und anderen deutschen Fürsten, die das Reich nicht um der habsburgischen Hausmachtinteressen willen in neue Kämpfe verwickelt sehen wollten, nötigte der Kardinal den Kaiser Leopold I. (1657—1705) zu strenger Erfüllung der im Westfälischen Frieden eingegangenen Neutralitätspflicht. Mazarins Hauptalliierter aber wurde England, das durch eine furchtbare innere Krise vom festländischen Kampf ferngehalten worden war, etwa seit 1650 aber wieder die Kraft gewonnen hatte, in die Weltgeschicke einzugreifen.

Auf die Tudors, deren Regierung unter Elisabeth ihren ruhmvollen Abschluß gefunden hatte, folgte die schottische Dynastie der Stuarts. Unter ihren beiden ersten Vertretern Jakob I. (1603—1625) und seinem Sohne Karl I. (1625—1649) erlebten die britischen Reiche eine gewaltige kirchlich-politische Revolution, in der sich, wenn auch noch in verzerrter Form, schon die moderne Entwicklung des englischen Staates ankündigte, zugleich aber auch mächtig nach außen wirkende Kräfte sich entbanden. Die Größe der Tudorzeit hatte vor allem darauf beruht, daß in allen wirklich bedeutenden Fragen Dynastie und Nation einig gewesen waren. Das Verhängnis der Stuarts wurde es, daß sie, verblendet von der Idee des Gottesgnadentums der Volksstimmung ihr Ohr verschlossen. Durch schwere Eingriffe in die parlamentarische Verfassung, besonders durch Einhebung nicht bewilligter Steuern, durch anfängliches Buhlen um die Gunst des spani-

schen Erbfeindes verletzten sie schon unter Jakob I. die politischen Empfindungen der Nation, durch übertriebene Begünstigung der von ihnen als Stütze des Thrones betrachteten bischöflichen Kirche kränkten sie die Gefühle der von ihnen als Staatsfeinde erklärten Puritaner.

Die Tragödie des Hauses Stuart vollendete sich unter Karl I., dessen Gottesgnadendünkel die kirchlich-politischen Gegensätze zwischen König und Nation in England und Schottland zu unerträglicher Schärfe gesteigert hatte. Verleitet durch seinen Günstling Buckingham, der 1628 dem Volkshaß zum Opfer fiel, beleidigte der König das konstitutionelle Bewußtsein der Engländer durch Einhebung unbewilligter Zölle, willkürliche Verhaftungen und durch eine 11 Jahre dauernde parlamentslose Regierung (1629—1640). Der Versuch, den Schotten die anglikanische Kirchenverfassung aufzudrängen, stachelte den Fanatismus der Presbyterianer auf. Die Bewegung im Nebenreich bereitete in England selbst dem absolutistischen Experiment ein unrühmliches Ende, zwang den König zum Appell an die Volksvertretung. Das „lange" Parlament — so genannt, weil es über 12 Jahre lang 1640—53 — beisammen blieb, diktierte dem durch den schottischen Aufstand gelähmten Herrscher seinen Willen. Die schlimmen Ratgeber des Königs, der Graf von Strafford und der anglikanische Erzbischof Laud starben durch Henkershand. Das Parlament sollte alle drei Jahre zusammentreten, nur mit Zustimmung beider Häuser aufgelöst werden, die öffentlichen Ämter vom König mit Männern besetzt werden, die das Vertrauen des Parlaments besäßen. Wuchtige Schläge führte das Unterhaus auch gegen die Staatskirche und die parlamentarische Verfassung, indem es in der „großen Remonstranz" (1641) die Bischöfe mit Anklagen überhäufte, später ihre Ausschließung aus dem Oberhause erzwang. Das neue Regierungssystem wollte von der Monarchie kaum mehr als den Namen übrig lassen.

Ein Attentat des Königs auf die Führer der parlamentarischen Opposition entflammte den Bürgerkrieg. Ein im Auftrag des Parlaments gebildetes, aus extrem puritanischen Elementen bestehendes Heer versetzte bei Naseby und Preston der Monarchie den Todesstreich. Das Parlament sandte, von den Soldaten gezwungen, den gefangenen König aufs Schafott (27. Januar 1649). Unter dem Druck der Armee erklärte sich England als Republik unter dem Namen des „Common Wealth" (Gemeinwohl). Auch die englische Revolution ist ein Ausfluß der monarchomachischen Ideen, die wir schon in Frankreich und den Niederlanden in Wirksamkeit treten sahen. Sie ist, wenn auch soziale Tendenzen nicht gänzlich fehlten, in der Hauptsache doch eine politische Revolution, ein Kampf um die Selbstbestimmung, welche das Parlament im Namen der Nation ausüben sollte, und zugleich ein furchtbarer Ausbruch des puritanischen Fanatismus gegen Anglikaner und Papisten.

Das wahre Haupt der neuen Republik aber war Oliver Cromwell, der Reorganisator der Revolutionsarmee, der Sieger von Naseby und Preston. Seit 1653 lenkte er nach Verjagung des langen Parlaments an der Spitze seines Heeres, als Lord-Protektor, jede parlamentarische Opposition zermalmend, mit souveräner Gewalt Englands Geschicke im Innern und nach außen. Der Common Wealth war zur Militärdespotie geworden. Cromwells Macht beruhte auf der Gewalt des Schwertes. Die siegreiche Armee maßte sich die Entscheidung an, wer England regieren solle. Sie hatte Cromwell erhoben, sie konnte ihn wieder stürzen. Jeder Angriff des Parlaments auf die Armee begegnete daher seinem rücksichtslosesten Widerstand. Der militärische Charakter des Systems schloß eine parlamentarische Mitregierung aus.

Durch Republik und Protektorat wurde die auswärtige Politik des Inselreiches aus langer Erstarrung gelöst. Während der kontinentalen Wirren zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges war England fast tatenlos abseits gestanden. Das innerlich unterwühlte, in seinen Beziehungen zum Ausland direktionslos hin- und herschwankende Stuartregime hatte es zu keiner wirksamen Aktion bringen können, der Bürgerkrieg vollends die auswärtige Politik erstickt. Erst seit der Mitte des Jahrhunderts greift England wieder machtvoll in das Weltgetriebe ein, wird es ein gefährlicher Feind und ein gesuchter Verbündeter.

Wie alle großen Staatsmänner seiner Zeit, so umfaßte auch Cromwell in seinem Denken zugleich die Welt der Religion und der Politik, und es möchte schwer zu entscheiden sein, welche von beiden stärker auf ihn gewirkt habe. Eine religiöse Vollnatur, ein Todfeind der Anglikaner und besonders der Römlinge, deren Blut er auf einem irischen Feldzuge in Strömen fließen ließ, betrachtete er sich als den von Gott gesandten Schützer der Protestanten in der ganzen Welt, wollte er sie zur Abwehr papistischer Komplotte, an die Cromwell glaubte oder doch zu glauben vorgab, in einem Bündnis vereinigen. Cromwell erinnert an die Gottesstreiter des Alten Testaments und steht vor uns als der letzte große Vertreter des kriegerisch-religiösen Geistes, der von Genf ausgegangen war. Er ist aber auch der praktische Engländer, für den die Welt nur dazu da ist, um von ihm beherrscht zu werden. Beide Tendenzen — Bildung der englischen Weltmacht und Erhöhung des Protestantismus — fließen für Cromwell aus einer Quelle, aus dem Glauben, daß die Engländer das auserwählte Volk seien, dazu bestimmt, die Welt zu erobern, um das Reich Gottes in ihr aufzurichten — ein Glaube, der von John Milton, dem größten Dichter des Puritanismus geteilt wird. Nicht weniger als die evangelische Sache aber lag Cromwell die Größe seines Vaterlandes am Herzen, die er in der unbedingten Herrschaft zur See und im Handel erblickte. Auf der Nord- und

Ostsee, im Mittelmeer und auf dem Ozean, nirgends sollte eine fremde Flagge der englischen den Rang streitig machen. Dem Dominium maris (der Seeherrschaft) aber würde die Vorherrschaft im Handel folgen. Die ganze Welt sollte dem englischen Kaufmann offen stehen, die spanischen Kolonien sich ihm ebenso erschließen, wie die Ostsee. Mächtig stieg damals Englands Geltung zur See. In Cromwells Geist erhob sich der Gedanke des britischen Weltimperiums. Und fast möchte man glauben, daß der politische Impuls in ihm noch stärker gewesen sei, als der religiöse, fast gewinnt man den Eindruck, als habe er manchmal das religiöse Motiv erst nachträglich herangezogen, um sein auf materielle Ziele gerichtetes Handeln besser zu rechtfertigen. Jedenfalls ist Cromwell auch gegen protestantische Nationen rücksichtslos vorgegangen, wenn seine imperialistische Politik es erforderte. Am deutlichsten zeigt dies sein Verhalten gegen die Niederlande.

Die erste große Aufgabe in der auswärtigen Politik, die Auseinandersetzung mit Holland über kommerzielle und maritime Lebensfragen, war Cromwell noch vom langen Parlament hinterlassen worden, das 1652 einen Krieg mit der niederländischen Republik begonnen hatte.

Wir kennen schon Hollands mächtige Entwicklung im Handel und zur See, den kühnen Versuch, die Welt zwischen der ost- und westindischen Kompanie zu teilen. Gegen diese Suprematie erhoben sich nun die jungen, schon in der Tudorzeit entbundenen Kräfte Englands. Die Gründung der Ostindischen Kompanie unter Elisabeth war die entschlossene Ankündigung eines heißen Wettbewerbs um den wichtigsten Kolonialmarkt. Auch die Stuartzeit war, so unerfreulich sie für Englands innere und äußere Politik verlief, doch nicht unergiebig für die englische Wirtschafts- und Weltmachtsbildung gewesen. Sie schließt ein Moment von weltgeschichtlicher Bedeutung in sich, die Grundlegung des englischen Kolonialreiches, woran die Tudorzeit noch gescheitert war. Der kraftvoll sich ausdehnende englische Handel suchte nach neuen Märkten, und dieses Bedürfnis schien durch Kolonialerwerb am besten befriedigt werden zu können. Ein weiteres Motiv der Kolonialpolitik entsprang der irrtümlichen Annahme, daß England eine Gebietserweiterung nötig habe, um seine überschüssige Bevölkerung ernähren zu können. Aus der in manchen Volksschichten herrschenden Armut zogen die Fürsprecher der Kolonialpolitik den falschen Schluß, daß England übervölkert sei, während es in Wirklichkeit dünn bevölkert war. „Der Pauperismus war eine Begleiterscheinung ökonomischer Verschiebungen und wachsenden Wohlstandes in anderen Volksschichten.“ Jedenfalls sollten die Kolonien dem Mutterland seinen Bevölkerungsüberschuß abnehmen. Auch kapitalistischer Betätigungstrieb und das Streben nach Glaubensfreiheit haben an der kolonialen Bewegung ihren Anteil.

In vierfacher Richtung bewegte sich die englische Kolonisation in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Die Ostindische Kompanie setzte ihre Unternehmungen mit wachsendem Eifer und anfänglich auch mit riesigen Gewinnen fort. Sie zählte 1617 954 Aktionäre, darunter 15 Herzoge und Earls, 13 Gräfinnen und andere titulierte Damen, 82 Ritter, 26 Geistliche. In Ostindien aber stießen die Engländer mit den Holländern zusammen. Auf diesem Boden, zunächst im malayischen Archipel, entspannen sich die ersten blutigen Kämpfe zwischen den beiden konkurrierenden Völkern. Die Engländer zogen den kürzeren. Nach dem Blutbad von Amboina (1623) begannen sie den stärkeren Konkurrenten den Inselbereich zu überlassen und ihre Kräfte auf den indischen Kontinent zu konzentrieren. In der Zeit von 1624 bis 1643 wurden dort die ersten, weit voneinander getrennten Niederlassungen angelegt, Surat an der West-, Madras an der Ostküste Eine andere Faktorei an der Mündung des Hughly vermittelte den Verkehr mit Bengalen. Dank den Konzessionen, die Jakob I. vom Herrscher Indiens, dem Großmogul Jehángir erlangte, gelang es der Kompanie, ihren Handel die ganze Südküste entlang, vom Persischen Golf bis zu Chinas Grenzen auszudehnen. Aber auch hier begegneten die Engländer der holländischen Konkurrenz. Über die wachsende Mißstimmung der Holländer gegen die Engländer hören wir aus einer zeitgenössischen Quelle: es sei unmöglich, den natürlichen Haß des Holländers gegen einen Engländer in irgendeinem anderen Teil der Welt so gut kennen zu lernen wie in Indien. Dazu traten für die Kompanie scharfe Anfeindungen in der Heimat, Anklagen, daß der indische Handel England seines Edelmetalls beraube, die Erbitterung der englischen Tuchfabrikanten über die Konkurrenz der aus Indien eingeführten Baumwolle und Seidenzeuge, während sie ihre eigenen Erzeugnisse dort wegen des Klimas nicht absetzen konnten. Ein Teil der Aktionäre wollte am Bestand der Kompanie verzweifeln, dachte schon an ein völliges Aufgeben des indischen Handels.

Während die Ostindische Kompanie dieses wechselvolle Schicksal erlebte, tat sich den Engländern endlich auch die neue Welt auf, der amerikanische Kontinent mit den ihm vorgelagerten Inselgruppen. Hatte man sich in Ostindien mit Handelsstationen begnügt, so schritt man in Amerika zu wirklicher Kolonisation. Auf dem Festland schoben sich die Engländer in den Raum zwischen dem französischen Kanada und dem von den Portugiesen und Spaniern beherrschten Mittel- und Südamerika ein. Die ersten englischen Kolonien in Nordamerika sind teils Produkte kaufmännischer Spekulation, teils hervorgegangen aus dem heißen Drang puritanischer Siedler nach jener Glaubensfreiheit, die ihnen die Staatskirche daheim versagte. In der Besiedlung der neuen Welt erhielt die Kollektivkraft des Kapitals eine weitere gewaltige Aufgabe. Eine von Jakob I. privilegierte Londoner Kom-

panie schuf in Virginien eine Siedlung, die in der rasch und kräftig sich entwickelnden Tabakfabrikation eine starke Lebensmöglichkeit fand. Die folgenreichste nordamerikanische Kolonisation aber entsproß einer ideellen Wurzel, dem Gegensatz zwischen Staatskirche und Puritanertum. Am 6. September 1620 verließ eine Schar von frommen Puritanern auf dem Schiff „Maiblume" den Hafen von Plymouth, um fern der Heimat das Ideal der Glaubensreinheit und politischen Freiheit zu verwirklichen. Nach ihrer Landung in der Nähe des Cap Cod gründeten diese Auswanderer Neu-Plymouth, die erste der Neu-England-Kolonien. Die Passagiere der „Maiblume" hatten beschlossen, nach den Gesetzen zu leben, die sie selbst sich geben würden. So entstand ein demokratisches Gemeinwesen in reinster Ausprägung. Später bildeten sich neue Ansiedlungen um die Massachusettsbai herum mit Boston als Mittelpunkt. Im Jahre 1643 gab es vier Neu-Englandstaaten; Neu-Plymouth, Massachusetts, Connecticut und Neu-Haven. Die Gründung Neu-Englands und die Revolution sind Kinder eines Geistes, des politischen und religiösen Freiheitstriebes.

Ein drittes Kolonisationsgebiet entstand in Westindien, d. h. in der an der amerikanischen Küste ausgebreiteten Inselwelt. Im Jahre 1612 ergriff eine privilegierte Gesellschaft von den Bermudasinseln Besitz; seit 1623 wurde S. Christopher der Ausgangspunkt für die englische Kolonisation in den nördlichen kleinen Antillen. Die Zukunft dieser Kolonien lag im Plantagenbau, für den ihnen Afrika, das vierte Zentrum der Kolonisation, die notwendigen schwarzen Arbeitskräfte lieferte. Schon unter Elisabeth hatten die Engländer den dunklen Erdteil betreten. Im Jahre 1631 wurde eine neue kaufmännische Gesellschaft gegründet, die Faktoreien an der Goldküste und an der Küste von Sierra Leone errichtete.

In Ost und West suchten die Engländer sich ihren Anteil an den neuerschlossenen Welten zu sichern und mächtig sollte diese überseeische Entwicklung auf Politik und Wirtschaft des Mutterlandes einwirken, seine Stellung zu den großen Nationen des Festlandes, zunächst zu den Niederlanden bestimmen.

In der Zeit der ersten Stuarts bereiteten sich die großen wirtschaftlichen und maritimen Konflikte zwischen England und der niederländischen Republik vor. Ein Mann, der es wissen konnte, Walter Raleigh, schildert schon 1603 in einer an den König gerichteten Denkschrift Holland als das große Warenhaus, in dem die Erzeugnisse aller Länder aufgespeichert seien, um von dort aus wieder in die ganze Welt hinauszuströmen. Raleigh beklagt Englands Rückständigkeit. „In die Ostsee schickt es kaum 100 Schiffe im Jahr, die Niederländer dagegen 3000." Obwohl damals die unter Elisabeth entstandene englische Flotte verfiel, wurde doch dem Anspruch Hollands auf die Seeherrschaft der eigene entgegengestellt, die Nordsee für

ein englisches Meer erklärt. Indem die Engländer aus dieser Anschauung die praktischen Folgerungen zogen, griffen sie schon in den Interessenkreis der Niederländer ein. Jakob I. belästigt durch Auflage von Zöllen die seit Jahrhunderten an den Küsten Englands und Schottlands betriebene niederländische Fischerei zugunsten der einheimischen Fischer. Daran knüpft sich eine Reihe von Streitigkeiten, die schließlich notdürftig beigelegt werden. Eben zur selben Zeit streiten sich Engländer und Niederländer an der Küste Grönlands um das Recht des Walfischfanges, wird die englisch-moskowitische Kompanie durch eine tüchtigere niederländische Konkurrentin vom russischen Markte verdrängt, beginnen in den ostindischen Gewässern die blutigen Zusammenstöße beider Kompanien. Kurz, in der ganzen Welt stehen sich die zwei Rivalen Aug in Aug gegenüber. Obwohl noch viel kapitalärmer als die Niederländer — die holländisch-ostindische Kompanie verfügte von Anfang an über ein Aktienkapital von 6600000 Gulden, während das der englischen erst 1622 auf 400000 Pfund Sterling gebracht wurde — entwickelte das englische Volk doch die gleiche Regsamkeit, drang auf all den Gebieten vor, welche die Niederländer gewohnt waren, als ihre Domäne zu betrachten.

Der Ausbruch des Bürgerkrieges lähmte indes den Aufschwung Englands. Unbekümmert konnten die Niederländer über die Ansprüche des Gegners hinwegschreiten, ihm ein ähnliches Joch auferlegen, wie dies die Hanse in der Zeit ihrer höchsten Kraft vermocht hatte. Wie übel es um Englands Seegeltung damals bestellt war, das zeigte sich schon 1639, da England, als der holländische Admiral Tromp mitten in den englischen Gewässern bei Downs eine spanische Flotte vernichtete, diesen „Affront" ungerächt lassen mußte. Ein großer Teil des englischen Außenhandels ging durch die Hände der Niederländer. Selbst die Kolonisten Virginiens und auf Barbados vertrauten ihre Erzeugnisse lieber holländischen als englischen Rhedern an. Wie früher die Hanse und Spanien, so bildeten jetzt die Niederlande das große Hindernis für die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte Englands.

Es war eine große Tat des langen Parlaments, daß es die Niederländer kühn zum Kampf um den Dreizack herausforderte. Die berühmte Schiffahrtsakte von 1651 bestimmte, daß die Einfuhr aller Produkte aus fremden Erdteilen nach den britischen Reichen und ihren Kolonien in Zukunft nur auf englischen und mit Engländern bemannten Schiffen erfolgen sollte. Die aus europäischen Ländern stammenden Waren sollten auf englischen Schiffen oder auf Schiffen ihres Ursprungslandes eingeführt werden. Diese Akte ist in ihrem Kern nicht neu, nur eine Wiederholung und Erweiterung früherer Schiffahrtsgesetze, aber doch der kühnste Ausdruck des englischen Anspruches auf Seeherrschaft, ein Schlag gegen Hollands Monopol des Seeverkehres und des Zwischenhandels. Mochte das Gesetz auch den Eng-

ländern selbst wegen des Mangels an Schiffen anfangs mehr Schaden als Nutzen bringen, es bildet doch die ideelle Basis für die spätere weltbeherrschende Stellung des Inselreiches, bezeugt den politischen Weitblick seiner Urheber. Ganz richtig haben die Holländer in der Navigationsakte eine Bedrohung ihres Handels erkannt, die um jeden Preis abgewehrt werden mußte.

Wohlvorbereitet ist England in den Kampf gegen den mächtigen Rivalen eingetreten. Die Revolution, welche die englische Landarmee umschuf, schärfte auch Englands Waffen für den Seekrieg. Die maritimen Traditionen der Tudorzeit lebten unter der Republik wieder auf. Es ist ein großes Verdienst des langen Parlaments, daß es besonders durch eine Reorganisation der Marineverwaltung in das unter den Stuarts zurückgegangene Flottenwesen neues Leben brachte, und nicht geringer ist das Verdienst Cromwells, daß er dieses Werk fortsetzte. Von 1649—1660 wuchs der Bestand der Kriegsflotte um 207 Fahrzeuge, Prisen oder Neubauten. Die Mehrzahl der Neubauten aber fällt in die Zeit des Protektorats. Unter der Republik wurde regelmäßig mehr als die Hälfte der Staatseinnahmen für die Flotte ausgegeben, unter der Königin Viktoria für denselben Zweck nie mehr als ein Viertel. Unter Cromwell wuchsen die Ausgaben für die Flotte einmal bis auf vier Fünftel des gesamten Jahreseinkommens. Im Jahre 1655 hat er, wie es scheint, aus eigener Tasche dem Flottenamt 10000 Pfund Sterling vorgestreckt. Dem Schöpfer der englischen Armee gebührt auch ein ehrenvoller Platz in der Gründungsgeschichte der Flotte. In der Revolutionszeit wurde Englands Stellung zur See geschaffen. Der Admiral Robert Blake verfolgte den Prinzen Rupert, den Neffen Karls I., den Führer des zu den Stuarts haltenden Teils der Flotte, bis nach der portugiesischen Küste, zwang den König von Spanien zur Anerkennung des Commonwealth. Indem er nach seiner Abberufung seine Flotte in den südlichen Gewässern zurückließ, begründete Blake die englische Position im Mittelmeer. Die englische Küste wurde von der Piratenplage befreit.

Vor allem aber zeigte sich im ersten Seekrieg mit Holland (1652—1654), dessen maritime Leistungsfähigkeit zurückgegangen war, Englands neugeschaffene Seemacht wiederholt der älteren Rivalin in offener Schlacht überlegen und tat zugleich den holländischen Kauffahrern stärksten Abbruch. Holland mit seinem ausgedehnten Handel mußte in diesem Kriege weit mehr leiden als England mit seinem noch weniger entwickelten Seeverkehr. „Die Engländer greifen einen goldenen Berg an, die Unserigen dagegen einen eisernen“, sagte mit Recht ein niederländischer Gesandter. Als Cromwell zum Protektorat gelangt war, beeilte er sich, Frieden zu schließen (1654). Die Fortsetzung des Kampfes gegen die protestantische Brudermacht war nicht nach seinem Sinn. Auf die Ausnutzung der errungenen Erfolge aber wollte er

darum nicht verzichten. Die Ziele, für die England stritt, behielt er fest im Auge. Die Navigationsakte blieb bestehen, die Holländer gewährten den Engländern das geforderte Recht des Flaggengrußes in den britischen Gewässern. Dank der Initiative des Parlaments, dessen Prinzipien Cromwell sich zu eigen machte, war der englischen Seeherrschaft eine neue Stufe gezimmert worden.

Nach dem Sieg über die Niederlande fiel Cromwell auch die Entscheidung im französisch-spanischen Kriege zu. Beide Teile bewarben sich um ein Bündnis mit dem Lord-Protektor, der sich zum Kampf gegen Spanien entschloß, noch immer die bedeutendste Kolonialmacht und die Vormacht des Papismus. Cromwell folgte den Bahnen Elisabeths. Den englischen Kaufleuten wollte er den bisher hartnäckig verweigerten Eintritt in die spanischen Kolonien erzwingen. Zugleich lockte ihn die Aussicht, Spanien in seinem Lebensnerv zu treffen, die Reichtümer Westindiens in Englands leere Kasse zu leiten. Neben dem politischen aber steht für Cromwell das religiöse Moment. Er betont die heilige Pflicht des Kampfes gegen den Erbfeind des wahren Glaubens. Ein schlecht vorbereitetes Unternehmen gegen die spanischen Kolonien (1654) ergab als dürftige Ausbeute nur den Erwerb Jamaikas, damals noch einer wüsten Insel, die erst später unter englischer Herrschaft sich zu einem Zentrum des Plantagenbetriebs entwickeln sollte. Dem halb mißglückten Vorstoß gegen Westindien aber folgte der Landkrieg mit dem spanischen Mutterland, Cromwells Bündnis mit Mazarin, die Entsendung eines englischen Hilfsheeres nach den Niederlanden, deren Hauptplätze nun den Spaniern von den Verbündeten entrissen wurden. Als ausbedungener Siegespreis fiel Cromwell das berüchtigte Piratennest Dünkirchen zu, ein wertvoller, später wieder aufgegebener kontinentaler Stützpunkt, von dem aus Frankreich und die Niederlande im Zaum gehalten werden konnten. Vom Standpunkt der späteren Entwicklung aus möchte man Cromwells Politik als einen Fehler bezeichnen. Indem er zugunsten Frankreichs in den spanischen Krieg eingriff, hob er einen neuen gewaltigen Gegner englischer Weltmacht empor.

Flanderns beraubt und immer noch kämpfend mit dem 1640 abgefallenen Portugal mußte sich Spanien endlich als besiegt erklären. Im Pyrenäenfrieden von 1659 gewann Frankreich Roussillon und die Cerdagne im Süden und eine Verstärkung seiner Grenzen gegen Lothringen und die Niederlande hin. Der Herzenswunsch Mazarins nach völliger Eroberung dieser Länder war also unerfüllt geblieben. Der Wert des Friedens lag für Frankreich weniger in dem, was er für den Augenblick gab, als in dem, was er für die Zukunft verhieß. Mazarin setzte die Vermählung Ludwigs XIV. mit der Infantin Maria Theresia, der ältesten Tochter Philipps IV. durch.

Da in Spanien auch die Frauen thronberechtigt waren, dem Sohne Philipps kein langes Leben prophezeit werden konnte, so durfte die Bourbonendynastie auf eine Ausdehnung ihrer Machtsphäre südlich der Pyrenäen hoffen. Allerdings hatte die Infantin auf ihr Thronrecht verzichten müssen. Dieser Verzicht aber war an die Auszahlung einer Mitgift von 500000 Goldtalern geknüpft, und es war so gut wie sicher, daß das arme Spanien dieser Verpflichtung nicht würde nachkommen können. Jeder Anspruch Frankreichs auf das spanische Erbe mußte jedoch die Rivalität Habsburgs von neuem erwecken. So schloß der Krieg mit der Aussicht auf neue Verwicklungen. Für Spanien aber bedeutete der Pyrenäenfrieden das Ende seiner alten Machtstellung. Fortan war es nicht mehr Subjekt, nur noch Objekt der Weltpolitik.

Während Frankreich den Kampf gegen Spanien zu Ende führte, schritt das mit ihm verbündete Schweden in Nordeuropa auf den Wegen weiter, die ihm durch Gustav Adolf und Oxenstjerna eröffnet worden waren. Nach der Abdankung Christinas, der Tochter Gustav Adolfs, fiel die Krone Schwedens an den Pfalzgrafen Karl X. Gustav (1654—1660), dessen Lebensplan die Vollendung der Ostseeherrschaft wurde. Hatten jedoch Gustav Adolf und sein Kanzler in ihren Plänen sich immer noch eine gewisse Beschränkung auferlegt, nur Mögliches erstrebt, so zeigen die Projekte Karls X. einen starken Zug zum Maßlosen, Abenteuerlichen. Tradition und nicht weniger die inneren Verhältnisse seines Reiches nötigten den König zur Fortsetzung der Kriegspolitik. Die Armee, die Grundlage der schwedischen Großmachtstellung, konnte nur durch immer neue Kriege erhalten werden. Im Frieden fiel sie dem armen Lande schwer zur Last.

Nach welcher Seite hin sollte aber Karl X. zuerst sich wenden? Die Fortführung des Kampfes gegen den dänischen Rivalen schien aussichtsreich zu sein. Die Friedensschlüsse von Brömsebro und Osnabrück hatten Dänemarks Anspruch auf die Ostseeherrschaft vernichtet. Im Jahre 1645 hatte es die Inseln Gotland und Ösel und einen Teil seines norwegischen Besitzes eingebüßt und mußte sich nun auf die bloße Verteidigung seines Gebietes beschränken. Aber nicht gegen das halb niedergerungene Dänemark, sondern gegen das innerlich geschwächte, eben damals durch einen Krieg mit Moskowitern und Kosaken gelähmte Polen richtete Karl X. seine ersten Stöße. Der Polenkönig Johann Kasimir (1648—1660) hielt die Ansprüche seines Hauses auf die schwedische Krone fest, forderte die Herausgabe Livlands und verweigerte dem schwedischen Herrscher die Abtretung des für die Ostseeherrschaft Schwedens außerordentlich wichtigen Westpreußens.

Das Ostseeproblem setzte sich vor allem aus einer territorial- und einer finanz- und handelspolitischen Frage zusammen. Herr auf dem Baltischen Meere war, wer dessen Küstengebiete beherrschte. Die territoriale Vorherrschaft aber gab ihrem Inhaber auch die Möglichkeit, entweder durch Erhebung ausgiebiger Seezölle sich an dem Handelsgewinn fremder Mächte einen bedeutenden Anteil zu sichern oder aber diese fremden Mächte vom Ostseehandel völlig auszuschließen, dessen Vorteile ganz und gar den eigenen Untertanen zuzuwenden. Für Dänemark z. B. war keine Staatseinnahme ergiebiger als der Sundzoll. Schweden hatte, solange es durch die Erfolge Gustav Adolfs gegen Polen im Besitz der preußischen Küstenplätze war, dort gleichfalls außerordentlich hohe Seezölle erhoben. Durch die Rückgabe dieser Plätze an Polen im Stuhmsdorfer Vertrag (1635) wurde es daher doppelt hart getroffen. Somit mußte die Eroberung Westpreußens das vornehmste Kriegsziel Karls X. werden. Im Jahre 1655 drangen seine Heere mit unwiderstehlicher Kraft in das zerrüttete Polen ein. Die verräterischen großpolnischen Magnaten strömten in das Lager des Siegers, Warschau und Krakau wurden genommen. Nun enthüllte der siegreiche Schwedenherrscher seine letzten, auf die Zerstückelung des Polenreiches gerichteten Pläne. Westpreußen und ein weites Hinterland sollten unmittelbar unter schwedische Herrschaft kommen, der Rest unter schwedische Vasallen und Bundesgenossen aufgeteilt werden. Der Besitz der preußischen Küste lag Karl X. am meisten am Herzen. Damit wäre der Kreis der schwedischen Bastionen an der Ostsee geschlossen worden. Die Teilung Polens, die mehr als ein Jahrhundert später von Österreich, Preußen und Rußland ins Werk gesetzt wurde, hat zuerst dem kühnen Schwedenkönig vorgeschwebt.

Wie aber stellten sich die übrigen Mächte zu diesen ausschweifenden Plänen? Mazarin sah es ungern, daß der Alliierte mit voller Kraft seine nordischen Ziele verfolgte. Lieber hätte er die schwedische Kriegsmacht auch weiterhin auf dem deutschen Schauplatz verwendet. Die Niederlande mußten von einer Ausdehnung der schwedischen Ostseeherrschaft eine Schmälerung ihres bedeutenden baltischen Handels fürchten. Rußland, das selbst in seinem Kampf gegen Polen nach der Küste strebte, durfte sich nicht von Schweden den Weg dahin verlegen lassen. Den Kaiser mußten die neuen Fortschritte Schwedens gegen das katholische Polen peinlich berühren. Die Aussicht auf eine Wiedereroberung der an die nordische Macht verlorenen deutschen Lande rückte nun in immer weitere Ferne. Endlich war eine schwedische Invasion in die Erblande, eine Wiedererhebung der dortigen Protestanten zu fürchten. Nur einen Bundesgenossen hat Karl X. gefunden, den Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Dieser wäre, wenn er neutral blieb, durch einen Zusammenbruch des polnischen Staates in Mitleidenschaft gezogen worden, hätte für seinen

preußischen Besitz fürchten müssen, während er durch den Anschluß an Schweden ein Stück der polnischen Beute zu erhaschen, zum mindesten die Befreiung von der drückenden polnischen Lehenshoheit über das ihm 1619 zugefallene Herzogtum Preußen zu erreichen hoffte. In den Verträgen von Königsberg und Marienburg (1656) übertrug er an Schweden die Lehenshoheit über Preußen und verpflichtete sich zur Waffenhilfe. In der dreitägigen Schlacht bei Warschau (18.—21. Juli) besiegten die vereinigten Schweden und Brandenburger das fünffach überlegene polnische Heer.

Nach dieser glänzenden Waffentat geriet jedoch der Schwedenkönig in die härteste Bedrängnis. Seine Erfolge weckten Eifersucht und Furcht der an den Ostseefragen beteiligten Mächte. Die Russen brachen in Livland, Ingermanland und Finnland ein. Die Niederländer schickten eine Flotte zum Entsatz des von den Schweden belagerten Danzigs und konnten nur durch den Abschluß eines günstigen Handelsvertrags zu Elbing (1656) beschwichtigt werden. Der Kaiser trat in Allianz mit den Polen und sandte ihnen ein Hilfsheer. Schließlich erhob sich Friedrich III. von Dänemark, um die Übermacht des Rivalen einzudämmen, Verlorenes wiederzugewinnen. Karls X. einziger Bundesgenosse, der Kurfürst von Brandenburg, fiel von ihm ab, trotzdem ihm der Schwede im Vertrag von Labiau (1656) notgedrungen die Lösung des preußischen Lehensverhältnisses bewilligt hatte. In den Verträgen von Wehlau und Bromberg versöhnte sich Friedrich Wilhelm mit Polen, das ihm nun seinerseits die Souveränität über Preußen zugestand, und versprach militärische Hilfe. Vergeblich warb Karl X. um die Freundschaft Cromwells.

Der Lord-Protektor hätte gern, gleich Mazarin, den schwedischen Waffen die Richtung gegen die Habsburger gegeben. Auch war Karl X. nicht gesonnen, den Gelüsten Cromwells nach dem Besitz der bremischen Gebiete nachzugeben. Cromwell fand, daß die englische Seeherrschaft kontinentaler Stützpunkte bedürfte. Er hat die Bedeutung von Gibraltar erkannt, Dünkirchen gewonnen. Von Bremen aus hätte er Dänemark und die Niederlande in Schach halten, für die Freiheit des englischen Ostseehandels, der den Engländern ihr Schiffsbaumaterial lieferte, noch kräftiger eintreten, seine Beschützerrolle gegenüber den Protestanten noch wirksamer durchführen können. Karl X. konnte sich indes, fürs erste wenigstens, nicht zur Abtretung Bremens entschließen, obwohl er dem Protektor andere deutsche Lande zu beliebiger Auswahl freistellte. Cromwell, überdies mit dem spanischen Krieg beschäftigt, hat sich in den nordischen Fragen auf eine rein vermittelnde Politik beschränkt. Ein Gleichgewicht der Ostseemächte schien ihm für die Interessen des englischen Handels am vorteilhaftesten zu sein.

So stand Karl in einem Kreise von Gegnern, ohne Hilfe auf auswärtigen Beistand. Durch einen gewaltigen Vorstoß gegen Dänemark zerhieb er den

gordischen Knoten. Indem er seine westpreußischen Pläne aufgab, hoffte er sich durch den Gewinn der dänisch-norwegischen Grenzprovinzen schadlos zu halten. Nach Eroberung der festländischen Gebiete Dänemarks führte er seine Truppen Anfang 1658 über die gefrorenen Belte nach Fünen und Seeland bis in die unmittelbare Nähe von Kopenhagen und zwang Friedrich III. zum Frieden von Rothschild (17. Februar). Durch diesen wurde Dänemark von den Gegnern Schwedens getrennt. Beide Staaten verpflichteten sich, allen zum Schaden des anderen Teiles geschlossenen Bündnissen zu entsagen und Feinde des einen oder anderen Partners nicht zu unterstützen. Die Ostsee sollte fremden, feindlichen Flotten von beiden verschlossen werden, eine Bestimmung, die offenbar gegen die Niederländer gerichtet war. Schonen, Blekingen, Halland, Bohuslehen, Drontheim und die Insel Bornholm fielen an Schweden. Dieses hatte somit eine kräftige Erweiterung seines festländischen Besitzes davongetragen. Die Ostsee schien dazu bestimmt zu sein, ein schwedischer Binnensee zu werden.

Es war jedoch Karl X. nicht vergönnt, sich seiner Erfolge in Ruhe zu freuen. Der russische Krieg nahm seinen Fortgang. Noch vor dem Abschluß des Rothschilder Friedens war eine Allianz zwischen dem Kaiser, Brandenburg und Polen zustande gekommen. Friedrich Wilhelm strebte nach dem vollen Besitz Pommerns. Gern hätte sich Karl X. zum Kampf gegen diese feindliche Koalition durch ein Bündnis mit Dänemark den Rücken gedeckt. Aber es gab eine Macht, welche die Einigung der beiden nordischen Reiche um jeden Preis zu durchkreuzen suchte: die niederländische Republik, die sich durch das dänisch-schwedische Einverständnis mit der Ausschließung von der Ostsee bedroht sah. Die niederländische Politik mußte darauf gerichtet sein, den nordischen Gegensatz wach zu erhalten, die Alleinherrschaft Schwedens am Sund zu verhindern. Auf ihr Betreiben entzog sich Dänemark dem Bündnis mit Karl X.

Wieder suchte sich der König durch einen Dänenkrieg aus dieser neuen Verwicklung zu befreien. Nichts Geringeres schwebte ihm diesmal vor, als Dänemark seiner staatlichen Selbständigkeit zu berauben, es zur schwedischen Provinz zu machen, also eine Wiederherstellung der alten nordischen Union unter schwedischem Zepter. Diesmal aber leuchteten seinen Unternehmungen keine freundlichen Sterne. Das hart bedrängte Kopenhagen bot ihm, durch die vereinigten Flotten der Niederländer und Dänen entsetzt, beharrlich Trotz. Gefährliche Volksbewegungen erschütterten die schwedische Herrschaft in den neugewonnenen Provinzen. Brandenburger, Kaiserliche und Polen vertrieben die Schweden aus den eroberten dänischen Festlandsgebieten und schlugen sie schließlich auf Fünen. In Westpreußen ging Thorn an die Polen verloren. Da hat der Beistand Mazarins, der sich in der schwedischen Macht einen starken Bundesgenossen gegen die Habsburger zu erhalten wünschte, die unglück-

lichen Folgen des Krieges von Schweden abgewendet, dessen Machtstellung im ganzen vor dem Zusammenbruch bewahrt. Nach Karls X. vorzeitigem Tod (13. Februar 1660) wurde unter französischer Vermittlung zu Oliva (23. April) zwischen Schweden, Polen, Brandenburg und dem Kaiser, zu Kopenhagen (27. Mai) zwischen Schweden und Dänemark Frieden geschlossen. Johann Kasimir gab endlich die Ansprüche der polnischen Wasas auf die schwedische Krone preis und erkannte Schweden im Besitze Livlands an. Westpreußen aber verblieb bei Polen. Mazarins Fürsorge für seinen Schützling versagte dem Brandenburger auch die kleinste Gebietserwerbung in Pommern. Diese wertvolle Grundlage der schwedischen Ostseestellung blieb ungeschmälert. Dagegen behielt der Kurfürst die während des Krieges erst von Schweden, dann von Polen erlangte Souveränität über das Herzogtum Preußen — eine für die Entwicklung der Großmacht Hohenzollerns bedeutungsvolle Tatsache. Schweden verblieben seine zu Rothschild gemachten Erwerbungen bis auf Drontheim und Bornholm. Der Artikel über den Ausschluß fremder Flotten aus der Ostsee wurde aufgehoben. Am 21. Juni 1661 erfolgte zu Kardis der Abschluß des Friedens zwischen Schweden und Rußland, das seine Eroberungen in Livland und Estland wieder herausgab.

Das Ergebnis des polnisch-russisch-dänischen Krieges war sehr weit hinter dem umfassenden Eroberungsprogramm Karls X. zurückgeblieben. Die Zertrümmerung Polens, die Unionspläne, die Ausschließung der Holländer aus der Ostsee waren nicht erreicht worden. Doch hatte Schweden auf der Halbinsel seine natürlichen Grenzen gewonnen, es war unter den baltischen Mächten noch immer die stärkste. Auch Rußland war noch nicht an die Ostsee gelangt. Nach so gewaltigen Kriegsstürmen erscheint das Bild der nordischen Verhältnisse im ganzen unverändert. Für Frankreich aber schlossen die Kämpfe mit einem erheblichen Prestigegewinn ab. Mazarin hatte der Welt den Frieden gegeben. Nach seinem Willen war die schließliche Machtverteilung in Nordeuropa erfolgt. Schweden war, wie er es wünschte, mächtig geblieben. Das Bündnis mit England, die Gründung des Rheinbundes, der pyrenäische Friede, der Abschluß der spanischen Ehe, der entscheidende Anteil an der Entwirrung der nordischen Konflikte — lauter Etappen auf dem Wege zur französischen „Universalmonarchie“. Wir stehen vor einem neuen Abschnitt der Weltgeschichte.

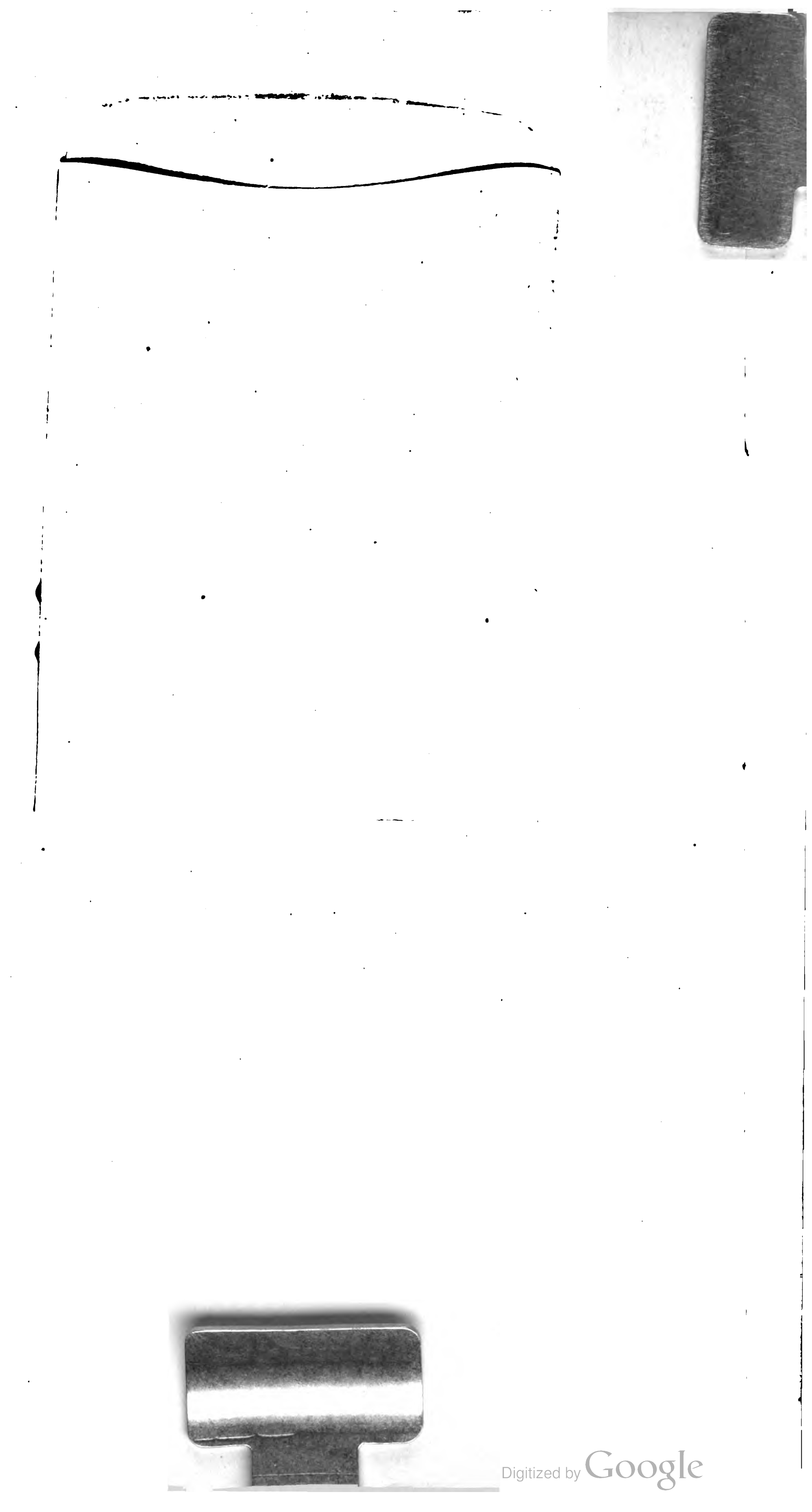
Chronologische Tafel

1517	Thesenanschlag Luthers.
1519	Leipziger Disputation. — Kaiserwahl Karls V. — Beginn der Reformation in der Schweiz durch Ulrich Zwingli.
1520	Verbrennung der päpstlichen Bannbulle durch Luther. — Erscheinen seiner drei großen Schriften. — Anfänge der Reformation in den Niederlanden. — Stockholmer Blutbad.
1521	Wormser Edikt — Bündnis Karls V. mit Leo X. gegen Frankreich. — Gründung der deutschen Linie des Hauses Habsburg.
1521—1526	Erster Krieg Karls V. mit Franz I.
1522	Erhebung der deutschen Reichsritterschaft. — Fall von Rhodus.
1523	Zerreißung der skandinavischen Union.
1524—1529	Ausbreitung des Zwinglianismus in der Schweiz.
1525	Schlacht bei Pavia. — Deutscher Bauernkrieg. — Begründung des Herzogtums Preußen.
1526	Frieden von Madrid. — Schlacht bei Mohács. — Erzherzog Ferdinand König von Böhmen. — Heilige Liga von Cognac. — Erster Speirer Reichstag. — Beginn der Reformation in Dänemark.
1527—1529	Zweiter Krieg zwischen Karl V. und Franz I.
1527	Sacco di Roma. — Rezeß von Westerås.
1529	Belagerung Wiens durch die Türken. — Friedensschlüsse von Barcelona, Cambray und Bologna. — Marburger Religionsgespräch. — Zweiter Speirer Reichstag.
1530	Kaiserkrönung Karls V. zu Bologna. — Wahl Ferdinands zum römischen König. — Augsburger Reichstag. — Schmalkaldischer Bund.
1531	Bündnis Bayerns mit den Schmalkaldenern zu Saalfeld. — Schlacht bei Kappel.
1532	Franz' I. Vertrag mit Bayern, Sachsen, Hessen im Kloster Scheyern. — Nürnberger Abkommen zwischen Karl V. und den Protestanten. — Türkeneinbruch.
1533	Frieden zwischen Ferdinand und Soliman. — Begründung der englischen Staatskirche.
1534	Protestantisierung Württembergs. — Abschluß der dänischen Reformation.
1535	Zug Karls V. nach Tunis. — Ausdehnung des Nürnberger Religionsfriedens.
1536	Wittenberger Konkordienformel. — Calvins „Institutio religionis christianae".
1536—1538	Dritter Krieg zwischen Karl V. und Franz I. (1538 Waffenstillstand zu Nizza).
1539	Herzogtum Sachsen und Kurbrandenburg protestantisch. — Gründung der Gesellschaft Jesu.
1540—1541	Religionsgespräche zu Hagenau, Worms und Regensburg.
1541	Eroberung Ofens durch die Türken. — Zug Karls V. gegen Algier. — Calvins Wirksamkeit in Genf.
1542	Reichsfeldzug gegen Ungarn.
1542—1544	Vierter Krieg zwischen Karl V. und Franz I. (1544 Frieden von Créspy).
1545	Eröffnung des Konzils zu Trient.
1547	Frieden zwischen Habsburg und den Türken. — Schlacht bei Mühlberg.
1548	Augsburger Interim. — Burgundischer Vertrag.
1551	Neuer Krieg zwischen Habsburg und den Osmanen. — Gründung des Collegium Germanicum in Rom.

1552	Vertrag von Chambord. — Passauer Vertrag.
1554—1556	Rücktritt Karls V. von der Regierung Italiens, der Niederlande und Spaniens.
1555	Vermählung Philipps II. mit Maria von England. — Augsburger Religionsfrieden. — Reichsexekutionsordnung. — Englisch-russische Kompanie.
1556	Waffenstillstand von Vaucelles.
1558	Ferdinand I. römischer Kaiser. — Iwans IV. Zug gegen Livland.
1559	Frieden von Cateau-Cambrésis.
1560	Rückkehr Maria Stuarts von Frankreich nach Schottland. — Union von Lublin.
1561	Unterwerfung Livlands unter Polen.
1562	Frieden zwischen Ferdinand und dem Sultan. — Religionsedikt in Frankreich und Ausbruch der Religionskriege. — Lehrlingsakte Elisabeths von England.
1562—1563	Beendigung des Konzils von Trient.
1563—1570	Dänisch-Schwedischer Krieg (Stettiner Vertrag 1570).
1564	Sturz Granvellas in den Niederlanden.
1565	Geusenbund. — Zusammenkunft von Bayonne. — Gründung der „Opritschnina“ durch Iwan IV.
1566	Bildersturm in den Niederlanden.
1568	Gewaltregime Albas. — Maria Stuarts Flucht nach England. — Bau der Londoner Börse.
1570	Edikt von S. Germain. — Verbindung der Hugenotten mit dem französischen Hof.
1571	Schlacht bei Lepanto.
1572	Bartholomäusnacht. — Beginn des niederländischen Aufstands.
1573	Alba verläßt die Niederlande.
1574	Heinrich von Anjou gibt die polnische Krone auf.
1575	Spanischer Staatsbankerott.
1576	Genter Pazifikation.
1577	Ewiges Edikt in den Niederlanden. — Gründung der Liga in Frankreich. — Stände von Blois. — Tübinger Konkordienformel.
1578	Schlacht bei Wenden.
1579	Unionen von Arras und Utrecht.
1581	Absetzung Philipps II. in den Niederlanden.
1582	Eroberung Sibiriens. — Polnisch-russischer Frieden von Jam Zapolski.
1583	Kölner Krieg.
1584	Ermordung Wilhelms von Oranien.
1585	Bündnis Philipps II. mit der französischen Liga.
1586—1587	Leicester in den Niederlanden.
1587	Hinrichtung Maria Stuarts.
1588	Niederlage der spanischen Armada. — Zweite Tagung der französischen Stände zu Blois.
1589	Ermordung Heinrichs III. von Frankreich.
1590	Alexander Farnese in Frankreich.
1593	Ständeversammlung zu Paris. — Übertritt Heinrichs IV. zur katholischen Kirche.
1596	Bündnis zwischen England, Frankreich und den Niederlanden gegen Philipp II. — Vertrag von Teusin zwischen Rußland und Schweden.
1598	Frieden von Vervins. — Edikt von Nantes. — Tod Philipps II. — Schließung des Stahlhofs in London. — Sieg Herzogs Karl von Södermannland über Sigmund Wasa bei Stångebro.
1600	Gründung der englisch-ostindischen Kompanie
1602	Gründung der holländisch-ostindischen Kompanie.
1604	Karl IX. König von Schweden.
1604—1606	Aufstand Stefan Bocskays.
1606	Erhebung Wassilij Schuiskis in Rußland.
1607	Donauwörther Streit.
1608	Sprengung des Regensburger Reichstags. — Gründung der Union. — Habsburgischer Bruderzwist.
1609	Zwölfjähriger Waffenstillstand zwischen Spanien und den Niederlanden. — Gründung der Liga. — Majestätsbrief Rudolfs II. für die böhmischen Protestanten.
1610	Ermordung Heinrichs IV.
1611	Die Polen in Moskau.
1612	Beginn der englischen Besiedelung Westindiens.
1613	Erhebung des Hauses Romanow. — Dänisch-schwedischer Frieden von Knäröd.
1617	Russisch-schwedischer Frieden von Stolbowa.
1618	Russisch-polnischer Vertrag von Deulino. — Fenstersturz in Prag. — Beginn des Dreißigjährigen Krieges.
1619	Friedrich von der Pfalz König von Böhmen.
1620	Schlacht am Weißen Berge. — Fahrt der „Maiblume“.

1621	Gründung der holländisch-westindischen Kompanie. — Wiederbeginn des spanisch-niederländischen Krieges.
1624	Richelieu Premierminister. — Erste englische Niederlassungen in Ostindien.
1626—1629	Niedersächsisch-dänischer Krieg. — Erstes Auftreten Wallensteins.
1626	Christians IV. Niederlage bei Lutter am Barenberg.
1629	Lübecker Frieden. — Restitutionsedikt.
1630	Regensburger Kurfürstentag. — Gustav Adolfs Landung in Pommern.
1631	Vertrag zu Bärwald zwischen Frankreich und Schweden. — Fall von Magdeburg. — Schlacht bei Breitenfeld.
1632	Schlacht bei Lützen, Gustav Adolfs Tod.
1633	Heilbronner Tagung.
1634	Ermordung Wallensteins. — Nördlinger Schlacht.
1635	Prager Frieden. — Frankreichs Kriegserklärung an Spanien und militärisches Eingreifen in Deutschland.
1642	Tod Richelieus.
1643—1645	Dänisch-schwedischer Krieg (1645 Frieden zu Brömsebro).
1645	Schlacht bei Jankau.
1648	Friedensschlüsse zu Münster und Osnabrück.
1649	Hinrichtung Karls I. von England. — Begründung des Common Wealth.
1651	Navigationsakte.
1652—1654	Seekrieg zwischen England und den Niederlanden.
1653	Cromwell Lord-Protektor.
1654	Eroberung Jamaikas.
1655	Schwedisch-polnischer Krieg.
1656	Abschluß des Rheinbundes. — Brandenburg.-schwedische Verträge von Königsberg und Marienburg. — Schlacht bei Warschau. — Verträge von Labiau, Wehlau und Bromberg.
1658	Dänisch-schwedischer Frieden zu Rothschild.
1659	Frieden zwischen Frankreich und Spanien.
1660	Friedensschlüsse zu Oliva und Kopenhagen.
1661	Russisch-schwedischer Frieden zu Kardis.

Druck von Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha




89097239206
b89097239206a